



Stadt und Land. Zwischen Traum & Realität.

Albrecht Altdorfer, Die große Fichte, um 1517-1520, Radierung, aquarelliert
Ausstellung in der Albertina Wien bis 4. Juli 2021 (ab der Seite 107)

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Landsleute,
diesmal beschränke ich mich in diesen Zeilen darauf, Ihnen und den Ihren
alles Gute zu wünschen, vor allem aber Gesundheit – und mir, daß Sie von
den Corona-bedingten Einschränkungen möglichst wenig betroffen sind...

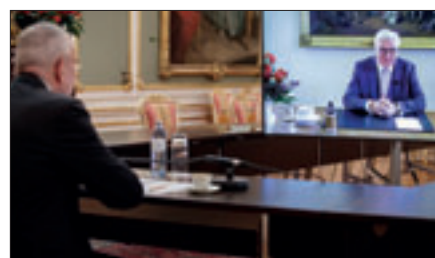
Liebe Grüße aus Wien

Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 198

Aus der Hofburg:	3	Land und Bund gemeinsam	
Aus dem Parlament	11	am Weg zur Energiewende	60
Aus dem Bundeskanzleramt	18	Breitbandstrategie Burgenland	61
Aus dem Außenministerium	24	Erhalt der Natur- und Kulturlandschaft Seewinkel	62
EU-Forschungs- und Innovationsprogramm Horizon Europe	31	Aus Eisenstadt	64
Agraraußenhandelsbilanz trotz Coronakrise erstmals positiv	32	Aus Mattersburg	66
Virtuelles Treffen der deutschsprachigen Wirtschaftsminister	33	Aus Oberwart	68
		Amerikawanderung der BurgenländerInnen	69
<i>Internationales aus den Bundesländern</i>		Robert Jonischkeit ist neuer Superintendent im Burgenland	70
Burgenland soll von Recovery-Fonds profitieren	34	Kulturstandort Güssing	71
Unsere Amerikaner – Sonderausstellung 2021	35	Joseph Haydn-Hochschule	73

Kärnten verstärkt Kommunikation und Information zur EU	36	Qualität und Regionalität	77
NÖ: Zusätzliche EU-Mittel für Konjunkturmaßnahmen	37	Österreichische CEOs so optimistisch wie nie zuvor	79
Rückkehr des Vindobona auf der Franz-Josefs-Bahn	38	Zentrum Bad Gasteins kehrt zur Blütezeit zurück	81
Wasserkraft-Turbinen aus dem Mühlviertel	39	Sternenparkregion Oberösterreich	85
EU-Kommission vergibt Auftrag für Europa-Info bis 2025	41	Lebensformen 2020	88
Corona-Teststrategie: Steiermark hilft Bosnien-Herzegowina	42	Concours Mondial du Sauvignon	90
Museum bewegt auch im Euregio Museumsjahr 2021	43	Destillata 2021	91
Vorarlbergs Europaschutzgebiete	45	Kürbiskernöl-Prämierung 2021	93
Wien: Solides Ergebnis bei Ansiedlung internationaler Betriebe	46	Hugo Portisch ist tot	94
		Ostersonntag 2021	98
<i>Allgemeines Internationales</i>		Unser Mittelalter! Die erste jüdische Gemeinde in Wien	99
Sommerurlaub 2021 in Österreich	47	Quantenkryptographie	100
Grönlands Höhlen: Zeitreise in warme Arktis	48	Asteroidenstaub gefunden	102
FACC und Airbus entwickeln Flügel der Zukunft	49	Der unverwüstliche Lichtstrahl	104
PaN-Grüße zum Internationalen Frauentag	50	Sprachmelodie hilft beim Erkennen von Wörtern	106
1-2-3-Klimaticket	51	Stadt und Land – Zwischen Traum & Realität in der Albertina	107
OÖ wieder stark machen	53	Von Deutschwestungarn ins Burgenland	115
SORA: Gleichstellungsindex	56	Dame mit Fächer – Klimts letzte Werke im Oberen Belvedere	118
		Große »Steiermark Schau«	121
»Burgenland Journal«		Anpfiff für das »Jahrhundert des Sports« im Museum NÖ	123
Das 100-Jahr-Jubiläum steht im Zeichen der Tulpe	57	Eine Reise in die Welt der Klänge im Haus der Musik	124
Landesregierung präsentiert Rechenschaftsbericht	58		



Bindespräsident: Intern. Zusammenarbeit 9



Shoah Namensmauer Gedenkstätte 22

Wichtige Prognoseergebnisse: Veränderung gegenüber August in Prozent

	2020	2021	2022
Binnenlandsprodukt, real	-6,8	3,8	4,0
Private Konsum, real	-10,6	4,8	4,4
Bruttoinvestitionen, real	-10,9	2,7	5,8
Bruttoverfügbarinvestitionen, real	-10,9	2,7	6,0
Ausleihungsinvestitionen, real	-12,2	3,8	6,6
Bruttoexporten, real	-11,3	3,0	5,0
Importüberschuss, real	-4,4	0,3	1,8

Wirtschaft zurück auf Wachstumskurs 74



Hugo Portisch ist tot 94



Quantenkryptographie 100

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag, A-1130 Wien, Dr. Schober-Str. 8/1; alleiniger Eigentümer, für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer. Unternehmensgegenstand: regelmäßige Herausgabe einer Zeitschrift für unsere Landsleute im Ausland.

Foto Seite 1: Albertina Wien; Fotos Seite 2: HBF / Peter Lechner; BKA / Andy WenzORF; IHS – Instituts für Höhere Studien; ORF; JKU

Besuch aus der Schweiz

Antrittsbesuch von Guy Parmelin, Bundespräsident der Schweizerischen Eidgenossenschaft, bei Bundespräsident Alexander Van der Bellen.



Foto: Peter Lechner / HBF

Bundespräsident Alexander Van der Bellen empfing den neuen Schweizer Bundespräsidenten Guy Parmelin mit militärischen Ehren im Inneren Burghof in Wien

Der neue Schweizer Bundespräsident Guy Parmelin findet die Idee eines „Grünen Passes“ „interessant“. Ein europäisches Impfstoffzertifikat werde „wahrscheinlich in Zukunft nötig sein, um zu reisen“. Wichtig sei aber, daß hier koordiniert vorgegangen werde, betonte er am 2. März bei seinem Antrittsbesuch in Wien in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen. Aufgeschlossen zeigte sich Guy Parmelin auch gegenüber einer Impfstoffproduktion in Europa.

Parmelin regte an, auch die Medikamentenproduktion mitzubedenken und verwies darauf, daß die Schweiz sowie Belgien und auch Deutschland eine starke Pharmaindustrie hätten. Es solle angesichts der Corona-Pandemie und ihren Mutationen Überlegungen geben, wie „können wir in Zukunft in Europa einen starken Standort für solche neuen Herausforderungen“ haben. „Es braucht meh-

rere Kräfte, mehr Innovation, mehr Initiativen, und das braucht gemeinsame Arbeit,

sonst haben wir keine Chance“, sei er überzeugt.



Foto: Peter Lechner / HBF

Bundespräsident Alexander Van der Bellen, sein Schweizer Amtskollege Guy Parmelin und Elisabeth Köstinger, Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus

Österreich, Europa und die Welt

Bundespräsident Van der Bellen betonte, daß eine Impfstoffproduktion „keine Produktion von Küchenmessern oder Kartoffeln ist, sondern das ist eine hochkomplexe Angelegenheit“. Europa hätte aber ein Interesse daran, die Impfstoffproduktion zu steigern, „weil wir Mengenprobleme haben“.

Die bilateralen Beziehungen wurde von beiden Staatsoberhäuptern als sehr positiv bezeichnet. Zwischen der Schweiz und Österreich konnte der Personen- und Warenverkehr „zu jeder Zeit aufrechterhalten werden“, erklärte Alexander Van der Bellen. Die Handelsbeziehungen hätten während der Pandemie nicht gelitten. Im Gegenteil: „Erstaunlicherweise haben wir ein leichtes Plus festgestellt.“ 65.000 ÖsterreicherInnen, die in der Schweiz leben, bildeten die zweitgrößte Gruppe der AuslandsösterreicherInnen. 9.000 GrenzgängerInnen würden täglich in die Schweiz zur Arbeit pendeln.

Auch Guy Parmelin betonte die Bedeutung dieses Austauschs. Deswegen sei der Raum aus den Schweizer Quarantäneregeln ausgenommen worden. Die Schweizer Regierung habe zudem der Strategischen Partnerschaft mit Österreich am 24. Februar zugestimmt. Ziel sei, die Kooperation in gewissen Bereichen weiterzuentwickeln.

Angesprochen auf die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU sagte Bundespräsident Parmelin, daß derzeit eine Lösung der offenen Punkte in den Verhandlungen zu dem Rahmenabkommen gesucht werde. Danach werde die Regierung entscheiden. Die Schweiz habe aber Interesse an



Foto: Peter Lechner / HBF

Bundespräsident Guy Parmelin (l.) und Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei der gemeinsamen Pressekonferenz in der Wiener Hofburg

guten Beziehungen zu Brüssel. Europa stehe vor großen Herausforderung, die jedes Land einzeln überfordere und zur Zusammenarbeit verpflichte, so Guy Parmelin, der auch Wirtschafts- und Forschungsminister ist.

Van der Bellen betonte, daß die Schweiz über Jahrzehnte „beste Beziehungen zur EU“ habe und daß es im Interesse aller sei, „daß sich nichts zum Schlechteren ändert“. Wenn die Volksabstimmung über das Rahmenabkommen eine Hürde bedeute, dessen Ergebnis offen sei, „scheuen natürlich alle vor diesem Risiko zurück“. Dann „sollten wir, die Schweiz, die EU, die EU-Kommission, uns überlegen, wie wir über die Runden kommen

mit oder ohne dieses institutionelle Rahmenabkommen, weil es im Interesse der 27 EU-Staaten und der Schweiz ist, daß es hier keine Brüche gibt.“ Seit vier Jahren gebe es hier eine „Art Pattsituation“, sagte Van der Bellen weiter. Er frage sich, welche Alternativen es gebe, die Situation zu erleichtern.

Bei dem Wien-Besuch Guy Parmelins handelte sich um die erste Auslandsreise des Schweizer Bundespräsidenten, der für das Jahr 2021 gewählt wurde. Begleitet wurde er auch von Staatssekretärin Livia Leu, die als Chef-Unterhändlerin der Schweiz für das Europa-Dossier in Brüssel zuständig ist. ■

<https://www.admin.ch/>



Foto: Peter Lechner / HBF

v.l.: Karoline Edtstadler, Bundesministerin für EU und Verfassung im Bundeskanzleramt, Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Leonore Gewessler, Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, Staatssekretärin Livia Leu, Chef-Unterhändlerin der Schweiz für das Europa-Dossier in Brüssel, und Bundespräsident Guy Parmelin

»Wir richten unsere Lupe auf das, was zu tun ist«

Bundespräsident Alexander Van der Bellen und seine Frau Doris Schmidauer luden zum virtuellen Event anlässlich des Internationalen Frauentages.



Foto: Peter Lechner / HBF

Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit seiner Frau Doris Schmidauer und die drei Expertinnen (v.l.) Yvonne Magwas, Ingrid Brodnig und Beatrice Frasl bei der Online-Veranstaltung „On stage. On track. Zur Lage der Frauen“ in der Wiener Hofburg

Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Doris Schmidauer haben anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März in diesem Jahr virtuell in die Hofburg geladen. Die beiden Gastgeber freuten sich über rund 600 TeilnehmerInnen an ihrer Onlineveranstaltung unter dem Titel „On stage. On track. Zur Lage der Frauen“. Dabei erinnerte Alexander Van der Bellen daran, daß der Frauentag „keine reine Frauensache“ sei, sondern beide Geschlechter angehe. Die Gleichberechtigung der beiden Geschlechter sei eine „Angelegenheit von Frauen und Männern“, so der Bundespräsident: „Wir alle müssen genauer hinschauen.“ Diskriminierung schade nämlich nicht nur den Diskriminierten sondern auch den Diskriminierenden, verwies er etwa auf empirische Daten, die zeigten, daß Unternehmen die Gleichberechtigung hoch schreiben auch wirtschaftlich besser reüssierten.



Foto: Peter Lechner / HBF

Bundespräsident Alexander Van der Bellen und seine Frau Doris Schmidauer

Österreich, Europa und die Welt

Die Zukunft liegt in der Kooperation

Wehmütig erinnerte der Bundespräsident an den Frauentag im Vorjahr, der noch physisch mit zahlreichen Teilnehmerinnen in der Präsidentschaftskanzlei begangen wurde. Man habe Bekannte begrüßt und Kontakte knüpfen können. Dennoch freue er sich über die zahlreichen ZuseherInnen, „ja es sind auch Männer dabei“. Unter anderem begrüßte Bundespräsident Van der Bellen Verteidigungsministerin Klaudia Tanner, Bundeskanzlerin a.D. Brigitte Bierlein, Kunst- und Kulturstatssekretärin Andrea Mayer und NEOS-Chefin Beate Meinel-Reisinger sowie die Frauensprecherinnen der Parlamentsparteien, zahlreiche Landesrätinnen und Bürgermeisterinnen.

Doris Schmidauer erinnerte ebenfalls an die „stimmungsvollen Bilder aus dem vergangenen Jahr“ und daran daß „besonders Frauen“ die Auswirkungen der Coronakrise am eigenen Leib verspürt hätten. Oftmals seien Frauen von den Mehrfachbelastungen durch Beruf, Home Office, Distance Learning und der Pflege von Angehörigen betroffen gewesen. Nach wie vor sei die „Kluft zwischen Frauen und Männern“ in Wirtschaft und Bildung groß. Und auch während der Krise seien die zu Wort gekommenen Experten großteils Männer gewesen, so Doris Schmidauer. Frauen hielten das Land am Laufen, erklärt werde es aber nach wie vor überwiegend von Männern. Daher brauche es Zusammenhalt.

Drei Expertinnen lieferten Impulse

Yvonne Magwas, aus Berlin per Video zugeschaltete Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion berichtete über die Bestrebungen in Deutschland, mehr Frauen in Aufsichtsräte und Vorstände zu bekommen. Erfreulich sei, daß allein die Diskussion dazu geführt habe, daß Unternehmen vermehrt Frauen für Führungspositionen suchten. Freilich sei die Quote „nur ein Instrument“, ebenso wichtig sei etwa die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder „der Anspruch auf Mutterschutz auch für Vorstandsfrauen“. Überhaupt müsse Familienverantwortung trotz oder mit Führungsposition möglich sein.

Ingrid Brodnig, Autorin und Journalistin, wies auf den Umstand hin, daß auch in digitalen Zeiten, „tradierte Geschlechterrollen eine Rolle“ spielten. Als Beispiel führte sie Sprachassistentensysteme an, von denen nicht nur viele einen weiblichen Namen tragen und eine weibliche Stimme haben, sondern auch



Autorin und Journalistin Ingrid Brodnig



Kultur- und Geschlechterforscherin Beatrice Frasl

klassische Geschlechterstereotypen erfüllten. Auch gebe es Untersuchungen, wonach Spracherkennungssoftware Frauenstimmen schlechter verstehen. Das liege unter anderem daran, daß diese mit Audioaufnahmen von Männerstimmen trainiert wurden. „Häufig werden Produkte für Männer als Normalfall ausgerichtet“, so Ingrid Brodnig. Technik müsse aber stärker auf feministische Aspekte ausgerichtet werden. Daher stelle sich die Frage, „was kann man tun, das Netz feministischer zu gestalten?“.

Beatrice Frasl, Kultur- und Geschlechterforscherin, postulierte, daß psychische Ge-

sundheit auch ein feministisches Thema sei. Denn kassenfinanzierte Psychotherapie sei kontingentiert, gleichzeitig litten Frauen „doppelt so häufig an Depressionen wie Männer“, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen sei, daß sozioökonomische Umstände wie Armutsbetroffenheit und -gefährdung, soziale Ausgrenzung, atypische Beschäftigungsverhältnisse, von denen Frauen häufiger betroffen seien, Risikofaktoren für derartige Erkrankungen sind. Die Coronakrise habe das noch einmal verstärkt. Daher forderte Beatrice Frasl die Politik auf, den „Zugang zu Psychotherapie signifikant“ zu verbessern. ■

Besuch aus Israel

Offizieller Besuch des Präsidenten des Staates Israel, Reuven Rivlin, bei Bundespräsident Alexander Van der Bellen.



Foto: Peter Lechner / HBF

Bundespräsident Alexander Van der Bellen empfängt den Präsidenten des Staates Israel, Reuven Rivlin, mit militärischen Ehren im Inneren Burghof in Wien

Bundespräsident Alexander Van der Bellen sieht die Sorgen Israels bezüglich des Iran als „ernst zu nehmend“ an. Das sagte er am 17. März anlässlich eines Besuchs des israelischen Präsidenten Reuven Rivlin in Wien. „Wir teilen die Sorge um die Sicherheit Israels und wir teilen das Ziel, die Entwicklung und den Erwerb von nuklearen Waffen durch den Iran auszuschließen“, so Alexander Van der Bellen.

Der Bundespräsident plädierte gleichzeitig für einen „Weg zurück an den Verhandlungstisch“.

Er verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß im Gegensatz zu Österreich Israel dem Wiener Iran-Atomabkommen von 2015 skeptisch gegenübersteht. Seit dem Rückzug der USA aus dem Abkommen 2018 unter Präsident Donald Trump fährt der Iran seine damals eingegangenen Verpflichtungen immer stärker zurück.



Foto: Peter Lechner / HBF

Bundespräsident Alexander Van der Bellen und sein Amtskollege Reuven Rivlin beim Vier-Augen-Gespräch in den Amtsräumen in der Wiener Hofburg

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Peter Lechner / HBF



Bundespräsident Alexander Van der Bellen und sein Amtskollege Reuven Rivlin bei der gemeinsamen Pressekonferenz

Großbritannien, Deutschland und Frankreich bemühen sich derzeit um eine Rettung des Abkommens.

Der israelische Präsident unterstrich seinerseits erneut die Bedrohung durch den Iran und „seine extremistischen Anhängsel“, die Palästinenserorganisation Hamas und die libanesische Hisbollah. Die internationale Gemeinschaft müsse „die Bedrohung erkennen, die der Iran darstellt, und einen kompromißlosen Weg gehen“. Israel werde niemals aufhören, seine BürgerInnen zu schützen. Den Anschlag in Wien vom vergangenen November nannte der israelische Präsident das „haarsträubende Zeugnis des destruktiven Potentials“ extremistischer Gruppierungen. Der Attentäter, der damals in der Innenstadt vier Menschen tötete, war ein 20-jähriger Sympathisant der jihadistischen Organisation „Islamischer Staat“ gewesen.

Neben anderen Themen sprach Van der Bellen auch die Coronavirus-Bekämpfung in Israel an. „Die ganze Welt schaut bewundernd auf das israelische Impfprogramm“, so der Bundespräsident. Israel hat die weltweit höchste Durchimpfungsrate gegen das Virus.

<https://www.bundespraesident.at/>

Foto: Peter Lechner / HBF



Bundespräsident Alexander Van der Bellen und sein Amtskollege Reuven Rivlin legen am Mahnmal für die österreichischen jüdischen Opfer der Shoah am Heldenplatz Kränze nieder.

Int. Zusammenarbeit in der Pandemie wichtiger denn je

Trotz Lockdown hat Bundespräsident Alexander Van der Bellen viele Gespräche mit anderen Staatsoberhäuptern geführt – via Telefon und Video. Eine kleine Zwischenbilanz nach mehr als einem Jahr Corona-Pandemie.



Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen beim Videomeeting mit dem deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier

Eine der zentralen, verfassungsmäßig verkörpert Aufgaben des Bundespräsidenten ist die Vertretung der Republik nach außen. In normalen, Nicht-Corona-Zeiten absolviert der Bundespräsident daher zahlreiche Staatsbesuche und viele Staatsoberhäupter statten wiederum ihm in der Hofburg einen Besuch ab. „Gerade in der COVID-Krise, in der man sich nicht gegenseitig einfach besuchen kann, ist es besonders wichtig, die außenpolitischen Kontakte aufrechtzuerhalten“, so Bundespräsident Alexander Van der Bellen.

Virtueller Austausch

Da mit dem Auftauchen der Pandemie in Europa Reisen nur mehr sehr eingeschränkt möglich waren, führte der Bundespräsident in dieser Zeit zahlreiche Telefon- und Video-Gespräche mit anderen Staatsoberhäuptern. Darunter waren 2020 etwa Gespräche mit Israels Präsident Reuven Rivlin, mit dem König der Belgier Philippe, mit Präsident Frank-Walter Steinmeier, dem iranischen

Präsidenten Hassan Rouhani, mit Indiens Premierminister Narendra Modi, Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa, Spaniens König Felipe oder mit dem Präsidenten Costa Ricas, Carlos Alvarado Quesada.

Von Beginn der Pandemie an war klar, daß diese globale Gesundheitskrise nur in enger Zusammenarbeit aller Staaten zu bewältigen ist

Im Mittelpunkt all dieser Gespräche stand als zentrales Thema die Corona-Pandemie und ihre globalen Folgen. Am Beginn der Pandemie war vor allem die Heimholung der eigenen StaatsbürgerInnen aus dem Ausland Thema, die teilweise erfolgten Grenzschließungen mit ihren negativen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie die Beschaffung von medizinischen Gütern. „Von Beginn der Pandemie an war klar, daß diese globale Gesundheitskrise und die damit einhergehende Wirtschaftskrise und Krise am Arbeitsmarkt nur multilateral, also in enger Zusammenarbeit aller Staaten, zu bewältigen ist“, betont der Bundespräsident.

Rasche Ratifizierung des EU-Aufbaufonds gefordert

Weitere wichtige Themen in den Gesprächen war die Aufrechterhaltung der Wirtschaftsbeziehungen in diesen herausfordernden Zeiten, sowie die Frage, wie man gut aus der Krise herauskommen kann. In all diesen Gesprächen verwies der Bundespräsident stets darauf: „Die Corona-Pandemie hat zwar jetzt die Klimakrise aus den Schlagzeilen verdrängt, sie ist deshalb aber nicht verschwunden oder gar gelöst worden. Der Neustart der Wirtschaft sollte daher weltweit mit Bedacht auf die Klimakrise nachhaltig erfolgen. Die EU hat mit ihrem 750 Milliarden-Programm hier einen sehr wichtigen Schritt gesetzt. Nun ist es wichtig, daß die für die Umsetzung erforderlichen Ratifizierungen in allen Mitgliedstaaten (auch Österreich) rasch abgeschlossen werden, um die EU zukunftsfit zu machen.“

In allen Gesprächen waren natürlich auch die bilateralen Beziehungen Thema und wie der Multilateralismus gestärkt werden kön-

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Präsidentschaftskanzlei

Bundespräsident Alexander Van der Bellen beim Videomeeting mit dem Staatspräsidenten der Republik Slowenien, Borut Pahor.



Foto: Präsidentschaftskanzlei

Bundespräsident Alexander Van der Bellen beim Videomeeting mit dem Staatspräsidenten der Republik Slowenien, Borut Pahor.

ne. „Nach der Wahl Joe Bidens zum US-Präsidenten hat die internationale Zusammenarbeit der Staaten wieder an Fahrt aufgenommen. Besonders wichtig war, daß die USA in den Pariser Klimavertrag wiedereingetreten sind. Mit der Besetzung John Kerrys als Sondergesandtem für Klima und der Ausrichtung des Earth Day Summit zeigt Präsident Biden, daß ihm die Bewältigung der Klimakrise ein Anliegen ist. Das sind ermutigende Zeichen nach Jahren der Verunsicherung“, sagt der Bundespräsident.

Die Klimakrise stand neben der Corona-Pandemie für den Bundespräsidenten auch im Mittelpunkt der im Herbst 2020 ausschließlich virtuell abgehaltenen UNO-Generalversammlung, auf der er zwei Video-Reden hielt (Biodiversitätsgipfel und SDG-Moment). In Zusammenhang mit der UNO-Generalversammlung unterstützte der Bundespräsident auch den Leaders' Pledge for Nature, einer Plattform von über 60 Staats- und Regierungschefs, die gemeinsam Verantwortung für die Bewältigung der Klimakrise übernehmen wollen. Die gemeinsame Videobotschaft der „Leaders“ wurde vom Bundespräsi-

den mit den Worten „Unser Planet befindet sich im Klimanotstand“ eingeleitet.

Schweiz und Israel zu Gast in Wien

Im Jahr 2021 waren bisher zwei Staatsoberhäupter in Wien zu Besuch. Deutlich später als sonst üblich – erst im März statt im Jänner – fand der traditionelle Antrittsbesuch des Schweizer Präsidenten Guy Parmelin statt, und ebenfalls im März kam Israels Präsident Reuven Rivlin zu Besuch, der auf seiner kurzen Europareise neben Wien noch Berlin und Paris besuchte (*siehe auch unsere beiden Berichte auf den vorhergegangenen Seiten*).

Wie schon 2020 telefonierte der Bundespräsident viel mit anderen Staatsoberhäuptern (insgesamt hat der Bundespräsident seit Beginn der Corona-Krise 43 Telefon- bzw. Videogespräche geführt): etwa mit Portugals Präsident Marcelo Rebelo de Sousa, dem König der Belgier Philippe, dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selensky, Italiens Präsident Sergio Mattarella, Deutschlands Präsident Frank-Walter Steinmeier und Irlands Präsident Michael D. Higgins, dem der

Bundespräsident die Solidarität Österreichs angesichts der Auswirkungen des Brexit versicherte. Ein zentrales Thema bei diesen Gesprächen war natürlich die Corona-Pandemie, wobei ein Austausch über die aktuelle Covid-Situation stattfand, aber vor allem auch die Frage der Impfung besprochen wurde. Der Bundespräsident sagte etwa beim Besuch Rivlins: „Die ganze Welt hat in den letzten Wochen bewundernd auf das israelische Impfprogramm geschaut. Ich bin froh, daß es diesbezüglich viele Kontakte und einen regen Erfahrungsaustausch auf allen Ebenen zwischen Israel und Österreich gab und gibt.“

Der Pandemie zum Opfer gefallen ist eine Reise nach Brüssel. Knapp nach Amtsantritt der neuen Kommission wollte Bundespräsident Van der Bellen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, dem Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, und dem Europäischen Parlament einen Besuch abstatten. Dieser Besuch soll sobald als möglich nachgeholt werden. Geplant waren auch Reisen nach Asien und in jene Erdteile, die der Bundespräsident während seiner Amtszeit bis dato noch nicht besuchen konnte: Afrika und Lateinamerika, wo es Staaten mit ähnlichen Interessen – Auswirkungen der Klimakrise, grüne Energien, Multilateralismus – und Kooperationsmöglichkeiten mit Österreich gibt. „Auch die Wirtschaft hat großes Interesse an diesen Reisen bekundet weil, wie etwa auch in China, der Besuch des Staatsoberhauptes als Türöffner für die Wirtschaft fungieren kann.“ Auch diese Reisen stehen weiterhin auf dem Plan.

Das Fazit des Bundespräsidenten

„Gerade in der COVID-Krise, in der man sich nicht gegenseitig einfach besuchen kann, ist es besonders wichtig, die außenpolitischen Kontakte aufrechtzuerhalten. Insgesamt gab es mehr Gespräche mit anderen Staatsoberhäuptern, weil die Zusammenarbeit wichtiger denn je ist. Zugleich sind Telefon-Gespräche natürlich mit weniger Zeitaufwand verbunden als ein offizieller Besuch in einem anderen Staat. So gab es Tage, an denen ich mit drei Staatsoberhäuptern gesprochen habe. So etwas ist sonst nur im Rahmen der Generalversammlung der UNO in New York möglich. Trotz allem kann ein Telefongespräch ein persönliches Treffen nur bedingt ersetzen. Nur bei einem persönlichen Vier-Augen-Gespräch ist der so notwendige vertrauliche Austausch mit dem jeweils anderen Staatsoberhaupt möglich.“ ■

<https://www.bundespraesident.at/>

Aus dem Parlament

Gute parlamentarische Zusammenarbeit mit Montenegro

Die Reihe der virtuellen Arbeitsgespräche mit AmtskollegInnen setzte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 16. Februar mit einem Informationsaustausch mit dem montenegrinischen Parlamentspräsidenten Aleksa Bečić fort. Das Gespräch wurde stark vom Thema der Covid-19-Pandemie bestimmt, es kamen aber auch Fragen wie die parlamentarische Kooperation zwischen Österreich und Montenegro, die Verbesserung der Sicherheit der Parlamente und des Schutzes der Abgeordneten, die geplante Durchführung des zweiten Teils der IPU-Weltkonferenz in Wien sowie die Beitrittsperspektiven für die Westbalkanstaaten zur Sprache.

Corona-Maßnahmen im bilateralen Vergleich

Montenegro leide derzeit stark unter den ökonomischen Auswirkungen der Corona-Krise. Ein Viertel des BIP des Landes werde durch den Tourismus erwirtschaftet, berichtete Bečić, der seit Sommer 2020 Parlamentspräsident von Montenegro ist. Der Einbruch des Sommertourismus habe vor allem Kleinstbetriebe getroffen, von denen viele bereits schließen mußten. Es sei ein umfangreiches Hilfspaket auf den Weg gebracht worden, um den Betrieben des Landes unter die Arme zu greifen. In dem Paket seien auch Hilfszahlungen für Arbeitslose, PensionistInnen und sozial Schwächere enthalten. Einen strengen, dreimonatigen Lockdown des gesamten Landes habe es nur zu Beginn der Pandemie gegeben.

Montenegro hofft auf raschen Abschluß der EU-Beitrittsverhandlungen

In außenpolitischen Fragen bekräftigte Sobotka die österreichische Position, die Beitrittsprozesse der Westbalkanstaaten und insbesondere Montenegros nachdrücklich zu unterstützen. Bečić wies besonders darauf hin, daß sein Land als junge Demokratie bei den Wahlen im Vorjahr seine politische Reife gezeigt habe. Ausdrücklich bedankte sich der Parlamentspräsident von Montenegro für die konsequente Haltung Österreichs in der Frage des EU-Beitritts seines Landes. Er hoffe, daß der Beitrittsprozeß bald abgeschlossen werde, sagte Bečić. Die Haltung in der Bevölkerung sei stärker als je zuvor pro-europäisch, die Menschen hätten den Wert der europäischen Integration erkannt. Die



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka beim virtuellen Gespräch mit dem montenegrinischen Parlamentspräsidenten Aleksa Bečić

Zukunft der Balkanstaaten könne nur in der Überwindung der Spaltung und in der Versöhnung liegen, betonte der montenegrinische Parlamentspräsident.

Sobotka und Bečić sprachen auch die bereits seit mehreren Jahren sehr gute Zusammenarbeit der Parlamente Österreichs und Montenegros an. Die nach dem Vorbild und mit Unterstützung Österreichs bereits 2012 in Podgorica eingerichtete Demokratietowerkstatt werde sehr gut angenommen und trage zur demokratischen Bewußtseinsbildung im Land bei, berichtete Bečić. Auch das Stipendienprogramm des österreichischen Parlaments für ParlamentsmitarbeiterInnen der Westbalkanstaaten wurde vom montenegrinischen Parlamentspräsidenten als wertvoller Beitrag zur Annäherung im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses gewertet. Die beiden Präsidenten äußerten ihre Besorgnis über zuletzt sich häufende Angriffe auf die Demokratie und den Parlamentarismus, die zuletzt mit dem Sturm auf das Kapitol in Washington einen traurigen Höhepunkt fanden. Sie waren sich einig, daß alles getan werden müsse, damit ParlamentarierInnen ihre Tätigkeit in Sicherheit und ungestört ausüben können.

Bečić berichtete von Anstrengungen im montenegrinischen Parlament, die politische Teilnahme von Frauen und frauenpolitische Anliegen zu stärken. Hierzu habe sich eine parlamentarische Gruppe gebildet, die am Erfahrungsaustausch mit Österreich starkes

Interesse habe, teilte er mit. Sobotka lud seinen Amtskollegen ein, den Austausch bei einem bilateralen Besuch oder im Rahmen der nächsten Weltkonferenz der ParlamentspräsidentInnen (IPU) fortzusetzen.

Schließlich sprach Sobotka noch das Thema des Kampfes gegen den Antisemitismus an. Bečić berichtete, daß auch das Parlament in Montenegro den Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust am 27. Januar begangen habe, an der auch VertreterInnen der Religionsgemeinschaften des Landes, darunter der Jüdischen Gemeinde, teilnahmen.

Gespräch im Austerlitz-Format

In einem trilateralen virtuellen Gespräch traf Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 19. Februar mit seinen Amtskollegen aus Tschechien und der Slowakei Radek Vondráček und Boris Kollár zusammen. Im Mittelpunkt des Austauschs standen neben der aktuellen Situation der Länder in der Corona-Pandemie auch die Themen EU-Erweiterung und Westbalkanstaaten. Das Austerlitz-Format ist eine lose Kooperation Tschechiens, der Slowakei und Österreichs.

EU-Erweiterung und andere europäische Perspektiven

Einig waren sich die drei Parlamentspräsidenten im Hinblick auf EU-Beitrittsverhandlungen mit den Westbalkanstaaten, daß es gut wäre, selbige „im Boot zu haben“, wie

Österreich, Europa und die Welt

Kollár es ausdrückte. Vondráček thematisierte die aus seiner Sicht oft nicht notwendigen Lebensmitteltransporte in der EU im Hinblick auf die dadurch entstehende Umweltverschmutzung und den notwendigen Schutz von regionaler Nahrungsmittelproduktion. Sobotka ergänzte, daß es auch eine europäische Perspektive für die Produktion von Arzneimitteln und Schutzbekleidung in Europa brauche und verwies darauf, daß etwa Penicillin europaweit nur noch in einem einzigen Werk in Österreich produziert werde.

Aufgeworfen wurde in der Debatte auch, daß es für große Social-Media-Konzerne wie Facebook und Google einen europäischen Ansatz brauche, sowohl was steuerliche Regelungen, aber auch, was das Thema Meinungsfreiheit und Fake News betrifft. Im Zusammenhang mit dem Holocaust Remembrance Day, an dem sich das österreichische Parlament an der „We-Remember“-Kampagne beteiligt hat, stieß Sobotka eine gemeinsame europäische Aktion für das nächste Jahr an. Kollár begrüßte den Vorschlag, der aus seiner Sicht auch in die Gespräche bei einem künftigen Austerlitz-Treffen einfließen sollte.

Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

Ein starkes Bekenntnis zum Multilateralismus, die Bekämpfung von Terrorismus und



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer

In der Videokonferenz (v.l.) auf dem Monitor: der slowakische Parlamentspräsident Boris Kollar und der tschechische Parlamentspräsident Radek Vondráček

Antisemitismus sowie die Frage der Sicherheit der Parlamente standen im Mittelpunkt der Rede von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, die er am 25. Febr. anlässlich der Eröffnung der 20. Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) gehalten hat. Im Gegensatz zum Vorjahr konnte heuer das vom 24. bis 26. Februar angesetzte Treffen nicht in der Hofburg stattfinden, sondern mußte pandemie-

bedingt als virtuelle Tagung abgehalten werden. Auch wenn die Covid-19-Pandemie die Welt noch im Griff habe, sei es nach Auffassung Sobotkas wichtig, alle technischen Optionen zu nutzen, um die parlamentarische Diplomatie zu pflegen. Angesichts der vielen Krisen weltweit dürfe man nicht nachlassen, sich für politische Lösungen einzusetzen, denn nur politische Lösungen können gerecht und zukunftsfähig sein, betonte der Nationalratspräsident.

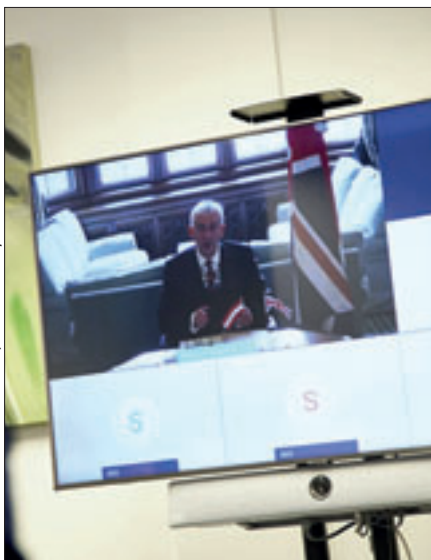


Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

20. OSZE-PV Wintertagung (v.r.): Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Secretary General of the OSCE Helga M. Schmid, OSCE Ulrika Funered und OSCEPA Secretary General Roberto Montella

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf



Virtuelles Gespräch mit dem Sprecher des britischen Unterhauses Lindsay Hoyle

OSZE ist vor allem in Zeiten der Pandemie eine unverzichtbare Organisation

Die Corona-Pandemie, die alle Länder gleichermaßen treffe und daher auch globale Lösungen erfordere, zeige eindrücklich auf, wie unentbehrlich der Multilateralismus sei. Als konkretes Beispiel dafür führte Sobotka die Impfstoffbeschaffung und -versorgung an, die nur gemeinsam erfolgreich bewältigt werden könne. Aus diesem Grund sei auch der parlamentarischen Dimension der OSZE ein noch größerer Stellenwert beizumessen. Da Kriege und humanitäre Krisen sich aber nicht von einem Virus beeinflussen lassen und keinen Lockdown kennen, sei gerade die OSZE mit ihrem umfassenden Sicherheitskonzept in Zeiten der Pandemie eine unverzichtbare Organisation, unterstrich Sobotka. Besondere Herausforderungen gebe es derzeit etwa in der Ostukraine oder in Belarus, wo bis zum heutigen Tag eine höchst unbefriedigende Situation herrsche, unter der vor allem die Zivilbevölkerung leide.

Kampf gegen Terrorismus und Antisemitismus sowie die Rolle sozialer Netzwerke

Ein weiteres wichtiges Thema, für das es die Kooperation auf interparlamentarischer Ebene brauche, sei laut Sobotka die Terrorismusbekämpfung und -verhütung. Alle relevanten Organisationen in diesem Bereich, von der Interparlamentarischen Union (IPU), der OSZE bis hin zu dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), müßten dabei an einem Strang ziehen und gemeinsam Lösungen entwickeln. Wien als Amtssitz von zwei dieser Organisationen sei bestens geeignet, um den Dialog zu fördern. Ein weltweit rele-

vantes Problem sei auch, daß vor allem Kinder und Jugendliche von extremistischen und terroristischen Netzwerken rekrutiert werden, wie dies auch beim Attentäter in Wien der Fall war.

Eine bedeutsame Rolle komme auch dem Thema der sozialen Netzwerke zu, da diese nicht nur extremistische Überzeugungen verstärken, sondern wie jetzt in der Corona-Krise neue radikale Bewegungen und Verschwörungstheorien hervorbringen würden. Besorgt zeigte sich Sobotka auch über den Anstieg des Antisemitismus, dem das österreichische Parlament ein großes Augenmerk schenke. Schon in den nächsten Tagen soll eine diesbezügliche neue Studie veröffentlicht werden.

Sicherheit der Parlamente muß garantiert und ausgebaut werden

Die schrecklichen Bilder vom Angriff auf das US-Kapitol im Jänner, die dem Herzstück der Demokratie gegolten haben, hätten gezeigt, daß die Sicherheit der Parlamente noch besser garantiert werden müsse, betonte Sobotka. Neben zusätzlichen Schutzmaßnahmen vor Ort brauche es einen Ausbau der Cyber-Security, da die diesbezügliche Kriminalität im Netz ständig zunehme.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE

Die aus 57 Teilnehmerländern bestehende OSZE hat sich das Ziel gesetzt, durch Zusammenarbeit in Fragen der Konfliktverhütung, des Krisenmanagements und der Konfliktfolgenbeseitigung, Differenzen zwischen Staaten zu überwinden und Vertrauen aufzubauen. Bei den traditionellen Jahrestagungen der Parlamentarischen Versammlung – eines von mehreren Organen der OSZE – werden umfangreiche politische Empfehlungen formuliert, die sich an die VertreterInnen der Regierungen richten.

Gespräch mit dem Sprecher des britischen Unterhauses Lindsay Hoyle

In der Reihe der virtuellen Gespräche mit AmtskollegInnen traf Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 1. März Sir Lindsay Hoyle, den Sprecher des Unterhauses im britischen Parlament, zu einem Informations- und Gedankenaustausch. Im Mittelpunkt des Treffens standen neben der aktuellen Situation der Länder in der Corona-Pandemie auch die jeweilige Impfsituation. Weiters wurden die Frage der Sicherheit der Parlamente und das Thema demokratische Bildung angesprochen. Hoyle erklärte, er freue sich auf weitere

bilaterale Gespräche in Wien oder London. Er hoffe, an der für Herbst in Wien geplanten Weltkonferenz der ParlamentspräsidentInnen der Interparlamentarischen Union (IPU) teilnehmen zu können.

Anforderungen an Sicherheit der parlamentarischen Arbeit steigen

Nicht nur die Covid-19-Krise habe gezeigt, daß die Sicherung des parlamentarischen Betriebs vor Störungen von außen immer mehr in den Fokus der Arbeit der Parlamentsverwaltungen rücke, meinte Sobotka. Die Gefahr reiche dabei von physischen Angriffen, wie man sie etwa zuletzt am Kapitol in Washington gesehen habe, bis hin zu digitalen Bedrohungen.

Hoyle bestätigte, daß das britische Parlament die Gefahren sehr ernst nehme. Neben der Gefahr physischer Attacken auf das Parlamentsgebäude, auf ParlamentarierInnen und parlamentarische MitarbeiterInnen nehme man auch das Thema der Cybersicherheit sehr ernst. Eine wichtige Rolle in der Gefahrenabschätzung spiele zudem die Beobachtung der Stimmung in den sozialen Medien. Großbritannien habe bereits strenge Gesetze gegen Hass im Netz beschlossen und gehe sehr konsequent gegen Haßkriminalität vor, unterstrich Hoyle.

Anstrengungen für demokratische Bildung verstärken

Einen weiteren Gesprächsschwerpunkt bildete das Thema des Kampfes gegen Rassismus und Antisemitismus als Teil der Anstrengungen um demokratische Bildung. Die Geschichte lehre, daß antisemitische Haltungen immer auch eine Gefahr für die Demokratie seien, sagte Sobotka. Daher sei der Kampf gegen den Antisemitismus auch ein wichtiger Teil der Anstrengungen zur Förderung demokratischer Werte. Der Nationalratspräsident berichtete seinem britischen Amtskollegen von den Initiativen, die das österreichische Parlament dazu bereits gesetzt hat. Er erwähnte die Einrichtung der Demokratiewerkstatt, das spezielle Bildungsprogramm für Schulklassen gegen Antisemitismus und Rassismus mit den Workshops „Bildung gegen Vorurteile“ sowie den vom Parlament geplanten Simon-Wiesenthal-Preis. Hoyle betonte, daß Großbritannien mit Österreich hier eine starke gemeinsame Wertebasis habe und zeigte sich für einen weiteren Austausch über die Initiativen der beiden Länder im Bereich der Demokratievermittlung, u.a. im Rahmen der Westminster Foundation for Democracy, offen.

Österreich, Europa und die Welt

Antrittsbesuch des Schweizer Bundespräsidenten Guy Parmelin

Der Schweizer Bundespräsident für das Jahr 2021 Guy Parmelin traf im Rahmen seines Besuchs in Wien am 2. März mit Nationalratspräsident Sobotka zusammen. Sie tauschten sich über Entwicklungen in der Corona-Pandemie aus, insbesondere über Lockerungsschritte und die Impfstrategien der beiden Länder. Auch die Beziehung der Schweiz mit der EU war Thema im Gespräch. Sobotka betonte den guten Austausch mit dem Nachbarland. Dies komme nicht nur durch den regen Grenzverkehr, sondern auch durch regelmäßige Besuche zum Ausdruck.

Die Pandemie hat in beiden Ländern Spuren im wirtschaftlichen Leben hinterlassen. Wie in Österreich gibt es auch in der Schweiz zahlreiche Maßnahmen, um den starken Rückgang des Bruttoinlandsprodukts und die hohe Arbeitslosigkeit abzufedern. Sobotka und Parmelin sprachen so etwa über Instrumente wie Kurzarbeit, Umsatzersatz und Arbeitslosenunterstützung.

Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU

Besonderes Interesse zeigte Sobotka auch an dem Verhältnis zwischen der Schweiz und der Europäischen Union. Er erkundigte sich nach dem aktuellen Stand zum Rahmenabkommen mit der EU. Die Schweizer Staatssekretärin Livia Leu Agosti, die für die Verhandlungen mit der EU zuständig ist, legte dar, daß es aus Schweizer Sicht bei den Themen der staatlichen Beihilfen, der Unionsbürgerschaft und den flankierenden Maßnahmen noch Klärungsbedarf gebe.

Frankreich: weitere Intensivierung der parlamentarischen Beziehungen

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und der Präsident der französischen Nationalversammlung Richard Ferrand tauschten sich in einem virtuellen Gespräch über aktuelle Themen aus. Im Fokus standen dabei eine weitere Intensivierung der parlamentarischen Beziehungen der beiden Länder, etwa durch Zusammenarbeit in Twinning-Projekten am Westbalkan oder mit der EU-Zukunftskonferenz ab Mai, Fragen der Erleichterung der Prozesse zur Bürgerbeteiligung, aber auch gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie.

Darüber hinaus thematisierten die beiden Präsidenten Maßnahmen gegen Antisemitismus und Hass im Netz. Hier gelte es, im Sinne einer europäischen Verpflichtung das



Der Schweizer Bundesratspräsident Guy Parmelin (l.) im Gespräch mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka



Virtuelles Gespräch mit dem Französischen Parlamentspräsidenten Richard Ferrand

Übel an der Wurzel zu ergreifen, wie Ferrand es ausdrückte.

Den Kampf gegen Antisemitismus bezeichnete Nationalratspräsident Sobotka vor allem als Aufgabe der Parlamente. Er erwähnte dazu insbesondere die Antisemitismusstudie im Auftrag des österreichischen Parlaments, um zu Schulungs-, Bildungs- und Aufklärungsmaßnahmen beizutragen, sowie den Vorschlag einer gemeinsamen EU-Initiative anlässlich des Holocaust-Gedenktages im kommenden Jahr.

Intensivierung der interparlamentarischen Beziehungen und Bürgerbeteiligung

Einig waren sich Sobotka und Ferrand darüber, die guten Beziehungen der beiden

Länder auf parlamentarischer Ebene – auch im EU-Zusammenhang – weiter verstärken zu wollen. Sobotka zeigte sich überzeugt, Europa nur mit gemeinsamen parlamentarischen Initiativen voranbringen zu können. Zur Förderung des Parlamentarismus in den Westbalkanstaaten zeigten sich beide Präsidenten interessiert an weiteren Gesprächen, etwa was ein gemeinsames Twinning-Projekt betrifft, das Sobotka anspricht.

Für die im Mai beginnende EU-Zukunftskonferenz betonte Sobotka insbesondere die Bedeutung der Bürgerbeteiligung im Rahmen der Konferenz. Ferrand berichtete in diesem Zusammenhang von der Reform und Stärkung der „Bürgerräte“ in Frankreich, um künftig die Prozesse beispielsweise für öf-

Österreich, Europa und die Welt

fentliche Diskussionen erleichtern zu können. Aus Sobotkas Sicht ist eine noch offene Frage, in welchen Formaten man Bewegungen wie „Fridays for Future“, aber auch andere Bewegungen wie aktuell etwa zum Thema Corona mehr in den politischen Prozeß einbinden könnte.

Im Sinne des weiteren Erfahrungsaustauschs hob Nationalratspräsident Sobotka hervor, daß nunmehr der zweite Teil der IPU-Weltkonferenz vor Ort in Wien für September 2021 geplant sei. Ein besonderes Anliegen für Österreich stelle eine Diskussion des Themas „Sicherheit der Parlamente“ bei der Konferenz dar, so Sobotka. Auch Ferrand unterstrich, das Thema werde sehr ernst genommen.

Kampf gegen Antisemitismus und Haß im Netz

Als mögliches Thema für die parlamentarische Freundschaftsgruppe Österreich-Frankreich sprach sich Sobotka auch für einen Fokus auf die Bekämpfung von Antisemitismus aus. In den aktuellen Krisenzeiten werde auch in den sozialen Netzwerken Antisemitismus immer greifbarer, stimmten die beiden Präsidenten überein. Es gelte, über das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus hinaus die Wurzeln dieses Übels in Angriff zu nehmen, wie Ferrand es ausdrückte. Einem gemeinsamen Zeichen der Parlamente am Holocaust-Gedenktag wie der Aktion „We remember“, die Sobotka thematisierte, kann sich Ferrand jedenfalls vorstellen, sich anzuschließen. Was das Thema Haß im Netz betrifft, gelte es darüber zu reden, eine Redaktionsverantwortung für Betreiber von Plattformen vorzusehen, unterstrichen sowohl Ferrand als auch Sobotka.

Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie thematisierten beide Präsidenten unter anderem die wirtschaftlichen Auswirkungen, aber auch eine wahrnehmbare „Müdigkeit“ in beiden Ländern, was die Einschränkungen betrifft. Auch wenn vielen das Impfen zu langsam gehe, hofft Sobotka mit dem Impfprogramm auf eine Normalisierung bis zum Sommer, etwa im Hinblick auf das Reisebedürfnis der Bevölkerung.

Bosnien und Herzegowina hat in Österreich einen Partner auf dem Weg zur EU

Österreich unterstützt Bosnien und Herzegowina weiterhin auf dem Weg zu einem Beitritt zur Europäischen Union. Das bekräftigte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka in einer Videokonferenz mit dem Präsidium der Parlamentarischen Versammlung von Bos-



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Virtuelles Gespräch mit dem Präsidium der Parlamentarischen Versammlung von Bosnien und Herzegowina: Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Parlamentsdirektor Harald Dossi (r.) und Borjana Krišto, Denis Zvizdić und Nebojša Radmanović auf dem Monitor

nien und Herzegowina, Borjana Krišto, Denis Zvizdić und Nebojša Radmanović. Weitere Themen waren parlamentarische Kooperationen, aktuelle Entwicklungen in der Corona-Pandemie sowie die Frage einer Gedenk- und Versöhnungskultur.

Sobotka: EU-Beitritt wesentlicher Prozeß in Schritten

Der Beitrittsprozeß der Westbalkanländer zur EU sei für Österreich von wesentlicher Bedeutung, betonte Nationalratspräsident Sobotka im Gespräch. Ein politischer Konsens über die weitere Annäherung von Bosnien und Herzegowina an die EU sei der Schlüssel für einen Beitritt, zeigte er sich überzeugt. Es gebe einen grundsätzlichen, politischen Konsens und eine hohe Zustimmung in der Bevölkerung zum europäischen Weg, wenngleich es Herausforderungen bei einigen Schlüsselfragen gebe, wie etwa der Wahlrechtsreform, legten die Parlamentsvorsitzenden aus Bosnien und Herzegowina dar. Sobotka versicherte seinen AmtskollegInnen, daß das Land in Österreich einen Partner habe, der die Region und die Menschen verstehe. Der EU-Beitritt sei jedenfalls ein Prozess, der in Schritten zu bewältigen sei, so der Nationalratspräsident.

Zuspruch für weitere Intensivierung der parlamentarischen Kooperation

Um die Heranführung des Westbalkans an die EU zu unterstützen, beteiligt sich Österreich an mehreren Projekten. Sobotka hob

insbesondere das EU-Twinning-Projekt hervor, im Rahmen dessen sich Österreich gemeinsam mit Ungarn und Kroatien für die Stärkung der Parlamente in Bosnien und Herzegowina engagiert. Er drückte seine Hoffnung aus, daß zum Abschluss des Projekts im Herbst ein Treffen in Bosnien und Herzegowina möglich sei. Die Mitglieder des Präsidiums der Parlamentarischen Versammlung von Bosnien und Herzegowina bezeichneten sowohl das Twinning-Projekt als auch das Westbalkan-Stipendienprogramm als wertvolle Unterstützung, wodurch MitarbeiterInnen aus der Verwaltung etwa im österreichischen Parlament Erfahrungen sammeln können.

Die ParlamentspräsidentInnen sprachen sich dafür aus, die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten der beiden Länder weiterhin zu intensivieren. Eine Gelegenheit für einen parlamentarischen Austausch auf internationaler Ebene soll es bei der geplanten IPU-Weltkonferenz der ParlamentspräsidentInnen im September in Wien geben.

Weitere Themen: COVID-19 und Gedenkkultur

Auch über aktuelle Entwicklungen der Pandemie tauschten sich die ParlamentspräsidentInnen aus. Sie sprachen etwa über die Erfahrungen mit regional unterschiedlichen Maßnahmen und über die Akzeptanz in der Bevölkerung.

<https://www.parlament.gv.at>

Quelle: Parlamentskorrespondenz

50 Jahre Romapolitik

Virtuelle Veranstaltung zu 50 Jahren Romapolitik im Hohen Haus – Nationalratspräsident Sobotka setzt Zeichen gegen Antiziganismus – Bundesministerin Raab: Bemühungen zur Gleichstellung und Inklusion der Roma weiter vorantreiben!



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

v.r.: Integrationsministerin Susanne Raab, Usnija Buligovic THARA Arbeitsmarktpjekt, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Ursula Tillschert EU-Grundrechteagentur, Leiterin der Romapastoral der Diözese Eisenstadt Manuela Horvath, Sabine Schweitzer Zeithistorikerin, Ferry Janoska, Katharina Graf-Janoska ORF Burgenland, uns Vorsitzender des Volksgruppenbeirats der Roma Emmerich Gärtner-Horvath

Anlässlich des Welt-Roma-Tages lud Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 8. April zur virtuellen Veranstaltung „50 Jahre Romapolitik – Romnja und Roma in der EU. Chancen und Herausforderungen“ ins Parlament. Bei dem Festtag gehe es nicht nur um einen Rückblick, sondern auch um einen Ausblick in drei Facetten: die Gedenkkultur, den Kampf gegen den Antiziganismus sowie die Absicherung von Identität, Sprache, Kultur und der sozialen Struktur der Romnja und Roma, so Sobotka.

In Bezug auf das Gedenken sei es wichtig, das Bewußtsein über die Ermordung von Roma und Sinti durch die Nationalsozialisten – Stichwort Lackenbach – in der Gesellschaft zu verankern, weshalb der Präsident des Nationalrats die Verortung eines nationa-

len Denkmals zur Erinnerung als auch für den andauernden Kampf gegen den Antiziganismus als besonders bedeutsam hervorhob. Dieser sei mit anderen rassistischen Vorurteilen nicht eins zu eins zu vergleichen, da er über Jahrhunderte gewachsen sei. Das Momentum sei nicht nur in Randgruppen verbreitet, antiziganistische Haltungen würden auch in der Mitte der Gesellschaft – teilweise bedachtlos, teilweise bewusst – gesetzt.

Der Nationalratspräsident versteht es daher als Aufgabe des Parlaments, gesamtgesellschaftlich gegen Antiziganismus aufzutreten. „Nur aus Vielfalt kann friedliches Zusammenleben möglich werden“, sagte er. Die reiche Tradition der Roma sei Teil des vielfältigen Europas, was sich am Beispiel der stark kulturell integrierten Musik besonders

schön zeige. Das Parlament nehme sich dem Thema an, so werde der Westbalkan mit Stipendien unterstützt oder die Demokratiewerkstatt als Export-Artikel bereitgehalten. Wichtig sei es laut Sobotka auch, die Sprache und die soziale Absicherung der Volksgruppe weiterhin zu fördern. Dabei brauche es eine breite Bewegung der gesamten Bevölkerung für höhere Sensibilität bei der Verwendung von Bildern und Sprache.

Manuela Horvath, Leiterin der Romapastoral der Diözese Eisenstadt

Es herrsche teilweise nach wie vor Ungewißheit darüber, daß der Begriff „Zigeuner“ mit rassistischen Zuschreibungen verbunden ist, erklärte die Leiterin der Romapastoral der Diözese Eisenstadt, Manuela Horvath.

Österreich, Europa und die Welt

Diese Ungewissheit könne schnell zu Haß gegenüber einer ethnischen Minderheit übergehen, warnte sie. Der Antiziganismus sei in den EU-Mitgliedsländern unterschiedlich stark ausgeprägt, wobei es keine Sanktionen für jene Länder gebe, die keine Maßnahmen dagegen setzen. Die Diskriminierung habe allgemein zwar abgenommen, jedoch hätten beinahe alle der 6 Millionen Roma in der Europäischen Union Erfahrungen damit gemacht. Die junge Generation animierte Horvath, sich für die Belangen der Volksgruppe und die kulturelle Vielfalt einzusetzen.

Bundesministerin Susanne Raab

Susanne Raab, zuständige Kanzleramtsministerin für Volksgruppenangelegenheiten, hat eine Keynote gehalten. „Genau 50 Jahre sind es nun seit dem Ersten Welt-Roma-Kongreß im Jahr 1971. Roma-Vertreterinnen und -Vertreter aus verschiedenen Ländern haben damals ihr politisches Schicksal selbst in die Hand genommen und machen seither auf sich selbst und auf ihre leider noch immer vorhandenen Ausgrenzungserfahrungen aufmerksam“, sagte die Ministerin einleitend.

„Im wohl dunkelsten Kapitel der jüngeren Geschichte Österreichs, dem Schreckensregime des Nationalsozialismus, haben von den 11.000 österreichischen Romnja und Roma 9.000 auf grausamste Art und Weise ihr Leben verloren. In ganz Europa waren es eine halbe Million. Mit unvorstellbarer Brutalität und Grausamkeit verfolgte das NS-Regime ganze Bevölkerungsgruppen und Ethnien, wovon Roma ganz besonders hart betroffen waren“, so Raab. Alleine in der Nacht von 2. auf 3. August 1944 seien rund 3.000 Romnja und Roma im KZ Auschwitz-Birkenau brutal ermordet worden. Als die unmittelbare Verfolgung nach dem Krieg vorbei gewesen war, mußten die Hinterbliebenen der Ermordeten lange für die Anerkennung des ihnen zugefügten Leids kämpfen.

„Vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Verfolgung von Roma sieht es Österreich als eine zentrale Verantwortung, das Gedenken an die Opfer zu pflegen. Die Gedenkkultur hat daher einen besonders hohen Stellenwert“, betonte die Bundesministerin und verwies auf die Roma-Gedenkstätten im Burgenland, in Wien, Oberösterreich, Salzburg, Kärnten und der Steiermark.

Anerkennung der Roma als Volksgruppe

Seit 1993 sind die Roma in Österreich als Volksgruppe anerkannt. Die in Artikel 8 der Bundesverfassung gewährleistete Sicherung und Förderung von Sprache und Kultur so-

wie der Bestand und Erhalt gelten seither auch für Romnja und Roma. „Dieser Meilenstein wurde kurzzeitig vom feigen Bombenanschlag in Oberwart im Februar 1995 getrübt. Aber es macht mich durchaus stolz, heute sagen zu können, daß in den Jahren nach dem erschütternden Attentat nicht Spaltung, sondern ein gesellschaftlicher Schulterschuß stattgefunden hat“, sagte Raab.

Nationale und europäische Bemühungen zur Inklusion der Roma

Österreich fördert bereits seit Beginn der 1990er-Jahre die wissenschaftlich durchgeführte Kodifizierung und Didaktisierung der hier gesprochenen Romani-Sprachvarianten. Damit sei die Grundlage für eine schriftliche Kultur der Roma und auch für den Romanes-Unterricht geschaffen worden, so Raab. „Das war ein wichtiger Schritt, um den Stellenwert der Roma als Volksgruppe zu festigen, das Selbstwertgefühl der Angehörigen zu fördern und darüber hinaus handelt es sich um ein Projekt mit Vorbildcharakter, das in anderen Staaten großes Interesse hervorgerufen hat.“

Sie sei davon überzeugt, so Susanne Raab, daß Österreich im europäischen und internationalen Vergleich durch die aktive Mitgestaltung, die Zusammenarbeit und die engagierte Mitarbeit der Roma-Zivilgesellschaft „besonders vorbildlich“ bei der Umsetzung der „EU-Roma-Strategie“ zur Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma ist. Man dürfe sich aber auf dem Status quo nicht ausruhen, sondern es gelte, „die Roma-Inklusion in Österreich weiter voranzutreiben“. Die Österreichische Roma-Strategie werde daher aktuell von der Universität Wien evaluiert und danach weiter fortgeschrieben.

„Wir werden auch in Zukunft daran arbeiten, die Inklusion und Teilhabe der Romnja und Roma weiter voranzutreiben und Maßnahmen stetig zu verbessern. Ich hoffe, daß auch die Verdoppelung des Volksgruppenbudgets, die erstmalige Erhöhung seit 25 Jahren, hierzu einen Beitrag leisten kann“, erklärte Raab. Auch die am 8. Oktober 2020 von der International Holocaust Remembrance Association (IHRA) beschlossene Arbeitsdefinition von Antiziganismus sei am 7. April 2021 vom Ministerrat angenommen worden. „Besonders schön ist in diesem Zusammenhang, daß mit der Erarbeitung dieser Arbeitsdefinition auf eine Initiative Österreichs aus dem Jahr 2017 hin begonnen wurde.“

Neben den nationalen Bemühungen dürfe auf die europäische Perspektive nicht ver-

gessen werden, so die Bundesministerin: „Es ist uns in Österreich wichtig, daß wir auch auf europäischer Ebene mehr Bewusstsein schaffen und uns in allen Gremien für bessere Lösungen einsetzen.“

„Ich möchte für die Roma in Österreich am Welt-Roma-Tag 2021, 50 Jahre nach dem Ersten Welt-Roma-Kongreß, ein positives Resümee ziehen. Nachdem dieser größten europäischen Minderheit in der Vergangenheit unaussprechliche Gräueltaten angetan wurden, können wir mit dem Rückenwind des schon Bewältigten und dem Bekenntnis zu einem ‚Niemals wieder‘ positiv nach vorne schauen. Gemeinsam mit der Roma-Zivilbevölkerung wird es auch weiterhin gelingen, Nachteile zu beseitigen, gegen Diskriminierungen vorzugehen und gegen Haß und Hetze entschlossen zu kämpfen. Ebenso wichtig wie der Schutz der Romnja und Roma ist es auch, daß man ermutigt: für ein selbstbestimmtes Leben und eine Teilhabe an allen Aspekten des sozialen und wirtschaftlichen Lebens. Damit leisten wir einen entscheidenden Beitrag zu einer gestärkten und geschlossenen Zivilgesellschaft.“

Zum Abschluß ihres Statements appellierte die Bundesministerin insbesondere an die jungen Menschen, anderen immer mit Empathie und Verständnis zu begegnen: „Mein Aufruf an die Jugend ist daher: Seid offen, geht aufeinander zu, und lasst euch von Vorurteilen nicht abschrecken oder aufhalten, sondern lernt voneinander und helft auch uns Erwachsenen, daß wir von euch lernen können.“

Diskussion um die europäische Dimension

Die europäische Dimension der gegenwärtigen Romapolitik wurde von Sabine Schweitzer (Zeithistorikerin), Emmerich Gärtner-Horvath (Vorsitzender des Volksgruppenbeirats der Roma), Ursula Till-Tentschert (Stv. Abteilungsleiterin an der EU-Grundrechteagentur) und Usnija Buligovic (THARA Arbeitsmarktpunkt für Roma und Sinti, Volkshilfe) im Zuge einer Podiumsdiskussion thematisiert. Aspekte der gesellschaftlichen Integration, der Bildungsförderung sowie der Chancengleichheit am Arbeitsmarkt wurden ebenso beleuchtet wie die Roma-Strategie der Europäischen Kommission. ■

<https://www.parlament.gv.at/>

<https://www.bundestkanzleramt.gv.at/>

<https://www.romano-centro.org/>

<https://www.kv-roma.at/>

Quellen: Parlamentskorrespondenz, Bundeskanzleramt

Aus dem Bundeskanzleramt

Foto: BKA / Dragan Tatlic



Am 25. und 26. Feber nahm Bundeskanzler Sebastian Kurz an der Videokonferenz der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union teil.

EU-Videogipfel: Covid-19, Sicherheits- und Verteidigungsfragen

Beim virtuellen EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs, der am Nachmittag des 25. Feber begann, stand die Koordinierung in der Coronavirus-Pandemie sowie die Impfstoff-Beschaffung im Mittelpunkt. Themen waren dabei zügigere Zulassungsverfahren und der Ausbau der Produktionskapazitäten durch eine stärkere Zusammenarbeit der Hersteller. Auch ein europaweites Impfstoffzertifikat stand zur Debatte stehen. Bundeskanzler Sebastian Kurz hatte bereits angekündigt, daß er sich für einen „Grünen Paß“ für Corona-Geimpfte, Getestete und Genesene aussprechen werde. Es brauche „einen ‚Grünen Paß‘ für jeden, der geimpft ist oder gerade Corona hatte und dadurch immun ist, oder einen neuen Test gemacht hat“, so Kurz im Vorfeld des EU-Gipfels. Der Bundeskanzler werde sich erneut für eine raschere Zulassung von Impfstoffen durch die Europäische Arzneimittelagentur EMA einsetzen. Auch die Überprüfung mit Pharmaunternehmen zur Steigerung der Impfstoff-Produktionskapazitäten in der EU solle weiter beschleunigt werden.

„Wir brauchen innerhalb der Europäischen Union die Reisefreiheit wieder zurück“, betonte Kurz. Ein EU-weit geltender „Grüner Paß“ könne „eine gute Basis dafür darstellen, daß wir ordentlich durch den Sommer kommen“. Israel habe bereits ein ähnliches System, das über digitale Lösungen einfach umsetzbar sei. Er habe bereits mit zahlreichen EU-Amtskollegen sowie

auch dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu über diesen Vorschlag gesprochen und hoffe, „möglichst schnell die Vorbehalte der Staaten aufbrechen zu können“. Das Ziel sei eine gemeinsame europäische Lösung, aber „wenn es nicht gelingt, werden wir selbstverständlich dieses Projekt national angehen und mit möglichst vielen Staaten in der Nachbarschaft und darüber hinaus versuchen, einen gemeinsamen Weg zu finden.“

Wichtig seien einheitlichen Standards für Reisen und den Güterverkehr innerhalb der EU, betonte der Bundeskanzler angesichts der Debatte über Grenzschließungen und Einrei-

sebeschränkungen. „Der Binnenmarkt muß trotz der Pandemie weiterhin funktionieren, um unseren Wohlstand und Arbeitsplätze zu erhalten. Dafür braucht es einheitliche Standards für Pendler, den Güterverkehr und Reisen“, so Kurz. „Wir wollen alle so schnell wie möglich unser normales Leben wieder zurück. Wir wollen die Freiheit zurück, innerhalb Europas zu reisen, ob geschäftlich oder privat. Und wir wollen vor allem die Möglichkeit, in Kulturveranstaltungen zu gehen, Gastronomie und Hotellerie zu nutzen und genießen zu können.“ Er sehe eine Rückkehr zur Normalität bis zum Sommer als eine realistische Perspektive.



Am 2. März empfing Bundeskanzler Sebastian Kurz (l.) den Schweizer Bundespräsidenten Guy Parmelin zu einem Gespräch im Bundeskanzleramt.

Österreich, Europa und die Welt



Foto: BKA / Dragan Tatic

Am 4. März traf Bundeskanzler Sebastian Kurz (l.) im Rahmen seines Arbeitsbesuchs in Israel gemeinsam mit der dänischen Premierministerin Mette Frederiksen den Premierminister von Israel, Benjamin Netanjahu

Tags darauf, am 26. Feber, standen die Themen Sicherheit und Verteidigung sowie die südliche Nachbarschaft auf der Agenda des EU-Gipfels. So haben sich die EU-Staats- und Regierungschefs darüber ausgetauscht, wie die Europäische Union widerstandsfähiger gegenüber Cyberangriffen und hybriden Bedrohungen gemacht werden kann. Auch der Ausbau der Partnerschaften zwischen EU und NATO stand auf der Tagesordnung des Rates. „Wir müssen gemeinsam in Europa entschlossen die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus sowie die Ideologie dahinter, den politischen Islam, bekämpfen“, sagte der Bundeskanzler und verwies in diesem Zusammenhang auf den Terroranschlag in Wien vom November letzten Jahres. Man setze dabei auf einen Mix aus nationalen sowie europäischen Maßnahmen, insbesondere in Bezug auf Foreign Terrorist Fighters. „Als neutrales Land ist Österreich besonders die multilaterale Zusammenarbeit mit der UNO und OSZE wichtig sowie mit der NATO im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden“, betonte der österreichische Regierungschef. Das gelte vor allem für Friedenssicherungs- und Beobachtermissionen, wie jener der OSZE in der Ostukraine, wo Österreich seinen Beitrag leiste.

Bundeskanzler: Zusammenarbeit bei Forschung und Entwicklung von Impfstoffen mit Israel und Dänemark

„Im Moment schaut die Welt mit Bewunderung nach Israel. Als erstem Land welt-



Foto: BKA / Dragan Tatic

Premierministerin Mette Frederiksen mit Bundeskanzler Sebastian Kurz und Premierminister Benjamin Netanjahu bei der Begutachtung des israelischen „Grünen Passes“

weit ist es Israel gelungen, seine Bevölkerung vorbildhaft zu impfen. Es hat sich gezeigt, daß es möglich ist, diesem Virus die Stirn zu bieten“, sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz am 4. März bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Israels Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu und Dänemarks Ministerpräsidentin Mette Frederiksen in Israel.

Er werde niemals den Beginn des Jahres 2020 vergessen, so der Kanzler, als er von Netanjahu gewarnt wurde, daß das Coronavirus eine große Bedrohung für die ganze

Welt darstellen werde. „Israel war der Grund, warum wir in Österreich so schnell reagiert haben, als uns die erste Welle in der EU getroffen hat. Wir waren jetzt seit einem Jahr in der First-Mover Gruppe tätig und es hat sich ganz klar gezeigt, daß die Pandemie nur besiegt werden kann, wenn wir auf weltweiter Ebene zusammenarbeiten“, betonte der österreichische Regierungschef. Es sei realistisch, daß man im Sommer zur Normalität zurückkehren werde können. Dennoch müsse man sich bereits jetzt auf die Zeit nach dem Sommer vorbereiten. „Expertinnen und

Österreich, Europa und die Welt

Experten sind der Ansicht, daß wir alleine in Österreich rund 30 Millionen Vakzin-Dosen benötigen. Aus diesem Grund müssen wir nicht nur innerhalb der Europäischen Union kooperieren, sondern auch global“, so Kurz.

Gründung einer gemeinsamen Forschungs- und Entwicklungsstiftung

„Heute haben wir uns auf zwei Dinge geeinigt: Zunächst einmal wollen wir eine gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsstiftung ins Leben rufen, um innovative Projekte zu unterstützen. Zweitens haben wir uns entschlossen, gemeinsam in Produktionskapazitäten in Europa und Israel zu investieren. Das ist ein mehrstufiges Verfahren. Wir werden daher die Aufgaben untereinander aufteilen. Jeder wird hier auf einen Schwerpunkt setzen“, so Kurz. In Österreich würden beispielsweise Lipide produziert, die für viele Vakzine benötigt werden. Der Kanzler bedankte sich zum Abschluß seines Statements bei Benjamin Netanjahu und Mette Frederiksen für die Bereitschaft zur Kooperation. „Es ist sehr wichtig, zusammenzuarbeiten, nicht nur, um das Virus jetzt zu bekämpfen, sondern auch um in den nächsten Jahren gegen die Mutationen gerüstet zu sein.“

„Grüner Paß“ als Nachweis für Impfung oder überstandene Erkrankung

Der Kanzler und die dänische Ministerpräsidentin besuchten zum Auftakt ihrer Visite in der Stadt Modi'in ein Fitnessstudio und nahmen an der Präsentation des sogenannten „Grünen Passes“ teil. Der elektronische Impfpfaß in Form einer Handy-App wurde im Februar in Israel eingeführt und bestätigt eine bereits erfolgte Impfung beziehungsweise eine überstandene Corona-Erkrankung. Die Europäische Union hat sich beim letzten EU-Gipfel auf ein ähnliches Modell geeinigt, das derzeit von der EU-Kommission erarbeitet wird und voraussichtlich in drei Monaten ausgerollt werden soll. Bundeskanzler Kurz setzt sich dafür ein, daß der europäische „Grüne Paß“ auch in Israel anerkannt wird.

Zu den weiteren Schwerpunkten der engeren Kooperation der drei Länder zählen etwa die Impfstoffproduktion – in Österreich gibt es derzeit zwei Standorte für die Herstellung, nämlich Novartis in Kundl, Tirol, und Polymun/Pfizer in Orth an der Donau (Niederösterreich) –, aber auch die Entwicklung neuer Impfstoffe, die Forschung an Covid-Medikamenten sowie die Entwicklung von Tests.



Integrationsministerin Susanne Raab: „Frauen stärken Frauen in der Integration.“

Frauen stärken Frauen in der Integration

Im Vorfeld des Internationalen Frauentags am 8. März nahm Frauen- und Integrationsministerin Susanne Raab an einem Onlineaustausch unter dem Motto „Empowerment von Frauen für Frauen“ teil. Zwei Integrationsbotschafterinnen der Initiative Zusammen:Österreich des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) – Unternehmerin Aleksandra Izdebska mit Wurzeln in Polen und Tax Manager Amela Poglitsch mit Wurzeln in Bosnien und Herzegowina – teilten mit rund 20 weiblichen Mentees des „Mentoring für MigrantInnen“-Programms ihre „Erfolgsgeschichten“ in Sachen gelungene Integration in Österreich.

Im Mittelpunkt des Onlinetalks standen die persönlichen Erfahrungen der Teilnehmerinnen sowie konkrete Tipps der beiden Integrationsbotschafterinnen für den Start in Österreich. Bundesministerin Raab: „Mit ihren Erfolgsgeschichten zeigen die Integrationsbotschafterinnen vor, welche Chancen Frauen in Österreich haben und welchen Beitrag auch Frauen mit Migrationshintergrund für unsere Gesellschaft leisten können.“

Außerdem berichtete die Ministerin aus ihrer Zeit als aktive Mentorin: „Ich kann aus eigener Erfahrung bestätigen, wie wichtig eine Mentoring-Partnerschaft für den Berufseinstieg in Österreich ist. Daher ist es mein Ansatz, erfolgreiche Frauen mit Migrationshintergrund wie die Integrationsbotschafterinnen vor den Vorhang zu holen. Denn sie sind es, die für andere Frauen aus ihren jeweiligen Communitys Vorbilder sein und sie inspirieren können.“ Raab betonte zudem, daß sie Frauen darin bestärken will, sich weiterzuentwickeln – eine wichtige Rolle könnten dabei Formate wie das Mentoring-Programm

spielen. „Empowerment von Frauen ist gerade in der Integration entscheidend – denn Frauen sind ‚Integrationsmotoren‘ für ihre Familie und ihr Umfeld. Dabei ist es meiner Meinung nach besonders wichtig, daß Frauen andere Frauen unterstützen“, so Raab abschließend.

Initiativen der EU in die Gemeinden bringen

„Die Europäische Union fängt in der Gemeinde an. Es ist mir daher eine große Freude, daß wir heute neue Initiativen für EU-Gemeinderätinnen und -Gemeinderäte präsentieren können“, sagte Europaministerin Karoline Edtstadler am 4. März bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Präsidenten des Österreichischen Gemeindebunds, Alfred Riedl, im Bundeskanzleramt. Laut einer aktuellen Eurobarometer-Umfrage vom Dezember 2020 unterstützen nur 22 Prozent die Europäische Union genauso wie sie derzeit ist. Mittlerweile seien es 70 Prozent, die für eine Veränderung eintreten. 39 Prozent davon gaben an, die Union „eher“ zu unterstützen, würden sich aber Reformen wünschen. 31 Prozent sehen die EU skeptisch und würden ihre Meinung aber ändern, wenn es entsprechende Reformen gäbe.

Bindeglied zwischen EU und Gemeinden

„Ich habe von Anfang an für den raschen Beginn der Zukunftskonferenz auf europäischer Ebene plädiert. Es ist jetzt wichtiger denn je, über die Zukunft der Europäischen Union zu sprechen“, betonte Edtstadler. Bereits bei den Österreich-Dialogen seien die EU-GemeinderätInnen wichtige Ansprechpartner gewesen. Es handle sich um ein europaweit einzigartiges Vorzeigeprojekt. „Sie

Österreich, Europa und die Welt

sind erste Ansprechpartner für Fragen rund um die EU und wichtige Bindeglieder zwischen der Europäischen Union und den Gemeinden. Sie unterstützen bei Informationen zu Förderungen, bei gemeinsamen Lösungen und beim Abholen von Geldern aus der Union“, so die Europaministerin. Es seien derzeit über 1.200 EU-GemeinderätInnen über das 2.095 Gemeinden umfassenden Bundesgebiet verteilt.

„Mein ganz klares Ziel ist es, daß wir in jeder Gemeinde Österreichs zumindest eine Europagemeinderätin oder einen -gemeinderat haben. Es wäre wünschenswert, wenn jede im Gemeinderat vertretene Partei einen Ansprechpartner stellt“, hielt Edtstadler fest. Viermal jährlich soll zudem das neue Magazin „Unser Europa. Unsere Gemeinde.“ erscheinen, worin sich aktuelle Informationen zu Entwicklungen in der Europäischen Union befinden. Man habe bereits mit dem Versand der ersten Ausgabe begonnen. Ziel ist es, aktuelle Entwicklungen in der EU aufzubereiten und unterschiedliche Akteure vor den Vorhang zu holen.

Als weitere Initiative präsentierte Karoline Edtstadler die neue Website, worin unter anderem ein eigenes Portal für Europa-GemeinderätInnen geschaffen wurde:

<https://www.europagemeinderaete.at>

Drittens wird es künftig einen sechsmal jährlich erscheinenden Newsletter mit detaillierten Informationen und aktuellen Entwicklungen geben. Und schließlich initiiert die Europaministerin monatliche Online Round-Tables. „Wichtig ist, daß wir die Lehren aus der Krise ziehen und die Menschen aktiv einbinden.“

*Rückmeldung der Bevölkerung
für starke Stimme in der EU*

„Als Europaministerin ist mir dieser direkte Austausch sehr wichtig, weil es darum geht, die Sorgen, die Nöte und die Kritik aufzunehmen. Und weil es darum geht, die Initiativen der Europäischen Union in die Gemeinden, in die Regionen zu bringen. Die Menschen haben viele Anregungen und Fragen sowie eine klare Vorstellung davon, wie das Europa der Zukunft aussehen sollte. Wenn wir eine starke Stimme für die EU sein wollen, brauchen wir die Rückmeldungen aus der Bevölkerung“, erläuterte Edtstadler. Die Europaministerin richtete ihren Dank vor allem an das Außenministerium als Partner dieser Initiative sowie an Gemeindebundpräsident Alfred Riedl für die Bemühungen, wenn es darum geht, die EU näher an die BürgerInnen zu bringen.



Foto: BKA / Andy Wenzel

Am 8. April 2021 nahm Bundesministerin Susanne Raab an der Veranstaltung „50 Jahre Romapolitik – Romnja und Roma in der EU. Chancen und Herausforderungen“ teil.

Ein Jahr ÖIF-Online-Deutschkurse

Mit dem ersten Lockdown im vergangenen Frühjahr starteten umfangreiche Online-Deutschkursmaßnahmen für Flüchtlinge sowie ZuwanderInnen, da keine Präsenzkurse stattfinden konnten. Nach einem Jahr zieht Integrationsministerin Susanne Raab eine sehr positive Bilanz: Seit Beginn dieses Online-Angebots haben in mehr als 1.000 Deutschkurs-Einheiten rund 75.000 Flüchtlinge sowie ZuwanderInnen an diesen Online-Sprachkursen teilgenommen.

„Daß in einem Jahr 75.000 Menschen an den Online-Deutschkursen des Integrationsfonds teilgenommen haben, ist ein voller Erfolg. Denn gerade die Coronakrise führt uns sehr deutlich vor Augen, wie wichtig gute Kenntnisse der Landessprache sind, um alle Maßnahmen zum Schutz vor Ansteckung auch lückenlos verstehen zu können. Sprache ist aber auch der Schlüssel zur Integration: Nur wer gut Deutsch spricht, kann in Österreich in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen. Daher war es mir von Beginn der Corona-Pandemie an ein Anliegen, daß die Deutschkurse für Flüchtlinge sowie Zuwanderinnen und Zuwanderer online weitergeführt werden. So können die Menschen diese Zeit eigenverantwortlich nutzen, um intensiv Deutsch zu lernen“, betont Ministerin Raab.

<https://sprachportal.integrationsfonds.at/>

Bundesregierung beschließt Fortführung der österreichischen Roma-Strategie

Im Vorfeld des Internationalen Roma-Tags am 8. April hat die Bundesregierung

bei der Ministerratssitzung am 14. April auf Antrag der für Volksgruppen zuständigen Kanzleramtsministerin Susanne Raab eine Fortschreibung der österreichischen Strategie zur Inklusion der Roma in Österreich beschlossen.

Im Jahr 2011 wurde von der Europäischen Kommission erstmals ein EU-Rahmen für nationale Strategien zur Inklusion der Roma bis zum Jahr 2020 verabschiedet. Vergangenes Jahr legte die Europäische Kommission den neuen strategischen Rahmen der EU zur Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma bis 2030 vor. Die Mitgliedstaaten können bis September ihre nationalen Roma-Strategien entsprechend anpassen.

Österreich kann der Europäischen Kommission nun mit dem heutigen Ministerratsbeschluß bereits im April 2021 die fortgeschriebene nationale Roma-Strategie übermitteln. Darin werden Schwerpunkte in den Bereichen Bildung und Arbeitsmarkt, die Bekämpfung von Antiziganismus, die Stärkung von Roma-Frauen (Romnja) und Roma-Jugendlichen sowie die Stärkung der organisierten Zivilgesellschaft und die Förderung einer verbesserten Teilhabe der Volksgruppe gesetzt.

Kanzleramtsministerin Susanne Raab: „Ich freue mich sehr, daß wir heute im Ministerrat die Fortschreibung der österreichischen Roma-Strategie beschließen konnten. Sie ist ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zur Inklusion der Volksgruppe der Roma und der Roma-Zivilgesellschaft, nicht nur in Österreich, sondern auch in der Europäischen Union.“

<https://www.bundestkanzleramt.gv.at/>

Shoah Namensmauern Gedenkstätte

Historisches Zeichen des Gedenkens nimmt Gestalt an – Am 25. März wurde der erste Stein der Gedenkstätte im Wiener Ostarrichipark versetzt



Foto: BKA / Andy Wenzel

v.l.: Generalsekretärin des Nationalfonds Hannah Lessing, Bundeskanzler Sebastian Kurz, Bundesministerin Karoline Edtstadler, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien Oskar Deutsch und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bei der Steinaufstellung

Am 25. März wurde die erste mit Namen gravierte Steintafel der Namensmauern Gedenkstätte im Ostarrichipark versetzt. Die Gedenkstätte für die in der Shoah ermordeten jüdischen Kinder, Frauen und Männer aus Österreich nimmt mit dem Versetzen der ersten Steintafel als sichtbares Zeichen der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus nun Gestalt an. Das Gedenkjahr 2018 war für die Republik Österreich Anlass, um sich auch mit den dunkelsten Kapiteln der Geschichte intensiv auseinanderzusetzen. Die Shoah Namensmauern Gedenkstätte soll einen zentralen und ruhigen Ort bieten, wo des Schicksals der über 64.000 ermordeten Menschen gedacht und ihr Leben geehrt werden kann.

Bundeskanzler Sebastian Kurz hielt fest: „Es ist unsere Pflicht dafür zu sorgen, daß aus einem ‚Niemals Vergessen‘ ein ‚Nie Wieder‘ wird. Mit dem Versetzen des ersten Steins der Shoah Namensmauern Gedenkstätte nimmt eines der wichtigsten Projekte unse-

rer Gedenkkultur Gestalt an. Damit setzen wir ein immerwährendes Zeichen nicht nur für unsere, sondern auch für nachfolgende Generationen. Als Republik Österreich kommen wir so unserer historischen Verantwortung nach.“

Der Präsident des Nationalrats, Wolfgang Sobotka, sagte: „Das Vergessen des Bösen ist die Erlaubnis zu seiner Wiederholung. Diese Gedenkstätte ist unerlässlich. Männer, Frauen und Kinder – alle, denen man ihren Namen entzogen hat, indem man ihnen eine Nummer gab, finden eine Identität, einen Grabstein und eine Ewigkeit. Ihre in Stein gemeißelten Namen sorgen dafür, daß sie niemals vergessen werden.“

Kanzleramtsministerin Karoline Edtstadler sagte: „Shoah Gedenkstätten und Mahnmale sind nicht nur wesentlicher Teil einer aktiven Erinnerungskultur, sondern sie tragen auch zur Auseinandersetzung mit und Sichtbarmachung der Geschichte und Reflexion bei. Österreich hat vor dem Hintergrund des

dunkelsten Kapitels unserer Geschichte eine besondere historische Verantwortung. Nur wer sich erinnert, wer sich mit der Geschichte auseinandersetzt, wer sensibilisiert ist für die Gräueltaten der Vergangenheit, kann die Zukunft positiv gestalten. Ich freue mich, daß wir mit dem ersten Gedenkstein der Namensmauern den sichtbaren Beginn der Errichtung der Gedenkstätte und damit ein wichtiges Zeichen der Erinnerung setzen.“

Wiens Kulturstadträtin Veronica Kaup-Hasler betonte: „Der Name ist unverbrüchlich mit dem menschlichen Leben verbunden. Die Shoa-Namensmauer erinnert an die Opfer des Nationalsozialismus und verleiht durch die Nennung der Namen in Stein dem ethischen Imperativ ‚Niemals vergessen‘ Sinn. Die Gedenkstätte soll an das Grauen des Nationalsozialismus mahnen, an Zivilcourage appellieren und ein wichtiges Signal für Demokratie, Menschenrechte und Solidarität sein. Umso wichtiger in einer Zeit, in der auf Demonstrationen wieder antisemitische

Österreich, Europa und die Welt

sche Untertöne sicht- und hörbar werden. Nach dem Baustart der Gedenkstätte im Vorjahr erfolgt nun als nächster Schritt die Verankerung der ersten Mauer. Ich danke Kurt Yakov Tutter für seine Initiative, seine Vision und seine Ausdauer.“

Der Gouverneur der Österreichischen Nationalbank, Robert Holzmann, sagte: „Über 60.000 Namen werden hier, in Granit eingraviert, für die Öffentlichkeit sichtbar gemacht. Die heutige Situierung stellt im wahrsten Sinne des Wortes einen Meilenstein dar – für die Gedenkstätte per se, vor allem aber für das gerade jetzt so wichtige Nicht-Vergessen. Ich möchte Ihnen, sehr geehrter Herr Tutter, im Namen der Österreichischen Nationalbank unseren aufrichtigen Dank für Ihren unermüdlichen Einsatz im Sinne der Erinnerung aussprechen.“

IKG-Präsident Oskar Deutsch sagte: „Wie wir mit Geschichte umgehen, definiert unsere Gesellschaft heute und in der Zukunft. Es geht dabei nicht um die Frage der Schuld, sondern der Verantwortung. Eine Verantwortung, die Österreich spät, aber doch wahrzunehmen begonnen hat. Hinter jedem der 65.000 Namen, die hier verewigt sein werden, steht ein Mensch. Mit der Namensmauer werden sie alle als Individuen sichtbar, auch für spätere Generationen.“

Der Geschäftsführer der Bundesimmobiliengesellschaft, Wolfgang Gleissner, sagte: „Auch wenn die Errichtung der Shoah Namensmauern Gedenkstätte eines unserer kleinsten Bauprojekte ist, ist es ein besonders bedeutendes. Mit der Beauftragung der baulichen Umsetzung verhelfen wir der Vision von Kurt Yakov Tutter zur Realität und tragen zu der wichtigen Aufgabe bei, das Gedenken an die ermordeten Kinder, Frauen und Männer für zukünftige Generationen zu bewahren.“

Walther Lichem, Vorstand des Vereins zur Errichtung der Namensmauern Gedenkstätte, sagte: „Diese Gedenkstätte soll den Österreicherinnen und Österreichern die Möglichkeit geben, unser Gestern mit dem Heute und dem Morgen zu verbinden. Zeitphasen unserer Geschichte sind nicht getrennt voneinander wahrzunehmen und können nicht getrennt voneinander verstanden werden. Aus der Geschichte, auch aus dem Horror der Shoah, müssen wir lernen und aus diesem Lernprozeß die Antworten auf die Herausforderungen der Gegenwart erkennen und damit auch die Kernelemente einer friedlichen, menschenwürdigen Zukunft erkennen. Diese Gedenkstätte soll uns auch das ‚In uns-Hereinnehmen‘ der Identitäten von Anderheit möglich machen und uns damit für Solidarität, Integration und Gemeinschaftlichkeit befähigen. In einer Vielfach-Identitätsgesellschaft ist diese Entwicklung von grundlegender Bedeutung. Wir gedenken der Opfer des Nationalsozialismus als Brücke in eine uns alle einschließende gemeinsame Zukunft.“



Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka vor der Namensmauer im Ostrarrichipark

Hannah Lessing, Generalsekretärin des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus sagte: „Seit mehr als 20 Jahren unterstützt und begleitet der Nationalfonds Kurt Yakov Tutter und sein Ringen um die Shoah Namensmauern. Die Familien der Ermordeten finden hier einen Platz, an dem sie ihrer Lieben gedenken können. Und Österreich erhält einen würdigen Erinnerungsort, der die Namen der Opfer im Gedächtnis der Menschen bewahrt.“

Der verantwortliche Architekt Wolfgang Wehofer erklärte: „Für uns Architekten ist das Projekt der Shoah-Namensmauern Gedenkstätte von Beginn an ein sehr interessantes Bauvorhaben und wird es bis zur Fertigstellung bleiben. Eine Herausforderung war die Natursteinlieferung der 170 Natursteintafeln und die Berücksichtigung der beiden vorhandenen unterirdischen Garagen auf dem Grundstück.“

■ <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/>
<https://www.nationalfonds.org/>
<https://www.ikg-wien.at/>

Aus dem Außenministerium

Außenminister Schallenberg beim Rat der EU-Außenminister in Brüssel

Beim Treffen des Rats für Auswärtige Beziehungen (RAB) in Brüssel am 22. Februar ging es neben der Situation in Myanmar und Hongkong vor allem um zielgerichtete Sanktionen im Rahmen des Menschenrechts-Sanktionsregimes gegen russische Verantwortliche für den inakzeptablen Umgang mit dem russischen Oppositionellen Alexei Nawalny. Außerdem stand das Wiener Atomabkommen mit dem Iran auf der Agenda der Beratungen der EU27.

In Bezug auf Rußland steht für Außenminister Alexander Schallenberg außer Frage, daß die Europäische Union nach den Vorkommnissen der letzten Wochen nicht einfach zur Tagesordnung übergehen könne. Das Urteil gegen Nawalny werfe einen gewaltigen Schatten auf das Verhältnis zu Russland. Die Außenminister erzielten eine politische Einigung, sodaß der Europäische Auswärtige Dienst nun eine Listung der entsprechenden Personen vorschlagen kann.

„Wir müssen gegenüber Russland weiterhin eine doppelgleisige Strategie fahren: Kante, wo nötig – Dialog, wo möglich“, so der Außenminister.

Auch das Atomabkommen mit dem Iran (JCPOA) war Thema der Ratstagung. Nach der Iran-Reise des Generaldirektors der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA, Rafael Grossi, zeigte sich Außenminister Schallenberg erleichtert darüber, daß eine technische Einigung zur Überwachung der iranischen Aktivitäten für weitere drei Monate erzielt werden konnte.

„Der Patient – der Wiener Atomdeal – wurde stabilisiert, jetzt müssen wir die Zeit nützen, damit die Diplomatie ihre Wirkung entfalten kann.“ Klar ist laut dem Außenminister aber auch, daß wir uns in einer Pattsituation befänden, deren einziger Ausweg ein tragfähiger Dialog zwischen dem Iran und der USA darstelle. Außer Frage stünde, daß es keine glaubwürdige Alternative zum jetzigen Abkommen gebe.

Secretary of State Antony Blinken – der Außenminister der USA – besprach sich via Videokonferenz zum ersten Mal mit seinen Amtskollegen aus der Europäischen Union. Der gute Austausch mit Blinken bestätigte auch die ersten positiven Signale im Hinblick auf eine Rückkehr der USA zum Multilateralismus.



Foto: BMEIA / Gruber

Am 22. Februar nahm Außenminister Alexander Schallenberg (r.) am RAB in Brüssel teil.

„Wir müssen als EU nun auf die USA zugehen – denn viel zu lange sind wir nur Rücken an Rücken statt Schulter an Schulter gestanden“, betonte Schallenberg. Die EU-AußenministerInnen berieten weiters über den Strategischen Kompaß der EU, der die Sicherheits- und Verteidigungskapazitäten der EU stärken soll.

Besetzung von Leitungsfunktionen im Ausland

Auf Antrag von Außenminister Alexander Schallenberg wurde in der Sitzung des Ministerrates vom 24. Februar die Neubesetzung von mehreren österreichischen Vertretungsbehörden beschlossen. Dabei wurde vorgeschlagen, folgende Personen mit Leitungsfunktionen im Ausland zu betrauen:

- Gesandte Mag.a Christine MOSER mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Algier,
- Botschafter Mag. Wilhelm DONKO mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Bangkok,
- Botschafterin Dr.in Maria ROTHEISER-SCOTTI mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Bern,
- Botschafter Mag. Dr. Stefan SCHOLZ mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Brasilia,
- Botschafter Dr. Andreas MELAN mit der Leitung der Österreichischen

Botschaft Buenos Aires,

- Botschafterin Mag.a Adelheid FOLIE mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Bukarest,
- Botschaftsrat Mag. Dr. Peter KROIS mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Damaskus,
- Botschafter Dr. Hans Peter GLANZER mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Hanoi,
- Generalkonsul Josef SAIGER, BA, MA mit der Leitung des Österreichischen Generalkonsulates in Istanbul,
- Gesandte Mag.a Dr.in Alice IRVIN mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Kopenhagen,
- Generalkonsul Mag. Andreas LAUNER mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Kuala Lumpur,
- Botschafter Mag. Christoph MERAN mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Lissabon,
- Botschafter Mag. Dr. Michael POSTL mit der Leitung des Österreichischen Generalkonsulates in Los Angeles,
- Botschafter Mag. Dr. Werner ALMHOFER mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Moskau,
- Botschafterin Dr.in Eva Maria ZIEGLER mit der Leitung des Österreichischen Generalkonsulates in München,

Österreich, Europa und die Welt

Foto: BMEIA / Gruber



Treffen der „Central 5“ (Österreich, Ungarn, Slowakei und Tschechien) in Slowenien. Im Bild (v.l.): die Außenminister Péter Szijjártó (Ungarn), Alexander Schallenberg (Österreich), Anže Logar (Slowenien), Tomáš Petříček (Tschechien) und Ivan Korčok (Slowakei)

- Gesandte Mag.a Katharina WIESER mit der Leitung der Österreichischen Botschaft New Delhi,
 - Botschafterin Mag.a Helene STEINHÄUSL mit der Leitung des Österreichischen Generalkonsulates in New York,
 - Gesandte Mag.a Dorothea AUER mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Nikosia,
 - Gesandten Mag. Dr. Stefan PEHRINGER mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Oslo,
 - Botschafter Mag. Dr. Andreas RIECKEN mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Peking,
 - Gesandten Dr. Karl MÜLLER mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Podgorica,
 - Amtsdirektor, Regierungsrat Helmut RAKOWITSCH mit der Leitung des Österreichischen Generalkonsulates in Shanghai,
 - Gesandten Mag. Wolf Dietrich HEIM mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Teheran und
 - Botschafter Mag. Andreas STADLER mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Warschau.
- Weiters betraute Bundesminister Alexander Schallenberg
- Gesandten Christian AUTENGRUBER, M.A. mit der Leitung des Österreichischen Kulturforums Budapest,

- Ministerialrätin Silvia NEUREITER, BA, MA mit der Leitung des Österreichischen Kulturforums Istanbul,
- Ministerialrätin Gudrun HARDIMAN-POLLROSS, BSc, MA mit der Leitung des Österreichischen Kulturforums Warschau,
- Mag. Andreas SUMPER mit der Funktion des Erstzugeteilten an der Österreichischen Botschaft Brüssel,
- Mag. Christoph WIELAND mit der Funktion des Erstzugeteilten an der Ständigen Vertretung beim Büro der Vereinten Nationen und den Spezialorganisationen in Genf und
- Konsul Mag. Stephan HEISLER, LL.M. mit der Funktion des Erstzugeteilten an der Österreichischen Botschaft Tokio.

Treffen der Central 5 in Slowenien

Außenminister Alexander Schallenberg traf am 1. März im Rahmen der Central 5 (C5) mit seinen Amtskollegen aus der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn zusammen.

Wichtige Themen beim vierten Treffen der C5 im slowenischen Brdo waren der Umgang mit der Corona-Pandemie, die Schwerpunkte der im zweiten Halbjahr 2021 bevorstehenden slowenischen Ratspräsidentschaft sowie die EU-Erweiterung um die Staaten des Westbalkans.

Neben der Wichtigkeit des Testens und der Forderung nach der Beschleunigung der

Zulassung von Impfstoffen durch die Europäische Arzneimittel Behörde (EMA), betonte Außenminister Alexander Schallenberg die Notwendigkeit, durch einen europäischen „Grünen Paß“ wichtige Zukunftsperspektiven zu schaffen.

„Ich bin sehr froh, daß Kommissionspräsidentin Von der Leyen angekündigt hat, noch im März einen Gesetzesentwurf für einen digitalen ‚Grünen Paß‘ vorzulegen. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, daß das schon im Sommer unser Ticket zurück in die Normalität sein könnte – wir müssen diese Chance nutzen“, so Schallenberg.

Besonders hervorgehoben wurde von Seiten der C5-Außenminister die gegenseitige Solidarität und Hilfe während der Pandemie. Außenminister Schallenberg betonte, die partnerschaftliche Zusammenarbeit ganz besonders auch während der kommenden slowenischen Ratspräsidentschaft fortzusetzen: „Es besteht kein Zweifel, daß Slowenien die Präsidentschaft der Europäischen Union zu einem besonders herausfordernden Zeitpunkt übernehmen wird. Ich kann aber versichern, daß Slowenien jederzeit auf die volle Unterstützung Österreichs zählen kann.“

Darüber hinaus herrschte beim Treffen der C5 Einigkeit über die Wichtigkeit der EU-Erweiterung am Westbalkan. „Ich denke, wir haben ein gemeinsames Ziel: 2021 darf nicht wieder ein verlorenes Jahr für die Staaten des Westbalkans werden“, so Schallenberg abschließend.

Österreich, Europa und die Welt

Spanische Außenministerin González Laya in Wien

Außenminister Alexander Schallenberg empfing am 12. März seine spanische Amtskollegin Arancha González Laya zu einem ausführlichen bilateralen Arbeitsgespräch in Wien. Im Zentrum des Treffens standen der Umgang mit der Covid-19-Pandemie und die Beziehungen zur europäischen Nachbarschaft.

Für die beiden Tourismusdestinationen Spanien und Österreich ist es ein wesentliches Ziel, sicheres Reisen wieder zu ermöglichen. Daher unterstützen Spanien und Österreich das Bestreben der Europäischen Kommission um einen digitalen „Grünen Paß“.

„Wir glauben, daß der digitale ‚Grüne Paß‘ das Ticket zurück zu einem Stück Normalität sein kann“, so Schallenberg.

Darüber hinaus betonte er die Notwendigkeit, bei der Vergabe von Impfstoffen die europäische Nachbarschaft miteinzubeziehen: „Es muß uns bewußt sein, daß es Staaten ausserhalb der EU gibt, die nach Europa schauen und auf unsere Hilfe warten.“

Die beiden Außenminister waren sich ebenfalls über die Wichtigkeit der EU-Erweiterung am Balkan einig: „Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, die europäische Perspektive des Westbalkans voranzutreiben“, so González Laya. Auch Schallenberg betonte die Bedeutung der Erweiterung am Balkan: „Die europäische Integration ist nicht vollständig, solange die Staaten des Westbalkans der EU nicht beigetreten sind.“

Auch über ein geeintes Auftreten der EU in der Außenpolitik waren sich Laya und Schallenberg einig. So müsse man ein ge-



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg empfing seine spanische Amtskollegin Arancha González Laya in Wien.

meinsames Vorgehen auf Augenhöhe in der südlichen Partnerschaft mit Staaten wie Marokko oder Algerien finden, vor allem in Belangen der Migration.

Rückführungen von Migranten vorantreiben

Außenminister Alexander Schallenberg sieht in dem am 15. März erstmals gemeinsam tagenden Online-Treffen der EU Außen- und Innenminister zum Thema Migration eine wichtige Initiative, um Migrationspartnerschaften mit Herkunfts- und Transitländern von Migranten, die nach Europa kommen, voranzubringen. „Die äußeren und internen Aspekte der europäischen Migrationspolitik sind Zahnräder, die absolut reibungslos in-

einandergreifen müssen, sonst gerät das gesamte Uhrwerk ins Stocken“, so Schallenberg beim gemeinsamen Rat mit Innenminister Karl Nehammer. Der dabei wichtige Punkt der Rückführungsmöglichkeiten von Personen, die in der EU keinen Asylstatus bekommen haben, sei eine „Achilles-Ferse“.

„Die EU muß im Durchsetzen der Rückübernahme von Migranten weit besser werden“, so Außenminister.

Sieben von zehn Personen, die in der EU keinen Asylstatus bekommen haben, bleiben trotzdem in Europa, weil sie nicht in ihre Ursprungsländer zurückgebracht werden könnten. „Das höhlt die Glaubwürdigkeit des gesamten europäischen Asylsystems aus.“

Die EU müsse für die Durchsetzung der Rückübernahme von Migranten sowohl auf Druck als auch auf Zusammenarbeit setzen. „Um maßgeschneiderte Migrationsabkommen mit Drittstaaten zu erreichen, müssen wir alle Hebel in Bewegung setzen: von der Entwicklungshilfe, über Handel und Investition bis hin zur Visapolitik.“

Gleichzeitig müsse die EU weiter sowohl Fluchtursachen in den Herkunftsländern bekämpfen als auch die nachhaltige Integration von Flüchtlingen in Gastländern der Region forcieren.

Vor dem Hintergrund des zehnten Jahrestags des Bürgerkriegs in Syrien unterstrich Außenminister Schallenberg die Fortsetzung des österreichischen humanitären Engagements. Österreich werde 2021 für Hilfe vor Ort für Menschen in Syrien und syrische Flüchtlinge und ihre Gastgemeinden in den Nachbarländern über 15 Millionen Euro zur Verfügung stellen.



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg (l.) und Innenminister Karl Nehammer nahmen an einem informellem Rat der EU-Außen- und InnenministerInnen mittels Videokonferenz teil.

Österreich, Europa und die Welt

Foto: BMEIA / Gruber



v.l.: Außenminister Alexander Schallenberg gemeinsam mit (v.l.) Vizekanzler Werner Kogler, Bundeskanzler Sebastian Kurz und Gesundheitsminister Rudolf Anschober beim Pressefoyer nach dem Ministerrat

13,5 Mio. Euro zur Bekämpfung humanitärer Krisen

Am 17. März gab die Bundesregierung auf Antrag von Bundeskanzler Kurz, Vizekanzler Kogler und Außenminister Schallenberg die größte Auszahlung aus dem Auslandskatastrophenfonds (AKF) für die Arbeit österreichischer Nichtregierungsorganisationen (NGOs) für den Kampf gegen humanitäre Katastrophen frei: insgesamt 13,5 Millionen Euro werden für deren Projekte in Afrika, dem Nahen Osten sowie in der Ukraine zur Verfügung gestellt. Mit dieser Auszahlung erhöht die Regierung die Planungssicherheit der österreichischen Nichtregierungsorganisationen wesentlich und sorgt damit für zusätzliche Qualität in der österreichischen humanitären Hilfe.

„Mit der substanziellen Erhöhung des Auslandskatastrophenfonds im vergangenen Jahr haben wir die Basis geschaffen, um unsere Hilfe vor Ort deutlich zu erhöhen und so tausenden Menschen zu helfen. Damit werden wir unserer christlich-sozialen Verantwortung gerecht“, so Bundeskanzler Sebastian Kurz.

Mit der Freigabe der größten Auszahlung aus dem AKF für die Arbeit österreichischer NGOs im Ministerrat habe die Bundesregierung nun den nächsten Schritt gesetzt.

„Die Regierung wird die Mittel für die humanitäre Hilfe bis 2024 auf 60 Millionen

jährlich gegenüber dem Jahr 2019 vervierfachen. Besonders wichtig ist uns die Hilfe für Frauen, Kinder, Alte, Kranke und Menschen mit Behinderungen in Krisengebieten. Mit dem Jahresprogramm für Kriseneinsätze österreichischer Hilfsorganisationen wird die Planbarkeit und Kontinuität dieser enorm wichtigen humanitären Hilfe deutlich erhöht“, erklärt Vizekanzler Werner Kogler.

Die nun beschlossenen 13,5 Millionen Euro werden durch österreichische NGOs für Hilfe vor Ort eingesetzt und kommen in Afrika Uganda, Äthiopien, Mosambik (alle jeweils 2 Mio. Euro) und Burkina Faso (1 Mio. Euro) zu Gute, im Nahen Osten gehen jeweils 2,5 Mio. Euro an den Libanon und Jordanien, 1,5 Mio. Euro sind für die Ostukraine vorgesehen.

„Diese Länder sind seit Jahren durch Naturkatastrophen, Hungersnöte, kriegerische Auseinandersetzungen und Fluchtbewegungen schwer gebeutelt, die humanitäre Situation ist katastrophal und wurde durch die Folgen der Pandemie noch befeuert“, so Außenminister Alexander Schallenberg.

Gerade am Horn von Afrika drohe eine Domino-Effekt, wenn es nicht gelinge, Äthiopien zu stabilisieren. „Die vor Ort tätigen österreichischen NGOs können mit der Auszahlung ihre Projekte sicher fortführen und für die Menschen einen entscheidenden Unterschied machen“, so Schallenberg.

2021 stellt die Bundesregierung gesamt 52,5 Mio. Euro durch den AKF für Katastrophenfälle im Ausland zur Verfügung. Die Auszahlung von 13,5 Mio. Euro ist eine der größten Auszahlungen seit Bestehen des Fonds und wird über die Austrian Development Agency (ADA) abgewickelt.

Live-Talk mit Auslandsösterreichern in UK

Am Abend des 19. März fand der erste digitale Live-Talk von Außenminister Alexander Schallenberg mit über 1.000 ÖsterreicherInnen mit Lebensmittelpunkt in Großbritannien statt.

„Ich freue mich außerordentlich über die Gelegenheit zum Austausch mit einer so grossen Zahl von Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreichern. Natürlich wäre mir ein physisches Zusammentreffen lieber gewesen“, so Schallenberg, „aber wir befinden uns noch immer in einer außergewöhnlichen Zeit und ab einem gewissen Punkt möchte man solche Treffen nicht mehr weiter aufschieben. Zumal mir dieser Austausch ein persönliches Herzensanliegen ist!“

Bei diesem von Eric Papilaya moderierten digitalen Treffen konnten Fragen an den Außenminister sowie an den österreichischen Botschafter im Vereinigten Königreich, Michael Zimmermann, der aus London zugeschaltet wurde, gestellt werden. Die Fragen

Österreich, Europa und die Welt

Foto: BMEIA / Gruber



v.r.: Außenminister Alexander Schallenberg, Eric Papilaya, und Botschafter Michael Zimmermann

konnten im Vorfeld der Veranstaltung eingesendet oder während des Live-Talks mittels Chat-Funktion gestellt werden.

„Keine der eingelangten Fragen wurde ins Leere geschickt, das ist mir ganz wichtig festzuhalten“, verspricht der Außenminister.

Alle Fragen, die nicht im Rahmen des digitalen Treffens beantwortet werden konnten, werden vom Außenministerium und der österreichischen Botschaft in London im Anschluß an die Veranstaltung schriftlich beantwortet. Der Themenbogen zog sich von den Folgen des Brexit, über die Doppelstaatsbürgerschaft bis hin zum „Green Pass“ und den Einreiseregelungen. Hier hatte der Außenminister eine gute Nachricht für die AuslandsösterreicherInnen: das derzeit geltende Landeverbot für Passagierflugzeuge aus dem Vereinigten Königreich lief mit 21. März aus und wurde nicht verlängert.

Rat der EU-Außenminister in Brüssel

Beim Rat für auswärtige Angelegenheiten (RAB) am 22. März in Brüssel standen die Menschenrechte sowie die EU-Beziehungen mit der Türkei im Mittelpunkt der Gespräche. Zu den beschlossenen Sanktionen gegen Verantwortliche für Menschenrechtsverletzungen an Uiguren in Xinjiang (China) betonte Außenminister Schallenberg: „Der Einsatz für Menschenrechte kennt keinen Lockdown. Mit dem Menschenrechtssanktionsregime haben wir endlich ein wertegerechtes Werkzeug zur Hand, mit dem wir schneller und flexibler agieren können. Ebenfalls wurden Strafmaßnahmen gegenüber Personen, die für den Militärputsch in Myanmar verantwortlich sind und

gegen Demonstranten brutal vorgehen, verhängt. Österreich, das den Putsch gemeinsam mit der EU klar verurteilt und bereits eine Reihe an Forderungen an die Verantwortlichen gestellt hat, trug diese Sanktionen ebenfalls mit.“

Die EU-Beziehungen zur Türkei standen ebenfalls auf der Tagesordnung. Zwar werde versucht auf europäischer Ebene eine positive Agenda aufzubauen, aber die Türkei setze immer wieder Schritte, um für Unruhe zu sorgen, so der Außenminister, der den Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention scharf kritisierte.

„Diese beschämende Entscheidung ist ein Schlag ins Gesicht für alle Menschen, die

sich für Frauenrechte einsetzen. Damit werden die Uhren für Frauenrechte in der Türkei deutlich zurückgedreht. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, jede Form von Gewalt an Frauen und Mädchen zu verhindern“, so der Außenminister.

Die Außenminister der EU-Mitgliedsstaaten sprachen zudem über die Südliche Nachbarschaft, den Westbalkan und die Bekämpfung der Covid-19-Pandemie. Außerdem fand ein virtueller Austausch mit der Hohen Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Michelle Bachelet, statt, bei dem eine noch stärkere Unterstützung der EU für den UNO-Menschenrechtsrat ausgelotet wurde.



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg (r.) beim RAB in Brüssel im Bild mit dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell

Österreich, Europa und die Welt

Heimische Weltraumindustrie profitiert von Österreichs Präsenz in der ESA

Seit 40 Jahren wirkt Österreich in der Europäischen Weltraumorganisation ESA an Entwicklung und Leistungsfähigkeit des europäischen Raumfahrtsektors mit. Mit 1. April ist Österreich seit 40 Jahren deren Mitglied. Der Beitritt als assoziiertes Mitglied erfolgte am 1. April 1981, nachdem sich Österreich seit der ESA-Gründung bereits im Jahr 1975 an Programmen der Organisation beteiligte. Nur sechs Jahre später erreichte Österreich den Status eines Vollmitglieds.

Die Weltraumforschung liefert wichtige Daten und Informationen von besonderer Bedeutung, vor allem, wenn es um große Herausforderungen wie die Klimakrise, aber auch Energiesicherheit und Mobilität geht.

„Der Weltraum und die Weltraumforschung bedeuten neben Faszination und Inspiration vor allem innovative Arbeitsplätze und Zukunftstechnologien. Österreich hat sich seit dem ESA Beitritt kontinuierlich zu einem international anerkannten Partner im Weltraumbereich entwickelt. Wir eröffnen dadurch für heimische Unternehmen und Forschungseinrichtungen die Eintrittskarte, um an europäischen und internationalen Weltraum-Projekten, wie etwa Copernicus, mitzuwirken. Mit den Erdbeobachtungsdaten und -diensten von Copernicus ist Europa internationaler Spitzenreiter bei der Beobachtung von Klima- und Umweltveränderungen. Mit Hilfe der Weltraumforschung und den gewonnenen Daten können wir bessere und wirksamere Maßnahmen gegen die Klimakrise setzen“, sagt die für Weltraumagenenden zuständige Klimaschutzministerin Leonore Gewessler.

„Die Entscheidung der Europäischen Weltraumorganisation beizutreten, hat ganz entscheidend dazu beigetragen, daß sich in Österreich etwa 150 Unternehmen und Forschungseinrichtungen entwickeln konnten, die rund 1000 hochqualifizierten Menschen einen Arbeitsplatz bieten. Damit leisten wir international einen wichtigen Beitrag an der Entwicklung und Leistungsfähigkeit des Raumfahrtsektors“, sagte Außenminister Alexander Schallenberg.

Seit Anfang März 2021 leitet mit Josef Aschbacher, ein Österreicher, die Organisation (siehe *ÖJ Ausgabe 197, Seite 37*). Als ESA Generaldirektor hat er nun die Aufgabe, Europa in der Raumfahrt wettbewerbsfähiger zu machen und Europas Rolle im Weltraumbereich zu stärken. Der Einsatz von Weltraumtechnologie bei der Bewältigung der gesellschaftspolitischen Herausforderungen ist



Foto: ÖWF/vog, photo

ÖWF-Analog-Astronauten testen Drohne bei Mission „AMADEE-18“ im Oman 2018

ein weiterer zentraler Schwerpunkt. Dazu soll der kommerzielle Weltraumsektor mit Anstoßfinanzierung durch öffentliche Gelder stimuliert werden, um neue Geschäftsmöglichkeiten zu entwickeln. Denn Mitbewerber sind nicht nur die traditionellen Weltraumnationen, sondern auch private Weltraumunternehmen.

Die Europäische Weltraumbehörde ist eine Beschaffungsorganisation und die nationalen Beiträge zu den ESA-Wahlprogrammen fließen in Form von direkten Aufträgen an die nationalen Industrien und Forscherinnen und Forscher zurück. Österreichs Beitrag zum ESA-Budget belief sich 2020 51,2 Millionen Euro. Das Prinzip ist als „Geographic Return“ bekannt.

Die ESA, die sich der friedlichen Nutzung des Weltraums verschrieben hat, hat 22 Mitglieder, zwei assoziierte Mitglieder und Kooperationsvereinbarungen mit sechs EU Mitgliedsstaaten. Sie beschäftigt rund 2.200 Mitarbeiter und verfügte 2020 über ein Budget von ca. 6,7 Milliarden Euro.

ÖWF

Vom Österreichischen Weltraum Forum durchgeführte Mars-Simulationen dienen als Schnittstelle zwischen innovativer Technologie und NASA-Mission. Der Schweizer Stephan Weiss unterrichtet und forscht momentan am Institut für Intelligente Systemtechnologien an der Universität Klagenfurt. Im Rahmen seiner Dissertation entwickelte

er erstmals einen Algorithmus für eine neue Art der Navigation. Danach konnte er den Algorithmus am Jet Propulsion Laboratory der NASA weiterentwickeln. Die nun finale Software wird während der Mars-Mission des Helikopters „Ingenuity“ eingesetzt.

Doch die Weiterentwicklung von Weiss' Algorithmen ist damit noch nicht beendet. Die Forschung seines Teams in Klagenfurt beschäftigt sich mit der Verbesserung der Technologie, sodaß die Kamerabasierte Navigation robuster und genauer wird – auch für Anwendungen auf der Erde: „Das Konzept der Navigation, die rein auf Kameras basiert, konnten wir bereits während der Mars-Analog-Mission AMADEE-18 des Österreichischen Weltraum Forums unter herausfordernden realistischen Feldbedingungen testen. Wir haben dabei wertvolle Erfahrungen gesammelt und die damals aufgezeichneten Daten haben uns geholfen die notwendigen Algorithmen weiterzuentwickeln. Die gesamte Software wurde verbessert und ist bereit für ihren Einsatz im Oktober 2021. Dann findet die nächste Mars-Analog-Mission des Österreichischen Weltraum Forums, AMADEE-20, in Israel statt“, erklärt Weiss und ergänzt, „Unser Experiment bei der diesjährigen simulierten Mars-Mission heißt AMAZE. Wir sind sehr gespannt auf die Daten, die wir dabei sammeln werden, denn diese können auch unseren KollegInnen des Jet Propulsion Laboratory der NASA weitere Einsichten für künftige Missionen geben.“ <https://oewf.org/>

Österreich, Europa und die Welt

Gemeinsam Antipersonenminen ein Ende setzen – ein für alle Mal

Vier von fünf Opfern von Antipersonenminen sind weiter Zivilisten, über 40 Prozent davon Kinder. Anlässlich des Internationalen Minenaktionstages am 4. April ruft Außenminister Alexander Schallenberg daher alle Staaten außerhalb der Konvention gegen Antipersonenminen auf, sich dieser internationalen Norm anzuschließen.

„Neue Herausforderungen, wie der Einsatz improvisierter Minen durch nichtstaatliche Akteure, werden wir nur gemeinsam meistern können“, betont der Außenminister. „Auch Jahre nach Konflikte lauert in Minen der Tod in der Erde, denn diese heimtückischen Waffen können jederzeit zur tödlichen Gefahr werden. Die Wunden an Leib und Seele Überlebender sind lebensprägend. Gebiete, in denen man Minen vermutet, können nicht bewirtschaftet werden.“

Die schwerwiegenden humanitären Konsequenzen dieser inakzeptablen Waffen führten vor 24 Jahren zur Annahme der Konvention gegen Antipersonenminen, die neben einem Besitz- und Einsatzverbot, der Entminungsverpflichtung auch Opferhilfe umfaßt.

Ganz entscheidender Anteil Österreichs

Österreich hatte am Zustandekommen der sogenannten Ottawa-Konvention ganz entscheidenden Anteil. Heute hat die Konvention 164 Vertragsstaaten. Fast 80 Prozent aller Staaten arbeiten in diesem Rahmen am gemeinsamen Ziel einer minenfreien Welt. Österreich leistet dazu konkrete Beiträge, sowohl finanzieller als auch politischer Natur.

Seit dem Jahr 2000 hat Österreich mehr als 34 Millionen Euro für Aktivitäten im Bereich Minenaktion bereitgestellt und Minenräum- und Opferhilfeprojekte unter anderem in Bosnien, im Irak, in Afghanistan, Libyen, Mosambik, Syrien und der Ukraine unterstützt.

herausragende Erfolgsgeschichte einer Public-Private-Partnership

Entstehung und Umsetzung der Konvention fußen auf einer engen Kooperation zwischen Staaten, internationalen Organisationen und der globalen und lokalen Zivilgesellschaft. „Sie ist eine herausragende Erfolgsgeschichte einer Public-Private-Partnership. Die Konvention beweist, wie produktiv zielorientierte multilaterale Zusammenarbeit sein kann und welche Synergien sie haben kann“, unterstreicht Schallenberg.

Das „Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung“, wurde am 3. Dezember 1997 in Ottawa unterzeichnet und trat am 1. März 1999 in Kraft. Zum ersten Mal wurde damit ein rechtlich bindendes Abrüstungsinstrument geschaffen, das über die herkömmlichen Beschränkungen von Waffen und Kampfmethoden hinausging und einen expliziten Schwerpunkt auf Schutz und Unterstützung für Zivilisten und Opfer legte. Österreich war unter den Initiatoren, die das Übereinkommen in enger Zusammenarbeit mit Vertretern der Zivilgesellschaft und des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz erarbeiteten.

Ein Jahr Rückholaktion des österreichischen Außenministeriums

Am 10. April 2020 ging die größte Rückholaktion aller Zeiten für das österreichische Außenministerium, seine Vertretungsbehörden und über 7.500 Passagiere zu Ende.

In 39 Rückholflügen, sogenannten Repatriierungen, wurden Österreicherinnen und Österreicher von 29 Destinationen zu Beginn der Pandemie zurück nach Österreich gebracht.

„Eine Herkulesaufgabe, die uns hier gemeinsam mit etlichen Partnern, unter anderem der AUA, gelungen ist und die für uns alle eine Premiere war“, erinnert sich Außenminister Alexander Schallenberg zurück.

Gestartet hatte die Aktion mit einem Rückholflug aus Italien am 13. März und ging dann mit Flügen einmal um die Welt. Von Mexiko über Südafrika bis Bangkok gelang unter vollem Einsatz der Teams der österreichischen Vertretungen vor Ort der erfolgreiche Abschluß mancher Zitterpartie in Tagen, wo Grenzen und selbst Lufträume für Passagierflüge binnen Stunden geschlossen wurden. So wurde für die Rückholung aus Peru erst in letzter Minute eine Erlaubnis zur Landung in Lima erteilt. Von über tausende Kilometer verstreuten südostasiatischen Inseln und den Weiten des australischen Kontinents war es bereits ein logistischer Kraftakt, die Passagiere zum Abflugterminal zu bringen. So auch nach Sydney, wo am 31. März der längste Non-Stopp Flug der AUA abhob.

Europäische Solidarität in der Krise

Mit an Bord der Heimholflieger war auch europäische Solidarität in der Krise: Von Destinationen wie Abuja und Moskau wurde über Wien auch BürgerInnen anderer EU-

Staaten die Weiterreise nachhause ermöglicht. Den Abschluß der Aktion machte ein Flug aus Neuseeland. Dort hob am 9. April in Christchurch um 16:21 Ortszeit mit der „Spirit of Austria“ erstmals eine AUA-Maschine von neuseeländischem Boden ab. Nach Zwischenstopps in Auckland und Kuala Lumpur konnten die rund 290 Passagiere sie in Wien am 10. April, 9:13 Ortszeit wieder sicher verlassen.

„Wir waren in der Lage, in einer weltweiten Krise 7.500 Menschen nach Österreich zu bringen. Das ist eine beeindruckende Leistung, die ohne die Geduld und Flexibilität der Menschen im Ausland und dem ausgezeichneten Einsatz unserer Teams im Außenministerium und an den Botschaften nicht möglich gewesen wäre“, sagt Außenminister Alexander Schallenberg abschließend.

Virtueller Girls' Day 2021

Nach einer Pandemie-bedingten Pause findet am 22. April 2021 wieder der Girls' Day statt, diesmal im virtuellen Format. Der Girls' Day richtet sich an Mädchen ab der 5. Schulstufe, die gerne mehr über unterschiedliche Berufe im öffentlichen Dienst erfahren möchten.

Auch Mitarbeiterinnen des Außenministeriums werden in einem Live-Talk über ihre vielfältigen und spannenden Aufgaben berichten. Die Teilnehmerinnen bekommen dabei Einblicke in die verschiedenen Karrieremöglichkeiten im Auswärtigen Dienst und das Leben als Diplomatin. Außerdem können sie die Gelegenheit nutzen, um Fragen zu stellen wie:

- Welche Aufgaben fallen im Außenministerium und an den österreichischen Vertretungsbehörden an?
- Welche Voraussetzungen gibt es, um sich zu bewerben?
- Wie ist es, als Diplomatin in verschiedenen Ländern zu leben?
- Was sind die schönen und interessanten Seiten des Berufes, welche Herausforderungen gibt es?

Der Live-Talk findet am Girls' Day zwischen 11 und 12 Uhr statt. Die Anmeldung ist bis 20. April 2021 über folgende E-Mail-Adresse möglich: [girls-day\(at\)bmeia.gv.at](mailto:girls-day(at)bmeia.gv.at)

Fragen über die Tätigkeiten im österreichischen Außenministerium können außerdem auf Instagram ([mfa_austria](https://www.instagram.com/mfa_austria/)) gestellt werden, denn auch hier werden sich einige Mitarbeiterinnen vorstellen und anschließend online Fragen beantworten. ■

<https://www.bmeia.gv.at/>

Horizon Europe

Österreichische Regierungsmitglieder und die zuständige EU-Kommissarin diskutierten über das neue EU-Forschungs- und Innovationsprogramm

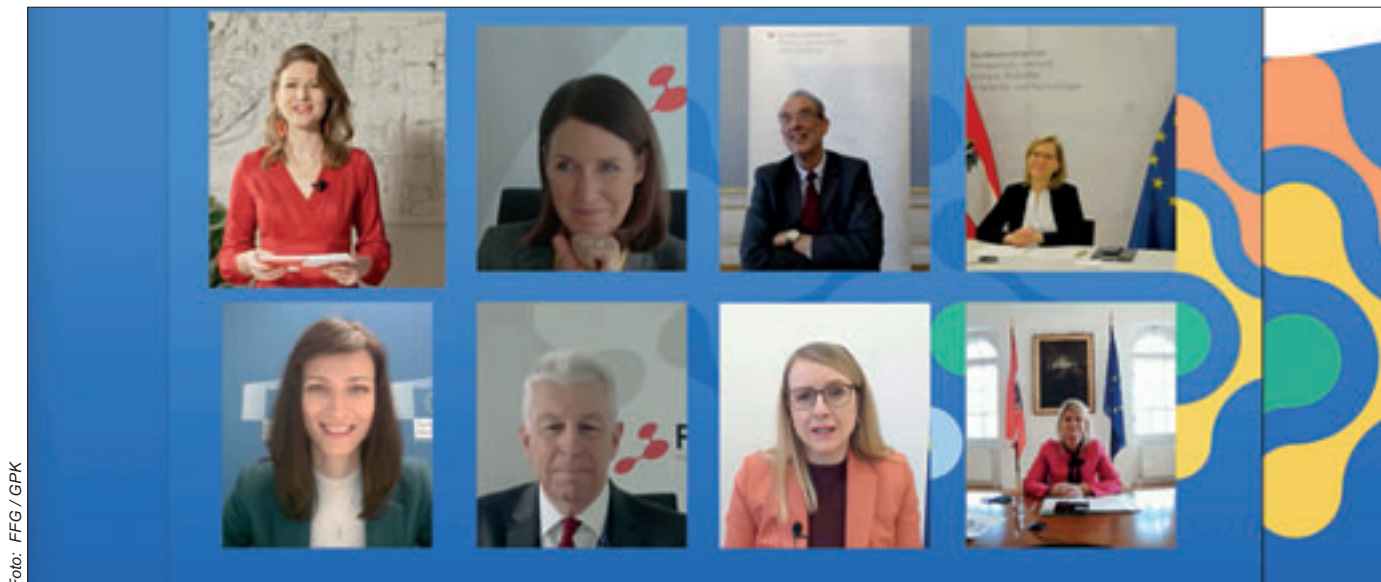


Foto: FFG / GPK

Höchststrangige Persönlichkeiten diskutieren die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zielsetzungen von und Erwartungen.

Mit 95,5 Milliarden Euro für sieben Jahre ist Horizon Europe das größte transnationale Forschungs- und Innovationsprogramm der Welt, und es ist ein wichtiges Signal zur richtigen Zeit! Denn das neue EU-Programm deckt den gesamten Innovationszyklus – von der Grundlagenforschung bis zur Innovation und Überführung in die Märkte – ab und setzt die Erfolgsgeschichte der Forschungs- und Innovationsprogramme der EU fort“, erklärte Wissenschaftsminister Heinz Faßmann am 22. März. „Mit bisher über 1,65 Milliarden Euro an Rückflüssen im gerade abgelaufenen Programm ‚Horizon 2020‘ und rund 2.700 geförderten Projekten mit heimischer Beteiligung ist Österreich Nettoempfänger“, so Faßmann weiter und gab offiziell den Startschuß für „Horizon Europe“.

Der Minister hatte höchststrangige Persönlichkeiten versammelt, um die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zielsetzungen von und Erwartungen an das neue Programm der EU zu diskutieren.

„Mit Forschung, Technologie und Innovation geben wir entscheidende Impulse für eine gute und klimafreundliche Zukunft. Es geht um unsere zentralen Anliegen: Klimaschutz, Umweltschutz, nachhaltige Mobilität und Versorgung mit sauberer Energie, aber auch um die Gestaltung unserer Wirtschaft in eine klimafreundliche Richtung“, unter-

strich Klimaschutzministerin Leonore Gewessler ihre Ambitionen. Wichtig dabei sei das Zusammenspiel von nationalen Maßnahmen, mit den Programmen der EU. „Die EU-Forschungsprogramme leisten einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung von Forschung und Innovation und bieten vielfach Lösungen für die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen – etwa in der Bekämpfung der Corona-Pandemie, oder in der Bewältigung der Klimakrise, aber auch für die Erreichung einer Technologie-Souveränität“, so Gewessler.

„Die Corona-Krise hat eines deutlich gezeigt: Forschung und Innovation haben die Kraft unser Leben zu verändern. Der Erfindergeist österreichischer Forscherinnen und Forscher sowie Unternehmen ist der größte Erfolgshebel zur langfristigen Absicherung unseres Wirtschaftsstandortes“, betonte Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck. „Mein Ziel ist es, den Forschungsstandort Österreich noch weiter zu stärken, denn zwei Drittel des Wohlstandes und der europäischen Arbeitsplätze verdanken wir Forschung und Innovation. Österreichische Unternehmen waren immer Europameister bei ‚Horizon 2020‘. Ich bin davon überzeugt, daß Horizon Europe auch weiterhin als Innovationsbooster wirkt. Insbesondere im Gesundheits- und Pharmabereich, aber auch Zukunftstechnologien wie künstliche Intelli-

genz, Robotik oder, Photonik haben eine enorm wichtige Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und Arbeitsplätze in Österreich“, so Schramböck.

Aufgrund dieser Bedeutung des Programmes wurden zusätzlich zu den im Mehrjährigen Finanzrahmen (MFF, EU-Budget) vorgesehenen 90,1 Mrd. Euro weitere 5,4 Mrd. Euro aus dem EU-Wiederaufbauminstrument „Next Generation EU“ zur Verfügung gestellt. Mit der Gesamtsumme von 95,5 Mrd. Euro ist das neue Programm „Horizon Europe“ nun um 30 Prozent höher dotiert als das Vorläuferprogramm „Horizon 2020“. Die ersten großen Ausschreibungen sollen noch im April und Mai 2021 gestartet werden, ab dann können Projektanträge gestellt werden.

Die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft FFG unterstützt die Teilnahme heimischer Organisationen mit umfangreichen Dienstleistungen. „Wir wollen auch im Rahmen von ‚Horizon Europe‘ wieder zu einer überdurchschnittlichen Erfolgsquote österreichischer Beteiligungen beitragen und unsere Forschungscommunity bestmöglich sowie vorausschauend begleiten und beraten. Dabei achten wir darauf, daß sich nationale Maßnahmen mit den Programmen der EU optimal ergänzen“, erklärten die beiden FFG-Geschäftsführer Henrietta Egerth und Klaus Pseiner.

<https://www.ffg.at>

Agraraußenhandelsbilanz trotz Coronakrise erstmals positiv

Die Statistik Austria hat die vorläufigen Außenhandelsdaten für das Jahr 2020 mit positiven Entwicklungen für den Agrar- und Lebensmittelbereich veröffentlicht. Während die Exporte 2020 insgesamt krisenbedingt um 7,5 % einbrachen, konnte der Agrarbereich insgesamt um 3,9 Prozent zulegen. Der Agrarsektor erzielte mit einem Anteil von 9 % an den Gesamtexporten einen neuen Bestwert.

Im Jahr 2020 wurden Agrarprodukte und Lebensmittel im Wert von rund 12,77 Mrd. Euro exportiert. Ein Exportzuwachs bei rein landwirtschaftlichen Erzeugnissen um 4,5 % sowie ein gleichzeitiger Rückgang bei Importen in diesem Segment um 1,4 % resultierten in einer Abnahme der traditionell negativen Außenhandelsbilanz in diesem Agrarsektor um 305 Mio. Euro auf minus 1,91 Mrd. Euro. Erzeugnisse der Lebensmittelindustrie legten mit einem Wert von 7,86 Mrd. Euro um 3,5 % zu und konnten ihre positive Außenhandelsbilanz auf über 1,92 Mrd. Euro ausbauen. Dieses starke Ergebnis sowie ein Stagnieren der Agrarimporte – diese stiegen lediglich um 0,2 % gegenüber dem Vorjahr auf insgesamt 12,76 Mrd. Euro – führten erstmals zu einer positiven Außenhandelsbilanz im Wert von rund 11 Mio. Euro im gesamten Agrarbereich.

Europäischer Binnenmarkt unangefochten wichtigste Destination für österreichische Agrarprodukte

Die Europäische Union bleibt der wichtigste Markt für österreichische Agrarprodukte: Mit rund 9,29 Mrd. Euro wurden 2020 rund 73 % aller Agrarprodukte in die Europäische Union exportiert. Das entspricht einem Anstieg um 4 % gegenüber dem Vorjahr. Die restlichen rund 27 % im Wert von rund 3,47 Mrd. Euro wurden auf Drittlandsmärkten abgesetzt, das entspricht einem Plus von 3,4 % gegenüber 2019.

Neben Deutschland (4,67 Mrd. Euro; plus 6,2 %) zählen Italien (1,23 Mrd. Euro; plus 0,8 %), die Niederlande (420 Mio. Euro; plus 14,4 %), Ungarn (455 Mio. Euro; minus 0,2 %) und Slowenien (309 Mio. Euro; minus 9,9 %) zu den Top-Exportländern Österreichs in der Europäischen Union.

Trotz Corona-Krise legten die österreichischen Agrarexporte auf Drittlandsmärkten zu

Positive Entwicklungen gab es auch bei



Foto: BMLRT

Ausfuhren in die USA (1,14 Mio. Euro; plus 5,2 %), die Schweiz (475 Mio. Euro; plus 9,2 %), die Russische Föderation (235 Mio. Euro; plus 9,4 %) und die Volksrepublik China (192 Mio. Euro; plus 76,7 %). Agrarexporte nach Großbritannien, das sich mit dem Austritt aus der Europäischen Union Anfang 2020 zu den Drittländern gesellt hat, haben sich 2020 negativ entwickelt: Mit einem Wert von 228 Mio. Euro lag dieser um 5,8 % unter jenem des Vorjahrs. Großbritannien nimmt damit Platz Vier unter den wichtigsten Drittlands-Exportdestinationen ein.

Exportschlager »Made in Austria«

Bestseller bleiben neben heimischen Getränken (Energy Drinks, Eistees und Limonaden mit einem Wert von über 2,45 Mrd. Euro; plus 3,3 % gegenüber 2019) auch Milchprodukte wie Käse und Topfen (637 Mio. Euro, plus 4 %), Süß- und Backwaren

(599 Mio. Euro; minus 5 %), eine Vielzahl an Lebensmittelzubereitungen (595 Mio. Euro; plus 10,1 %) sowie Rind- und Schweinefleisch (426 beziehungsweise 379 Mio. Euro; minus 5,8 beziehungsweise minus 1,9 %). Auch finden österreichische Futtermittel sehr guten Absatz (mit 698 Mio. Euro; plus 8 %).

Weinexporte entwickelten sich 2020 sehr positiv, verzeichneten gegenüber 2019 ein Plus von 2,2 % und erzielten einen Exportwert von 198 Mio. Euro.

Die aktuellen Exportzahlen unterstreichen die Bedeutung des Agrarhandels sowohl für die österreichische Gesamt- als auch für die Agrarwirtschaft. Sehr deutlich zeigt sich das durch den Anteil von 9 % der Agrarexporte an den Gesamtexporten Österreichs. ■

<https://www.bmlrt.gv.at/>

<https://www.statistik.at/>

Virtuelles Treffen der deutschsprachigen Wirtschaftsminister

Corona-bedingt fand das Treffen in virtuellem Rahmen statt.

Das traditionelle sogenannte Vierertreffen der WirtschaftsministerInnen von Österreich, der Schweiz, Liechtenstein und Deutschland fand am 1. März in virtuellem Rahmen statt. Auf Einladung von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier nahmen die österreichische Bundesministerin Margarete Schramböck, der Schweizer Bundespräsident und Bundesrat Guy Parmelin und der liechtensteinische Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch an der Videokonferenz teil. Im Mittelpunkt des Austausches standen die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die nationale und internationale Wirtschaftslage sowie Entwicklungen in der globalen Handelspolitik. Zudem ging es auch um Fragen des digitalen Binnenmarkts und der europäischen Digitalpolitik.

Deutschlands Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier: „Die regelmäßigen Begegnungen mit meinen deutschsprachigen Amtskolleginnen und Amtskollegen sind stets ein Gewinn – auch wenn es diesmal nur in virtueller Form erfolgen konnte. Die aktuelle Corona-Krise stellt uns alle vor besondere Herausforderungen. Umso wichtiger sind ein enger Austausch und eine enge Zusammenarbeit. Wir haben neben der aktuellen Krisenbewältigung auch zentrale Zukunftsfragen erörtert, wie die Stärkung des Binnenmarktes und der multilateralen Handelsordnung sowie die grüne und digitale Transformation.“

Österreichs Digital- und Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck: „Die Corona-Krise zeigt uns, wie wichtig Digitalisierung ist, um unser wirtschaftliches und staatliches System aufrechtzuerhalten und noch leistungsfähiger zu machen. Die digitale Transformation ist ein entscheidender Hebel für Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Wohlstand in ganz Europa. Wir wollen und müssen Digitalisierung daher bewußt und ressortübergreifend nutzen. Deshalb begrüßen wir die Weiterführung der digitalen Binnenmarktstrategie und nutzen dieses Treffen, um gemeinsame Vorhaben weiter und nachdrücklich voranzutreiben.“

Schweizer Bundespräsident und Bundesrat Guy Parmelin: „In der aktuellen



Foto: BMWi / Andreas Mertens

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, Gastgeber des virtuellen Treffens



Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundesministerin Margarete Schramböck

Zeit, die unsere vier Länder vor große Herausforderungen stellt, brauchen wir einander gegenseitig mehr denn je. Durch Pragmatismus, Flexibilität und Mut können wir diese außergewöhnliche Situation meistern. Dazu helfen uns sicher auch unsere ausgezeichneten bilateralen Wirtschaftsbeziehungen: Vergangenes Jahr entfiel ein Viertel des globalen Handelsvolumens der Schweizer Wirtschaft auf Deutschland und Österreich. Auch mit Liechtenstein sind die wirtschaft-

lichen Beziehungen eng. Vor diesem Hintergrund sind mir regelmäßige Treffen mit meiner Amtskollegin und meinen Amtskollegen aus den deutschsprachigen Nachbarstaaten sehr wichtig.“

Liechtensteins Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch: „Eine wirkungsvolle Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie und das Angebot angemessener, ausgewogener Unterstützungsleistungen steht für uns alle nach wie vor im Zentrum. Der offene Austausch über gemeinsame Fragestellungen und verschiedene Modelle war für mich äußerst informativ. Trotz der andauernden Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Pandemie dürfen wir aber die Zukunft nicht aus den Augen verlieren. Wir haben deshalb einen ebenso wichtigen Teil unserer Diskussion auf die Innovation, Zukunftstechnologien und die fortschreitende Digitalisierung im gesamten europäischen Binnenmarkt gerichtet.“

Das traditionelle Vierertreffen ist die wichtigste Plattform für die WirtschaftsministerInnen der vier wirtschaftlich eng verbundenen Länder, um sich über aktuelle Wirtschaftsfragen auszutauschen. Es findet seit 45 Jahren statt, zunächst im Dreierformat Schweiz, Österreich, Deutschland, Liechtenstein kam 2013 hinzu. Die Teilnehmenden laden im jährlichen Wechsel ein; das nächste Treffen wird von Österreich ausgerichtet. ■

Burgenland soll von Recovery-Fonds profitieren

LH Doskozil: »Tragen mit maßgeschneiderten Projekten zu EU-Zielen bei Klimaschutz und Digitalisierung bei« – EU-Kommissar Hahn bei zu Gast im Burgenland



Foto: Landesmedien service Burgenland

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil (l.) im Gespräch mit EU-Kommissar Johannes Hahn und Wolfgang Bogensberger, Stellvertretender Leiter der Vertretung der EU-Kommission in Österreich mit Sitz in Wien

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil empfing am 19. März den EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung Johannes Hahn zu einem Arbeitsbesuch in Eisenstadt. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen neben aktuellen politischen Themen und der Bewältigung der Corona-Pandemie die Fördermöglichkeiten für das Burgenland in der Förderperiode 2020-2027 sowie Projekte des Landes im Bereich Erneuerbare Energie und Digitalisierung, für die Doskozil auf Förderungen aus dem EU-Wiederaufbaufonds hofft. Im besonderen Fokus stand schließlich auch das 100-Jahr-Jubiläum des Burgenlandes – am 4. November 2021 ist dazu in Brüssel eine Festveranstaltung geplant.

Doskozil hob den konstruktiven Charakter des Gesprächs hervor. Er schätze Kommissar Hahn als Politiker, der stets das Gespräch und den Kompromiß suche. Er sehe in ihm auch einen Partner für die Anliegen des Burgenlandes in Brüssel. „Kommissar Hahn hat großes Verständnis für die spezielle Situation des Burgenlandes, das vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Auswirkungen der Coronakrise, des Auslaufens des Status einer Übergangsregion sowie als Grenzland zu weniger entwickelten Nachbarregionen mit deutlich niedrigeren Löhnen bei

gleichzeitig höherer Förderkulisse unter sehr hohem Konkurrenzdruck steht“.

Das Burgenland sei mit seiner durch die EU unterstützten positiven wirtschaftlichen Entwicklung stets europaweit als Vorbild genannt worden. „Gemeinsames Ziel muß es sein, diesen Kurs fortzusetzen. Daher haben wir uns sehr intensiv auf diese neue Förderperiode vorbereitet und wollen auch die Möglichkeiten nutzen, die sich aus dem ‚EU-Recovery-Fonds‘ ergeben“, erklärte Doskozil.

Hinsichtlich des Ausbaus der Erneuerbaren Energie führte Doskozil die Vorreiterrolle des Burgenlandes bei Erneuerbarer Energie, speziell im Bereich Windkraft, ins Treffen. Diesen Weg wolle man auch im Bereich der Photovoltaik gehen. Das Burgenland könne hier einen überproportionalen Beitrag leisten und habe höchstes Interesse daran, dabei vom „EU-Recovery Fonds“ zu profitieren, mit dem vor allem Projekte im Bereich der Digitalisierung und des Klimaschutzes mit EU-Geldern realisiert werden sollen. Aus dem mit insgesamt 750 Mrd. Euro dotierten Fonds stehen Österreich 3 Mrd. Euro zur Verfügung. „Dieser Fonds ist eine Riesenchance, die Wirtschaft nach der Corona-Krise wieder anzukurbeln.“ Wie die Zuteilung der Mittel für einzelne Projekte er-

folgt, sei auf nationaler Ebene noch nicht entschieden. Doskozil fordert – so wie auch die EU-Kommission – eine Einbindung der Bundesländer. „Wir haben jedenfalls unsere Hausaufgaben gemacht, maßgeschneiderte Projekte für den Klimaschutz und die Digitalisierung ausgearbeitet und an den Bund übermittelt. Klares Ziel ist, unsere Vorreiterrolle im Bereich der grünen Energie auszubauen“, so LH Doskozil.

Gesprächsthema waren auch die Auswirkungen der Covid-Krise, die sich europaweit zunehmend auch zu einer Sozialkrise ausweitete. Der Landeshauptmann begrüßte ausdrücklich die Themensetzung der aktuellen portugiesischen Ratspräsidentschaft, die ein Schwergewicht auf den Bereich Sozialpolitik gelegt habe. Mit der Einführung des Mindest-Nettolohns von 1.700 Euro im öffentlichen Bereich und mit dem neuen Pflege-Anstellungsmodell habe das Burgenland vorbildliche Standards in der Sozialpolitik gesetzt, die bereits auch auf europäischer Ebene auf Interesse gestoßen sind. Das 100-Jahr-Jubiläum des Burgenlandes stand zum Abschluss auf der Agenda. Am 4. November 2021 soll es dazu in Brüssel eine Festveranstaltung geben. ■

<https://www.burgenland.at/>

Unsere Amerikaner

Sonderausstellung 2021 im Landesmuseum Burgenland



Foto: KBB – Kultur-Betriebe Burgenland GmbH / Kerstin Kremser

v.l.: Kurator Gert Polster mit LH-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf, KBB-Geschäftsführerin Barbara Weißisen-Halwax und Moderator Alfons Haider

Burgenländische Auswanderer nach Amerika und ihre Lebensgeschichten stehen im Mittelpunkt einer Sonderausstellung anlässlich des Jubiläumsjahres „100 Jahre Burgenland“ im Landesmuseum Burgenland in Eisenstadt. Eröffnet wurde die Ausstellung am 25. März durch LH-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf, die Begrüßung nahm KBB-Geschäftsführerin Barbara Weißisen-Halwax vor. Zur Ausstellung selbst sprachen Kurator Gert Polster sowie Ausstellungsgestalterin Eveline Rabold. Eine Grußbotschaft überbrachte Robin Dunnigan, Geschäftsträgerin der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika, die Moderation hatte Alfons Haider über. Aufgrund der aktuellen Covid-19-Bestimmungen mußte die Eröffnung ohne Publikum stattfinden. Sie wurde jedoch als Livestream übertragen und ist auf der KBB-Videoplattform nachzusehen. Die Ausstellung dauert bis 11. November 2022.

„100 Jahre Burgenland steht für eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Wir wollen dieses Jubiläumsjahr nutzen, um einerseits in die Zukunft zu blicken und uns andererseits mit der eigenen Geschichte und Identität unseres Landes auseinanderzusetzen. Gerade die sehr beeindruckenden Erlebnisse der AuslandsburgenländerInnen symbolisieren bzw. zeigen sehr gut auf, welche Geschichte und Identität wir als Land, als BurgenländerInnen, haben und welche Werte wir vertreten“, so LH-Stv.in Eisenkopf bei der Eröffnung.

Die Ausstellung handelt von den Beweggründen der Auswanderer, ihre Heimat zu verlassen, über die Hoffnungen und Träume, die sie hegten bis hin zur Ankunft in der



Foto: KBB – Kultur-Betriebe Burgenland GmbH / Horwath

Sujet aus der Sonderausstellung „Unserer Amerikaner“ im Landesmuseum Burgenland

neuen Heimat. Einzelne Biographien erzählen die Geschichte von persönlichen Schicksalen und Karrieren. Die Gründe für die Auswanderung nach Amerika – in erster Linie in die USA – waren meist ähnlich: neben politischen und gesellschaftlichen Nöten war es vor allem der wirtschaftliche Druck in den Herkunftsgebieten der AuswanderInnen, der diese zu diesem einschneidenden Schritt zwang. Ein Gesamtbild von den unterschiedlichen Sichtweisen der Auswanderer, der Rückwanderer und der Daheimgebliebenen auf alte und neue Heimaten soll dabei gezeichnet werden.

Eisenkopf: „Die Ausstellung stellt jene Burgenländerinnen und Burgenländer in den Fokus, die vor Jahrzehnten Ihre Heimat ver-

lassen und in der neuen Welt ihr Glück versucht haben. Hinter diesen Silhouetten stehen tragische Schicksale aber auch Erfolgsgeschichten. Die Nachfahren dieser Auswanderer stehen nach wie vor in Kontakt mit ihrer alten Heimat und sind in Vereinen organisiert. Das Land Burgenland unternimmt seit Jahren sehr viel, um hier den Kontakt regelmäßig zu pflegen und Traditionen aufrecht zu erhalten. Ich selbst war auch schon mal in Chicago bzw. bei einem Treffen in den USA dabei und ich muß sagen, es war eine wirklich herzerreißende und sehr emotionale Reise.“ ■

<https://www.wirsind100.at/>

<https://kultur-burgenland.at/service/wirsindkultur-bewegtbilder/>
Lesen Sie dazu auch unseren Beitrag auf der Seite 69 zum Auswanderermuseum Güssing...

Kärnten verstärkt Kommunikation und Information zur EU

EU-Referent LH Kaiser legt Regierung Bericht zur Europe Direct-
Informationsstelle Kärnten vor – Aktivitäten wesentlich gesteigert –
Verlagerung in den virtuelle Raum spricht mehr Nutzer an

Seit drei Jahren führt das Land Kärnten gemeinsam mit dem Europahaus Klagenfurt nach Bewilligung durch die Europäische Kommission einer Europe Direct Informationsstelle (EDIC). Die zentrale Aufgabe der Stelle sind die EU-Informations- und Kommunikationsmaßnahmen zu Europa-Themen auch in Kärnten zu etablieren und möglichst eine breite Interessensgruppe anzusprechen. Auskünfte zu Europafragen, Fachexpertisen zu EU-Förderungen, Vermittlung von Ansprechpartnern und Fachreferenten, Organisation von Veranstaltungen, Seminaren, Vorträgen, Schulungen und Messeauftritte gehören zu den Kernaufgaben des Europe Direct Büros, um EU-Themen zugänglich zu machen.

„Kommunikation sichert Verständnis, Information sichert Wissen. Die EDIC hat der Coronakrise getrotzt und ihr Programm im Jahr 2020 einem noch größerem EU-interessierten Publikum zugänglich machen können. Die EU muß direkt zu den Menschen, das geht über Information und Kommunikation. Wir müssen die EU verständlich machen, damit sie verstanden wird“, faßt Europa-Referent LH Peter Kaiser den Tätigkeitsbericht von Europe Direct zusammen.

Jeglicher Kommunikationsplan der Info-stelle in Kärnten wird mit der Europäischen Kommission vereinbart. 2020 wurden die Aktivitäten wesentlich ausgeweitet, da sämtliche Kommunikationsmaßnahmen in den virtuellen Raum verlegt wurden. „Dadurch konnten über 50.000 Personen zusätzlich angesprochen werden, die sich für die Europa-themen interessierten und das virtuelle Angebot nutzten, wie beispielsweise den 3D-Rundgang der EU-Wanderausstellung, die beispielgebend für allen anderen Europe Direct Stellen in Österreich ist“, weist Kaiser hin. Zum 25jährigen Jubiläum des Beitritts Österreichs zur EU wurde unter der Federführung des EDIC Kärnten im Februar 2020 eine Wanderausstellung aufbereitet, an der auch drei Ministerien teilnahmen. Vor allem Schüler waren angesprochen, die vielen Vorteile der EU-Mitgliedschaft in dieser



Foto: Land Kärnten / Hannes Krainz

Landeshauptmann Peter Kaiser: „Müssen EU verständlich machen, damit sie verstanden wird“

Wanderausstellung zu besichtigen. Coronabedingt wurde aus der Wanderausstellung schließlich ein 3D-Rundgang, der über die sozialen Medien zugänglich gemacht wurde. Der EU-Talk mit EU-Referent Kaiser und Schülern wurde ebenso in Netz verlegt wie der Aktionstag Politische Bildung oder die Diskussion zur Gemeinsamen Agrarpolitik mit der HBLA Pitzelstätten, das EU-Frühstück mit BG/BRG Villach-St. Martin, um nur einige zu nennen.

Um die EU-Projekte, über die die EU-Fördermittel ins Land fließen, vorzustellen und ins Bewusstsein zu rufen, fand im Oktober 2020 zum zweiten Mal der EU-Projekttag statt. Projektantragsteller, Projektleiter standen zur Verfügung, um den direkten Nutzen der EU für Kärnten zu erklären. Auch die Inhalte dieses Tages wurden coronabedingt schließlich über diverse Internet-Seiten und soziale Medien den Interessierten zugänglich gemacht. Acht weitere Veranstaltungen konnten im Coronajahr 2020 durchgeführt werden, wie jene mit Europaministerin Karoline Edtstadler „Unsere Zukunft – Europa neu denken“.

Die Europe Direct Infostelle beteiligte sich auch an der größten virtuellen Lehr-Lernmesse, die in Kärnten stattgefunden hat und deren Inhalte online ganzjährig jungen Menschen zur Verfügung stehen.

Europe Direct Kärnten (gemeinsam mit den neun weiteren Europe Direct Stellen in Österreich) bedient neben einer eigenen Webpage mehrere „social media“ Kommunikationskanäle, um insbesondere das jüngere Publikum mit aktuellen EU-Informationen zu erreichen. Gepostet werden vorrangig Kurz- und Bildberichte der einzelnen Veranstaltungen, Clips aus der Wanderausstellung und sonstige aktuelle EU-Ereignisse. Auf Facebook und Twitter werden durchschnittlich 3.000 Follower mit ansteigender Tendenz monatlich verzeichnet; es erfolgten zwischen 60 und 220 Veröffentlichungen und zwischen 30 und 200 shares pro Monat. Seit 2019 besteht eine eigene APP, die über push-notifications Veranstaltungshinweise und Aktuelles vermittelt. ■

<https://www.ktn.gv.at/>

<https://europahaus-klagenfurt.at/>

<https://www.messe4lehre.at/>

Zusätzliche EU-Mittel für Konjunkturmaßnahmen

LH Mikl-Leitner/LR Eichtinger: NÖ konnte 27,4 Millionen Euro REACT-EU-Mittel holen - Sicherung von Arbeitsplätzen und Unterstützung der Wirtschaft in den Regionen

Der EU-Wiederaufbaufonds „NextGenerationEU“ ist das Konjunkturpaket der EU. Der Fonds mit 750 Milliarden Euro soll dabei helfen, die unmittelbar coronabedingten Schäden für Wirtschaft und Gesellschaft abzufedern. REACT-EU ist ein Teil des „NextGenerationEU“-Pakets und steht für „Recovery Assistance for Cohesion and the Territories of Europe“ (Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas).

Mit dieser Initiative werden in den nächsten zwei Jahren für das Ziel einer grünen, digitalen und stabilen Erholung der europäischen Wirtschaft nach Corona zusätzliche Mittel in Höhe von insgesamt 47,5 Milliarden Euro bereitgestellt. Um sicherzustellen, daß diese Summen zügig bereitgestellt werden, werden bestehende Programme des aktuellen Mehrjährigen Finanzrahmens genutzt, wie z. B. der Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) oder der Europäische Sozialfonds (ESF).

Die Kommission hat nun die ersten Beschlüsse im Rahmen von REACT-EU genehmigt, die die Änderung von vier operationellen Programmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in den Niederlanden und Österreich und die Aufstockung der für Investitionen verfügbaren Finanzmittel um fast 262 Millionen Euro aus REACT-EU betreffen. Damit sind die Niederlande und Österreich die ersten EU-Länder, die REACT-EU in Anspruch nehmen.

„Österreich ist neben den Niederlanden das erste EU-Land, das die im EU-Budget zusätzlich genehmigten Mittel aus REACT-EU im Rahmen des Corona-Aufbauplans in Anspruch nehmen kann“, so Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner über den aktuellen Beschluß der EU-Kommission und weiter: „Allein für Niederösterreich bedeutet das ein Plus von rund 27,4 Millionen Euro für die derzeit noch laufende Programmperiode Investitionen in Wachstum und Beschäftigung 2014-2020. Niederösterreich profitiert vom EU-Budget, denn ein Euro Investment aus NÖ bringt



Foto: NLK / Burchhart

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Landesrat Martin Eichtinger gehen davon aus, daß sich Niederösterreich 27,4 Millionen Euro REACT-EU-Mittel holen kann...

rund drei Euro an EU-Förderungen zurück ins Land. Damit können wir wichtige Arbeitsplätze in allen Regionen Niederösterreichs sichern“, so Mikl-Leitner.

„Diese zusätzlichen Mittel sind von entscheidender Bedeutung für die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Erholung der Wirtschaft und werden in grüne, digitale und von regionalem Zusammenhalt geprägte Projekte fließen. Neben der Stärkung des Über-

gangs zu einer CO₂ neutralen Wirtschaft wollen wir vor allem Infrastrukturen schaffen, Arbeitsplätze in den Regionen sichern und Unternehmen unterstützen, die in der aktuell schwierigen Situation mit zukunftsorientierten Investitionen Beschäftigung sichern“, so der für internationale Beziehungen zuständige Landesrat Martin Eichtinger. ■

<https://www.noel.gv.at/>

https://ec.europa.eu/info/index_de

Europa-Gemeinderäte in jeder Gemeinde

Die Europäische Union wird immer wichtiger. Deshalb wollen wir den Stellenwert der Europa-Gemeinderäte erhöhen und in den Regionen verstärken. Zukünftig soll es in jeder Gemeinde des Landes Niederösterreich einen Europa-Gemeinderat geben“, so Europaministerin Karoline Edtstadler und Europa-Landesrat Martin Eichtinger bei einem Austausch in Krems. „Unser Ziel ist es, die Bindung zwischen den Gemeinden und Europa noch enger zu schnüren. Die regionalen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sind europäische Botschafter in ihren

Gemeinden, wo sie die europäische Idee und den Spirit weitergeben“, ergänzt Eichtinger.

Die Europa-Gemeinderäte sind erste Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger, wenn es um Fragen Europas in den Gemeinden geht. Sie tragen aber auch EU-relevante Anregungen und Ideen an die österreichische Bundesregierung heran.

Eichtinger: „Seit dem EU-Beitritt konnten wir mehr als elf Milliarden Euro EU-Fördermittel nach Niederösterreich holen und so unsere Wirtschaftsleistung verdoppeln. Das sichert 47.000 Arbeitsplätze ab.“ ■

Rückkehr des Vindobona auf der Franz-Josefs-Bahn

Niederösterreichs Mobilitätslandesrat Ludwig Schleritzko: Gespräche mit Tschechischem Vize-Verkehrsminister Sechter sind positiv verlaufen

Im Juni 1992 fuhr das letzte Mal der sogenannte Vindobona durch das Waldviertel. Der geschichtsträchtige Zug verband Wien und Berlin und transportierte sogar während des Kalten Kriegs und der Zeit des Eisernen Vorhangs Passagiere. „Die Bahn fuhr damals über die Strecke der Franz-Josefs-Bahn etwa über Gmünd nach Prag, bevor sich die ÖBB entschied, die Verbindung über die Nordbahn zu leiten. Jetzt arbeiten wir daran, den Vindobona rund 30 Jahre nach seinem Abzug aus dem Waldviertel wieder zurückzuholen. Entsprechende Gespräche mit dem tschechischen Vize-Verkehrsminister Jan Sechter haben in den letzten Tagen bereits stattgefunden und verliefen positiv“, kündigte nun Niederösterreichs Mobilitätslandesrat Ludwig Schleritzko an.

Eine derartige Verbindung könnte in einem ersten Schritt für WochenpendlerIn-

nen entstehen und Angebote von Freitag bis Montag ermöglichen. Aus dem Waldviertel könnte man dann schnell nach Prag gelangen und in einer abgestimmten Umsteigerelation weiter nach Berlin.

„Eine Umsetzung dieses Vorhabens wäre mit Fahrplanwechsel im Dezember 2022 möglich, wenn auch der Bund diesen Plänen zustimmt. Nach Fertigstellung des Bahnausbaus auf tschechischer Seite, der für 2023/24 geplant ist, können die gleichen Fahrtzeiten zwischen Prag und Wien erreicht werden wie auf der Nordbahn. Von Gmünd aus wäre man dann in zwei Stunden in Prag und in weiteren 4 Stunden in Berlin. Wird der Zug genutzt, könnte das Angebot später auch die ganze Woche ausgeweitet werden“, verrät Schleritzko.

Nach den Investitionen in Höhe von fast 600 Millionen Euro, die mit dem Mobilitäts-

paket nördliches Niederösterreich in die Franz-Josefs-Bahn investiert werden, könnte so die nächste Aufwertung für die wichtigste Bahnstrecke im Waldviertel erfolgen. „Die FJB ist das Rückgrat des Öffentlichen Verkehrs im Waldviertel und wird in dieser Position von uns gestärkt. Seit der Elektrifizierung der Bahn gab es keine so großen Investitionen und grundlegenden Streckenveränderungen, wie wir sie mit dem Mobilitätspaket und gerade der Anbindung an die Weststrecke sowie dem selektiven zweigleisigen Ausbau planen. Aufgrund ausgebauter Angebote konnten wir die Fahrgastzahlen zwischen 2012 und 2018 um 20 Prozent steigern. Mit den neuen Investitionen planen wir noch einen Schritt weiterzugehen“, so Schleritzko. ■

<https://www.noel.gv.at/>

[https://de.wikipedia.org/wiki/Vindobona_\(Zug\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Vindobona_(Zug))



Foto: Wolfgang Andraschek

Eine Garnitur des Vindobona auf der Franz-Josefs-Bahn, wie sie bis 1992 unterwegs war und Wien mit Berlin direkt verbunden hat.

Wasserkraft-Turbinen aus dem Mühlviertel

Wirtschafts- und Energie-Landesrat Achleitner: »WWS Wasserkraft in Neufelden konnte durch Forschungsförderungsprojekt Eureka flexibel einsetzbare Wasserturbine entwickeln – Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz wird zusätzlichen Schub bringen«

Oberösterreich ist nicht nur führend bei der Nutzung von Wasserkraft und Photovoltaik, sondern auch Standort vieler innovativer Energietechnologie-Unternehmen“, so Wirtschafts- und Energie-Landesrat Markus Achleitner. „Ein Musterbeispiel dafür ist WWS Wasserkraft in Neufelden im Bezirk Rohrbach. In diesem Mühlviertler Vorzeigebetrieb bündeln sich jahrzehntelange Erfahrungen im Kraftwerksbau mit innovativem Erfindergeist. WWS Wasserkraft konnte im Rahmen des internationalen Forschungsförderungsprojektes Eureka in Zusammenarbeit mit Forschungspartnern in Norwegen eine kompakte und modulare Kleinkraftwerkturbine entwickeln. Diese Wasserturbine ermöglicht eine unkomplizierte und kostengünstige Aufrüstung von Kleinkraftwerken, auch in schwer zugänglichen Regionen auf der ganzen Welt“, zeigte sich Achleitner anlässlich eines gemeinsamen Besuchs bei WWS Wasserkraft mit Henrietta Egerth, Geschäftsführerin der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG), beeindruckt. Die FFG wickelt die Eureka-Förderungen in Österreich ab.



Foto: Land OÖ / Vanessa Ehrengreber

Wirtschafts- und Energie-Landesrat Markus Achleitner (r.) mit FFG-Geschäftsführerin Henrietta Egerth und Christoph Wagner, Geschäftsführer von WWS Wasserkraft in Neuhofen

„Oberösterreich soll eine Vorreiterrolle bei der Energiewende einnehmen. Dazu setzen wir vor allem auch auf die Wasserkraft. Energie aus Wasserkraft ist mit etwa 10.000 GWh pro Jahr nach der Biomasse die mengenmäßig bedeutendste heimische Energie-

form. Es gibt in Oberösterreich neben den größeren Wasserkraftwerken mehr als 600 Kleinkraftwerke, inklusive der Kleinstanlagen sind es rund 900. Gerade in unserem Bundesland sind Technologieanbieter wie WWS Wasserkraft wichtige Bausteine der



Foto: WWS Wasserkraft

Firmengebäude von WWS Wasserkraft direkt an der Großen Mühle mit eigenem Kleinkraftwerk zur Stromproduktion für die Fertigung und zum Aufladen der eigenen Elektroautos.

Österreich, Europa und die Welt

Energiewende, da sie ständig die Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien weiterentwickeln, optimieren und auch exportieren. Wasserkrafttechnologien nützen damit nicht nur unserem Klima, sondern es profitieren davon auch viele oberösterreichische Unternehmen, die weltweit tätig und erfolgreich sind. Unser gelebter Klimaschutz ist deshalb nicht nur gut für die Umwelt, sondern auch für viele oberösterreichische Betriebe mit zahlreichen Arbeitsplätzen“, betonte der Landesrat: „WWS Wasserkraft hat bereits aufgrund der Investitionsprämie des Bundes viele heimische Aufträge erhalten, das neue Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz mit einem geplanten Investitionsvolumen von 10 Milliarden Euro bis 2030 wird dem Unternehmen noch einen zusätzlichen Schub bringen.“

„WWS Wasserkraft, das innovative Unternehmen aus Neufelden im Mühlviertel schafft wertvolle Arbeitsplätze in der ländlichen Region, und ist das beste Beispiel dafür, daß Forschung und Entwicklung nicht nur in den großen Ballungszentren passiert. Jede regionale Investition in die Forschung stärkt den gesamten Wirtschafts- und Innovationsstandort Oberösterreich“, war auch FFG-Geschäftsführerin Henrietta Egerth begeistert.

Neu entwickelte Turbine als Erfolgsprojekt

Die binnen drei Jahren neu entwickelte Turbine kann sich individuell an die Wassermenge des jeweiligen Gewässers anpassen. Die Turbine ist äußerst kompakt und deshalb besonders leicht zu transportieren. Dieses Alleinstellungsmerkmal ermöglicht auch einen Einsatz in schwer zugänglichen Regionen wie zum Beispiel in Patagonien (Chile). „Die Chance zur internationalen Forschungszusammenarbeit hat es uns in den letzten Jahren ermöglicht, wertvolle Kontakte zu Partnern und potentiellen Kunden auf der ganzen Welt zu knüpfen. Das Forschungsnetzwerk Eureka ist eine große Bereicherung und die gewonnenen Kontakte sind in unserem Unternehmen nicht mehr wegzudenken“, zeigte sich Christoph Wagner, Geschäftsführer von WWS Wasserkraft, erfreut. WWS Wasserkraft betreibt ein Testkraftwerk am Unternehmensstandort und hat mittlerweile bereits mehr als 25 Turbinen in Oberösterreich in Betrieb genommen. Hauptabnehmer der kleinen und sehr flexibel einsetzbaren Wasserturbinen sind auch Länder wie Norwegen und Deutschland. Für die Zukunft sehen die Vertreter von WWS Wasserkraft auch Chancen, diese Turbinen für die ländliche Entwicklung und Elektrifizierung in infrastrukt-



Foto: WWS Wasserkraft

WWS Techniker beraten Kunden weltweit – im Bild der technische Leiter Josef Wögerbauer und der technische Berater Markus Peherstorfer bei der Projektbesprechung.



Foto: WWS Wasserkraft

Turbine Ausrüstung von WWS Wasserkraft in einem Projekt zur Nachhaltigen von Energieerzeugung in bestehenden Wasserversorgungssystemen (Druckreduzierung)

turschwachen Gebieten einzusetzen, da sie leichter einzubauen sind als herkömmliche Turbinen.

Das Unternehmen erfreut sich aktuell über sehr gute Auslastung, welche nicht zuletzt auch auf die erhöhte Investitionsprämie des Bundes für Ökologisierungprojekte, also auch für erneuerbare Energien, zurückzuführen ist.

Über Eureka

Österreich ist seit der Gründung vor 35 Jahren Eureka-Mitglied. Die FFG wickelt die Förderungen auf nationaler Ebene mit Mitteln der Europäischen Union, des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (BMDW) und des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt,

Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) ab und wurde vom BMDW mit der Abwicklung und Gestaltung des österreichischen Eureka-Vorsitzes betraut. Österreich hat seit Juli 2020 zum zweiten Mal den Vorsitz innerhalb des Netzwerks mit 47 Mitgliedsstaaten inne.

Bisher wurden international 7.500 Projekte ermöglicht und insgesamt 48 Milliarden Euro investiert, davon haben österreichische Akteure an rund 800 Projekten teilgenommen und rund 210 Millionen Euro nationale Förderung erhalten. Insgesamt sind es Projekte mit einem Volumen von 2,7 Milliarden Euro, bei denen Beteiligte aus Österreich bisher profitierten.

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/>
<https://www.wws-wasserkraft.at/>

EU-Kommission vergibt Auftrag für Europa-Info bis 2025

Europe Direct Land Salzburg erhält Zuschlag mit 98 von 100 möglichen Punkten

Information für die Bevölkerung zu EU-Bürgerrechten, über Leben, Arbeiten, Reisen oder Studieren in einem anderen EU-Land sowie für die „Übersetzung“ ihrer Politiken gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort – dafür hat die EU-Kommission das Europe-Direct-Netzwerk ins Leben gerufen. Die Informationsstelle Europe Direct Land Salzburg wird nun bis 2025 wieder mit dieser Tätigkeit betraut.

„Ich gratuliere zur hohen Punktezahl im Auswahlverfahren, die wertvolle und wirkungsvolle EU-Arbeit wird damit belohnt“, kommentiert Landeshauptmann Wilfried Haslauer die Auftragsvergabe durch die Kommission. Hervorgehoben wurden insbesondere die gute Vernetzung mit den lokalen Akteuren und der grenzüberschreitende Ansatz bei den Informationsaktivitäten. Dafür vergab die Kommission insgesamt 98 von 100 möglichen Punkten, der höchste Wert in ganz Österreich.“

Demnächst: Schüler-Video-Wettbewerb zum Klima

Schwerpunktmäßig organisiert Europe Direct Land Salzburg kreative EU-Jugendprojekte, die auf spielerischem Lernen basieren. Für den Online-Video-Wettbewerb #rapyourEU4peace erhielt Leiterin Gritlind Kettl 2019 den Europa-Staatspreis verliehen. Im Moment läuft der Online-Wettbewerb #shapeyourEU4climate an. „Jugendliche können dabei Ideen und Projekte in Bezug auf Klimaschutz in der EU und in Salzburg abbilden und kreativ mit YouTube-Clips umsetzen. 16 Schulen aus allen Bezirken nehmen teil“, erläutert Gritlind Kettl. Hintergrund ist die Umsetzung des EU-Politikschwerpunkts „Green Deal“. Und in Kürze wird im Rahmen der Zukunftskonferenz der Europäischen Union eine „Special Salzburg Climate Challenge“ an den 3. Klassen der Mittelschulen in der Stadt Salzburg durchgeführt.

Das bietet Europe Direct Land Salzburg

- Auskünfte und Informationen zu sämtlichen Europafragen
- Organisation von Veranstaltungen wie



Foto: Land Salzburg / Franz Neumayr

Für weitere fünf Jahre EU-Informationsarbeit wurde das Team von Europe Direct Land Salzburg bestätigt. Im Archivbild (v.l.): Gabriela Tahir, Leiterin Gritlind Kettl und Katharina Maurer

- Europacafés, Diskussionen, Konferenzen und Workshops
- Initiierung und Durchführung von Kreativ-Wettbewerben und –Projekten für Salzburgs Jugend
- Expertenvorträge an Salzburgs Schulen
- Infopakete und kostenlose Broschüren
- Informationen zu EU-Förderprogrammen

- Kostenloser Zugang zu EU-Datenbanken und offiziellen EU-Dokumenten

In Salzburg gibt es Informationszentren in der Landeshauptstadt und für den ländlichen Raum in Bischofshofen. ■

<https://www.salzburg.gv.at/>

<https://www.salzburg.gv.at/europedirect/>

Salzburg: Die Jugend am Wort

Zu ihrem „Geburtstag“, dem Europatag 9. Mai, startet die EU eine Zukunftskonferenz, deren Ergebnisse ein Jahr darauf bei einem Gipfel Bild und Fahrplan für das Europa von morgen prägen werden. „Interesse für Politik bedeutet, die eigene Zukunft mitzugestalten“, ermutigt Landesrätin Andrea Klambauer Jugendliche, ihre Stimme zu erheben und sich einzubringen.

Mädchen und Burschen ab 16 Jahren können dabei ihre Ideen unmittelbar an Gleichaltrige und Politiker weiterreichen und einander direkt darüber austauschen. „Es hat auch bei mir im Kleinen begonnen: bei Diskussionen mit Freunden, was man anders oder besser machen will. Mir war dabei immer wichtig, nicht nur zu kritisieren, sondern immer zu überlegen, welche bessere Alter-

native es gibt“, weiß Salzburgs Landesrätin Andrea Klambauer aus eigener Erfahrung.

Getragen wird die europaweite Kampagne von einem Netzwerk aus 21 Jugendaktivistinnen und -aktivisten. Sie sind die Gesichter auf lokaler und nationaler Ebene. Sie treten mit jungen Menschen in der gesamten EU in Kontakt, um ihre Ansichten zur Europäischen Union zu hören und sie in den Prozeß zur Gestaltung der Zukunft Europas einzubinden.

Der 20-jährige Lungauer Andreas Moser hat schon Erfahrungen im Ausland gesammelt, als er 2018 nach der Matura einen Europäischen Solidaritätskorps in Frankreich absolviert hat. Er ist als Jugendaktivist für Salzburg Teil der Kampagne. ■

<https://www.salzburg.gv.at/>

Corona-Teststrategie: Steiermark hilft Bosnien-Herzegowina

Übergabe von 1000 Testkits als Starthilfe und Vertiefung der bilateralen Beziehungen



Foto: Land Steiermark / Streibl

Landesrat Christopher Drexler (3.v.l.) übergab gemeinsam mit Helmut Kreuzwirt von der Fachabteilung Katastrophenschutz und dem Honorarkonsul von Bosnien-Herzegowina Jörg Hofreiter (v.l.) den Gesundheitsexpertinnen aus Bosnien-Herzegowina die Testkits.

Gemeinsam mit dem Honorarkonsul von Bosnien-Herzegowina Jörg Hofreiter übergab Europalandesrat Christopher Drexler am Vormittag des 8. April 1000 Testkits für Corona-Antigentests an zwei Gesundheitsexpertinnen aus dem Kanton Una-Sana im Verwaltungsbezirk Bihać in Bosnien-Herzegowina. Im Bezirk Bihać, der nicht nur von der Corona-Krise betroffen, sondern auch mit einer dramatischen Flüchtlingssituation konfrontiert ist, werden mangels entsprechender Ressourcen derzeit noch keine Testungen durchgeführt. Das Land Steiermark, das beim Management der Corona-Testungen vorbildliche Arbeit leistet und mit dem geografisch nahegelegenen Kanton Una-Sana in Bosnien-Herzegowina in verschiedener Weise verbunden ist, will mit der Übergabe der 1000 Testkits beim Aufbau einer effizienten Teststrategie helfen.

Europalandesrat Christopher Drexler: „Das Land Steiermark wird in den kommenden Monaten und Jahren einen Westbalkan-schwerpunkt setzen und die interregionale Zusammenarbeit in dieser Region vertiefen.

Die Corona-Krise hat uns noch stärker vor Augen geführt, wie wichtig eine gut verschränkte Abstimmung mit diesen geografisch aber teilweise auch historisch-traditionell so nahe an der Steiermark liegenden Staaten ist. Austausch, Kooperationen, das voneinander Lernen, insbesondere im Bereich der Wissenschaft und Forschung, der Wirtschaft, der Kunst und Kultur oder wie in diesem Fall im Management einer Gesundheitskrise, haben abermals an Bedeutung gewonnen und bestärken uns, dieses Vorhaben rasch voranzutreiben. Mit der Übergabe von 1000 Testkits, die das Europaressort angeschafft hat, wollen wir die Beziehungen zu Bosnien-Herzegowina, einem gerade für die Steiermark strategisch so bedeutenden Staat weiter stärken und den Aufbau einer Teststrategie unterstützen.“

Die beiden Gesundheitsexpertinnen sind auf Einladung von Honorkonsul Jörg Hofreiter auf Studienbesuch in Graz, um sich selbst ein Bild von der umfassenden und flächendeckenden Teststrategie in der Steiermark zu machen. Aus diesem Grund besuchten sie

am Nachmittag auch noch das Contact-Tracing Team des Landes Steiermark, um Einblicke in die praktische Abwicklung der Kontaktnachverfolgung in der Steiermark zu bekommen.

„Das Corona-Virus kennt keine Landesgrenzen und genauso wenig sollte es die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Pandemie tun. Der Wissens- und Erfahrungsaustausch in Sachen Contact-Tracing, Test- sowie Impfstrategie ist essentiell zur Verbesserung und Optimierung dieser wichtigen Abläufe. Das Land Steiermark möchte die bosnischen GesundheitsexpertInnen bestmöglich im Kampf gegen das Corona-Virus unterstützen und hofft so zu einer raschen Realisierung vor Ort beitragen zu können“, betont Gesundheitslandesrätin Juliane Bogner-Strauß.

Ziel des Besuches der Delegation war es, die gewonnenen Erkenntnisse so schnell wie möglich vor Ort in Bosnien-Herzegowina zu realisieren, wie im Zuge des Besuchs betont wurde.

<http://www.steiermark.at>

Museum bewegt

... auch im Euregio Museumsjahr 2021

Euregio-Präsident und Tirols Landeshauptmann Günther Platter und Kulturlandesrätin Beate Palfrader präsentieren am 7. April die neue Website zum diesjährigen Euregio-Museumsjahr, auf der sämtliche Informationen zu den 38 grenzübergreifenden Projekten mit über 60 teilnehmenden Museen und etwa 70 Standorten abgerufen werden können.

2021 steht die Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino ganz im Zeichen ihrer Museumslandschaft. Zahlreiche Museen der drei Länder zeigen ihre Projekte zum Thema „Transport – Transit – Mobilität“. Die ersten Ausstellungen können bereits besucht werden. Bis zum Jahresende erwartet Interessierte eine breite Palette an Besuchsmöglichkeiten und Veranstaltungen in den drei Ländern.

„Trotz der pandemiebedingten Einschränkungen für die Kulturszene setzen die Museen der Europaregion im Museumsjahr 2021 ein starkes Ausrufezeichen. Es ist alles andere als selbstverständlich, daß sich über 60 Museen an diesem gemeinsamen Projekt beteiligen. Die Ausstellungen sind so vielfältig wie unsere Kultur und unser Lebensraum und bieten den Bürgerinnen und Bürger der Euregio spannende Einblicke in das Thema Transport – Transit – Mobilität. Wir hoffen sehr, daß das Museumsjahr viel Anklang bei den Besucherinnen und Besuchern der Ausstellungen findet“, erklären LH Platter und LRin Palfrader.

38 Projekte, die von Ausstellungen über Kurzfilme bis hin zu Initiativen im öffentlichen Raum reichen, werden von einem abwechslungsreichen Rahmenprogramm begleitet. Über 60 Museen an 70 Standorten zeigen die facettenreiche Geschichte und Entwicklung der alpinen Mobilität in unseren Ländern.

Die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur in der Europaregion...

Gleich mehrere Museen beleuchten die verkehrstechnische Erschließung der einst unzulänglichen Alpen und deren Auswirkungen auf die heutige Zeit. Die Tiroler Landesmuseen widmen sich im Zeughaus und im Tiroler Volkskunstmuseum dem Eisenbahnbau im 19. Jahrhundert. Ausgehend von der heutigen Eisenbahnromantik werden die da-



Foto: Land Tirol / Gratl

LH Platter und LRin Palfrader freuen sich auf das Euregio Museumsjahr 2021

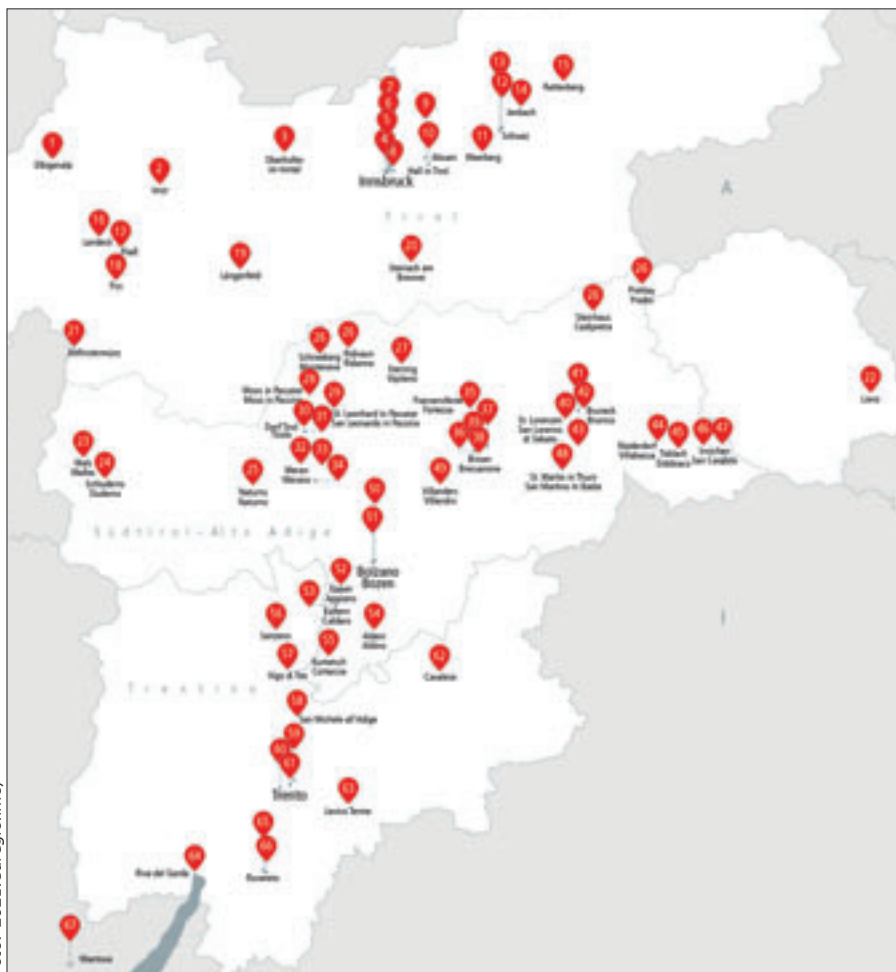


Foto: 2021.euregio.info/

Die Zuordnung der angegebenen Orte finden Sie auf <https://2021.euregio.info/>

Österreich, Europa und die Welt

mals harten Bedingungen vor allem der Arbeitsmigranten aus dem Trentino beleuchtet und deren heute vergessene Konflikte mit der lokalen Bevölkerung und damit zusammenhängenden politischen Spannungen thematisiert. Einblick in die Gegenwart und die Zukunft des Bahnverkehrs zwischen Nord und Süd geben die BBT-Tunnelwelten in Steinach am Brenner, wo derzeit das größte Tunnelprojekt für eine moderne neue Schienenverbindung durch die Alpen – der Brenner Basistunnel – realisiert wird. Auch Ausstellungen in Lienz, Jenbach oder Oberhofen thematisieren die Vielfalt des Eisenbahnwesens in der Europaregion.

Viel weiter zurück reicht die Geschichte einiger Straßenverbindungen, die im Museumsjahr in den Fokus rücken: Schloß Landeck widmet sich mit Partnermuseen in Südtirol der wichtigsten Nord-Süd-Achse in römischer Zeit, der Via Claudia Augusta. Mehr über die Geschichte der Timmelsjochstraße erfahren BesucherInnen im Museum HinterPasseier, das Ballhaus Imst macht die Straßenverbindung ins Lechtal zum Thema.

... und deren Auswirkungen auf den gesellschaftlichen und kulturellen Austausch unserer Landesteile

Die Vernetzung durch Straßen und Bahnen ist die Basis für den kulturellen Austausch zwischen den Regionen – bereichernd einerseits, aber im Laufe der Zeit auch mit Belastungen, Konflikten und Gefahren verbunden. Auf eine museale „Pilgerreise“ geht auch das Diözesanmuseum Brixen zusammen mit dem Augustinermuseum Rattenberg und dem Rablhäuser Weerberg, wenn sie nach sich verändernden religiösen Praktiken wie dem Wallfahren fragen. Über Tirol und Europa hinaus blickt das Museum der Völker in Schwaz und sucht nach kartografischen Darstellungen aus anderen Kontinenten.

Weitere Ausstellungen widmen sich etwa der Veränderung des Dialekts, dem fahrenden Volk der Jenischen, dem Transport von Waren in den Bergen von der Steinzeit bis in die Gegenwart, dem industriellen Bergbau, historischen Fortbewegungsmitteln und – nicht zuletzt – den Auswirkungen, die der Tourismus auf Tirol hatte und nach wie vor hat.

Das Euregio Museumsjahr 2021 startet mit einem Auftaktwochenende am 29./30. Mai in Innsbruck. Die ersten Ausstellungen können bereits besichtigt werden. ■

<https://www.tirol.gv.at/>

<https://2021.euregio.info/>

<http://www.europaregion.info/>

Zum Beispiel: Al Lavoro! Über die Zuwanderung aus dem Trentino im 19. Jahrhundert



„Colonia italienischer Bahnarbeiter am Berge Isel“ nach Ernst Kirchhoff

Verschiedene Entwicklungen wie der Bau der Eisenbahn und die zunehmende Industrialisierung führten im Laufe des 19. Jhdts. zu einer regen Arbeitsmigration aus dem Trentino nach Nordtirol. Italienischsprachige ArbeiterInnen fanden eine Anstellung in Textilfabriken oder im Baugewerbe, in der Wildbachverbauung oder als Dienstboten und

Dienstmädchen. Dazu kamen Beamte, Studierende, auch Kunstschaffende. Deutschnational gesinnte Politiker glaubten deshalb, vor einer „Verwälschung“ Tirols warnen zu müssen. Soziale Probleme wurden als sprachliche oder ethnische Konflikte formuliert...

<https://www.tiroler-landesmuseen.at/>

Zum Beispiel: 150 Jahre Südbahn. Villach – Franzensfeste



Nostalgiezug Südbahn Express mit der in den Dienst gestellten 1020.018 1940 als E 94 001

Im Jahre 1871 in Betrieb genommen, wurde zwischen Villach und Franzensfeste eine neue Art der Fortbewegung und des Warentransports möglich, lange bevor sich Automobile im ländlichen und gebirgigen Ost- und Südtirol etablierten.

Das Eisenbahnmuseum Lienz, das einzige Eisenbahnmuseum Tirols, begeht während des Euregio-Museumsjahres 2021 das ehrwürdige Jubiläum von 150 Jahren das

ehrwürdige Jubiläum von 150 Jahren technologischer Entwicklung der Südbahnstrecke durch das Drau- und Pustertal. Historische Lokomotiven, Waggone, Fotografien und Pläne aus drei Jahrhunderten geben Einblicke in die Mobilität einer Region abseits von Ballungsräumen und die Bedeutung des Schienenverkehrs zwischen Kärnten und dem südlichen Wipptal...

<https://ebfl.at/>

Vorarlbergs Europaschutzgebiete

Das Regionsmanagement Europaschutzgebiete
blickt auf ein arbeitsintensives Jahr 2020 zurück

Ein in vielerlei Hinsicht ungewöhnliches Jahr 2020 hinterließ auch in Vorarlbergs 39 Europaschutzgebieten sichtbare Spuren. Weltweite Beschränkungen in der Mobilität und der Verzicht auf Reisen außerhalb Österreichs rückten die Naturräume im eigenen Bundesland verstärkt in den Vordergrund. Das gesteigerte Besucheraufkommen stellte die Gebietsbetreuung auch vor neue Herausforderungen: Egal ob Stand-up Paddling, Mountainbiken, Wandern oder Drohnenflüge, zahlreiche neue Maßnahmen zur Besucherlenkung und Information der interessierten Bevölkerung wurden notwendig und auch schon in den einzelnen Europaschutzgebieten umgesetzt. „Eines ist klar: Die Einführung eines Regionsmanagements hat sich bewährt“, stellt Landesrat Johannes Rauch fest.

Vom Bodensee über die Riedlandschaften des Rheintals bis in die Berge der Silvretta suchten Alt und Jung Ablenkung vom Corona-Alltag und Entspannung in der Natur. Besonders beliebte Ausflugsziele stellten dabei Vorarlbergs Europaschutzgebiete dar, wie Daniel Leissing, Regionsmanager der Region Walgau-Großes Walsertal-Arlberg, zu berichten weiß: „Es ist schön zu sehen, daß sich immer mehr Menschen für Vorarlbergs Naturräume interessieren. Aber natürlich stellt das gesteigerte Besucheraufkommen die Gebietsbetreuung auch vor neue Herausforderungen.“ Egal ob Stand-up Paddling, Mountainbiken, Wandern oder Drohnenflüge, zahlreiche neue Maßnahmen zur Besucherlenkung und Information der interessierten Bevölkerung wurden notwendig und auch schon in den einzelnen Europaschutzgebieten umgesetzt.

Erhaltungsmaßnahmen und Monitoring – Kerngeschäft des Regionsmanagements

Vorarlbergs Europaschutzgebiete, auch Natura 2000-Gebiete genannt, sind Teil eines EU-weiten Schutzgebietsnetzwerkes mit dem Ziel, die Vielfalt an Tier- und Pflanzenarten sowie Lebensräumen zu erhalten. Seit 2017 werden diese Gebiete in fünf unterschiedliche Regionen eingeteilt, deren Betreuung vom Regionsmanagement koordiniert wird. Unterstützt wird das Regionsmanagement von engagierten Gebietsbetreuerinnen und Gebietsbetreuern sowie externen



Foto: Land Vorarlberg

Das Europaschutzgebiet Ifen zwischen Bregenzerwald und Kleinwalsertal

Projektgruppen, ohne deren Einsatz viele der geplanten Projekte nicht umsetzbar wären. „Die Einführung einer professionellen und landesweit einheitlichen Struktur der Gebietsbetreuung war richtig und die Arbeit der letzten Jahre zeigt, daß dies ein guter Weg für die Naturvielfalt Vorarlbergs ist“, gibt sich Landesrat Rauch überzeugt.

So kann sich die Jahresbilanz jedenfalls sehen lassen – über 30 Monitoring-Projekte und 50 Maßnahmen zum Schutz und Erhalt gefährdeter Lebensräume, Tier- und Pflanzenarten konnten 2020 realisiert werden. Zu den Highlights zählen unter anderem die Renaturierung des Fohramoos im Bregenzerwald, Lebensraumverbesserungen für Wiesenbrüter im Rheintal und am Bodensee sowie die Revitalisierung eines ehemals bewirtschafteten Hangflachmoors im Walgau.

Europaschutzgebiete im Rampenlicht

„Nur was man kennt, schützt man auch“ lautet ein zentraler Grundgedanke im Naturschutz. Mit zahlreichen Veranstaltungen, die unter Berücksichtigung der geltenden Corona-Bestimmungen durchgeführt wurden, konnten die Schutzgebiete der Bevölkerung auch 2020 ein Stück weit nähergebracht wer-

den. Für all jene, die sich etwas aktiver für den Naturschutz einsetzen wollen, wurden im Rahmen der so genannten Vielfaltertage abwechslungsreiche Pflege- und Arbeitseinsätze in den Europaschutzgebieten organisiert. Mehr als 650 engagierte Teilnehmende und über 2.200 geleistete Arbeitsstunden zur gemeinsamen Beseitigung von Neophyten und zur Pflege von schützenswerten Lebensräumen machen die Vielfaltertage zu einer wahren Erfolgsgeschichte. Landesrat Johannes Rauch: „Die hohe Nachfrage nach den Vielfaltertagen und der tolle Einsatz der vielen Freiwilligen ist wirklich beeindruckend. Umso schöner, daß dadurch sowohl die Gebietsbetreuung als auch die Bewirtschaftenden unterstützt und wichtige Naturschutzprojekte realisiert werden können.“

Ungeachtet der bisher erfolgreich umgesetzten Aktivitäten stehen auch in den nächsten Jahren zahlreiche Herausforderungen in Vorarlbergs Europaschutzgebieten an. Von Seiten des Regionsmanagements baut man auf bestehende Kooperationen und setzt weiterhin auf gute Zusammenarbeit mit allen Akteuren in den einzelnen Regionen. ■

<https://www.vorarlberg.at/natura2000>

<https://www.naturvielfalt.at/>

Solides Ergebnis bei Ansiedlung internationaler Betriebe

Stadt Wien verzeichnet 218 neue ausländische Unternehmen

Foto: PID / C. Jobst



„Ansiedlungsbilanz 2020“ (v.l.): Gerhard Hirczi, Geschäftsführer der Wirtschaftsagentur Wien, Bgm Michael Ludwig und Stadtrat Peter Hanke

Erfreuliche Nachrichten für das Krisenjahr 2020: Die Stadt Wien konnte in Zusammenarbeit mit der Austrian Business Agency ein solides Ergebnis bei den Ansiedlungszahlen von internationalen Betrieben einfahren und 218 neu angesiedelte ausländische Betriebe in der Hauptstadt begrüßen. Bürgermeister Michael Ludwig dazu: „Dieses hohe Interesse ausländischer Unternehmen an unserer Stadt in einem durch die Pandemie gekennzeichneten Jahr zeigt deutlich, daß Wien international als stabiler und sicherer wirtschaftlicher Boden betrachtet wird.“ Wie wertvoll die Entscheidung der Unternehmen für Wien als neue ökonomische Heimat ist, läßt sich auch in weiteren Zahlen ablesen: „Die Neuansiedlungen der 218 Unternehmen aus dem Ausland lösen in Wien 263 Millionen Euro an Investitionen aus und bringen 1.718 Arbeitsplätze“, so Wirtschaftsstadtrat Peter Hanke, „ein schöner Erfolg für den Wirtschaftsstandort Wien.“

Auch der Bürgermeister betont: „Die Investitionen, die ausländische Betriebe während einer Krise in der Stadt getätigt haben, zeigen: Unternehmerinnen und Unternehmer glauben an Wien und sind vom Standort überzeugt. Trotz Corona-Krise haben wir 2020 das drittbeste je erreichte Ansiedlungsergebnis seit 2012 erzielt.“

Der Ausblick auf die nächsten Jahre fällt bedingt durch die Covid-19-Auswirkungen allerdings nüchtern aus, beeinträchtigen die Krisen-Effekte die wirtschaftliche Entwick-

klung doch länger und anhaltender als vielfach zu Beginn eingeschätzt. „Internationale Betriebe, die einen neuen Unternehmensstandort eröffnen wollen, planen diese Ansiedlung natürlich lange voraus“, weiß Stadtrat Hanke. „Die Ergebnisse dieser langfristigen Planung der Vorjahre sehen wir in der guten Ansiedlungsbilanz 2020 verwirklicht. Realistisch müssen wir aber unsere Erwartungen für das nächste Jahr herunterschrauben, sind doch die Bedingungen für erfolgreiches internationales Standortmarketing seit einem Jahr massiv erschwert.“

Wien punktet 2020 vermehrt in Europa

44 der insgesamt 218 Betriebe, die sich 2020 in Wien angesiedelt haben, kommen aus Deutschland. Erstmals auf dem zweiten Platz folgte mit 16 Unternehmen Großbritannien, ein Treiber für das vermehrte Interesse britischer Unternehmen war der mit Ende 2020 vollzogene Brexit. Auf dem dritten Platz liegt Italien mit 14 Projekten, danach folgen die Schweiz, Slowakei und Rußland. Daß als erstes nichteuropäisches Land die USA nur an achter Stelle liegt, spiegelt auch bereits die Corona bedingten Reise-Einschränkungen wider.

„Wir haben 2020 die Ergebnisse unserer seit langem geknüpften internationalen Business-Beziehungen eingefahren“, so Gerhard Hirczi, Geschäftsführer der Wirtschaftsagentur Wien. „Obwohl unser internationales Team seine Reisetätigkeit stark einschränken

und persönliche Kontakte massiv reduzieren mußte, konnten wir Wien international gezielt auch im digitalen Raum präsentieren und an der Positionierung Wiens als sicheren und stabilen Wirtschaftsstandort arbeiten.“ Die Wirtschaftsagentur Wien ist aktive Gestalterin der städtischen Wirtschafts- und Standortpolitik und ist erste Ansprechstelle für internationale Betriebsansiedlungen in der Stadt.

Nach der Krise: Mehr Serviceleistung für internationale Fachkräfte

Einer international steigenden Nachfrage am Wirtschaftsstandort Wien nach der Krise blickt die Stadt bereits jetzt optimistisch und mit konkreten Planungen entgegen. So arbeitet die Wirtschaftsagentur Wien in enger Kooperation mit der MA 35 an einer neuen Servicestelle für internationale Fachkräfte und WissenschaftlerInnen, die im Sog der ansiedlungswilligen Unternehmen mit ihren Familien nach Wien ziehen wollen. Ziel ist es, an einem gemeinsamen Standort – dem Business Immigration Office – für die speziellen Bedürfnisse von Expats eine intensive, qualitätsvolle Beratung anzubieten und die notwendigen aufenthaltsrechtlichen Verfahren serviceorientiert abzuwickeln. Da derzeit durch Corona auch der Zuzug von Fachkräften aus dem Ausland zurückgeht, ist die Inbetriebnahme des Business Immigration Office zur Zeit für Mitte 2021 geplant. ■

<https://www.wien.gv.at/>

Sommerurlaub 2021 in Österreich

Umfrage in Deutschland und Österreich zeigt hohe Nachfrage, aber auch Unsicherheit – Menschen wollen und werden Urlaub machen, sobald das wieder möglich wird.

Corona hat die Urlaubsgewohnheiten der Deutschen gründlich durcheinandergerührt. Das zeigt die Deutsche Reiseanalyse 2021 zu den Reisetätigkeiten der Deutschen im Vorjahr. Demnach hat 2020 der Inlandsurlaub an Popularität gewonnen, gleichzeitig ist die Anzahl der Auslandsreisen dramatisch eingebrochen. Das hat auch Österreich zu spüren bekommen. Unternahmen die Deutschen im Jahr 2019 noch 3,3 Mio. Reisen nach Österreich (mit einer Dauer von 5 Tagen oder länger), waren es 2020 nur noch 2,4 Mio. Das entspricht einem Rückgang von 27 Prozent. Das ist ein dramatisches, im Vergleich zum touristischen Wettbewerb aber moderates Minus. Größte Verlierer waren typische Flugdestinationen wie Spanien (-57 Prozent), Griechenland (-52 Prozent) oder die Türkei (-48 Prozent). Österreich rückte durch diese Entwicklung auf Platz drei der beliebtesten Auslandsreiseziele der Deutschen vor.

Eine spannende Erkenntnis aus der Deutschen Reiseanalyse: Offenbar konnte Österreich im Zuge der Pandemie auch neue Gäste gewinnen. Bei einem Viertel der Österreichereisen im Zeitraum April bis Dezember 2020 war ursprünglich ein anderes Reiseziel geplant. Das sind 0,6 Mio. Reisen nach Österreich, die ohne Pandemie womöglich nicht stattgefunden hätten.

Hohe Zufriedenheit mit dem Österreich-Urlaub während der Pandemie

Beim Thema Zufriedenheit stellt die Studie den heimischen Gastgeberinnen und Gastgebern ein exzellentes Zeugnis aus. 77 Prozent der deutschen Gäste waren mit ihrem Österreich-Urlaub während der Pandemie „sehr zufrieden“, die restlichen 23 Prozent „zufrieden“. Nur 9 Prozent der deutschen Österreich-UrlauberInnen sagen, daß sie sich im Urlaub während der Pandemie schlechter gefühlt hätten als in normalen Jahren. Für den Rest war das Urlaubsgefühl entweder „besser“ (9 Prozent), „nicht anders“ (42 Prozent) oder „anders, aber nicht besser oder schlechter“ (40 Prozent).

Deutsche ließen sich den Urlaub mehr kosten

Insgesamt betrachtet ist 2020 in Deutschland weniger Geld in Urlaube geflossen. Das



gilt auch in Bezug auf Österreich-Reisen. Für Urlaub in Österreich haben die Deutschen im Vorjahr 2,5 Mrd. Euro ausgegeben. Das sind um 0,2 Mrd. Euro bzw. um 7 Prozent weniger als im Jahr 2019.

Gleichzeitig sind die Ausgaben pro Österreich-Reise gestiegen. Während ihres Österreich-Urlaubs haben die Deutschen im Vorjahr durchschnittlich 1.042 Euro pro Person ausgegeben. Das ist ein Plus von 225 Euro bzw. 28 Prozent. Dieser Anstieg ist nicht auf eine längere Reisedauer zurückzuführen – die Reisedauer ist nur unwesentlich von 9,2 auf 9,4 Tage gestiegen. Die Gäste haben sich den Österreich-Urlaub generell mehr kosten lassen.

Gestiegenes Interesse an Österreich-Urlaub

Laut Umfrage sind knapp über 35 Prozent der Deutschen in den nächsten drei Jahren an einem Österreich-Urlaub interessiert. Das sind fast 25 Mio. Personen und um 3

Mio. mehr als im Vorjahr. Über ein Viertel (5,6 Mio.) davon wollen „ziemlich sicher“ kommen, für die restlichen 19,2 Mio. Deutschen kommt Österreich „generell in Frage“.

„Die Ergebnisse aus der Deutschen Reiseanalyse 2021 bestätigen, was uns auch die Befragung zu Sommerurlaub 2021 gezeigt hat“, sagt Petra Stolba, Geschäftsführerin der Österreich Werbung.

„Die hohe Zufriedenheit unserer Gäste und das große Interesse an zukünftigen Österreich-Urlauben zeigen, daß der heimische Tourismus einen sehr guten Job gemacht hat. Österreich hat schon im vergangenen Sommer bewiesen, daß wir auch in der Pandemie verantwortungsvolle Gastgeberinnen und Gastgeber sind und alles daran setzen, unseren Gästen einen sicheren und erholsamen Urlaub zu ermöglichen. Die Gäste werden auch diesen Sommer kommen, sofern die Rahmenbedingungen das zulassen“, so Stolba.

<https://www.austria.info/>

Grönlands Höhlen: Zeitreise in warme Arktis

Ein internationales Team unter der Leitung von Gina Moseley vom Institut für Geologie der Uni Innsbruck analysierte erstmals eine Mineralablagerung aus einer Höhle in Nordost-Grönland.

Die Geologin und Höhlenforscherin Prof. Gina Moseley entdeckte während einer Expedition im Jahr 2015 Mineralablagerungen in Grönland, einem für den Klimawandel hochsensiblen Gebiet. Der Fundort in der Höhle liegt auf 80° Nord, 35 Kilometer von der Küste und 60 Kilometer vom Rand des grönländischen Eisschildes entfernt. Die Expedition fand im Rahmen des „Greenland Caves Project“ statt, das von 59 verschiedenen Sponsoren, darunter die National Geographic Society, finanziert wurde. Moseley und ihr Team arbeiten im Feld der Paläoklimaforschung und interessieren sich für Klimadaten, die in Höhlenablagerungen häufig hunderttausende Jahre gespeichert bleiben. „In der abgelegenen Höhle in Grönland haben wir einen Bodensinter gefunden, eine etwa 12 Zentimeter große Probe entnommen und dann analysiert. Diese Art der Höhlensedimente ist verwandt mit den Tropfsteinen, bildet aber flächige Ablagerungen, die aus einem langsam fließenden Wasserfilm auskristallisieren“, erklärt Moseley von der Arbeitsgruppe für Quartärforschung. In einem arktischen Gebiet überhaupt eine Ablagerung dieser Art zu finden, ist für sich genommen bereits außergewöhnlich, wie die Geologin erklärt: „Heute ist diese Region eine polare Wüste mit Permafrost. Damit sich eine solche Ablagerung bilden konnte, muß das Klima zu jener Zeit wärmer und feuchter gewesen sein als heute. Der Zeitraum zwischen etwa 588.000 bis 549.000 Jahren vor heute gilt eigentlich als global kühl im Vergleich zur Gegenwart. Das Wachstum dieses Bodensinters zu dieser Zeit zeigt aber, daß die Arktis wärmer als heute gewesen sein muß.“

Lokale Schwankungen

Die Berücksichtigung regionaler Unterschiede in der Entwicklung des Klimas sind insbesondere für künftige Entwicklungen in einer wärmeren Welt zentral. „Die Daten aus dieser Höhlen zeigen, daß die Arktis als Folge der damaligen Stellung der Erde zur Sonne ungewöhnlich warm war. Ausgelöst



Foto: Robbie Shane

Die Geologin und Höhlenforscherin Prof. Gina Moseley und ihr internationales Team analysierten erstmals Klimaaufzeichnungen aus Höhlen der Hocharktis in Nordostgrönland.

durch die wärmeren Temperaturen schrumpfte die Ausdehnung des Meer-Eises in der Arktis. Die aus diesen eisfreien Gewässern verdunstete Feuchtigkeit wurde nach Nordostgrönland transportiert“, ergänzt Moseley. Die Höhlenablagerung bietet darüber hinaus die Möglichkeit, das Wissen über die Klimageschichte Grönlands und die hydrologischen Bedingungen jenseits der zeitlichen Grenze der grönländischen Eisbohrkerne hinaus auszubauen: Diese wichtigen Zeugen des Klimas reichen nur 128.000 Jahre in die Vergangenheit. Moseley verwendete dazu modernste Methoden wie die Uran-Thorium-Datierung. „Da die Grönland-Eisbohrkerne im wesentlichen die letzte Eiszeit und damit kalte Klimaphasen umfassen, bieten unsere Analysen ein schönes Gegenstück mit Bezug auf vergangene Warmzeiten“, erklärt die Geologin. „Die Arktis erwärmt sich mehr als doppelt so schnell wie der globale Durchschnitt. Besser zu verstehen, wie sich dieser sensible Teil der Welt in einer wärmeren

Welt verändert, ist für die Zukunft von höchster Priorität.“

Wertvolles Klimaarchiv

Gina Moseley erkannte die Bedeutung der Höhlen im Nordosten Grönlands bereits 2008 während ihrer Promotion in Bristol, Großbritannien. Im Jahr 2015 leitete sie eine fünfköpfige Expedition: Die Höhlen Grönlands sind nur auf sehr beschwerlichem Weg über Luft und Wasser sowie mit langen Fußmärschen erreichbar. Moseley erlangte dadurch erstmals Zugriff auf das einmalige hocharktische Klimaarchiv. Dafür wurde die Geologin mit dem renommierten START-Preis des Österreichischen Wissenschaftsfonds (FWF) ausgezeichnet, der es ihr ermöglicht, weiter an Grönlands Klimaarchiv zu arbeiten. Im Juli 2019 brachen Moseley und ihr Team des Greenland-Caves-Project wieder für eine dreiwöchige Expedition nach Nordost-Grönland auf. ■

<https://quaternary.uibk.ac.at/>

»Wing of Tomorrow«

FACC und Airbus entwickeln Flügel der Zukunft



Foto: FACC / Gorfana

„Wing of Tomorrow“ – die innovative Landeklappe – ein Teilprojekt des Programms – ist hochintegral und kosteneffizient in der Fertigung.

Die Flugzeugindustrie gilt weltweit als einer der innovativsten und progressivsten Technologiebereiche. Und das oberösterreichische Unternehmen FACC ist als Technologiepartner mit leistungsstarker Forschung und Entwicklung sowie der Fertigung innovativer Produkte und Systeme hier ganz vorne mit dabei. Gemeinsam mit dem europäischen Flugzeughersteller Airbus verfolgt FACC das Programm „Wing of Tomorrow“. Das zentrale Ziel: schon heute Flügels-technologien von morgen zu entwickeln und serienreif zu machen. Nun wurde mit der Entwicklung einer innovativen Landeklappe ein Teilprojekt erfolgreich abgeschlossen.

„Ein wichtiger Teil unserer Innovations-tätigkeit liegt in der gemeinsamen Forschungsarbeit mit international führenden Flugzeugherstellern“, berichtet Robert Machtlinger, CEO der FACC AG. „Unsere Entwicklungsingenieure forschen an neuen Technologien und Produkten für neue Flugzeuggenerationen. Eine Leuchtturinitiative ist das ‚Wing of Tomorrow‘-Programm, das Airbus 2018 in Kooperation mit FACC und weiteren Industriepartnern gestartet hat.“

Im Rahmen dieses Projekts arbeitet FACC an der Entwicklung innovativer Fertigungsverfahren, die bei der Herstellung von drei wesentlichen Tragflächenkomponenten zum Einsatz kommen: den Flügelkasten-Beplankung (Wing Box Lower Cover), der Landeklappe (Flap) und der Störklappen

(Spoiler & Droop Panel). Ziel ist es, komplexe Komponenten schneller, einfacher und kostengünstiger zu produzieren. Das erste Teilprojekt – die Beplankung des Flügelkastens – konnte FACC bereits im Vorjahr erfolgreich abschließen. Vor kurzem wurde nun im zweiten Teilprojekt der Prototyp einer Landeklappe fertiggestellt. Dabei verwendete FACC das Resin Transfer Moulding-Verfahren, das schon früher bei Projekten zum Einsatz kam – jedoch noch nie in dieser Größenordnung und Komplexität.

Integralbauweise spart Zeit und Kosten

Bei der Entwicklung der fünf Meter langen „Multicell Flap“ stand das Ausloten der technischen Möglichkeiten im Vordergrund. „Airbus strebt bei der neuen Flügelgeneration einen hohen Integrationsgrad an, um nachfolgende Arbeitsschritte soweit es geht zu reduzieren und dementsprechend kostengünstiger zu werden“, sagt der FACC Lead Program Engineer für Aerostructures Airbus, Patrick Petz. „Für uns bedeutet die Integralbauweise, daß wir uns den hohen Montage-Aufwand im Nachhinein ersparen und so einen hohen Reifegrad der Fertigungsprozesse sowie hohe Raten erreichen können.“ Abgesehen von der neuartigen Bauweise und der Verwendung von neuen Materialien – sogenannter Multiaxiallege – war auch die Werkzeugauslegung bei der Fertigung eine

hochinnovative Meisterleistung. Ein multifunktionales Team aus Forschung & Entwicklung, Werkzeugbau und Programm Management hat sich seit etwa einem Jahr der Aufgabe gestellt und konnte vor kurzem das erste Bauteil dem Kunden Airbus präsentieren. CEO Robert Machtlinger zum erfolgreichen Projektabschluß: „Das ist ein echter Meilenstein in der Forschungsk Kooperation mit Airbus. Wir haben gemeinsam ein völlig neues Landeklappensystem entwickelt. Die Flügelkomponente ist hochintegral – dank durchdachter Lösungen bei Material, Prozeß und Bauweise können wir Airbus aber leistbaren Leichtbau bei hoher Serientauglichkeit bieten.“

FACC ist ein weltweit führendes Aerospace Unternehmen in Design, Entwicklung und Fertigung von fortschrittlichen Komponenten und -systemen für Luftfahrzeuge. Als Technologiepartner aller großen Hersteller arbeitet FACC gemeinsam mit ihren Kunden an Lösungen für die Mobilität der Zukunft. Weltweit startet jede Sekunde ein Luftfahrzeug mit FACC-Technologie an Bord.

Im Rumpfgeschäftsjahr 2019 erzielte FACC einen Jahresumsatz von 665 Mio. Euro. Weltweit werden rund 2.800 MitarbeiterInnen aus 38 Nationen an 13 internationalen Standorten beschäftigt. Das Unternehmen notiert an der Wiener Börse und ist Teil der Fortune-500 Gruppe AVIC. ■

<https://www.facc.com/>

PaN-Grüße zum Internationalen Frauentag

Der Internationale Frauentag ist traditionell ein Fixpunkt im Veranstaltungskalender des Dachverbands aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften – PaN, mit dem dessen Veranstaltungsreigen in den letzten Jahren jeweils begann.

Voriges Jahr entwickelte sich alles ganz anders. Nach dem gelungenen Auftakt mit dem Internationalen Frauentag 2020, den man am 9. März im Naturhistorischen Museum beging, mußten alle ein „Jahr der coronabedingten Absagen“ wehmütig zur Kenntnis nehmen.

Auch heuer wollte man am 8. März den Internationalen Frauentag gebührend feiern. Geplant war eine sehr spezielle kunsthistorische Führung im Wiener Stephansdom auf Einladung von Dompfarrer Toni Faber mit der geprüften Wiener Fremdenführerin Gabriele Röder. Leider haben sich die Erwartungen, daß sich die Pandemiesituation bessern würde und die strengen Covid-19-Schutzmaßnahmen der Bundesregierung bis dahin gelockert werden können, nicht erfüllt. Die vor allem von PaN-Vorstandsmitglied Marguerite Machek-Vos gut vorbereitete Veranstaltung soll aber, wenn sich dazu wieder die Möglichkeit bietet, im Laufe des Jahres nachgeholt werden.

So wie im Dachverband-PaN wird es auch Ihnen im letzten Coronajahr ergangen sein; man macht sich viele Gedanken, plant, organisiert – und dann kommt alles ganz anders. Wichtig ist, den Kontakt zueinander und untereinander halten, auf welche Weise auch immer, jede bilaterale Gesellschaft auf ihre eigene Art und nach Möglichkeit. Daß die Stärke, nämlich persönliche Kontakte von Angesicht zu Angesicht zu pflegen, derzeit nicht ausgespielt werden kann, verdeutlicht uns die Herausforderung dieser besonderen Zeit.

Der PaN-Vorstand ist dennoch guter Dinge und optimistisch, sodaß – wir Widrigkeiten zum Trotz – in diesem Jahr einige Veranstaltungen vorgesehen und für einen schnellen Abruf vorbereitet haben:

- Für den Frühsommer ist der erste Vortrag im Rahmen der neuen Programmschiene „PaN goes Science & Art“ als eine Onlineveranstaltung geplant
- Für den Sommer ist ein Besuch auf der niederösterreichischen Schallaburg ge-

plant, um dort die diesjährige Ausstellung „Sehnsucht Ferne – Aufbruch in Neue Welten“ im Rahmen einer Spezialführung anzusehen.

- Für den 22. August 2021 ist wieder ein von prima la musica-Wien und den Wiener Philharmonikern präsentiertes Konzert im Palais Hansen Kempinski geplant. Sie erinnern sich an das grandiose Konzert am 17. August 2020 der Camerata Prima la Musica Wien ebenda!
- Den Ausklang des Sommers wollen wir – auf Einladung der Stadt Wien – mit einem Gartenfest in den Blumengärten Hirschstetten feiern: eine Veranstaltung, die wir bereits für 2020 planten und von der wir hoffen, sie dieses Jahr umsetzen zu können.
- Die coronabedingt erst dieses Jahr stattfindende Generalversammlung des Dachverbands-PaN wird für den Herbst angepeilt, wobei dafür auf alle Fälle eine Präsenzveranstaltung, traditionellerweise im Wappensaal des Wiener Rathauses, favorisiert wird.

Man sieht, PaN blickt zuversichtlich nach vorne.

Solmaaz Adeli & Friends

Anläßlich des International Women's Day präsentierten Solmaaz Adeli & Friends 8. März ein Livestream-Konzert auf Facebook und Youtube mit Zoom Q&A.

„Die gegenwärtige Zeit eines – zumindest in Teilbereichen – coronabedingten Innehaltens wollen wir nutzen, um ‚für die Zeit danach‘ gerüstet zu sein. Die Einschränkungen der sozialen Kontakte, die für uns alle eine Herausforderung darstellen, lassen unserem Engagement, welches schwerpunktmäßig auf der persönlichen People-to-People-Ebene abläuft, eine noch größere Bedeutung zukommen. In diesem Sinne wünschen wir Ihnen alles Gute, weiterhin Gesundheit sowie Zuversicht für alles Kommende“, so PaN-Präsident Hermann Mückler, Vorstandsmitglied Marguerite Machek-Vos und PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz.

Über PaN

PaN ist die Dachorganisation der in Österreich ansässigen bilateralen derzeit 127



Foto: Scott Campbell Photography

Solmaaz Adeli stammt aus Kalifornien (USA)

Freundschaftsgesellschaften und fungiert als Netzwerk-, Service- und Informationseinrichtung für diese und agiert dabei insbesondere als Schaltstelle zwischen ihnen und dem offiziellen Österreich. PaN wendet sich an:

- die bilateralen und multilateralen Freundschafts-Gesellschaften in Österreich;
- die bilateralen und multilateralen Freundschafts-Gesellschaften im Ausland;
- die dem Dachverband-PaN entsprechenden Zentral-Institutionen im Ausland;
- alle Körperschaften öffentlichen Rechts, die sich der gegenseitigen Völkerverständigung, der Vertiefung der Völkerfreundschaft und der Mithilfe beim Aufbau einer friedlichen Gesellschaft widmen;
- die österreichische Wirtschaft, die das von PaN aufgebaute Netzwerk für unternehmerisches Lobbying nutzt;
- diplomatische und konsularische Einrichtungen im In- und im Ausland;
- NGO's;
- und an alle Personen und Institutionen, die an der Vertiefung und Pflege von Beziehungen verschiedenster Natur zu einem fremden Staat ein Interesse haben,
- die Projekte mit den Partner-Ländern durchführen wollen und
- die sich für ein positives Image der Republik Österreich im Ausland einsetzen. ■

Sehen Sie hier ein Youtube-Video vom Woman's Day von Solmaaz Adeli & Friends:
<https://www.youtube.com/channel/UCC6ky7H9XoBuge32oL7PMfQ>

1-2-3-Klimaticket

Nationalrat und Bundsrat beschließen gesetzliche Grundlagen – Österreichweite Netzkarte soll zu Umstieg auf öffentlichen Verkehr anregen

Der Verkehr spielt eine Schlüsselrolle für den Klimaschutz. Eine Verlagerung der Mobilität auf klimafreundlichere Verkehrsmittel des Öffentlichen Verkehrs (ÖV) ist dabei unabdingbar. Dazu ist ein Maßnahmen-Mix erforderlich: Neben Investitionen in die Infrastruktur und in noch bessere Fahrplanangebote zählen attraktive Tarife und ein einfacher Zugang zu den entscheidenden Hebeln, wie es im Ministerratsvortrag von Verkehrsministerin Leonore Gewessler vom 19. Juni 2020 heißt.

Vor diesem Hintergrund bekennt sich die Bundesregierung im Regierungsprogramm zur Umsetzung des 123-Klimatickets sowie zur Schaffung einer bundesweiten Buchungsplattform für ÖV-Produkte unter Einbeziehung der ÖV-Systempartner.

Umsetzung des 123-Klimatickets für Österreich

In einem ersten Schritt soll im ersten Halbjahr 2021 eine österreichweite Jahresnetzkarte um 1.095€ (Vollpreis) eingeführt werden, die dafür notwendigen Abstimmungen werden mit allen Stakeholdern, insbesondere den Bundesländern, geführt. Für Menschen unter 26 Jahren, Senioren und Seniorinnen sowie Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigung werden Begünstigungen von 25 % vorgesehen, für Familien günstige Zusatzprodukte angeboten. Die Jahresnetzkarte ermöglicht die Nutzung des gesamten österreichweiten ÖV zum Fixpreis und macht damit den Umstieg sehr attraktiv. Für die Umsetzung werden in den Jahren 2021 95 Mio. Euro und 2022 150 Mio. Euro im Bundeshaushalt vorgesehen.

Umsetzung der 123-Klimatickets in Bundesländern

In einem weiteren Schritt sollen attraktive regionale Netzkarten gemeinsam mit den jeweiligen Bundesländern folgen. Hierfür soll so schnell als möglich eine gemeinsame „Roadmap“ erstellt und mögliche Grundpfeiler zwischen Bund und Ländern abgestimmt werden. Dabei ist nicht zuletzt auf Fairness zwischen Bundesländern (unterschiedliche Finanzierungsniveaus) und Fairness zwischen unterschiedlichen Kundengruppen



Foto: BMK / Cajetan Perwein

Verkehrsministerin Leonore Gewessler: »Mit einem Klimaschutzticket durch ganz Österreich«

(unterschiedliche Preise durch Bundesländergrenzen) zu achten.

Es besteht weiters die Notwendigkeit, gemeinsam mit den ÖV-Systempartnern die Tarifnebenbestimmungen zu vereinfachen und zu harmonisieren sowie eine bundesweit einheitliche Verrechnungsbasis zu schaffen („Österreich-Tarif“). Die Umsetzung soll in dieser Legislaturperiode abgeschlossen werden.

Neutrale Vertriebsplattform „ONE mobility“

Im Regierungsprogramm ist die Schaffung einer neutralen, diskriminierungsfreien Vertriebsinfrastruktur vorgesehen. Zentraler Baustein hierfür ist die Neutralstellung des ÖBB-Ticketshop-Systems: Das Vertriebssystem soll künftig von allen Partnern des Öffentlichen Verkehrs (ÖBB, Verkehrsverbünde, Stadtverkehrsunternehmen) gemeinsam gesteuert und genutzt werden. Mit der gemeinsamen Kundenbasis können Kundenservice verbessert und Effizienzpotenziale gehoben werden. Der Bund treibt gemeinsam mit den teilnehmenden ÖV Partnern den Aufbau der bundesweiten Vertriebsplattform mit der Gründung einer entsprechenden Gesellschaft als neutrale Vertriebsorganisation für das 123-Klimaticket im Jahr 2020 voran.

Die Grundlage zur Umsetzung der dritten

Stufe des 1-2-3-Klimatickets wurde am 25. März mit breiter Mehrheit im Nationalrat beschlossen. Nur die FPÖ sprach sich gegen die Einführung des Klimatickets aus. Zum einen wurde die gesetzliche Basis für eine nationale Netzkarte für öffentliche Verkehrsmittel geschaffen. Zum anderen soll das Verkehrsministerium ermächtigt werden, die sogenannte One Mobility GmbH als nationale Vertriebsplattform des Klimatickets einzurichten. Die VertreterInnen der zustimmenden Fraktionen bezeichneten den heutigen Beschluß als wichtigen Beitrag zur klimaschonenden Mobilitätswende und als eine große Entlastung für PendlerInnen. Neben der Schaffung eines kostengünstigen Tickets gelte es nun, den Fokus auf den Infrastruktur- und Taktusbau im ländlichen Raum zu legen.

Für Verkehrsministerin Leonore Gewessler ist das 1-2-3-Ticket ein „absolutes Herzensprojekt“ und „eine Revolution im öffentlichen Verkehr. Es gebe aber noch viel zu tun, da das Projekt erst nach der Umsetzung der beiden anderen Ticketstufen abgeschlossen sei.

Durch eine Änderung des Tarifsystems im Bundesstraßen-Mautgesetz werden zudem künftig emissionsfreie Schwerfahrzeu-

Innenpolitik

ge bei der Maut begünstigt. Eine dementsprechende Regierungsvorlage wurde einstimmig angenommen.

Grundlagen für das Klimaticket als österreichweite Netzkarte auf den Weg gebracht

Das erste der beiden durch einen Initiativantrag der Regierungsparteien beschlossenen Bundesgesetze enthält unter dem Titel „Klimaticket“ die gesetzliche Grundlage zur Einführung einer nationalen Netzkarte für öffentliche Verkehrsmittel durch das Verkehrsministerium. Vorgesehen ist, daß die Kosten zur Umsetzung des Klimatickets aus den eingehobenen Fahrgelderlösen sowie durch Zuwendungen aus dem Bundesbudget finanziert werden. Im Detail sollen die gesetzlichen Voraussetzungen für Abgeltungen an die Verkehrsunternehmen und die Rahmenbedingungen für die Verkehrsverbundorganisationsgesellschaften festgelegt werden. Das Gesetz sieht vor, daß die Verkehrsministerin dazu Verordnungen erlassen und die notwendigen vertraglichen Vereinbarungen abschließen kann.

Eine flankierende Maßnahme dazu stellt ein weiteres Bundesgesetz dar, mit dem das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie ermächtigt wird, eine One Mobility GmbH als gemeinsame Vertriebsplattform mehrerer Verkehrsunternehmen und Verkehrsverbundorganisationsgesellschaften zu schaffen. Diese Gesellschaft soll einen diskriminierungsfreien Vertrieb des Klimatickets gewährleisten. Als nationale Vertriebsplattform soll sie transparente Tarife und eine Vereinheitlichung des Ticketings im öffentlichen Verkehr sicherstellen.

Ein in der Debatte eingebrachter SPÖ-Entschließungsantrag, der die Bereitstellung der notwendigen finanziellen Maßnahmen seitens des Finanzministers zur Umsetzung des österreichweiten Klimatickets für sämtliche öffentliche Verkehrsmittel einforderte, fand keine Mehrheit im Plenum des Nationalrats.

Die VertreterInnen von ÖVP, SPÖ, Grünen und NEOS zeigten sich erfreut, daß nun die Grundlagen für das österreichweite Klimaticket geschaffen wurden und bedankten sich unisono für die gute Zusammenarbeit auf parlamentarischer Ebene.

Der Beschluß sei ein „klarer Beitrag zum Klimaschutz und eine deutliche Entlastung für PendlerInnen“, unterstrich Hermann Weratschnig (Grüne). Der Grünen-Mandatar merkte jedoch an, daß es noch viel Überzeu-

gungskraft in den Bundesländern für die Umsetzung der beiden anderen regionalen Ticketstufen brauche. Für seinen Fraktionskollegen Lukas Hammer ist das 1-2-3-Österreich-Ticket eine „sozial-ökologische Revolution“, das „grundlegend unsere Art und Weise ändern wird, wie wir den öffentlichen Verkehr nutzen“. Für drei Euro pro Tag könne man nun in ganz Österreich „unterwegs sein“, dies bedeute vor allem eine große Kostenersparnis für PendlerInnen.

Seitens der ÖVP begrüßten Andreas Ottenschläger und Elisabeth Pfurtscheller ausdrücklich die Schaffung eines österreichweiten Tickets als wichtigen Schritt hin zur Mobilitätswende. Neben günstigen Tickets brauche es aber den verstärkten Ausbau der Infrastruktur im ländlichen Raum, vor allem bei der „letzten Meile“ müsse man noch zusätzliche Angebote schaffen, so Ottenschläger. Auch Pfurtscheller verwies auf den Ausbau der Taktung im ländlichen Bereich.

Alois Stöger (SPÖ) gratulierte zum Beschluß, denn die Verlagerung von der Straße auf die „Öffis“ sei „echte Klimapolitik“. Ein leistbares Ticket sei ebenso eine zentrale Forderung der SPÖ gewesen. Was es nun brauche, sei eine weitere Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs. Dies bedeute schnelle Verbindungen und leistbare Tickets. Die Grundlage dafür sei aber, daß genügend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, betonte Stöger.

Auch die NEOS unterstützten die beschlossenen Maßnahmen. Für eine klimaschonende Politik müsse man den privaten Individualverkehr hinterfragen und gleichzeitig das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln ausbauen, sagte Johannes Margreiter (NEOS). Er hoffe, daß es noch in diesem Jahr zur Umsetzung des Klimatickets kommen werde. Dazu brauche es aber noch weitere Verhandlungen mit den zuständigen PartnerInnen in den Bundesländern, Städten und Gemeinden.

Die Vertreter der FPÖ sahen dies anders. Grundsätzlich sei eine nationale Netzkarte zwar ein gutes Produkt, es habe aber an einer schlechten Durchführung gemangelt, kritisierte Gerhard Deimek (FPÖ). Es handle sich um ein „Marketingprodukt, das das Geld nicht wert ist“. Für Walter Rauch ist die One Mobility GmbH ein „grüner Versorgungsposten“. Mit der bloßen Gründung einer GmbH sei noch wenig erreicht. Die Regierung habe zudem auf den Infrastrukturausbau im ländlichen Raum vergessen, bemängelte Rauch.

„Das 1-2-3-Ticket ist ein absolutes Herzensprojekt und eine Revolution im öffent-

lichen Verkehr“, zeigte sich Verkehrsministerin Leonore Gewessler erfreut. Man habe nun wesentliche Schritte zur Umsetzung getroffen. Auch Gewessler bedankte sich bei allen eingebundenen Akteuren, die ihren Beitrag für einen leistbaren öffentlichen Verkehr geleistet hätten.

Bundesrat gibt grünes Licht

Die Grundlage zur Umsetzung des österreichweiten 1-2-3-Klimatickets wurde am 30. März mit breiter Mehrheit vom Bundesrat bestätigt. Nur die FPÖ sprach sich wie bereits im Nationalrat gegen die Einführung des Klimatickets aus. Zum einen wurde die gesetzliche Basis für eine nationale Netzkarte für öffentliche Verkehrsmittel geschaffen. Zum anderen wird damit das Verkehrsministerium ermächtigt, die sogenannte One Mobility GmbH als nationale Vertriebsplattform des Klimatickets einzurichten.

Die VertreterInnen von ÖVP, SPÖ und der Grünen zeigten sich erfreut, daß nun die Grundlagen für leistbare Mobilität geschaffen wurden. Für die FPÖ stellt sich das Klimaticket als „reine Marketingpolitik“ dar.

VOR: 1-2-3-Ticket als Gesamtpaket sehen und Menschen Wahlfreiheit geben

Im Rahmen einer im Dezember 2020 von Karmasin/IHS erstellten österreichweiten repräsentativen Studie zur Einführung des 1-2-3-Klimatickets sprechen sich im Vergleich der Systeme 66 % der Befragten in Bezug auf den Einführungszeitpunkt für eine gleichzeitige Einführung aller Stufen des Tickets aus. Nur 17 % sind der Einführungszeitraum egal. Gefragt nach der Popularität der unterschiedlichen Ticket-Stufen liegt das 1er-Ticket klar vorne: 32 % würden das 1er-Ticket bei gleichzeitiger Einführung kaufen. Das 2er- und 3er-Ticket liegen in der Gunst der Befragten mit rund 10 % der Befragten weit zurück. Angesichts dieser Zahlen appelliert der Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) einmal mehr, das 1-2-3-Klimaticket als Gesamtpaket zu sehen „und den Menschen Wahlfreiheit zu geben“. Die Studie von Karmasin/IHS wurde von VOR in Auftrag gegeben, 2.019 Menschen wurden im Rahmen der Studie österreichweit befragt. „Wenn alle Beteiligten ein gemeinsames Ziel haben, dann können wir alle Hindernisse auf dem Weg dorthin auch gemeinsam überwinden“, so VOR-Geschäftsführerin Karin Zipperer und VOR-Geschäftsführer Wolfgang Schroll. ■

<https://www.parlament.gv.at/>

<https://de.wikipedia.org/wiki/365-Euro-Ticket#1-2-3-Ticket>

Quellen: Bundeskanzleramt, Parlamentskorrespondenz, VOR

OÖ wieder stark machen

Präsentation einer aktuellen IMAS-Umfrage zur Zukunft aus der Sicht der OberösterreicherInnen

Gerade die aktuelle Corona-Krise macht deutlich, wie wichtig Zukunftsorientierung und Weitblick in dynamischen Zeiten sind. Oberösterreich hat bereits im Jahr 2011 die Oberösterreichische Zukunftsakademie ins Leben gerufen. Diese fungiert als landeseigener Think Tank, der Zukunftsentwicklungen aufzeigen und in die politisch-administrative Arbeit einspeisen soll. Dabei arbeitet sie eng mit Politik und Verwaltung und weiteren Einrichtungen in Oberösterreich zusammen, um Zukunftsthemen bekannt zu machen und konkrete Lösungen für Oberösterreich aufzubereiten.

In den zehn Jahren ihres Bestehens hat sich die Zukunftsakademie als Wissensdrehscheibe und Plattform für Zukunftsdiskurse etabliert. Beispiele dafür sind zahlreiche Studien und Expertisen, Veranstaltungen wie unter anderem das traditionelle Zukunftssymposium mit internationalen ExpertInnen sowie Workshops mit oberösterreichischen Fachleuten. In vielen Landesprogrammen und -strategien ist durch die Mitwirkung der ZAK der Zukunftsfokus besonders hervorgehoben. Auch in aktuellen Projekten wie dem Oberösterreich-Plan ist Know-how der Zukunftsakademie eingeflossen. Mit dem „Oberösterreich-Plan“, der insgesamt 1,2 Milliarden Euro umfaßt, soll Oberösterreich wieder stark gemacht werden.

„Unser Anspruch ist es, gerade auch in Krisenzeiten die Zukunft aktiv zu gestalten und damit Oberösterreich wieder stark zu machen. Auf diesem Weg gibt die OÖ. Zukunftsakademie als Wissensdrehscheibe wertvolle Impulse. Sie trägt dazu bei künftige Entwicklungen zuerkennen und richtig einschätzen zu können“, betonte Landeshauptmann Thomas Stelzer am 25. März in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Johann Lefenda, Leiter der OÖ Zukunftsakademie, und Paul Eiselsberg, Senior Research Director IMAS International.

„In Oberösterreich lassen wir uns von Corona nicht ausbremsen und auch nicht von unserem Zukunftskurs abbringen“, so der Landeshauptmann.

Anlässlich des 10-Jahr-Jubiläums der OÖ. Zukunftsakademie wurden die OberösterreicherInnen über 16 Jahre vom IMAS-Institut über Ihre Sicht der Zukunft befragt:



Foto: Land OÖ / Max Mayrhofer

v.l.: Paul Eiselsberg, Senior Research Director IMAS International, Landeshauptmann Thomas Stelzer und Johann Lefenda, Leiter der Oö. Zukunftsakademie bei der Präsentation

Die zentralen Ableitungen sind:

- Die Bindung zu Oberösterreich ist hoch
- Mehrheit überzeugt: Oberösterreich hat eine hohe Zukunftskompetenz
- Ein Drittel glaubt an bessere Entwicklungsmöglichkeiten junger Menschen in OÖ in den kommenden 7 bis 9 Jahren im Bundesländervergleich
- Je weiter die OberösterreicherInnen in die Zukunft blicken, desto zuversichtlicher wird ihre Einschätzung
- Knapp die Hälfte der OberösterreicherInnen verbindet mit der Zukunft positive Aspekte
- Spontan fallen den OberösterreicherInnen zum Begriff „Zukunft“ vor allem die Gesundheit und die Umwelt ein.
- Ein Drittel der OberösterreicherInnen ist überzeugt: Die Corona-Krise wird unseren Alltag sehr stark verändern
- Gesundheitssystem, wirtschaftliche Stärke und Unternehmergeist wirken als hoffnungsgebende Aspekte
- Mehrheit der OberösterreicherInnen geht von wirtschaftlicher Erholung von der Corona-Krise 2023 oder später aus

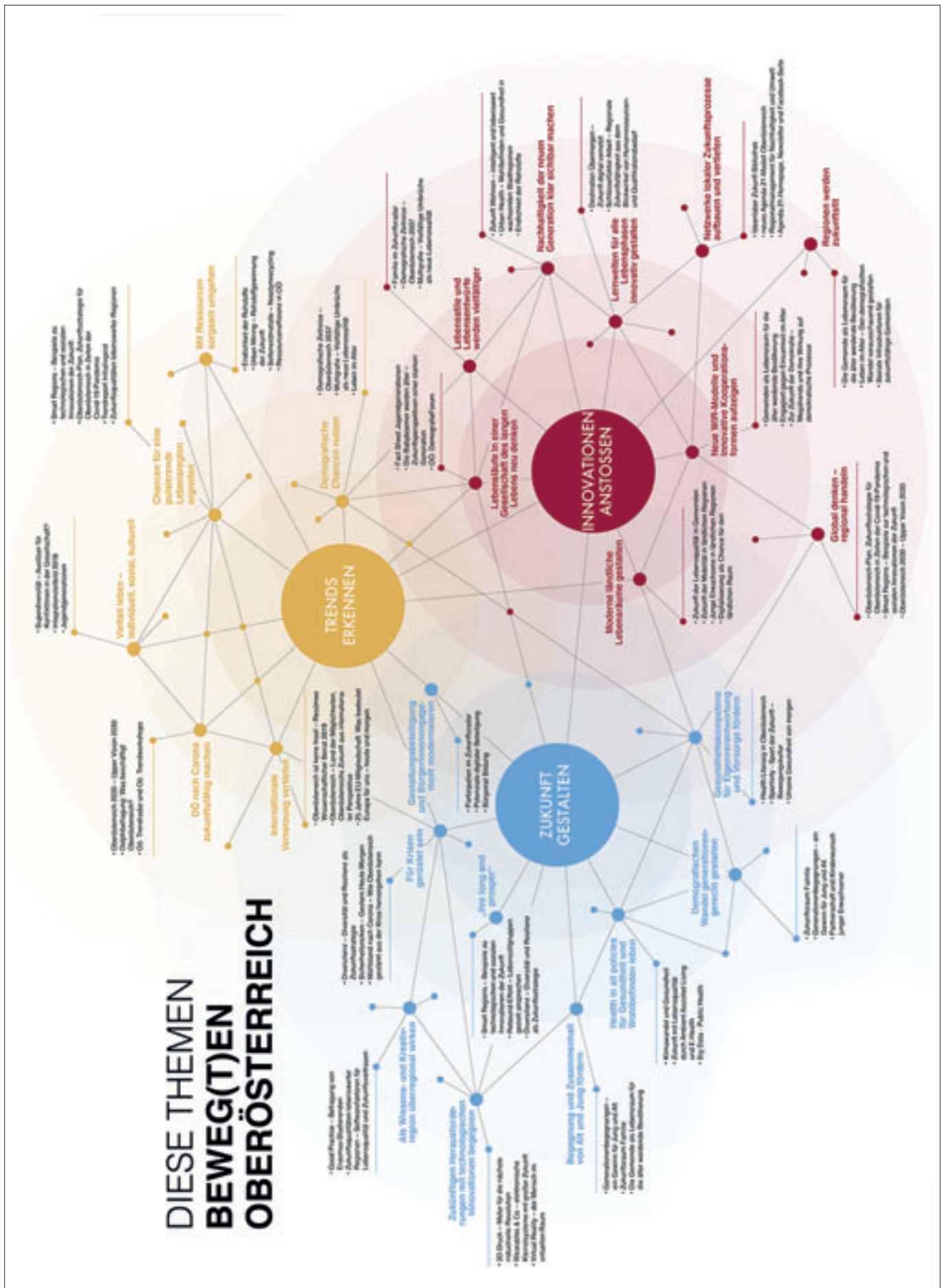
10 Jahre Zukunftsarbeit für Oberösterreich

Die Zukunftsakademie arbeitet in einem interdisziplinären Team mit Fachleuten aus unterschiedlichen Bereichen. „Wir gestalten unsere Arbeit grundsätzlich themenoffen. Be-

sondere Schwerpunkte sind ‚Ganzheitliche Kompetenzen‘, ‚Zukunftsfähige Gesellschaft‘, ‚Innovative Regionen‘, ‚Visionäre Technologien‘ und ‚Dynamischer Staat‘“, erklärte Johann Lefenda, Leiter der Oö. Zukunftsakademie. Diese Zukunftsfelder werden jeweils von ThemenmanagerInnen betreut. Wertvolle Impulse erhält die Zukunftsakademie von einem wissenschaftlichen Beirat mit Fachleuten aus dem In- und Ausland.

Die Arbeitsweise gleicht einem Trichtermodell: Zukunftsthemen werden identifiziert und bekannt gemacht. Wenn ein Thema sich als besonders relevant für Oberösterreich herausstellt, versuchen wir es mit den jeweils betroffenen Partnerinstitutionen innerhalb und außerhalb der Landesverwaltung konkret greifbar zu machen und in den Fachstrategien und -programmen zu verankern. Eine dritte Ebene der Zukunftsarbeit in Oberösterreich besteht in konkreten Angeboten und Programmen wie dem lokalen Zukunftsprogramm Agenda 21, dessen Leitstelle in der Zukunftsakademie angesiedelt ist und so Zukunftsarbeit auf Landes- und Gemeindeebene miteinander verknüpft. Kurz gesagt arbeitet die Zukunftsakademie nach dem Motto: „Trends erkennen – Zukunft gestalten – Innovationen anstoßen“.

Wichtige Themenlinien aus über 200 Projekten der Oö. Zukunftsakademie sind in der detaillierten Grafik auf der folgenden Seite visualisiert:

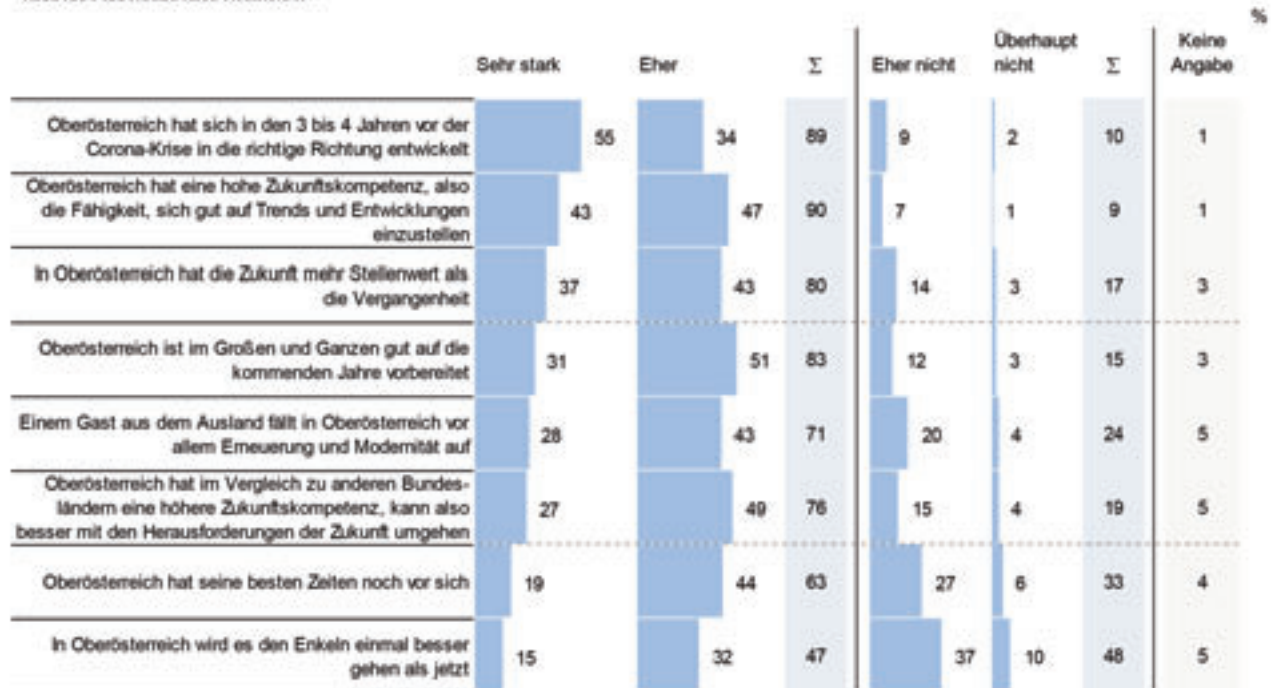


Aussagen über die Zukunft Oberösterreichs



Basis: Oberösterreichische Bevölkerung ab 16 Jahren

"Ich lese Ihnen nun unterschiedliche Aussagen rund um die Zukunft Oberösterreichs vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie dieser sehr stark, eher, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen."



n=601, Oberösterreichische Bevölkerung ab 16 Jahren, Februar / März 2021, Archiv-Nr. 221013

Anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Oö. Zukunftsakademie wird anstelle des jährlichen Zukunftssymposiums ein erweiterter Aktionszeitraum unter dem Motto „Oberösterreich denkt Zukunft“ bespielt. Unter Berücksichtigung der aktuellen Covid-19 Situation wird der zeitliche Rahmen flexibel gestaltet und die möglichen Formate entsprechend den geltenden Verordnungen adaptiert. Die Informationen dazu werden laufend auf ooe-zukunftsakademie.at bekannt gegeben. Das geplante Programm steht und umfasst folgende Veranstaltungen:

1. Oberösterreich denkt Zukunft in den Augen der oö. Bevölkerung: In einer empirischen Untersuchung unter 600 OberösterreicherInnen durch das Institut IMAS International haben wir erhoben, wie die Bevölkerung die Zukunft sieht.
2. Oberösterreich denkt Zukunft im internationalen Dialog: Ein Zukunftstalk mit Jörg Dräger (Vorstand der Bertelsmann-Stiftung), Verena Ringler (European

Commons), Reingard Peyrl (Themenmanagerin Visionäre Technologien) wird verschiedene Aspekte der Zukunftsarbeit beleuchten und der Frage nachgehen, wie Corona die Megatrends unserer Zeit beeinflusst. Das Video zum Gespräch wird ab 19.4. auf der Homepage der Zukunftsakademie verfügbar sein.

3. Oberösterreich denkt Zukunft mit Beteiligung: Ein wesentlicher Aspekt unserer Arbeit ist, daß Zukunft vor Ort gestaltet werden kann und muß. Die Lokale Agenda 21 bietet gute Landesplätze für Zukunftsthemen und konkrete Umsetzungsprojekte. Im Rahmen der Netzwerkveranstaltung findet eine Auszeichnung von 23 aktiven Zukunftsgemeinden im Programm „Lokale Agenda 21“ am 23. April 2021 durch Herrn Landeshauptmann und Landesrat Stefan Kaineder statt.
5. Oberösterreich denkt Zukunft mit dem wissenschaftlichen Beirat: Beim Ab-

schlußtreffen des wissenschaftlichen Beirats für die aktuelle Periode am 30. April in hybrider Form (Präsenz und Digital) werden wir einen Rückblick machen auf die letzten Treffen und die wichtigsten Empfehlungen für Oberösterreichs an die Politik übergeben.

6. Oberösterreich denkt Zukunft mit der Jugend: Ein besonderes Highlight bildet den Abschluß des Aktionszeitraums: Die Preisverleihung des aktuellen #IMAGINE OÖ-Kreativwettbewerbs für junge Menschen am 7. Mai 2021. In Kooperation mit dem Landesjugendreferat hat man OberösterreicherInnen der Altersgruppe 14-26 Jahre gebeten, ihre Vorstellungen über eine lebenswerte Zukunft in OÖ kreativ darzustellen. Als Preis winken je 500 Euro für die besten fünf Beiträge je 200 Euro für weitere fünf Projekte.

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/>
<https://www.ooe-zukunftsakademie.at/>
<http://www.imas.at/>

Gleichstellungsindex

SORA erhob für den Städtebund den Frauenanteil aller BürgermeisterInnen und GemeinderätInnen Österreichs

In einer Erhebung von Daten von insgesamt allen 2095 Städten und Gemeinden Österreichs sowie den 23 Wiener Gemeindebezirken hat das Institut SORA – Institute for Social Research für den Österreichischen Städtebund den Anteil der Frauen an der Spitze der Kommunalverwaltungen (Bürgermeisterin, Stellvertreterin), sowie den Anteil der Gemeinderätinnen ermittelt. Die Zahlen wurden im Rahmen einer großen laufenden Datenerhebung, dem sogenannten „Gleichstellungsindex“ erhoben und bewertet. Erstmals wurde auch flächendeckend der Anteil von Frauen in den Gemeinderäten erhoben und auf Bundesländer-Ebene miteinander verglichen.

Spannende Ergebnisse

Die Ergebnisse sind durchaus spannend: An der Spitze der Stadt- und Gemeindepolitik stehen noch immer fast nur Männer: Es gibt österreichweit 91 Prozent Bürgermeister und nur 9 Prozent Bürgermeisterinnen.

Die Stellvertretung ist immerhin zu 19 Prozent eine Vizebürgermeisterin und zu 81 Prozent ein Vizebürgermeister, zu 72 Prozent ist die Doppelspitze männlich.

Heruntergebrochen auf die Bundesländer zeigt sich, daß die männliche Doppelspitze am häufigsten in Tirol ist (85 Prozent) und am seltensten in Wien, wobei in Wien die Bezirksvertretungen herangezogen wurden, um eine Vergleichbarkeit herzustellen.

In Gemeinderäten sind drei Viertel der Mandate männlich besetzt

Die Zusammensetzung der einzelnen Gemeinde- und Bezirksvertretungen (Wien) zeigt ein ähnliches Bild: hier liegt insgesamt der Frauenanteil bei durchschnittlich 24 Prozent gegenüber 76 Prozent Männern im Gemeinderat. In insgesamt 40 österreichischen Gemeinden ist keine einzige Frau vertreten.

Interessant ist der Vergleich nach Größensklassen, denn je größer die Gemeinde, desto höher ist auch der Frauenanteil: Während in Wien der Anteil der Frauen in den Bezirksvertretungen bei 48 Prozent liegt, liegt der Frauenanteil in Gemeinden mit über 200.000 EinwohnerInnen bei 45 Prozent und bei Gemeinden zwischen 500 und 1000 EinwohnerInnen bei nur 20 Prozent.

Knapp drei Viertel der Spitzen in Städten und Gemeinden sind männlich besetzt...



Wien, Niederösterreich und Steiermark bei Gemeinderätinnen vorne

Zieht man den jeweiligen Gemeinde-Mittelwert pro Bundesland heran, so liegt Wien mit 48 Prozent Frauenanteil in den Bezirksvertretungen an der Spitze, gefolgt von Niederösterreich und Steiermark, wo jeweils durchschnittlich 26 Prozent der Gemeinderatsmandate weiblich sind (26 Prozent), darauf folgen das Burgenland und Salzburg (24 Prozent), Oberösterreich (23 Prozent), Vorarlberg (22 Prozent) Kärnten (21 Prozent) und zuletzt Tirol mit 20 Prozent.

„Die Zahlen zeigen, daß es auf kommunaler Ebene noch großen Aufholbedarf gibt“, sagt Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes.

„Gerade in der Kommunalpolitik werden Entscheidungen getroffen, die das unmittelbare Lebensumfeld betreffen – Öffentlicher Verkehr, Straßen, Wohnbau, Kindergärten und Schulen – insgesamt den Lebensraum Stadt und Gemeinde. „Es muß selbstverständlich sein, daß die Hälfte der Wohnbevölkerung auch in politischen Entscheidungsgremien vertreten sind“, fordert Weninger. „Ein Mehr an Frauen in der Politik ist aber nicht nur eine logische Teilhabe an Macht, sondern auch eine Steigerung der Qualität im Management

einer Stadt oder Gemeindeverwaltung“, so Weninger.

„Es ist wichtig, Frauen Mut zu machen, in die Politik zu gehen – und die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Wien ist da Vorreiterin. Knapp die Hälfte in den Bezirksvertretungen ist mit Frauen besetzt. Es freut mich besonders, daß Wien hier eine Vorbildfunktion für andere Gemeinden einnimmt. Mir ist wichtig, Frauen zu stärken und sie zu ermutigen, diesen Schritt zu machen. Wir brauchen mehr Frauen in der Politik!“, so Kathrin Gaál, Vorsitzende des Frauenausschusses des Österreichischen Städtebundes und Wiens Vizebürgermeisterin und Frauenstadträtin.

Sora

Die Zahlen zur Repräsentation von Frauen in der Kommunalpolitik wurden vom Institut SORA – Institute for Social Research erhoben. Datengrundlage sind die Landesstatistischen Ämter und eigene Erhebungen. Die Ergebnisse sind Teil des ersten österreichischen Gleichstellungsindex, den SORA derzeit im Auftrag des Österreichischen Städtebundes erarbeitet.

<https://www.staedtebund.gv.at/>

<https://www.sora.at/>

Das Burgenland blüht auf

Das 100-Jahr-Jubiläum steht im Zeichen der Tulpe



Foto: Bgld. Landesmedien service

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf: Anlässlich 100 Jahre Burgenland erblüht in allen Bezirken des Landes – so auch vor dem Landhaus in Eisenstadt – ein Tulpenmeer in den burgenländischen Landesfarben Rot-Gelb.

Anlässlich 100 Jahre Burgenland erblüht in allen Bezirken des Landes sowie vor dem Landhaus in Eisenstadt und dem Wiener Rathaus ein Tulpenmeer in den burgenländischen Landesfarben Rot-Gelb. Die Blumenbeete symbolisieren die Fahne des Burgenlandes, mit der Zahl 100 in der Mitte, und rücken so das Jubiläum auch optisch in den Blickpunkt. „Das Land Burgenland feiert seine 100jährige Zugehörigkeit zur Republik Österreich in einem sehr fordernden Jahr. Die Pandemie hat uns immer noch fest im Griff, viele Veranstaltungen zu unserem Jubiläum mußten daher verschoben werden oder finden online statt. Daß die Tulpenbeete in Form der burgenländische Fahne nun erblühen – ungeachtet der schwierigen Zeit – hat für mich starke Symbolkraft. Der blühende Geburtstagsgruß gibt nicht nur Anlaß, uns an unsere Geschichte zu erinnern, sondern läßt mich auch hoffnungsvoll in die Zukunft blicken“, so Landeshauptmann Hans Peter Doskozil.

Zum 100-Jahr-Jubiläum kann das Burgenland auf eine imposante Entwicklung zu einer modernen und dynamischen Region zurückblicken. Der rot-gelbe Tulpengruß versinnbildlicht die heutige Blüte des Landes. „Mit diesen wunderschönen Tulpenbeeten schicken wir einen blühenden Geburtstags-

gruß in alle Bezirke unseres Landes. Wir bringen das Jubiläum damit direkt zu den Menschen und wollen so die erfolgreiche Geschichte unseres Heimatlandes ins Bewußtsein aller Burgenländerinnen und Burgenländer rücken“, sagte dazu Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf.

Noch im Herbst 2020 wurden in Hinblick auf den 100. Geburtstag in allen burgenländischen Bezirkshauptstädten sowie in der Landes- und Bundeshauptstadt Tulpenzwiebeln eingesetzt. Nun erstrahlen sie in ihrer vollsten Blütenpracht. Angelehnt an das Aufblühen der Natur soll dieses Blumenarrangement an das Wachstum sowie die Vielfalt des Burgenlandes erinnern.

Carolus Clusius (1526 – 1609) – so kam die Tulpe ins Burgenland

Mit der Tulpe wird aber auch auf eine viel ältere Errungenschaft verwiesen. 1584 veröffentlichte der berühmte flämische Botaniker Carolus Clusius in Güssing als Gast am Hof der Batthyány die erste wissenschaftliche Pflanzenkunde des pannonischen Raums. Carolus Clusius war ein Universalgelehrter, der im 16. Jahrhundert weitläufige Forschungsreisen in ganz Europa unternahm und schließlich im Burgenland seinen wissenschaftlichen Wirkungskreis fand. Er war

Hofbotaniker am Wiener Hof und folgte darauf der Einladung der Batthyány, der Burgherren von Güssing und Schlaining, ins Burgenland. Sein bedeutendstes Werk befaßt sich mit der Flora des pannonischen Raums und speziell mit den Pflanzen des heutigen Südburgenlandes. Auch soll er die ersten Tulpen ins Land gebracht haben. Aus der damals sehr teuren und seltenen Zierpflanze ist heute eine beliebte Gartenblume geworden.

„Wir verdanken dem Botaniker Carolus Clusius nicht nur die Verbreitung der Tulpe in unserem Land, sondern auch vieler exotischer Nutzpflanzen. Diese hochinteressante Geschichte aus dem Fundus der burgenländischen Historie wollen wir gerne mit allen Burgenländerinnen und Burgenländern teilen“, so Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf unisono. Im Innenhof der Friedensburg Schlaining erinnert heute die sogenannte „Clusius Ecke“ an dessen Wirken im Burgenland. Clusius' Werk wird auch in der Jubiläumsausstellung „Wir sind 100. Burgenland schreibt Geschichte“, die im August auf der Friedensburg eröffnet wird, Platz finden. Weitere Infos unter https://www.wirsind100.at/#wir_sind_100

Gesagt. Getan. Burgenland.

Burgenländische Landesregierung präsentiert Rechenschaftsbericht



Foto: LandesmedienService Burgenland

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil (Mitte) mit den weiteren Mitgliedern der Burgenländischen Landesregierung (v.l.): Landesrat Heinrich Dörner, Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf, Landesrätin Daniela Winkler und Landesrat Leonhard Schneemann

Bereits bei seiner Regierungserklärung vor einem Jahr hat Landeshauptmann Hans Peter Doskozil die Veröffentlichung eines jährlichen Transparenzberichtes angekündigt. Am 23. März war es erstmals soweit: Der Landeshauptmann hat gemeinsam mit seinem Regierungsteam den 28seitigen Rechenschaftsbericht präsentiert. „Gesagt. Getan. Burgenland“, so der Titel des Berichts, der einerseits umgesetzte Leitprojekte aus dem Regierungsprogramm aufzeigt, und andererseits zusätzliche Covid-19-Pakete, die aufgrund der Pandemie notwendig wurden, beinhaltet. Der Rechenschaftsbericht legt offen, daß im ersten Regierungsjahr fast 200 Maßnahmen für das Land und die BurgenländerInnen erfolgreich in Angriff genommen werden konnten. „Wir wollen nicht an Ankündigungen, sondern an unseren tatsächlichen Ergebnissen und Fortschritten gemessen werden. Es ist uns wichtig, mit dem Rechenschaftsbericht ein neues Verständnis von Transparenz in unserer politischen Arbeit zu demonstrieren“, so Doskozil.

Mit dem „Zukunftsplan Burgenland“ hat die Burgenländische Landesregierung zu Regierungsbeginn vor einem Jahr den grundlegenden politischen Fahrplan für die folgenden Jahre vorgelegt. Eine Besonderheit des

128seitigen Arbeitsprogrammes besteht darin, daß alle Maßnahmen mit ganz konkreten Zeitplänen versehen sind. „Wir halten unsere Versprechen und arbeiten die Punkte unseres Zukunftsplanes konsequent ab, das zeigt der Rechenschaftsbericht eindrucksvoll“, betont Doskozil. „So wie auch die regelmäßigen Covid-Transparenzberichte gegenüber dem Landtag und der Öffentlichkeit ist auch der jährliche Rechenschaftsbericht ein Zeugnis unseres neuen Verständnisses hinsichtlich Transparenz. Gleichzeitig kommt es zu einer Stärkung der Kontroll- und Oppositionsrechte, zu der wir uns verpflichtet haben“, führt Doskozil weiter aus. Der vorliegende Rechenschaftsbericht geht an alle burgenländischen Haushalte und macht die Umsetzung der im Regierungsplan festgelegten Maßnahmen deutlich, aber auch solche, die durch die Covid-19-Krise notwendig wurden, um wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Folgen der Pandemie abzufedern.

Bedeutende Leitprojekte des Landes aus dem Zukunftsplan wurden realisiert

- Der Mindestlohn von 1.700 € netto im Landesdienst und der Landesholding wurde umgesetzt und in den Gemeinden gesetzlich ermöglicht.

- Der Handwerkerbonus wurde als effektives Werkzeug eingerichtet. Mehr als 5.700 Anträge sind im Vorjahr eingelangt. Der Fördertopf wurde auf 11 Mio. € erhöht, was ein Auftragsvolumen von 55 Mio. € ausgelöst hat.
- Baustart Krankenhaus Oberwart / Start Vorbereitung Krankenhaus Gols
- Der „Zukunftsplan Pflege“ wird planmäßig umgesetzt
- Die Anstellung von bisher rund 250 pflegenden bzw. betreuenden Angehörigen ist gelungen
- Die Gemeinnützigkeit der Pflege wurde gesetzlich verankert
- Es gibt eine neue Wohnbauförderung, Bauland wird günstiger, es gibt höhere Fördersätze für Ortskern-Bebauung, und Abwanderungsgemeinden werden gestärkt
- Photovoltaik-Offensive: Konzentration in Eignungszonen
- Startschuß für die „Biowende“ ist gelungen

Umgesetzte Covid-19-Maßnahmen

- Unterstützung heimischer Betriebe über den Härtefälle-Fonds, die Soforthilfe in Form von Kreditgewährungen, Haftungsübernahmen für Überbrückungsfinanzie-

»Burgenland Journal«

- rungen und den Sanierungsfonds „Vorwärts Burgenland“
- Mit Beteiligungen des Landes an regionalen Unternehmen, die in massiven wirtschaftlichen Schwierigkeiten waren, konnten mehr als 300 Arbeitsplätze gesichert werden – z.B. Sanochemia, ehemalige Firma Zimmermann, ehemalige Firma Stangl sowie Kurhaus Marienkron. Die Landesanteile am AVITA-Resort in Bad Tatzmannsdorf wurden zur Standort-sicherung erhöht.
 - Das Burgenland Bonusticket wurde erfolgreich implementiert – mit einem Minus von 27,2 % bei den Nächtigungszahlen steigt das Land im Vergleich zu anderen Bundesländern relativ gut aus. Rund eine Mio. € wurde investiert, wodurch eine Wertschöpfung von sechs Mio. € ausgelöst wurde.
 - Kostenlose Storno-Versicherung im Fall einer Covid-19-Infektion oder einer behördlich angeordneten Quarantäne wurde ins Leben gerufen.
 - Gefahren- und Erschwerungszulagen in den Krankenhäusern wurden beschlossen, fünf zusätzliche Rettungsteams sind im Land unterwegs.

- Das Land positioniert sich auch als starker Partner für Gemeinden – ein umfassendes Hilfspaket wurde geschnürt, mit dem die Zahlungsfähigkeit bzw. Liquidität der Gemeinden sichergestellt wird. Außerdem wurden Bedarfszuweisungsmittel in der Höhe von etwa 38 Mio. € gewährt.
- Unterstützung für die burgenländische Kunst- und Kulturszene: 40 Arbeitsstipendien (je 2.500 €) wurden im Vorjahr vergeben; Kulturförderungsgutscheine (in der Höhe von insgesamt 800.000 €) wurden bereit gestellt, wobei fast die Hälfte der Gutscheine bereits verkauft wurde; ausserdem gibt es 20 Arbeitsstipendien für „Junge Kunst“ (je 2.500 €), um den Einstieg in das professionelle Kunstschaffen zu erleichtern.

Maßnahmen verlängert: Burgenland Bonusticket, Stornoversicherung, Handwerkerbonus, Kulturgutscheine

Der Rechenschaftsbericht legt eindrucksvoll offen, welch vielfältige Projekte vom Land umgesetzt wurden. Doskozil betont dazu: „Wir werden auch in Zukunft unserer Verantwortung nachkommen und alles dar-

ansetzen, daß die BurgenländerInnen gut und sicher in unserem Land leben können. Wir nehmen auch weiterhin Geld in die Hand, um die Krise zu bewältigen. Wirtschaft, Kultur, Tourismus und die Betriebe brauchen eine Perspektive, daher werden wir erfolgreiche konjunkturstärkende Maßnahmen verlängern, die gerade in der Pandemie so wichtig sind.“ Das Burgenland Bonusticket, ein enormer Turbo für den Tourismus, wird bis Ende Juni verlängert, die kostenlose Stornoversicherung bis Ende Oktober. Der Handwerkerbonus, der bereits 2020 auf 11 Mio. € aufgestockt wurde, wird 2021 neuerlich mit 10,7 Mio. € dotiert. „Alle Anträge sollen positiv bearbeitet werden können, das heißt es könnte – wenn nötig – auch noch zu einer weiteren Aufstockung des Handwerkerbonus kommen“, kündigt Hans Peter Doskozil an. Auch die Aktion Kulturgutscheine wird verlängert und läuft nun bis Ende 2021. „Wir werden weiterhin Steuergelder gezielt einsetzen, um private Gelder zu aktivieren. So können wir nachhaltige Effekte für die Wirtschaft erzielen“, sagt Doskozil abschließend.

Der Rechenschaftsbericht der burgenländischen Landesregierung ist online abrufbar: <https://www.burgenland.at/rechenschaftsbericht/>

Vorreiter für soziale Gerechtigkeit in ganz Österreich

Soziallandesrat Schneemann: „Soziale Gerechtigkeit ist unsere politische Triebfeder. Mit dem Anstellungsmodell für die pflegenden Angehörigen und dem Mindestlohn beweisen wir einmal mehr, daß soziale Gerechtigkeit im Burgenland ganz oben steht“

Wir wollen allen Burgenländerinnen und Burgenländern ein gutes und sicheres Leben gewährleisten“, so Soziallandesrat Leonhard Schneemann anlässlich des Internationalen Tages der sozialen Gerechtigkeit, gestern 20.02.2021. Im Arbeitsprogramm der burgenländischen Landesregierung ist die soziale Gerechtigkeit zentral verankert. Meilensteine in der burgenländischen Sozialpolitik sind die Umsetzung des Zukunftsplan Pflege inklusive der Anstellung pflegender Angehöriger beim Land sowie der Mindestlohn von 1.700 Euro netto. „Wir sind damit Vorreiter in ganz Österreich und setzen alles daran, diese Grundpfeiler sozialer Gerechtigkeit weiter ausbauen“, so Schneemann.

Die große Gruppe pflegender und betreuender Angehöriger war lange Zeit ohne jede finanzielle oder sozialrechtliche Absicherung. Das Anstellungsmodell bei der Pflege Service Burgenland GmbH gibt Sicherheit und eine berufliche Zukunftsperspektive.



Soziallandesrat Leonhard Schneemann

Den Bedürfnissen und Wünschen der Pflegebedürftigen – so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden von Vertrauten betreut zu werden – wird mit diesem Modell ent-

sprochen. Auch Eltern behinderter Kinder können von dem Anstellungsmodell profitieren. „Pflegende Angehörige leisten Großartiges, und dafür müssen sie finanziell und sozialrechtlich abgesichert sein – zum Mindestlohn von 1.700 Euro netto. Denn faire Arbeit verdient eine faire Entlohnung“, so der Landesrat. Seit Beginn der Anstellung haben bereits 242 Burgenländerinnen und Burgenländer das Modell genutzt. Aktuell sind es 174 Beschäftigte. „Gerade durch diese Maßnahmen bekämpfen wir Armut und Ungleichbehandlung ganz konkret und stärken die Mittelschicht im Burgenland“, so Schneemann, der weiter betont: „Die Bundesregierung lässt mit Maßnahmen für soziale Gerechtigkeit auf sich warten. Gerade angesichts der COVID-19-Krise, die tief in alle Lebensbereiche eingreift, wäre auch die Bundesregierung gefordert, die soziale Gerechtigkeit deutlich zu verbessern und Maßnahmenpakete dafür zu schnüren“, so Schneemann abschließend. ■

Land und Bund gemeinsam am Weg zur Energiewende

Windkraft- und Photovoltaikabgabe schafft saubere rechtliche Grundlage – Maximalbetrag wird gesetzlich verankert

Das Land Burgenland und das Klimaschutzministerium haben sich in der Frage des Burgenländischen Raumplanungsgesetzes auf ein gemeinsames Vorgehen verständigt. „Bisher hat es für die Zahlungen von Windkraft- und Photovoltaikbetreibern an die Gemeinden keine klare rechtliche Regelung gegeben. Nun wird mit der gesetzlichen Festschreibung einer Windkraft- und Photovoltaikabgabe mit einem Maximalbetrag endlich eine saubere Rechtsgrundlage geschaffen und Planungssicherheit für die Betreiber der Anlagen und für die Gemeinden hergestellt“, betonte Infrastrukturlandesrat Heinrich Dörner am 18. Feber, der sich bei Klimaschutzministerin Leonore Gewessler ausdrücklich für die konstruktiven Gespräche bedankte.

Die Klimaschutzministerin betonte die notwendige Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden bei der Energiewende: „Wir haben ein großes gemeinsames Ziel: 2030 wollen wir 100 Prozent unseres Stroms aus Erneuerbaren Energien produzieren. Ich freue mich sehr, daß wir nun gemeinsam für das Burgenland eine gute Lösung erarbeitet haben, das diesen Weg unterstützt. Dafür und für die konstruktiven Gespräche darf ich mich auch bei den Vertreterinnen und Vertretern des Landes Burgenlands bedanken.“

Übereinstimmung herrsche auch darüber, daß die Maßnahmen des Landes Burgenland keinen Widerspruch zum Regierungsprogramm des Bundes und den Zielen für Erneuerbare Energien darstellen, betonte Dörner. Denn, so der Landesrat, nun herrsche sowohl Klarheit für die Betreiber über die zu leistenden Beträge, als auch Klarheit für die Gemeinden, daß eine faire Abgeltung geleistet wird. „Das Burgenland ist bereits seit Jahren europaweiter Vorreiter bei der Windkraft, das wollen wir auch im Bereich der Photovoltaik werden. Wir werden daher in den nächsten Jahren im Zuge einer Photovoltaik-Offensive ein Bündel an Maßnahmen gemeinsam mit der Energie Burgenland umsetzen – und sind somit beim Ausbau der Erneuerbaren Energien weiterhin auf der Überholspur!“



Foto: Landesmedienservice Burgenland

Landesrat Heinrich Dörner begrüßt, daß mit der gesetzlichen Festschreibung einer Windkraft- und Photovoltaikabgabe mit einem Maximalbetrag endlich eine saubere Rechtsgrundlage geschaffen und Planungssicherheit für die Betreiber der Anlagen und für die Gemeinden hergestellt wird

Ein weiterer Vorteil der Abgabe ist die Einheitlichkeit: Derzeit werden in ein und derselben Region unterschiedlichste Zahlungen an Gemeinden geleistet. „Durch die Abgabe werden die Zahlungen im Burgenland vereinheitlicht und die Entwicklung eines österreichweit differenzierten Fördermodells wird vereinfacht“, machte Dörner deutlich. Positive Auswirkungen habe die Abgabe auch auf Wirtschaftlichkeit und Investitionsbereitschaft im Bereich Windkraft und Photovoltaik (PV). Bei der Windkraft herrsche nun Klarheit über die Kostenstruktur. Und bei der PV- wie auch der Windkraft-Abgabe handle es sich eben nicht um eine regionale Zusatzabgabe – sondern für bisher in zivilrechtlichen Vereinbarungen mit den Gemeinden vorgesehene Beträge gibt es in Zukunft eine transparente und saubere Rechtsgrundlage

Diese Klarheit ermöglicht eine transparente Kalkulationsgrundlage und führt zu einer Reduktion von Risikoaufschlägen und damit zu einer Einsparung von Fördermitteln. Damit werden die Gesetzgebung und

die energiepolitischen Interessen des Bundes unterstützt. Und: Die Abgabe gilt nur für Anlagen, die nach Inkrafttreten des Gesetzes genehmigt werden. Auf Grund des Vertrauensschutzes soll in bestehende Verträge nicht eingegriffen werden, außerdem sind die bestehenden Zahlungen nach anderen Maßgaben berechnet worden.

„Der Landschaftsschutz steht beim Burgenländischen Raumplanungsgesetz an oberster Stelle und wird auch gewährleistet. Forciert wird daher die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf Dächern. Einem Wildwuchs an Photovoltaikanlagen wie in Deutschland wird durch Eignungszonen, die vom Land vorgegeben werden, Einhalt geboten“, so Dörner. Das Gesetz sieht zudem vor, daß die Betreiber innovative Nutzungskonzepte berücksichtigen müssen: Bürgerenergiegemeinschaften, Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften, landwirtschaftliche Doppelnutzungen, Kombination mit Energiespeichersystemen usw. „Auch damit ist das Burgenland Vorreiter beim Klima- und Umweltschutz“, betonte der Landesrat. ■

Breitbandstrategie Burgenland

LR Schneemann: »Erklärtes Ziel des Landes ist es, bis zum Jahr 2030 jeden Haushalt im Burgenland mit High-Speed-Breitband zu versorgen«



Foto: Landesmedienservice Burgenland

v.l.: Stephan Sharma, Vorstandsvorsitzender der Energie Burgenland, mit Landesrat Leonhard Schneemann und Peter Sinowatz, Geschäftsführer der Energie Burgenland Breitband GmbH (EBBG), bei der Präsentation der „Breitbandstrategie Burgenland 2030“

Der Breitbandausbau mit leistungstarker Technologie soll im Burgenland weiter zügig vorangetrieben werden. Mit dem Ausbau der digitalen Infrastruktur sollen Betriebsansiedlungen forciert, die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes weiter aufgewertet und die hohe Lebensqualität der BurgenländerInnen in Zeiten von vermehrtem Home-Office nachhaltig gestärkt werden. Mit der Gründung der Energie Burgenland Breitband GmbH (EBBG) und der Erstellung der „Breitbandstrategie Burgenland 2030“ wurde die Grundlage geschaffen, um eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung und somit aller Haushalte des Landes mit schnellem Breitbandinternet sicherzustellen. Die neue Breitbandstrategie für das Burgenland wurde von Landesrat Leonhard Schneemann, Stephan Sharma, Vorstandsvorsitzender der Energie Burgenland, und Peter Sinowatz, Geschäftsführer der Energie Burgenland Breitband GmbH, am 22. Feber vorgestellt.

Einer aktuellen Studie zufolge – diese wurde anlässlich der 25jährigen EU-Mitgliedschaft erstellt – verfügten bereits im Jahr 2018 rund 89 % aller burgenländischen, privaten Haushalte über Breitbandinternet.

Bundesweit waren es rund 88 Prozent. „Leistungsstarkes Breitband-Internet in allen Teilen des Burgenlandes ist die Grundlage für Wachstum und Wohlstand. Unser erklärtes Ziel ist es, bis zum Jahr 2030 jeden Haushalt im Burgenland mit High-Speed-Breitband zu versorgen. Neben einem leistungsstarken Glasfasernetz müssen wir vor allem den Ausbau des mobilen Breitbands mit leistungstarker Technologie vorantreiben, um weiße Flecken insbesondere im Südburgenland zu schließen. Dieser Herausforderung nimmt sich die Burgenländische Landesregierung aktiv an. Als Grundlage zur Erreichung dieses Zieles dient eine Burgenländische Breitbandstrategie. Unser strategischer Partner zur Umsetzung – sowohl technisch als auch organisatorisch – ist dabei die Energie Burgenland. Diese hat bereits im Vorjahr mit der Gründung der Energie Burgenland Breitband GmbH die Weichen gestellt“, betonte LR Schneemann.

Als maßgebliche Ziele der kommenden Jahre nannte der Landesrat einen FTTH-Ausbau von jährlich drei unterversorgten Katastralgemeinden ab 2021 in Koordination mit Stromnetzausbauten, einen Backhaul-Lückenschluß für Mobilfunk-Sendeanlagen

ohne Glasfaseranbindung bis 2023 sowie zumindest einen Glasfaser-Zugangspunkt in jeder burgenländischen Gemeinde bis 2025. Stephan Sharma, Vorstandsvorsitzender der Energie Burgenland, erklärte: „In Abstimmung mit dem Land Burgenland wurde entschieden, ein eigenes Unternehmen, nämlich die Energie Burgenland Breitband GmbH, zu gründen. Vordergründiges Ziel des neuen Unternehmens ist es, weiße Flecken insbesondere im Landessüden möglichst rasch zu schließen. Gleichzeitig aber auch den Schritt nach vorne zu gehen, um für das Burgenland ein High-Speed-Internet für alle Unternehmen und Haushalte sicherzustellen.“

„Die Gemeinden sollen in die Aktivitäten der EBBG eingebunden werden, um das Thema Breitband in der Region zu verankern“, sagte Peter Sinowatz, Geschäftsführer der Energie Burgenland Breitband GmbH (EBBG). In der ersten Phase des Breitband-Ausbaus sollen insgesamt rund 30 Mio. Euro aus Fördermitteln des Landes, des Bundes und der Europäischen Union investiert werden.

Die „Breitbandstrategie Burgenland 2030“ ist online abrufbar unter <https://www.burgenland.at/breitbandstrategie/>

Erhalt der Natur- und Kulturlandschaft Seewinkel

Das Land Burgenland beteiligt sich an einer einmaligen Chance – dem Bau eines Bewässerungskanal der Donau auf ungarischer Seite



Foto: LandesmedienService Burgenland

Sie präsentierten eine erste Zwischenbilanz der Task Force für den Naturraum Neusiedler See und den weiteren Fahrplan (v.l.): Alexander Mechtler, Ziviltechnikergesellschaft für Wasserwirtschaft GmbH, Landesrat Heinrich Dörner, Christian Sailer, Leiter der Task Force Neusiedler See und Hauptreferatsleiter Wasserwirtschaft, und Georg Wolfram, DWS Hydro-Ökologie GmbH

Der Neusiedler See soll als Landschaftselement sowie als Natur- und Kulturerbe erhalten und eine Austrocknung vermieden werden. Unter dieser Prämisse hat die von Infrastrukturlandesrat Heinrich Dörner im Vorjahr eingesetzte Task Force für den Naturraum Neusiedler See/Seewinkel ihre Arbeit aufgenommen. Am 18. März präsentierte Dörner gemeinsam mit Christian Sailer, Leiter der Task Force, eine erste Zwischenbilanz und den weiteren Fahrplan. Das Burgenland wird sich am Bau eines Bewässerungskanal von der Donau auf ungarischer Seite beteiligen und sichert sich damit eine mögliche Übernahme des Wassers aus der

Mosoni Donau (bzw. *Moson Duna*), dem südlichen Arm der Donau. „Die Umsetzung einer Wasserzuleitung zur Dotierung des Seewinkels ist für den Erhalt der bestehenden Natur- und Kulturlandschaft unverzichtbar“, betonte Dörner.

Zunehmende Trockenheit im Seewinkel und historische Niedrigwasserstände

Der Klimawandel mit immer längeren Hitze- und Trockenperioden und Eingriffe durch den Menschen haben zu einer zunehmenden Trockenheit im Seewinkel und zu historischen Niedrigwasserständen im Neusiedler See geführt. „Wir sitzen hier sprich-

wörtlich mit Ungarn im selben Boot“, sagt Dörner. Im Seewinkel bzw. im ungarischen Hanság seien während der 1950er-Jahre zahlreiche Maßnahmen zur Entwässerung und Nutzbarmachung des Gebietes für die Landwirtschaft und die Erweiterung des Siedlungsgebietes vorgenommen worden. Der Seewinkler Hauptkanal und ein Netz an linearen Entwässerungsgräben seien im Prinzip angelegt worden, um überschüssiges Wasser schnellstmöglich aus der Region abzuleiten. „Die Folgen des anhaltenden Wassermangels betreffen die Landwirtschaft ebenso wie den Tourismus und das europaweit einzigartige, extrem sensible Ökosystem der



© Wikipedia / CC-BY 4.0 / – Foto: Philipp Weigell

Das Donauknie bei Visegrád: Der südliche Arm der Donau namens Mosoni Duna (Moson-Donau oder Kleine Donau) durchfließt kurz nach seiner Abtrennung vom Hauptarm ausschließlich ungarisches Territorium.

»Burgenland Journal«

Region.“ Eines sei bereits jetzt erkennbar: Der Wasserbedarf in der Gesamtregion Ostösterreich, Slowakei, Ungarn wird weiter steigen.

Lösung, die machbar ist und historische Eingriffe reparieren kann

Die von Dorner vor zehn Monaten installierte Task Force für den Gesamttraum Neusiedler See/Seewinkel unter der Leitung von Christian Sailer, ein Experte auf diesem Gebiet, arbeitet derzeit an technischen Lösungen zur langfristigen Absicherung des Naturraums Neusiedler See-Seewinkel – mit einer Wasserzufuhr in den Naturraum Seewinkel als zentrale Maßnahme. Dorner wünscht sich „eine Lösung, die machbar ist und historische Eingriffe reparieren kann“. In Abstimmung mit allen Interessensgruppen, vom Naturschutz über Gemeinden, Nationalpark, Landwirtschaft bis zum Tourismus, seien alle Erwartungen und Anforderungen erhoben und vorhandene Studien nochmals durchgearbeitet worden.

Abgeleitetes Wasser muß im Seewinkel gehalten, zusätzlich Wasser zugeführt werden

Zwei Lösungsansätze habe man bei der Machbarkeitsstudie verfolgt, so Sailer. Zum einen das abgeleitete Wasser so lange wie möglich im Seewinkel zu halten. „Dazu müssen wir die Entwässerungsgräben und Dränagen steuer- und regelbar machen.“ Ein entsprechender Antrag für ein Life-Projekt wurde bereits gemeinsam unter Federführung des Nationalparks ausgearbeitet und eingereicht.

Man erhoffe sich eine positive Beurteilung, weil damit EU-finanzierte Maßnahmen im Seewinkel umgesetzt werden könnten. Man sei aber auch zum Schluß gekommen, daß es im Hinblick auf den Klimawandel nicht zu schaffen sei, ohne zusätzliche Wasserzufuhr eine ausgeglichene Bilanz für den Seewinkel zustande zu bringen. Deshalb habe man die Chance ergriffen und das Angebot Ungarns einer Wasserzuleitung von der Moson-Duna für die Dotierung und die Grundwasseranreicherung des Seewinkels anzunehmen. Beide Lösungsansätze seien in der Machbarkeitsstudie behandelt und gemeinsam mit Ungarn ein zusammenhängender Wasserbewirtschaftungsplan erarbeitet worden.

Einmalige Chance für das Burgenland

Der in Ungarn bestehende 10 km lange Bewässerungskanal in Richtung Hanság, der Wasser aus der Moson-Duna zur landwirtschaftlichen Bewässerung Richtung Westen bringt, werde um ca. 12 km weiter westlich verlängert, weil auch dort die Trockenheit ein Problem sei. „Hier bietet sich für das Burgenland eine einmalige Chance“, betont Dorner. Im Rahmen der Österreichisch-Ungarischen Gewässerkommission habe man nun eine Zusammenarbeit vereinbart. „Wir beteiligen uns am Bau dieses Kanals mit drei Millionen Euro und sichern uns damit für zukünftige Schritte eine mögliche Übernahme des Wassers aus der Moson Duna.“

Das Wasser aus der Donau ist geeignet

Bei der Umsetzung gelte es, diametral entgegengesetzte Anforderungen zu erfüllen,

erklärt Task Force-Experte Alexander Mechtler von der Gruppe Wasser ZT-GmbH für Wasserwirtschaft. Zum einen, die Siedlungsgebiete vor Überflutungen zu schützen und dem Tourismus und der Landwirtschaft genügend Spielraum zu geben, zum anderen, das Ökosystem des Neusiedler Sees, des Naturraums mit seinen einzigartigen Lacken und seiner Diversität für die Zukunft zu erhalten. Für die Zuleitung von Wasser aus der Donau sei in erster Linie dessen Qualität ausschlaggebend. Experte Georg Wolfram von der DWS Hydro-Ökologie GmbH hält nach Untersuchung der chemischen Eigenschaften „das Wasser für geeignet und eine Zufuhr unter Einhaltung bestimmter Bedingungen und des Ausmaßes der Dotation für möglich.“

Baubeginn im Frühjahr 2022

Derzeit läuft die Ausschreibung für den Bau des Kanals auf ungarischer Seite, mit dem Bau kann voraussichtlich im Frühjahr 2022 begonnen werden, schätzt Sailer. Für die weitere Detailplanung wird im kommenden Frühjahr die Österreich-Ungarische Gewässerkommission zusammentreten. Für die Unterzeichnung der Vereinbarung seien zudem noch vertragliche Punkte abzuklären.

Eines stellt Dorner ganz klar fest: „Es ging vormals nie und geht auch jetzt nicht nur um die direkte Zufuhr von Wasser in den Neusiedler See, sondern um eine gesamtgesellschaftliche Betrachtung der Zufuhr und Dotation von Wasser in den Natur-/Kulturraum Seewinkel-Neusiedler See.“

<https://de.wikipedia.org/wiki/Donau>



Foto:

Der Obere Stinkersee im Nationalpark Neusiedler See-Seewinkel gehört zu den größeren Lacken

Eisenstadt investiert 500.000 Euro in Innenstadt-Paket

Bürgermeister Thomas Steiner fordert von Bund und Land einen »Marshall-Plan« für Innenstädte

Onlineshopping, strukturelle Veränderungen und nicht zuletzt Corona haben vor allem die Stadtkerne immer mehr unter Druck gebracht. Handels- und Gastronomiebetriebe kämpfen ums Überleben. Die Politik muß jetzt reagieren, um den Kollaps der Stadtkerne nach der Pandemie zu verhindern. Bürgermeister Thomas Steiner fordert deswegen einen „Marshall-Plan“ für die Innenstädte und präsentiert das 500.000 Euro-Innenstadt-Paket für Eisenstadt. „Die Innenstadt ist gleichsam die Seele einer Stadt. Deshalb müssen wir alles tun, um sie zu stärken, die Aufenthaltsqualität weiter zu stärken, die Nachteile gegenüber Einkaufszentren auszugleichen und die Besucherfrequenz zu steigern“, erklärt Steiner.

Ganz besonders die großen Einkaufszentren an den Stadträndern und immer stärker der Internethandel setzen den innerstädtischen Handel immens unter Druck. Mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie ist nun ein dritter, vielleicht noch zerstörerischer, Faktor hinzugekommen. Die Coronakrise dynamisiert die Veränderungsprozesse und verschärft die Gefahr, daß einzelne Städte ausbluten. Viele Unternehmen sind durch Umsatzausfälle schwer belastet. Ebenso wie ArbeitnehmerInnen, die ihren Job verloren haben oder sich in Kurzarbeit befinden. „Alle politischen Ebenen sind extrem gefordert, Betroffenen in dieser Phase Unterstützung in unterschiedlichster Form zu geben. Wir müssen jetzt die notwendigen Maßnahmen setzen, um die Wirtschaft nachhaltig wieder anzukurbeln“, so Steiner. Konkret appelliert er an den Bund und an das Land, Kommunen finanziell bei der Bewältigung dieses Problems zu unterstützen. Dazu schlägt er die Schaffung eines Innenstadt-Fonds vor. Steiner weiter: „Eisenstadt wird seines dazu beitragen und ein Innenstadt-Paket von rund 500.000 Euro jährlich schnüren.“

Sieben Punkte für die Stärkung der Innenstadt

- Die Aufenthaltsqualität wird weiter gesteigert.



Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Eisenstadt

v.l.: Vizebürgermeister Istvan Deli, Bürgermeister Thomas Steiner und Gemeinderätin Waltraud Bachmaier auf der Fußgängerzone Eisenstadt

- Die Erreichbarkeit der Innenstadt soll verbessert werden.
- Schaffung eines Stadt- und Standortmarketings, das sich neben anderen Aufgaben auch ganz besonders um die Innenstadt kümmert.
- Leerstandsvermittlung
- Attraktive Veranstaltungskonzepte, die im vorigen Jahr auf Grund Corona umgesetzt wurden, werden ausgebaut.
- Eisenstadt wird auf die Einhebung der Schanigartengebühr auch 2021 verzichten
- Einführung eines Innenstadt-Bonus für Gründer in der Innenstadt.

Steiner: Monatlicher Bonus für UnternehmensgründerInnen der Innenstadt

Steiner erklärt den Innenstadt-Bonus: „UnternehmensgründerInnen, die sich in der Innenstadt ansiedeln, bekommen in den ersten drei Geschäftsjahren einen monatlichen Bonus. Damit wollen wir ihnen, in den ohnehin schwierigen Anfangsjahren, einen Teil ihrer finanziellen Sorgen abnehmen. Unternehmer, die so mutig sind, sich in diesen schweren Zeiten in der Innenstadt anzusie-

deln, sollen einen Bonus erhalten mit dem sie einen Teil ihrer Fixkosten oder ihre Werbekampagne finanzieren können.“ Es gibt eine Basisförderung von 500 im ersten, 300 im zweiten und 200 Euro im dritten Jahr. Diese Förderung wird für Dienstleistungs- oder Handelsbetriebe, die es in der Innenstadt noch nicht oder in unzureichender Zahl gibt, im ersten Jahr verdoppelt. Als Beispiel nennt Steiner hier etwa Fleischer oder Kinderspielzeuggeschäfte. Diese würden 1000 Euro monatlich im Gründungsjahr erhalten. „Wir wollen damit auch den Branchenmix verbessern und Handels- oder Gewerbebetriebe, die wir dringend brauchen, in die Stadt bringen“, so Steiner, der weiter erklärt: „Diese Förderung bringt allen Unternehmern der Stadt etwas. Jedes Geschäft, das zusätzlich in die Stadt kommt, bringt mehr Angebot und damit mehr Frequenz für alle in die Innenstadt. Der Weg der Innenstadt kann nur ein gemeinsamer sein.“ Der genaue Kriterienkatalog wird in den nächsten Wochen mit ExpertInnen und UnternehmerInnen erarbeitet. Die Förderung soll auch für jene möglich sein, die sich im Corona-Jahr 2020 in der Innenstadt angesiedelt haben. Geplanter Start

»Burgenland Journal«

soll im zweiten Halbjahr sein. Der Förderpotopf wird vorerst im ersten Jahr mit 100.000 Euro dotiert.

Istvan Deli: Qualität und Attraktivität der Innenstadt stärken

„Der Branchenmix und das Geschäftsangebot ist das eine, es braucht aber auch noch andere Dinge für eine lebendige Innenstadt. Sie muß ansprechend gestaltet und leicht erreichbar sein“, so Vizebürgermeister Istvan Deli. Er erklärt weiter: „Bäume mit Sitzgelegenheiten, ein ansprechender In- und Outdoorspielplatz – wir arbeiten stetig daran, daß sich die Menschen in der Innenstadt wohlfühlen.“ Dazu hat die Stadt in Sachen Nahmobilität viel vor. Deli erklärt: „Radfahr-Offensive, Zu-Fußgeh-Offensive und eine laufende Evaluierung und Attraktivierung des Stadtbusses tragen dazu bei, daß Eisenstadt eine Stadt der kurzen Wege ist.“ Zudem wird die Stadt ein neues Stadt- und Standort-

marketing einführen. Deli dazu: „Das neue Tourismusgesetz zentralisiert die Tourismusverbände. Regionalisierte Kampagnen sind dadurch nicht möglich. Also wird die Stadt hier eigene Wege gehen. Wir werden mit einem neuen Stadt- und Standortmarketing die Innenstadt und das gesamte Stadtgebiet touristisch noch besser vermarkten.“ Die Stadt wird hier rund 150.000 Euro jährlich investieren.

Waltraud Bachmaier: Ohne Angebot kommen die Menschen nicht in die Innenstadt

„Um vor allem auch die Gastronomie in der Innenstadt bestmöglich zu unterstützen, werden wir unsere covid-freundlichen kleinen Sommerevents auch 2021 fortführen. Mit „Music in the City“ und zuletzt auch „Matinee in the City“ sind wir Vorreiter“, so Waltraud Bachmaier, Obfrau des Ausschusses für Kultur und Tourismus. Die Idee: Wöchent-

lich spielen Bands oder Blasmusikkapellen auf Rechnung der Stadt in der Nähe der Schanigärten auf. Bachmaier erklärt die Hintergründe: „Es ist uns wichtig, den Eisenstädtern selbst, aber auch unseren Gästen, trotz Corona ein entsprechendes Programm zu bieten. Ohne Angebot kommen die Menschen nicht in die Innenstadt. 2020 taten das bei den kleinen Events insgesamt etwa 4.000 Menschen. Die Gastronomen, aber auch die Handelsgeschäfte sind auch weiter eingeladen, diese Events für sich zu nutzen – etwa mit eigenen Zusatzangeboten, veränderten Öffnungszeiten oder Specials.“ Die Gäste können die Musik in einem der Schanigärten in der historischen Innenstadt oder auf den Liegestühlen auf sich wirken lassen. Man kann im Lokal sein Bier trinken oder einfach auf einem der Eisenstädter-Liegestühle die Seele baumeln lassen. Wie schon im Vorjahr wird auch heuer den Gastronomen die Schanigartengebühr erlassen. ■

Der Gut(e)schein, um regional zu sein!

Österreich muß angesichts der angespannten Situation in den Spitälern und der hohen Infektionszahlen im Lockdown bleiben. „Das ist leider derzeit alternativlos. Aber wir denken an die Zukunft und an die Zeit der Wiedereröffnung. Auch dieses Mal wollen wir unseren UnternehmerInnen unter die Arme greifen und nach den zwei Wirtschaftspaketen mit einem eigenen Gutscheinsystem die Menschen animieren, in der Stadt einzukaufen“, so Bürgermeister Thomas Steiner. Der Gut(e)schein wird nach dem Lockdown in elf Verkaufsstellen angeboten und kann dann in mindestens 125 Eisenstädter Betrieben eingelöst werden. Steiner erklärt: „Die beiden Gutscheinkaktionen im Vorjahr sind von den UnternehmerInnen und den EisenstädterInnen sehr gut angenommen worden. Was fehlte, war die Möglichkeit, diese auch zu kaufen und zu verschenken. Mit den neuen Eisenstädter Scheinen wollen wir Kaufkraft binden und die Leute noch mehr zum Shoppen in der Stadt zu motivieren.“

Im Juni und im Dezember erhielten jede Eisenstädterin und jeder Eisenstädter einen 10 Euro-Gutschein für die heimischen Betriebe. Damit verknüpfte Steiner damals wie heute einen Appell: „Warten Sie mit dem Kauf von Dingen, die sie nicht dringend brauchen, bis nach dem Lockdown. Kaufen Sie regional und nicht online. Helfen Sie den Angestellten in der Stadt und nicht den Aktionä-



Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Eisenstadt

v.r.: Bürgermeister Thomas Steiner in der Eisenstädter Fußgängerzone mit den UnternehmerInnen Franz Pospischill, Katja Harnisch und Monika Karner

ren der Online-Konzerne. Wir werden alle Kraft brauchen, um der Wirtschaft dann auch wieder anzukurbeln.“

Der Eisenstädter Schein ist als 10, 25 und 50 Euro-Gutschein erhältlich und wird nach dem Lockdown im Rathaus, im Tourismusbüro in der Fußgängerzone und mehreren Geschäften oder Lokalen verkauft. Die Gutscheine haben selbstverständlich fortlaufende Nummern und sind durch einen speziellen Lack auch fälschungssicher. Die Inten-

sivbewerbung erfolgt mit Lockdown-Ende. Alle UnternehmerInnen der Stadt wurden vor kurzem über diese Neuerung informiert und eingeladen, die Gutscheine anzunehmen. Steiner rechnet rund mit 300 Betrieben, also etwa dieselbe Anzahl von UnternehmerInnen, wie bei den Unterstützungspaketen 2020. Da hatte die Landeshauptstadt mehrere Maßnahmen im Gesamtwert von fast einer halben Million Euro geschnürt. ■

<https://www.eisenstadt.gv.at/>

»Südhub« im Technologiezentrum Güssing nimmt Fahrt auf

Um StartUps, SpinOffs und innovative GründerInnen im Burgenland besser unterstützen zu können, setzt das Land gemeinsam mit der Wirtschaftsagentur Burgenland einen starken Impuls im Süden: den „Südhub“, eine StartUp- und Gründer-Initiative.

Er ist auf zwei Säulen aufgebaut: Einerseits wird mit einem physischen „StartUp- & Gründerzentrum“ im Technologiezentrum Güssing eine auf Dauer eingerichtete Anlaufstelle für gründungswillige Personen etabliert. Innovative Gründer werden natürlich auch in Eisenstadt unterstützt, das Südhub-Team ist an beiden Standorten der Wirtschaftsagentur Burgenland vertreten.

Andererseits wird ein achtmonatiges Programm angeboten, wo sich Personen bewerben können, um ihr StartUp oder SpinOff auf den Markt zu bringen und erfolgreich aufzubauen. Das Programm umfaßt die Vernetzung mit Mentoren und Unternehmen sowie die Bereitstellung von Know-How in Form eines zehnteiligen Workshop-Programms. Weiters werden den Teilnehmern Arbeitsplätze im Coworking Space zur Verfügung gestellt. Auch finanziell bietet Südhub den Gründern Starthilfe: Allen TeilnehmerInnen an dem Programm steht ein Zuschuß von 10.000, sowie unter bestimmten



Foto: Landesmedienservice Burgenland

v.l.: Wirtschaftsagentur Burgenland-Geschäftsführer Michael Gerbavits, Wirtschaftslandesrat Leonhard Schneemann und Martin Trink, Leiter des „Südhub“

Voraussetzungen bis zu 200.000 Euro Startkapital zu.

Wirtschaftslandesrat Leo Schneemann betont die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Südburgenland: „Damit setzen wir einen weiteren starken Impuls für Wachstum und Beschäftigung. Gründer von heute schaffen Arbeitsplätze von morgen. Daher wollen wir unseren JungunternehmerInnen noch stärker

unter die Arme greifen. Es ist unser Ziel, die Zahl der Gründungen im StartUp-Bereich im Burgenland stark zu erhöhen und dadurch nachhaltige Arbeitsplätze zu schaffen.“

Die Initiative wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds, vom Bund und Land Burgenland kofinanziert und durch die Wirtschaftsagentur Burgenland umgesetzt. ■

<https://wirtschaftsagentur-burgenland.at/suedhub/>

Berufsorientierung unterstützt Weg in heimischen Arbeitsmarkt

Mit 1. Jänner 2021 startete die Insolvenzstiftung Burgenland III, welche im letzten Jahr vom Land Burgenland und dem AMS gemeinsam initiiert wurde. Sie wurde gestartet, um Personen, die aufgrund von Betriebsinsolvenzen in Folge der Covid-Pandemie oder Commercialbank-Insolvenz ihre Arbeitsstelle verloren haben, ein Sicherheitsnetz zu bieten. Mit deren Hilfe erhalten sie eine geförderte Aus- oder Weiterbildung. Außerdem erhalten sie neben dem Arbeitslosengeld ein monatliches Stiftungsstipendium in der Höhe von 60 Euro. Am 2. Februar 2021 traten die ersten 12 Personen nun offiziell in die Stiftung ein – der Startschuß für die Stiftung. Nach dem Start der 2. Phase am 6. April zählt die Stiftung nun insgesamt bereits 21 TeilnehmerInnen – allein in den ersten beiden Monaten. „Rund ein Drittel der geplanten Plätze sind also bereits ausgeschöpft. Es zeigt sich somit, daß der richtige Weg eingeschlagen wurde. Wir unterstützen Burgenländerinnen und Burgenländer, die aufgrund von Betriebsinsolvenzen unschul-



Foto: Landesmedienservice Burgenland

LR Leonhard Schneemann mit Manuel Haring, 19 Jahre alt, aus Schattendorf, einem der Teilnehmer der Insolvenzstiftung

dig in die Arbeitslosigkeit geraten sind, auf ihrem Weg zurück in den heimischen Arbeitsmarkt“, so Arbeitsmarktlandesrat Leonhard Schneemann.

Ein Eintritt in die Stiftung ist noch bis Ende 2022 möglich. In den kommenden Monaten oder Jahren werden die geplanten 100 TeilnehmerInnen auf ihren Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt vorbereitet. Interessierte können sich direkt bei der Arbeitsstiftung Burgenland melden. Finanziert wird die Stiftung zu gleichen Teilen vom Land Burgenland und dem AMS Burgenland mit je 352.500 Euro.

„Mit dieser Initiative geben wir den Betroffenen eine Perspektive für einen neuen beruflichen Weg. Sie erhalten somit – gefördert durch das Burgenland – eine neue Chance! Während die Zahl der Arbeitslosen zwar stabil, aber weiterhin hoch ist, suchen andere Berufssparten händierend nach qualifizierten Fachkräften“, bekräftigte Schneemann. ■

<https://www.arbeitsstiftung-bgld.at/>

Trotz Corona und Commerzialbank stabile Finanzbasis für Mattersburg

Der Rechnungsabschluß 2020 der Stadtgemeinde Mattersburg knüpft trotz anhaltender Corona-Pandemie und Commerzialbank-Pleite an die respektablen Ergebnisse der letzten Jahre an. Obwohl es bei den Ertragsanteilen des Bundes mit minus Euro 662.000 und bei der Kommunalsteuer mit minus Euro 321.600 Euro zu massiven Einnahmeausfällen kam, kann sich das Mattersburger Ergebnis sehen lassen: Die Stadt weist weiterhin eine sehr geordnete Finanzlage auf.

Die Summe der Einzahlungen der operativen Gebarung betrug im Finanzhaushalt Euro 15.989.500,-, die Investitionen schlugen sich mit Euro 11.274.918,- zu Buche. Das Nettoergebnis ergab unter der Berücksichtigung der Abschreibungen und Investi-

tionen einen Abgang von Euro 4,7 Mio. Die Finanzierungstätigkeit ergab ein Minus von Euro 509.000,-. Hier verhinderten die Auswirkungen der Pandemie ein positives Ergebnis.

Die größten Investitionen betrafen den Neubau des Kindergartens Hochstraße (Euro 3.169.390,-), die Sanierung der Bachdecke (Euro 3.600.000,-) sowie den Straßenbau (Euro 782.687,-) und die Ortskanalisation (Euro 170.638,-). Weitere Investitionen von Euro 251.986,- in die Infrastruktur betrafen vor allem die Neugestaltung des Dorfplatzes in Walbersdorf und die Errichtung der Haltestellen für den eMABU. „Diese Zahlen machen klar: Die Stadtgemeinde Mattersburg hat trotz der Krisen investiert, um die Wirt-

schaft der Stadt und der Region zu unterstützen. Positiv zu bewerten ist auch der relativ hohe Wert der freien Finanzspitze mit Euro 1.173.322,-“, erklärt Stadträtin Claudia Schlager, die statt des erkrankten Vizebürgermeisters Otmar Illedits den Rechnungsabschluß im Gemeinderat präsentierte.

„Wir haben auch in diesem außergewöhnlichen Jahr 2020 gute Arbeit geleistet und unsere Aufgaben wirtschaftlich und zweckmäßig erfüllt. Bei den Leistungen für die BürgerInnen und die Vereine hat es keine Kürzungen gegeben“, zieht Bürgermeisterin Ingrid Salamon Bilanz. Der Rechnungsabschluß wurde bei der Gemeinderatssitzung am 18. März 2021 einstimmig beschlossen. ■

<https://www.mattersburg.gv.at/>

Im Zeichen des Klimaschutzes: Vier neue Stromtankstellen

Stadt stärkt lokale Wirtschaft



Foto: Stadtgemeinde Mattersburg

Bürgermeisterin Ingrid Salamon mit e-Auto Besitzerin Alexandra Streicher bei der Stromtankstelle in der Kremsergasse

Die Stadtgemeinde Mattersburg errichtet vier neue Stromtankstellen und zwar in der Kremsergasse, der Leitgebasse, beim Parkplatz bei der Handelsakademie und beim Hochhaus. Jene in der Kremsergasse ist bereits in Betrieb.

„Elektromobilität leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zur sauberen Luft in den Städten. Darum wollen wir diese Technologie auch mit der entsprechenden Infrastruktur unterstützen“, erklärt Bürgermeisterin Ingrid Salamon.

Als Klimaschutz- und Bodenbündnisgemeinde hat die Stadtgemeinde Mattersburg

in vielen Bereichen eine Vorreiterrolle. Mattersburg setzte als erste Gemeinde im Burgenland e-Busse für die Stadtlinie ein. Der Öko-Kindergarten in der Hochstraße hat neue Umwelt-Maßstäbe bei der Kinderbetreuung gesetzt.

Und: Vier der gemeindeeigenen Gebäude der Stadt erzeugen via Photovoltaikanlagen umweltfreundlichen Strom.

„Man kann sich als Kommune auch in Corona-Zeiten auf den Umweltschutz fokussieren. Das sind wir den kommenden Generationen schuldig“, meint Bürgermeisterin Ingrid Salamon. ■

Die Stadtgemeinde Mattersburg versucht gerade in den schwierigen Corona-Zeiten, die Wirtschaft der Stadt zu fördern. Bestes Beispiel ist die gelungene Weihnachtsaktion, wo Kunden ihren Weihnachtseinkauf zurückgewinnen konnten. Diese Initiative wurde sowohl von den KundInnen als auch von den UnternehmerInnen sehr gut angenommen. „Eine intakte und florierende Wirtschaft ist für das Stadtleben essentiell. Darum ist es wichtig, in Krisenzeiten die Wirtschaft zu stärken“, meint dazu Bürgermeisterin Ingrid Salamon.

Ein weiterer Baustein der Unterstützung ist die seit 2004 bestehende Wirtschaftsförderung der Stadtgemeinde, die 2019 ausgebaut und verbessert wurde. 2020 haben dadurch insgesamt neun Mattersburger Unternehmen 38.490 Euro erhalten.

Angeboten werden u.a. die Förderungen für die Schaffung und Erhaltung von Lehr- und Ausbildungsstellen sowie die Anstoßförderung für Wiedereröffnung von Innenstadtgeschäften. Besonders unterstützt werden Investitionen im Bereich der Ökologie und Nachhaltigkeit.

Weitere Fördermaßnahmen reichen von der günstigen Bereitstellung von gemeindeeigenen Grundstücken über die Zahlung einer Arbeitsplatzprämie, eines finanziellen Zuschusses bei großen Investitionen bis zu Zuschüssen für die Eröffnung von Geschäftslokalen in der Innenstadt. ■

Oberwart: Rechnungsabschluß 2020

Im Gemeinderat wurde am 25. März der Rechnungsabschluß für das Jahr 2020 beschlossen. Die Zahlen sprechen für sich – trotz der schwierigen Situation aufgrund von Corona konnte die Stadt durchaus erfolgreich bilanzieren. Projekte wurden durch Eigenmittel finanziert und auch der Schuldenstand wurde – wie in den Jahren davor – abgebaut. 2020 war geprägt von der Corona-Pandemie. Auch die Stadtgemeinde Oberwart hat mit den Auswirkungen zu kämpfen. Aber durch eine konsequente Budgetdisziplin in den vergangenen Jahren wurde in Oberwart eine solide Finanzbasis geschaffen. Auch der Voranschlag für 2020 spielte eine wichtige Rolle – die umsichtige Planung und Verwendung der finanziellen Mittel bildet die Grundlage für den erfolgreichen Rechnungsabschluß 2020.

2020 ist es gelungen, die Schulden der Stadtgemeinde Oberwart weiter abzubauen. Konkret geht es um einen Schuldenabbau in der Höhe von 698.746,66 Euro. Neue Schulden sind nicht entstanden, da die Projekte im Jahr 2020 ausschließlich mit Eigenmitteln fi-



Foto: Stadtgemeinde Oberwart

Bürgermeister 2. LT-Präs. Georg Rosner

nanziert wurden – wie zum Beispiel die Sanierung der Prinz Eugenstraße mit einer Investitionssumme von rund 374.000 Euro, die

Errichtung und Sanierung von Kanal und Wasserleitungen in der Höhe von rund 640.000 Euro, die ökologischen Maßnahmen entlang der Pinka mit rund 232.000 Euro oder die Hangwasserschutzmaßnahmen in St. Martin in der Wart mit rund 50.000 Euro.

Bürgermeister 2. LT-Präs. Georg Rosner sieht darin eine Bestätigung in seiner Arbeit:

„Wir befinden uns seit mehr als einem Jahr in einer Ausnahmesituation, Corona hat uns alle gefordert. Trotzdem war und ist es für uns wichtig, den Fokus auf eine unserer Kernaufgaben zu legen – die Instandhaltung und Schaffung der Infrastruktur in Oberwart und St. Martin/Wart. Es gibt viel zu tun und dabei müssen wir die finanzielle Situation genau im Blick haben. Das ist in Zeiten wie diesen besonders wichtig und führt uns auf einen erfolgreichen Weg. Uns stehen heuer und auch in den nächsten Jahren große Aufgaben bevor und wenn wir sparsam mit unseren finanziellen Mitteln umgehen, dann können wir voller Zuversicht in die Zukunft gehen.“

<https://www.oberwart.gv.at/>

eCar-Sharing-Dienst startet in Oberwart!

In der Bahnhofstraße in Oberwart wird es ab Mitte April möglich sein, ein Elektrofahrzeug stunden- bzw. tageweise auszuleihen. Ohne großen Aufwand, schnell und unter Verwendung einer App kann man den Tesla Modell 3 für Fahrten nutzen. Das Car-Sharing-Modell wurde im Rahmen der Klima- und Energie-Modellregion Pinkatal initiiert und wird in Kooperation mit der Stadtgemeinde Oberwart, dem Mobilitätsdienstleister SeefyCar und dem Innovationslabor act4.energy umgesetzt.

Bürgermeister 2. LT-Präs. Georg Rosner erklärt die Beweggründe der Stadtgemeinde, diese Initiative zu unterstützen: „Oberwart ist Smart City, wir haben mit zahlreichen Projekten eine Vorreiterrolle in Sachen nachhaltige Energieversorgung eingenommen. Das Modell des eCar-Sharing ist eigentlich nur eine logische Folgerung, denn damit bieten wir nicht nur ein Service für BürgerInnen und UnternehmerInnen, sondern wir handeln auch im Sinne des Klimaschutzes. Mit dem Konzept des eCar-Sharing können langfristig Verkehr und Lärm reduziert werden und die Umwelt profitiert davon.“

Bei der Ladestation für Elektrofahrzeuge in der Bahnhofstraße – mitten im Zentrum



Foto: Stadtgemeinde Oberwart

Bürgermeister 2. LT-Präs. Georg Rosner (Mitte) beim Start des eCar-Sharing in Oberwart

von Oberwart – wird der Tesla Modell 3 zum Ausleihen bereitstehen. Die Nutzung des Car-Sharing-Dienstes ist einfach und schnell. Bevor das Fahrzeug genutzt werden kann, ist eine Registrierung erforderlich. Die Nutzung des Fahrzeuges erfolgt mittels App, sie dient als persönlicher Schlüssel.

Will man das Fahrzeug nur für eine kurze Dauer von wenigen Stunden anmieten, so ist man ab 4 Euro pro Stunde dabei. Es gibt aber auch die Möglichkeit, den Tesla für einen ganzen Tag (24 Stunden) zu nutzen, dann entstehen Kosten von mindestens 75 Euro.

<https://www.seefycar.com>

Amerikawanderung der BurgenländerInnen

Auch im Fokus von »100 Jahre Burgenland« steht das Auswanderermuseum in der »Alten Hofmühle« in Güssing

Der südburgenländische Bezirk Güssing ist die Kernlandschaft burgenländischer Amerikawanderung. Von hier aus emigrierten mehr als 9000 Menschen nach Amerika. Grund genug, anlässlich der Landesausstellung 1992 unter dem Titel „... nach Amerika“ entstandenen Bildtafeln und gesammelten persönlichen Gegenstände, Fotos und Dokumente hier auch dauerhaft auszustellen. Das „Auswanderermuseum“ wurde in der „Alten Hofmühle“ der gräflichen Familie Batthyány in Güssing eingerichtet.

Die Ausstellung ist in vier thematische Gruppen gegliedert:

- „Die Welt, aus der sie kamen“,
- „Die Geschichte der Auswanderung“,
- „Das Leben der Burgenländer in Amerika“ und
- „Brückenschlag zwischen alter unter neuer Heimat“.

Man findet dort auch Spuren mancher berühmter Amerikaner, die ihre Wurzeln im Burgenland hatten, wie zum Beispiel die des Josef Urschik, der 1884 von Rauchwart auswanderte und sich in Lehigh Valley (Pennsylvania) niederließ. Er hat er in zweifacher Hinsicht ein neues Kapitel in der Geschichte der burgenländischen Amerikawanderung aufgeschlagen: Er war nämlich der erste Auswanderer aus dem Bezirk Güssing und der erste



Foto: Neue Mittelschule Stegersbach

Prof. Walter Dujmovits mit den SchülerInnen des NMS Stegersbach im Auswanderermuseum in der „Alten Hofmühle“ in Güssing



Foto: Neue Mittelschule Stegersbach

Einwanderer in Lehigh Valley (Coplay, Allentown, Northampton usw.).

Es würde zu weit führen, an dieser Stelle die vielen Ausstellungsstücke des Museums zu beschreiben. Dessen Besuch ist jedenfalls ein Muß für all jene, die Auswanderer als Vorfahren hatten, aber auch für all jene, die an Schicksalen interessiert sind – wie auch SchülerInnen der Neuen Mittelschule Stegersbach, die sich im Rahmen eines fächerübergreifenden Projekts auch mit der Auswanderungsgeschichte der BurgenländerInnen auseinandergesetzt hat. Empfangen wurden sie vom Initiator des Museums, Prof. Walter Dujmovits, Mitbegründer der 1956 ins Leben gerufenen „Burgenländischen Gemeinschaft“ und deren Präsident seit 1985.

Viele Fragen zur langen Geschichte der ausgewanderten BurgenländerInnen hatten die jungen Gäste an der Historiker und Autor des Buches „Die Amerikawanderung der Burgenländer“ (ISBN 978-3-8442-2374-3), nahm sich für die Beantwortung der vielen Fragen der Jugendlichen gerne viel Zeit. Und sie fuhren wohl mit bleibenden Eindrücken zurück nach Stegersbach.

<http://www.burgenlaender.com/>

<http://www.amerikawanderung.com/>

<https://www.nms-stegersbach.at/>

Video vom Ausflug der NMS Stegersbach ins Auswanderermuseum Güssing:

<https://www.youtube.com/watch?v=HkMn1KMyOY&list=WL&index=15>

Buchpräsentation am 22. Juni 2012:

<http://www.oe-journal.at/Aktuelles/!2012/0612/W3/22206blmsBglBunch.htm>



Cover: Burgenländische Gemeinschaft / epubli

Will aktiv Kirche fit für die Zukunft machen

Robert Jonischkeit ist neuer Superintendent im Burgenland

Der neue Superintendent der Evangelischen Diözese Burgenland heißt Robert Jonischkeit. Der 47jährige Kufsteiner Pfarrer wurde von den Delegierten der Superintendentenversammlung am 6. März in Oberschützen zum Nachfolger von Manfred Koch gewählt. Die nötige Zweidrittelmehrheit erhielt Jonischkeit bereits im ersten Wahlgang. 48 Stimmen entfielen auf den Kufsteiner Pfarrer, zehn auf die Golser Pfarrerin Iris Haidvogel und sechs Stimmen auf die Ruster Pfarrerin Claudia Schörner, die ebenfalls von den Pfarrgemeinden für die Wahl nominiert wurden. Jonischkeit zeigte sich in der ersten Reaktion nach der Wahl überwältigt von dem Ergebnis. Das sei „die beste Grundlage für eine gute und stabile Zusammenarbeit. Ich freue mich Burgenländer zu werden und sein zu dürfen“, so der designierte Superintendent.

Gemeinsam agieren

„Müßte, könnte, hätte – ich bin kein Freund von Konjunktiven. Deshalb wollte und will ich selbst aktiv Teil der notwendigen Entwicklungen sein, die unsere Kirche fit für die Zukunft macht“, sagte Robert Jonischkeit in seiner Vorstellung vor den Delegierten. Er wolle nicht „Superintendent sein, ich will Superintendent machen“, so der bisherige Pfarrer aus Kufstein, der biografische Verbindungen nach Oberschützen hat. Im Amt des Superintendents will er „gemeinsam statt einsam“ arbeiten, „agieren statt reagieren“ und auch innovative, zukunftsweisende Initiativen in den Regionen fördern. Das Superintendentenamt sieht er als „Knoten im Netz der Gemeinschaft im Glauben“, gemeinsam mit allen Mitarbeitenden und Mitgliedern der Evangelischen Kirche.

Koch: »Sicht von außen«

Der scheidende Superintendent Manfred Koch erwartet, daß Jonischkeit als neuer Superintendent „die Sicht von außen in die Diözese einbringen“ werde. Jonischkeit sei ein „erfahrener und gut ausgebildeter Pfarrer, der sicher hier im Burgenland neue Wege gehen“ werde und mit dem „eine gute Weiterarbeit möglich ist“. „Ich wünsche ihm für seine Arbeit alles Gute und Gottes Segen“, so Manfred Koch.



Foto: apd / Marco Uschmann

Robert Jonischkeit ist neuer Superintendent

Chalupka: »Große ökumenische Offenheit«

Daß Robert Jonischkeit breite Erfahrungen als langjähriger Gemeindepfarrer aber auch aus gesamtkirchlichen Gremien mitbringe, unterstrich Bischof Michael Chalupka. Der Kufsteiner Pfarrer sorge für eine „bereichernde Perspektive aus anderem Blickwinkel“ und zeichne sich durch große ökumenische Offenheit und Engagement im interreligiösen Dialog aus.

Grabenhofer: »Guter Überblick über Herausforderungen«

Auch Superintendentalkuratorin Christa Grabenhofer, die die Wahlsitzung geleitet hatte, würdigte Jonischkeits gremiale Erfahrung etwa in der gesamtösterreichischen Synode. Dadurch bringe er einen „guten Überblick über die Herausforderungen mit, die die ganze Kirche betreffen“. Bemerkenswert sei zudem die Vielfältigkeit seiner Engagements. „Ich sehe seiner Amtsführung mit Freude und Spannung entgegen und werde gern mit ihm zusammenarbeiten“, bekräftigte Grabenhofer.

Zsifkovics: »Erfahrener und engagierter Theologe«

Mit Jonischkeit sei die Wahl auf einen erfahrenen und engagierten Theologen gefallen, schrieb der Eisenstädter römisch-katholische Diözesanbischof Ägidius Zsifkovics in einer Aussendung. „Ich freue mich auf die zukünftige Zusammenarbeit der Konfessionen, an deren Entwicklung in den vergangenen Jahren schon intensiv gearbeitet worden ist“, zeigte sich Zsifkovics zuversichtlich in Hinblick auf die Fortsetzung des erfolgreichen Weges der Ökumene im Burgenland. Dem im Sommer scheidenden, langjährigen Superintendents Manfred Koch dankte Zsifkovics für die freundschaftliche und vertrauensvolle ökumenische Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche im Burgenland in den vergangenen 18 Jahren.

Zur Person

Robert Jonischkeit wurde 1973 in Innsbruck geboren. Nach dem Studium der Theologie absolvierte er ein Diakoniepraktikum in Kolumbien. Er war Pfarrer in Wels, Fressach und Saalfelden und ist seit sieben Jahren als Pfarrer in Kufstein tätig. 2010 schloß Jonischkeit sein Doktoratsstudium an der Katholisch-theologischen Fakultät der Universität Innsbruck mit einer Arbeit zur Friedensethik ab. Er ist verheiratet und hat zwei Söhne. Die Wahl wurde notwendig, weil der seit 2003 amtierende Superintendent Manfred Koch im August dieses Jahres in den Ruhestand tritt. Der neue Superintendent wird sein Amt am 1. September antreten.

Die Diözese

Der 1924 gegründeten evangelischen Diözese Burgenland gehören 31.259 Evangelische in 29 Pfarrgemeinden an. Jede Gemeinde der evangelisch-lutherischen Kirche (A.B.) entsendet Delegierte in die Superintendentenversammlung, die den/die SuperintendentIn in geheimer Wahl bestimmt. Für eine gültige Wahl ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Die Amtszeit des neuen Superintendents beträgt zwölf Jahre. Eine Wiederwahl ist möglich.

<https://evang-bgld.at/>

Kulturstandort Güssing

Landesregierung fixiert Termin und Wortlaut der Volksbefragung – LH Dörkötzel:
Bevölkerung entscheidet am 27. Juni über größte Kulturinvestition im Landessüden



Foto: Foto-Mulik | Pichler & Traupmann Architekten

Auf der Basis von Vorstudien wurden Visualisierungsentwürfe der zum Kultur- und Veranstaltungszentrum ausgebauten Burg Güssing bzw. des modernisierten KUZ Güssing (siehe Foto auf der folgenden Seite) erstellt, die als Orientierungshilfe dienen sollen.

Die burgenländische Landesregierung hat die formalen Weichen für eine Volksbefragung zum Kulturstandort Güssing gestellt und sowohl den Termin – Sonntag, den 27. Juni 2021 – als auch den Wortlaut fixiert. Damit wird ein weiteres Vorhaben des Regierungsprogramms plangemäß umgesetzt.

Im Zukunftsplan Burgenland bekennt sich die burgenländische Landesregierung zur Sicherung bzw. Schaffung eines modernen Kulturzentrums in jedem Bezirk des Landes. Wie im Regierungsprogramm vorgesehen, soll die Bevölkerung des Bezirks Güssing darüber entscheiden, ob das stark sanierungsbedürftige KUZ Güssing oder die Burg Güssing zu einem modernen Kultur- und Veranstaltungszentrum ausgebaut werden soll, erklärt Landeshauptmann Hans Peter Dörkötzel: „Die Landesregierung bekennt sich damit klar zur – neben der Sanierung der Burg Schlaining – größten Kulturinvestition seit Jahrzehnten im Südburgenland. Je

nach Standort werden wir zwischen 20 und 50 Mio. Euro investieren, um Güssing weit über die Grenzen des Landes hinaus als Kulturstandort zu stärken und das Südburgenland weiter nach oben zu bringen.“ Für ihn sei es ein starkes Zeichen für gelebte direkte Demokratie, daß die Bürgerinnen und Bürger des Bezirks Güssing selbst entscheiden können, ob das Land in das KUZ Güssing oder in die Burg Güssing investieren soll: „Ich lade alle Bürgerinnen und Bürger des Bezirks Güssing ein, an dieser Befragung am 27. Juni teilzunehmen. Güssing kann nur gewinnen!“

Fragestellung festgelegt

Festgelegt wurde neben dem Datum für die Volksbefragung auch die Fragestellung selbst. Diese lautet: „Die burgenländische Landesregierung hat sich in ihrem Regierungsprogramm dazu bekannt, die kulturelle Nahversorgung der Burgenländerinnen und Burgenländer durch ein modernes, den heu-

tigen Ansprüchen angepaßtes Kulturzentrum in jedem Bezirk zu gewährleisten. Zu diesem Zweck plant die Landesregierung eine umfassende Kultur-Investition in Güssing, wobei als Standort entweder das Kulturzentrum Güssing oder die Burg Güssing in Frage kommt. Soll das Land Burgenland in der Stadtgemeinde Güssing a) in einen Ausbau der Burg Güssing zu einem Kultur- und Veranstaltungszentrum investieren? oder b) in die Modernisierung des bestehenden Kulturzentrums investieren?“

Es werde, so der Landeshauptmann, nun sicher auch politische Stimmen geben, die eine dritte Entscheidungsvariante – Investitionen in beide Objekte – einfordern würden. „Wer alles haben will, bekommt am Ende wenig, sagt ein Sprichwort. Wenn wir unser Ziel erreichen wollen, mit dieser Kulturinvestition etwas Neues und Großes zu schaffen, das der Stadt Güssing und der gesamten Region zusätzlich Attraktivität verleiht, werden wir das mit halbherzigen Verbesserungen

Foto: Foto-Mulik | Pichler & Traupmann Architekten



Das modernisierte KUZ Güssing (auch Bild unten)

beider Standorte nicht erreichen. Es braucht hier den Mut für eine klare Entscheidung – und ich bin mir sicher, daß die Bürgerinnen und Bürger des Bezirks Güssing sehr genau wissen, was sie für ihre Region wollen. Auch mit der Frage der Finanzierbarkeit muß ehrlich und seriös umgegangen werden.“

Informationsoffensive in Vorbereitung – Architektenwettbewerb geplant

Zur Vorbereitung und Begleitung der Volksbefragung soll es eine Informationsoffensive geben. Ziel sei, eine auf Fakten basierte Entscheidungsfindung zu ermöglichen, kündigt Doskozil an. Das Ergebnis der

Volksbefragung soll Basis für die weitere Vorgangsweise sein. Geplant ist, daß die Landesimmobilien Burgenland als Projektleiter auf Grundlage von ersten Vorstudien einen internationalen Architektenwettbewerb für das Siegerobjekt ausschreiben. Anhand dieser Vorstudien wurden auch visualisierte Entwürfe erstellt, die als Orientierungshilfe dienen sollen (s. Anhang). Der Baustart für den neuen Kultur-Hotspot in Güssing soll frühestens 2023 erfolgen.

„Wir wollen diese Informationsoffensive sachlich, objektiv und ohne politische Präferenz so anlegen, daß sich die Bürgerinnen und Bürger ein umfassendes Bild machen

können. Diesen Prozeß werden wir in den kommenden Wochen starten“, betont der Landeshauptmann. „Beide Projekte haben ihre Besonderheiten, die wir in der Informationskampagne auch klar ansprechen werden. Die Bürgerinnen und Bürger haben nun die Möglichkeit, zwischen einem umfassend modernisierten Kulturzentrum in Güssing oder einer zum attraktiven Veranstaltungsort ausgebauten Burg Güssing mit neuen, zeitgemäßen Zugangssystemen zu entscheiden. Wie auch immer die Entscheidung ausfällt, für mich als Landeshauptmann wird sie bindend sein,“ so Doskozil abschließend. ■

<https://kulturbetriebe.at>

Foto: Foto-Mulik | Pichler & Traupmann Architekten



Joseph Haydn-Hochschule

Am 27. Oktober 2021 feiert das »Haydnkons« den 50. Geburtstag. Noch in diesem Jahr wird der Antrag auf Akkreditierung zur Privathochschule mit Schwerpunkt »Haydn & Liszt Research« gestellt.

284 Studierende aus 33 verschiedenen Nationen belegen das internationale Renommee des Joseph Haydn Konservatoriums. Nun setzt die Burgenländische Landesregierung den nächsten Schritt – der Akkreditierungsantrag für die Überführung in eine Hochschule soll im heurigen Jahr, in dem es 50jähriges Bestandsjubiläum feiert, gestellt werden. Die Aufwertung ermöglicht künftig Abschlüsse mit einem akademischen Grad nach Bologna-Kriterien. Voraussetzung dafür war zunächst die Ausgliederung aus der Landesverwaltung und die Eingliederung als GmbH in die Burgenländische Landesholding mit Franz Steindl als Geschäftsführer. Als Ziel für den Start des Hochschulbetriebs gaben Bildungslandesrätin Daniela Winkler und Direktor Tibor Nemeth am 24. März das Wintersemester 2022 bekannt. Zum Gründungstag des Joseph Haydn Konservatoriums am 27. Oktober wird es im Zuge der 100-Jahrfeier des Burgenlandes eine eigene Festveranstaltung geben.

„Mit der Weiterentwicklung des Joseph Haydn Konservatoriums zu einer Privathochschule und dem Schwerpunkt ‚Haydn & Liszt Research‘ eröffnet sich für das Burgenland eine Riesenchance, den Bildungsstandort Burgenland im tertiären Bildungsbereich auszubauen und mit Joseph Haydn ein starkes Branding für unser Bundesland zu erreichen“, ist Winkler überzeugt. Derzeit könne das Konservatorium selbst keine Bachelor- oder Masterstudien anbieten. „Deshalb hat die Burgenländische Landesregierung entschieden, das Konservatorium aus der Landesverwaltung aus- und als GmbH in die Burgenländische Landesholding einzugliedern“. Zum Geschäftsführer wurde Franz Steindl bestellt.

Eisenstadt prädestiniert als internationales Zentrum der Haydnforschung

In die Vorbereitungsarbeiten unter Federführung von Direktor Tibor Nemeth und Franz Steindl und unter Begleitung vieler Experten sind auch die Lehrenden und Studierendenvertreter miteingebunden. Die künftige Joseph Haydn Privathochschule (JHP) sei „nicht zuletzt durch den Standort in Eisenstadt prädestiniert, ein internationa-



Foto: Landesmedienservice Burgenland

v.l.: Dir. Tibor Nemeth, LRin Daniela Winkler, GF Franz Steindl und FH-GF Georg Pehm

les Zentrum der Haydnforschung zu werden“, erklärte Winkler.

Akkreditierung ist ein langer, fordernder Weg

Ein fünfköpfiger Aufsichtsrat begleitet das Konservatorium. Diesem steht FH-GF Georg Pehm, selbst Absolvent eines Lehrgangs am Haydn-Kons, vor. Er soll seine hochschulischen Management-Erfahrungen im Akkreditierungsprozeß einbringen. Aus mehreren erfolgreichen Genehmigungs-Prozessen an

der FH Burgenland wisse er, „daß die Akkreditierung zur Privathochschule ein langer und äußerst fordernder Weg ist“. 15.000 Seiten seien zu textieren gewesen, „diese müssen nun zur Akkreditierung vorgelegt werden; in der Folge werden fünf internationale Gutachter unter anderem auch Vorort-Prüfungen vornehmen“, erläuterte Geschäftsführer Steindl die weiteren Schritte. Zwei Bachelor- und zwei Masterstudien werden an der Hochschule angeboten werden. ■

<https://haydnkons.at/>

Franz Liszt – Wunderkind, Weltstar, Abbé

Anlässlich 100 Jahre Burgenland: Die Begegnung mit Franz Liszt erfolgt auf einer sehr persönlichen, intimen Ebene. Neben Liszts Herkunft aus Raiding soll hier seine Zeit als „Wunderkind“ in Wien und Paris beleuchtet werden. Einblick bekommt man auch in die glühende Religiosität seiner Jugend, in seine beiden wichtigen Frauenbeziehungen zu Marie d'Agoult und Carolyne zu Sayn-Wittgenstein und seinen Lebensabend als Abbé Liszt. Gezeigt wird auch das Schicksal von Liszts Kindern Blandine, Daniel und Cosima. Letztere heiratete in zweiter Ehe Richard Wagner. Cosimas, Wagners und Liszts Rolle in Bayreuth wird ebenfalls kurz erläutert.

Eine Reproduktion des Taufbeckens, in dem Liszt getauft wurde, ein Erard-Flügel, auf dem er selbst gespielt hat, sein Reisealtar, sein Soutane-Kragen, sowie Briefe seiner Lebensgefährtin Carolyne, in denen sie über die Ehepläne mit Liszt sowie deren Scheitern berichtet, veranschaulichen Liszts facettenreiche Persönlichkeit.

Anlässlich des 210. Geburtstages von Franz Liszt wurde von Prof. Martin Haselböck eine Phonola als Leihgabe dem Liszt-Museum zur Verfügung gestellt. Die Phonola ist ein Apparat, den man vor ein Klavier stellt, um damit auf mechanische Art und Weise Musik spielen zu können. ■

<https://kultur-burgenland.at/>

Wirtschaft zurück auf Wachstumskurs

Prognose des IHS – Instituts für Höhere Studien –
der österreichischen Wirtschaft 2021–2022

Die Fortschritte bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie stützen die Erholung der Weltwirtschaft. Mit dem globalen Wirtschaftsaufschwung und der Rücknahme der Eindämmungsmaßnahmen kehrt die österreichische Wirtschaft wohl auf einen soliden Wachstumskurs zurück. Nach einem Rückgang um 6,6 % im Vorjahr sollte das reale BIP in diesem Jahr um 2,6 % steigen. Für das Jahr 2022 wird ein Wirtschaftswachstum von 4,3 % erwartet. Mit der Belebung der Wirtschaft dürfte auch die Arbeitslosenquote, die im vergangenen Jahr kräftig auf 9,9 % gestiegen war, auf 9,3 % in diesem bzw. 8,5 % im nächsten Jahr zurückgehen. Aufgrund steigender Energiepreise wird die Inflationsrate laut Prognose auf 2,0 % klettern und im nächsten Jahr etwa auf diesem Niveau verharren. Strukturreformen zur Förderung der Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen und eine ökologische Steuerreform sollten umgesetzt werden.

Von der Pandemie geprägt

Sowohl die aktuelle Wirtschaftslage als auch der Ausblick sind weiterhin von der Corona-Pandemie geprägt. Im Vorjahr ist die Wirtschaftsleistung in Österreich laut den Daten der VGR-Quartalsrechnung von Statistik Austria um historische 6,6 % geschrumpft. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte sind dabei um 9,6 % eingebrochen. Bei den Anlageinvestitionen fiel der Rückgang nur halb so stark aus (–4,9 %). Exporte (–10,4 %) und Importe (–10,2 %) waren stark rückläufig, wobei insbesondere der Reiseverkehr unter der Pandemie litt. Nach der kräftigen Erholung im Sommer brach die Wirtschaftsleistung aufgrund des neuerlichen Lockdowns im Schlussquartal wieder ein (–2,7 % gegenüber dem Vorquartal bzw. –5,9 % gegenüber dem Vorjahresquartal).

Das Infektionsgeschehen hat im laufenden Jahr die Beibehaltung strikter Eindämmungsmaßnahmen notwendig gemacht. Dabei war die Bremswirkung des Lockdowns merklich geringer als im Frühjahr des Vorjahres. Laut dem BIP-Indikator der Oester-

reichischen Nationalbank lag die wöchentliche Wirtschaftsleistung im ersten Lockdown im Zeitraum Ende März bis Anfang Mai 2020 um 20 % bis 25 % unter dem Vorjahresniveau. Im Jänner 2021 betrug die BIP-Lücke gegenüber dem Vorjahr nur noch gut 10 %. Während im ersten Lockdown nahezu alle Wirtschaftszweige betroffen waren, konzentrierten sich die Nachfrageausfälle nunmehr auf unmittelbar von den Einschränkungen betroffene Bereiche (Handel, Tourismus, Veranstaltungswesen). Mit den Öffnungsschritten ist die BIP-Lücke bis auf knapp 4 % zurückgegangen, hat sich zuletzt aber wieder etwas vergrößert.

Die privaten Konsumausgaben sowie die Tourismusexporte verursachten den gesamten Rückgang. Im Gegensatz zu diesen kontakt-intensiven Bereichen entwickeln sich die Investitionen und die Güterexporte, getrieben von der Erholung der Weltwirtschaft, deutlich besser. Insgesamt dürfte die heimische Wirtschaft im ersten Quartal 2021 um 1,1 % gegenüber dem Vorquartal geschrumpft sein, nach 2,7 % im vierten Quartal 2020. Damit bleibt Österreich noch in einer technischen Rezession.

Die weitere Aufhellung der internationalen Konjunktur und die erwarteten schrittweisen Lockerungen bei den noch bestehenden Eindämmungsmaßnahmen sollten dazu führen, daß die Wirtschaft im zweiten Quartal wieder wächst. Das Institut unterstellt dabei, daß im April kein weiterer harter Lockdown notwendig wird. Weiters wird davon ausgegangen, daß mit der Durchimpfung der breiten Massen die Gesundheitskrise ab Ende des Sommers überwunden wird. Folglich ist mit einem kräftigen Wachstum der heimischen Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte zu rechnen. Für den Jahresdurchschnitt 2021 erwartet das Institut ein Wachstum von 2,6 %, das sich im Jahr 2022 auf 4,3 % beschleunigen sollte.

Diese Prognose impliziert, daß die heimische Wirtschaft das Vorkrisenniveau erst im letzten Quartal des Jahres 2022 erreichen wird. Nachdem im Vorjahr die Wirtschaftsleistungen in Österreich und im gesamten Eu-

ropa gleich stark geschrumpft sind, wird laut Prognose die Wirtschaft im Euroraum heuer etwas schneller (4,3 %), nächstes Jahr etwas langsamer (3,6 %) expandieren.

Stärkster Einbruch der Weltwirtschaft seit den 1930er-Jahren

Die Corona-Pandemie und insbesondere die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung haben im vergangenen Jahr den stärksten Einbruch der Weltwirtschaft seit den 1930er-Jahren verursacht. Die weltwirtschaftliche Aktivität schrumpfte in der ersten Jahreshälfte äußerst kräftig, allerdings legte die Weltwirtschaft im dritten Quartal wieder deutlich zu. Trotz steigender Infektionszahlen und verschärfter Eindämmungsmaßnahmen in vielen Ländern wuchs die Weltwirtschaft auch im Schlussquartal des Vorjahres. Unterstützend wirkten die äußerst umfangreichen geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen, die zur Begrenzung der negativen Folgen der Corona-Pandemie ergriffen wurden.

Die globale Industrieproduktion und der Welthandel haben sich bereits vollständig erholt und wurden von der zweiten Welle der Pandemie kaum betroffen. Das Ausmaß der Konjunkturerholung verläuft regional sehr unterschiedlich. Während die US-Wirtschaft im vierten Quartal um 1,0 % gegenüber dem Vorquartal zulegte, schrumpfte die Wirtschaft des Euroraums um 0,7 %. China erreichte als einzige große Volkswirtschaft sogar im Gesamtjahr ein positives Wirtschaftswachstum. Gestützt von der kräftigen Industriekonjunktur in China und dem durch das umfangreiche Konjunkturpaket getriebenen starken Wachstum in den USA dürfte auch die europäische Wirtschaft im heurigen Jahr wieder kräftig expandieren. Darauf deuten auch die verbesserten Stimmungsindikatoren hin. Voraussetzung ist allerdings, daß die Impfungen eine durchgreifende Lockerung der Restriktionen erlauben.

Internationales Konjunkturbild für die beiden Prognosejahre

Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut folgendes internationales Konjunkturbild:

Wirtschaft

turbild für die beiden Prognosejahre. Mit Wachstumsraten von 7,8 % und 5,3 % bleibt China der weltweite Wachstumsmotor. Getrieben von dem 1,9 Billionen-US-Dollar-Konjunkturpaket sollte die Wirtschaft in den USA im laufenden Jahr um 5,8 % bzw. im kommenden Jahr um 3,5 % zulegen. Nach einer Schrumpfung um 6,6 % Im Vorjahr erwartet das Institut für den Euroraum 2021 ein Wachstum von 4,3 %, 2022 könnte das Wachstum 3,6 % betragen. Nach dem durch die Pandemie bedingten Einbruch im Vorjahr sollte die Weltwirtschaft mit Raten von 5,3 % bzw. 4,0 % wieder kräftig expandieren.

Konsumausgaben

Im Vorjahr sind die Konsumausgaben der privaten Haushalte in Österreich um knapp 10 % zurückgegangen. Kontaktbeschränkungen und Geschäftsschließungen haben zu diesem Einbruch geführt, zusätzlich dürfte die hohe Unsicherheit die Ausgabenbereitschaft der Haushalte gedämpft haben. Aufgrund der staatlichen Hilfsmaßnahmen blieb die Entwicklung der verfügbaren Einkommen relativ robust und die Sparquote stieg auf 14,5 %. Mit den Lockerungen und der Verbesserung der Gesundheitssituation sollte der private Konsum im Jahresverlauf zu einem Treiber des Wachstums werden. Teile der unfreiwillig gebildeten Ersparnisse werden dann wohl ausgegeben werden. Somit erwartet das Institut für das laufende Jahr einen Zuwachs der privaten Konsumausgaben um 4,5 %.

Die positive Konsumdynamik dürfte sich im kommenden Jahr mit wieder 4,5 % fortsetzen. Die Sparquote wird in beiden Prognosejahren merklich fallen.

Anlageinvestitionen

Vor dem Hintergrund des historischen Einbruchs der Wirtschaftsleistung haben sich die Anlageinvestitionen mit einem Rückgang um knapp 5 % im vergangenen Jahr vergleichsweise robust entwickelt. Getrieben vom Aufschwung in der internationalen Industriekonjunktur und gestützt von den Fördermaßnahmen der Regierung sollte die Investitionstätigkeit der Unternehmen wieder merklich steigen. Im Jahr 2021 dürften die Anlageinvestitionen um 2,7 % zulegen. Dabei werden die Ausrüstungen (3,4 %) etwas schneller als die Bauten (2,0 %) zulegen. Im kommenden Jahr sollte das Expansions-tempo bei den Anlageinvestitionen auf knapp 5 % anziehen (Ausrüstungen 6,6 %, Bauten 3,0 %).

Wichtige Prognoseergebnisse

Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent

	2020	2021	2022
Bruttoinlandsprodukt, real	-6,6	2,6	4,3
Privater Konsum, real	-9,6	4,4	4,4
Bruttoinvestitionen, real	-5,9	2,7	5,4
Bruttoanlageninvestitionen, real	-4,9	2,7	4,9
Ausrüstungsinvestitionen, real	-6,2	3,4	6,6
Bauinvestitionen, real	-3,3	2,0	3,0
Inlandsnachfrage, real	-6,4	3,3	3,8
Exporte i. w. S., real	-10,4	6,8	7,2
Waren, real (laut VGR)	-6,9	7,8	4,0
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-39,5	-13,0	75,0
Importe i. w. S., real	-10,2	8,4	6,6
Waren, real (laut VGR)	-7,4	8,5	4,0
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-69,6	25,0	140,0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	-2,0	1,3	1,5
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ¹	9,9	9,3	8,5
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ¹	5,4	5,3	5,0
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	0,3	1,0	1,5
Preisindex des BIP	1,1	1,5	1,7
Verbraucherpreisindex	1,4	2,0	1,9
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP ²	-10,4	-6,6	-3,5
3-Monats-Euribor ³	-0,4	-0,5	-0,5
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen ¹	-0,3	-0,1	0,0

Globaler Warenhandel

Der globale Warenhandel hat sich nach seinem Einbruch im Frühling 2020 vollständig erholt und lag gegen Jahresende bereits wieder auf dem Vorjahresniveau. Aufgrund der robusten globalen Industriekonjunktur erwartet das Institut in den beiden Prognosejahren eine Expansion der globalen Warenströme um 7,0 % bzw. 3,5 %. Die österreichische Exportindustrie dürfte von den günstigen internationalen Rahmenbedingungen profitieren. Nach einem Rückgang um knapp 7 % im Vorjahr sollten die heimischen Güterexporte in diesem Jahr um 7,8 % und im nächsten Jahr um 4,0 % zulegen. Aufgrund des Ausfalls der Wintersaison wird für die Reiseverkehrsexporte nach dem Einbruch im Vorjahr ein weiterer Rückgang um 13,0 % erwartet. Mit der Verbesserung der

Gesundheitssituation sollten sich die Reiseverkehrsexporte wieder beleben und nächstes Jahr kräftig zulegen, jedoch noch nicht das Vorkrisenniveau erreichen. Laut Prognose werden damit die Exporte laut VGR um 6,8 % bzw. 7,2 % zulegen. Mit der Belebung von Binnennachfrage und Exporttätigkeit wird auch die Importnachfrage kräftig steigen. Für den Prognosezeitraum werden Zuwächse von 8,4% bzw. 6,6 % erwartet.

Inflationsrate

Im Jahresdurchschnitt 2020 hat die Inflationsrate 1,4 % betragen. Im Prognosezeitraum dürfte sich der Preisauftrieb beschleunigen. Für den Jahresdurchschnitt 2021 erwartet das Institut einen Anstieg der Verbraucherpreise um 2,0 %. Maßgeblich für den Preisanstieg ist die Entwicklung der Ener-

Wirtschaft

giepreise, teurer werden auch andere Rohstoffe. Von den Lohnstückkosten dürfte hingegen kein besonderer Preisdruck ausgehen. Für das Jahr 2022 wird eine Inflationsrate von 1,9 % erwartet. Damit sollte das Inflationsdifferenzial zum Euroraum rund einen halben Prozentpunkt betragen.

Arbeitsmarkt

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie haben deutliche Spuren am Arbeitsmarkt hinterlassen. Im Jahresdurchschnitt 2020 ist die Arbeitslosenquote auf knapp 10 % gestiegen. Einen noch kräftigeren Anstieg hat die Corona-Kurzarbeit verhindert. Mit der Belebung der wirtschaftlichen Aktivität dürfte die Beschäftigungsnachfrage anziehen und die Arbeitslosigkeit auch bei Auslaufen der Corona-Kurzarbeit wieder sinken. Für den Jahresdurchschnitt 2021 wird eine Arbeitslosenquote von 9,3 % erwartet. Im Jahr 2022 könnte die Arbeitslosenquote auf 8,5 % fallen, sie läge damit aber immer noch deutlich über dem Vorkrisenniveau. Die kräftige Ausweitung der Budgetmittel für aktive Arbeitsmarktpolitik sollte der Verfestigung von Arbeitslosigkeit entgegenwirken.

Öffentliche Haushalte

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird von der Corona-Krise und ihren Folgen dominiert. Die äußerst umfangreichen fiskalpolitischen Stützungsmaßnahmen sind zwar notwendig, stellen aber eine enorme Belastung für das Budget dar. Bei der exakten Abschätzung der Höhe des Budgetdefizits besteht weiterhin beträchtliche Unsicherheit. Im vergangenen Jahr dürfte das gesamtstaatliche Defizit 10,4 % betragen haben. Aufgrund der besseren wirtschaftlichen Lage und geringeren staatlichen Stützungsmaßnahmen sollte die Defizitquote im heurigen Jahr auf 6,6 % zurückgehen. Für das kommende Jahr wird gegenwärtig von einem Defizit von 3,5 % des BIP ausgegangen. Mit dem Auslaufen der Krise sollte eine umfassende wirtschaftspolitische Strategie entwickelt werden, um die Budgetpolitik wieder auf einen nachhaltigen Pfad zu bringen und Wachstumspotenziale zu heben. Im Rahmen einer solchen Strategie sind Struktur-reformen und Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele notwendig.

Prognoserisiken

Die Prognoserisiken sind weiterhin hoch. Das gewichtigste Risiko bleibt die Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Corona-

Pandemie. Persistent hohe Infektionszahlen, etwa durch eine stockende Impfausrollung oder ein Überhandnehmen infektiöserer Virusmutationen, würden den Erholungsprozess verzögern. Ein weiterhin hohes Niveau an Zwangs- und Vorsichtssparen könnte den Konsumerholungsprozess abschwächen. Weiters ist nach der Einstellung der Unterstützungsmaßnahmen eine verzögerte Konkurswelle nicht auszuschließen. Hysteresis-Effekte am Arbeitsmarkt würden den Erholungsprozess stärker als erwartet in die Länge ziehen. Allerdings bestehen auch Aufwärtsrisiken. So hat sich der Welthandel deutlich besser entwickelt als noch in der letzten Prognose erwartet und könnte künftig stärker anziehen als erwartet. Die in der Krise deutlich gestiegenen Ersparnisse der privaten Haushalte könnten im Prognosezeitraum in zusätzliche Konsumnachfrage umgesetzt werden.

Wird Wirtschaftsleistung in Österreich doch merklich langsamer zulegen?

Gegeben durch die aktuell steigenden Infektionszahlen, könnte die Wirtschaftsleistung in Österreich doch merklich langsamer zulegen als erwartet. Das Institut geht in dieser Prognose davon aus, daß mit den schrittweisen Lockerungen und den günstigen internationalen Rahmenbedingungen die Wirtschaft bereits im zweiten Quartal wieder merklich wächst. Verzögert sich die Belebung der Wirtschaft, etwa aufgrund eines neuerlichen harten Lockdowns im April, würde das Wirtschaftswachstum laut Einschätzung des Instituts 2,0 % statt 2,6 % betragen. Während ein stärkerer internationaler Konjunkturaufschwung gemeinsam mit einer sinkenden Sparquote ein Aufwärtsrisiko für die heimische Wirtschaft bildet, würde ein durch die Pandemie bedingtes Ausbleiben von Lockerungen im Tourismus die Wirtschaft spürbar belasten. Eine zügige und effektive Überführung der „Next Generation EU“-Mittel in konkrete Projekte zählt zu den aufwärts gerichteten Risiken.

IHS – Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Forschung im Interesse der Gesellschaft

Es gibt einen hohen Bedarf, große gesellschaftliche Fragen der Gegenwart und Zu-

kunft evidenzbasiert zu analysieren und wissenschaftlich und methodisch fundierte Antworten zu geben, die unabhängig und objektiv sind.

Das IHS ist ein außeruniversitäres, in Europa stark sichtbares und gut vernetztes, wirtschafts- und sozialwissenschaftliches Forschungszentrum, das im Dialog mit Politik und Wissenschaft Fragestellungen entwickelt und sowohl wissenschaftliche als auch politikrelevante Beiträge liefert. Seine WissenschaftlerInnen arbeiten anwendungsorientiert an Fragestellungen, die an aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen ausgerichtet sind und die künftige politikrelevante Themenstellungen antizipieren.

Insbesondere privatwirtschaftliche Beratungsunternehmen haben nicht die Möglichkeit und Expertise, diese unabhängige Forschungsarbeit auf hohem Niveau anzubieten. Umgekehrt kann universitäre Forschung nicht immer die nötige Bündelung und disziplinenübergreifende Forschung bieten, die dafür benötigt wird.

Strategische Leitvorstellungen

- Das IHS vereint wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Disziplinen unter einem Dach und organisiert seine Forschung in thematisch ausgerichteten, agilen Forschungseinheiten. Es ist ein zuverlässiger, unabhängiger Partner für Politik und Gesellschaft und erbringt politikrelevante und wissenschaftlich fundierte Expertise in ausgewählten längerfristigen Themen.
- Das IHS leistet einen entscheidenden Beitrag zur scientific literacy Österreichs durch die Ausbildung von künftigen LeistungsträgerInnen in Gesellschaft, Wissenschaft sowie im öffentlichen und im privaten Bereich. Ein besonderer Schwerpunkt besteht dabei in der innovativen Methodenentwicklung.
- Das IHS besitzt eine hohe Reputation für seine Forschung und ist österreichische Drehscheibe des internationalen wissenschaftlichen Diskurses, indem es international renommierte GastprofessorInnen nach Österreich bringt. Zugleich nimmt das IHS Brückenfunktion zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik ein. ■

<https://www.ihs.ac.at/>



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES
Vienna

Qualität und Regionalität werden wichtiger

Einkaufsverhalten 2020: Mengen und Ausgaben im Lebensmitteleinzelhandel angewachsen

Die Marktdaten aus dem RollAMA-Haushaltspanel für das vergangene Jahr liegen vor: Sowohl Einkaufsmengen als auch Ausgaben im Lebensmitteleinzelhandel legten kräftig zu. Eine begleitende Motivanalyse zeigt, daß regionale Produkte an Bedeutung gewinnen und das Qualitätsbewusstsein steigt.

Für das Haushaltspanel der AMA werden die Einkäufe von Fleisch und Geflügel, Wurst, Milch und Milchprodukten, Käse, Obst, Gemüse, Erdäpfeln, Eiern, Tiefkühlprodukten, Obst- und Gemüsekonserven sowie Fertiggerichten aufgezeichnet. Brot und Gebäck sind im Panel nicht enthalten. Alle erfaßten Warengruppen konnten im vergangenen Jahr kräftig zulegen.

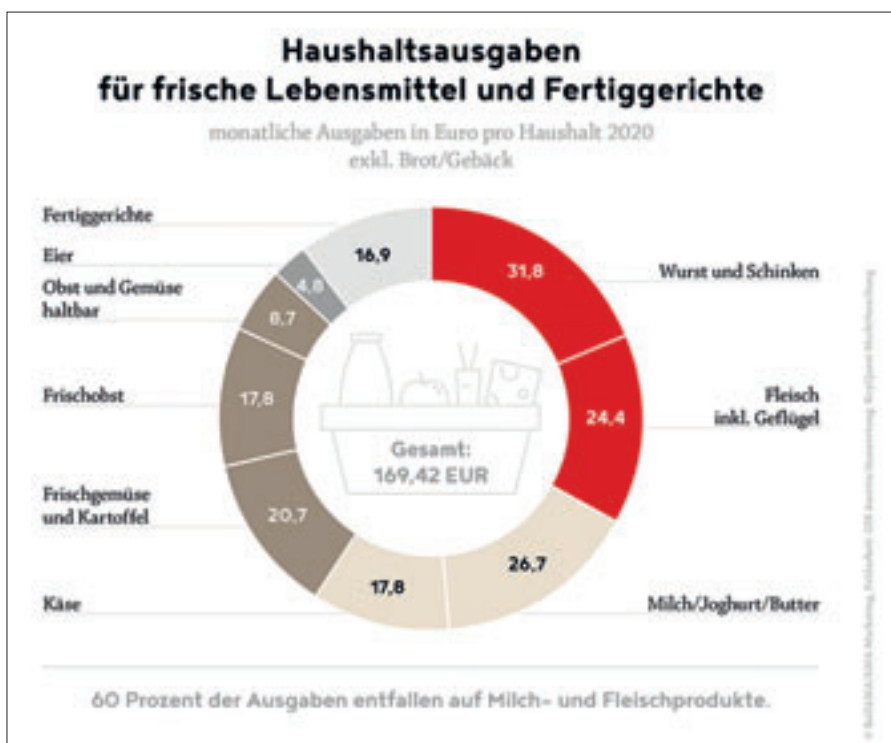
Gegenüber 2019 verzeichnen der klassische Lebensmitteleinzelhandel (LEH), die Diskonter und weitere Einkaufsquellen wie Bäcker, Fleischer, Märkte oder Zustelldienste wertmäßige Zuwächse von 14 %. Die stärksten Steigerungen gab es im zweiten und im vierten Quartal. Auch mengenmäßig haben alle erfaßten Warengruppen zugelegt, im Mittel um knapp 10 %.

Mehr beim Bauern

Auch die Direktvermarktung und der Fachhandel profitieren von der außergewöhnlichen Einkaufs- und Konsumsituation. Die Umsätze der Fleischhauer nahmen um 16 % zu, direkt beim Bauern gaben die Haushalte um 24 % mehr aus als im Jahr davor. Auch der Einkauf auf dem Bauernmarkt war 2020 beliebt. Frischmilch und Eier werden besonders häufig beim bäuerlichen Direktvermarkter gekauft, gefolgt von Erdäpfeln und Speck.

Kohlgemüse ist der Jahreshit 2020

Betrachtet man die Steigerungsraten der einzelnen Warengruppen im Detail, zeigt sich, daß länger haltbare Produkte besonders gepunktet haben. Ein ungeahntes Revival feierten im vergangenen Jahr alle Arten von Kohlgemüse. Gemüsekonserven, Pilze, Fertiggerichte und Tiefkühl Obst legten mengenmäßig um mehr als 20 % zu.



20 Euro mehr pro Haushalt und Monat

Die durchschnittlichen Haushaltsausgaben für Frischeprodukte ohne Brot und Gebäck und Fertiggerichte lagen 2020 bei 170 Euro pro Monat. Der wertmäßig größte Anteil entfällt auf Wurst und Schinken, gefolgt von Milch, Joghurt und Butter. Platz drei nimmt die Warengruppe Fleisch inklusive Geflügel ein, 10 % werden für Käse ausgegeben. Obst und Gemüse machen gemeinsam knapp ein Viertel der Ausgaben aus.

2020 gaben die Haushalte durchschnittlich rund 20 Euro mehr pro Monat im Lebensmitteleinzelhandel aus als in den Jahren davor. Besonders gestiegen sind die Ausgaben für Fertiggerichte, Frischgemüse und -obst, Fleisch, Wurst und Schinken sowie für frische Milchprodukte.

Aktionsanteil sinkt, Bio-Anteil steigt

Der Anteil jener Lebensmittel, die in Aktion gekauft wurden, ist 2020 leicht gesunken. Den höchsten Aktionsanteil zeigen Fertiggerichte sowie Fleisch und Wurst. Am wenigsten stark werden Eier rabattiert.

Trotz der teilweise wohl angespannten finanziellen Situation stiegen die Bio-Anteile kontinuierlich an und erreichten mit 10 % erstmals einen zweistelligen Wert. Dazu Michael Blaß, Geschäftsführer der AMA-Marketing: „Wir werten das als Zeichen für ein gesteigertes Qualitätsbewusstsein der Konsumenten. Offenbar haben sich viele in den letzten Monaten intensiver mit ihrer Ernährung auseinandergesetzt und Bio-Erzeugnisse dabei als Produkte ihrer Wahl entdeckt.“

10 % mehr bei Milch und Milchprodukten

Die weiße Palette der Milchprodukte schaffte im vergangenen Jahr ein Mengenplus von 9 % und einen wertmäßigen Zuwachs von 15,6 %. Bis auf Frischmilch haben alle Produktgruppen zugelegt. Der Rückgang bei der Frischmilch erklärt sich durch den Abtausch gegen länger haltbare ESL-Milch. „Das spiegelt einen schon länger zu beobachtenden Trend wider, der 2020 noch verstärkt wurde. Viele Konsumenten wollten in Zeiten von Corona weniger oft einkaufen

Wirtschaft

gehen. Länger haltbare Milch bedient dieses Bedürfnis“, interpretiert Blass. Daß vergangenes Jahr mehr gekocht wurde – wahrscheinlich auch traditionelle Gerichte – läßt sich aus dem Zuwachs bei Butter und beim kleinen, aber interessanten Segment Butter-schmalz mit einem Plus von 30 % ablesen.

Käse im langjährigen Aufwärtstrend

Käse genießt seit vielen Jahren zunehmend die Gunst der Konsumenten und im Jahr 2020 besonders. 10 % mehr wurden im vergangenen Jahr im Schnitt über alle Käsesorten eingekauft. Der Trend zu Convenience setzt sich fort. Der Anteil an fertig aufgeschnittenem und abgepacktem Käse stieg weiter, in Bedienung wurde weniger gekauft. „Das liegt am verstärkten Bedürfnis nach Hygiene beim Einkaufen. Teilweise waren die Feinkosttheken im ersten Lock-down auch geschlossen“, so die AMA.

Schnelle Fleischsorten punkten

Auch Fleisch landete öfter als in den Vorjahren im Einkaufswagen, und hier punkten vor allem jene Fleischsorten, die schnell beziehungsweise einfach zuzubereiten sind. Hühnerfleisch legte mengenmäßig um 18 % zu, Faschiertes um 11 %. Eier braucht man für viele Gerichte, sie haben von der außergewöhnlichen Situation im Jahr 2020 besonders profitiert.

Qualitätsbewußtsein steigt

Im November befragte die AMA 2.000 Konsumentinnen und Konsumenten über ihr

Einkaufsverhalten und ob oder wie es sich durch die Pandemie verändert hat. Gegenüber den letzten Motivanalysen im Jahr 2013 und 2017 gaben nun 59 % an, beim Einkauf von Lebensmitteln eher auf die Qualität als auf den Preis zu achten.

Die heimische und regionale Herkunft ist als Einkaufskriterium wichtiger geworden. Sie hat für zwei Drittel der Befragten an Bedeutung gewonnen. Frische, der Bezug direkt beim Bauern und hohe Qualität sind für jeden zweiten Teilnehmer der Studie entscheidend. Die geringere Einkaufshäufigkeit läßt die Kunden auf eine längere Haltbarkeit, die gute Erreichbarkeit des Geschäftes und eine große Auswahl an Fertiggerichten achten.

Lieblingsspeisen in der Dauerschleife

In den vergangenen Monaten wurde zwar mehr daheim gekocht, der Menüplan ist aber nicht unbedingt vielfältiger geworden. Das Gros der Haushalte bereitet zwischen fünf und 20 verschiedene Gerichte pro Monat als Hauptmahlzeit zu. 15 % kochen vielseitiger, 6 % begnügen sich mit weniger als fünf verschiedenen Gerichten.

Für sich alleine kocht man naturgemäß weit weniger aufwendig, ein Drittel der Einpersonenhaushalte kommt mit fünf bis zehn unterschiedlichen Gerichten kulinarisch durch einen Monat.

Wer keine Zeit zum Kochen hat, greift in die Tiefkühltruhe. Für rund die Hälfte der Befragten ist das Auftauen eines selbst gekochten Gerichtes oder eine kalte Mahlzeit

eine gute Alternative zum Kochen. Fertiggerichte bereiten 33 % zu, einen Lieferservice nutzen 19 %. Jeder zehnte Studienteilnehmer besteht auf eine Mahlzeit aus der eigenen Küche und nimmt sich immer Zeit zum Kochen.

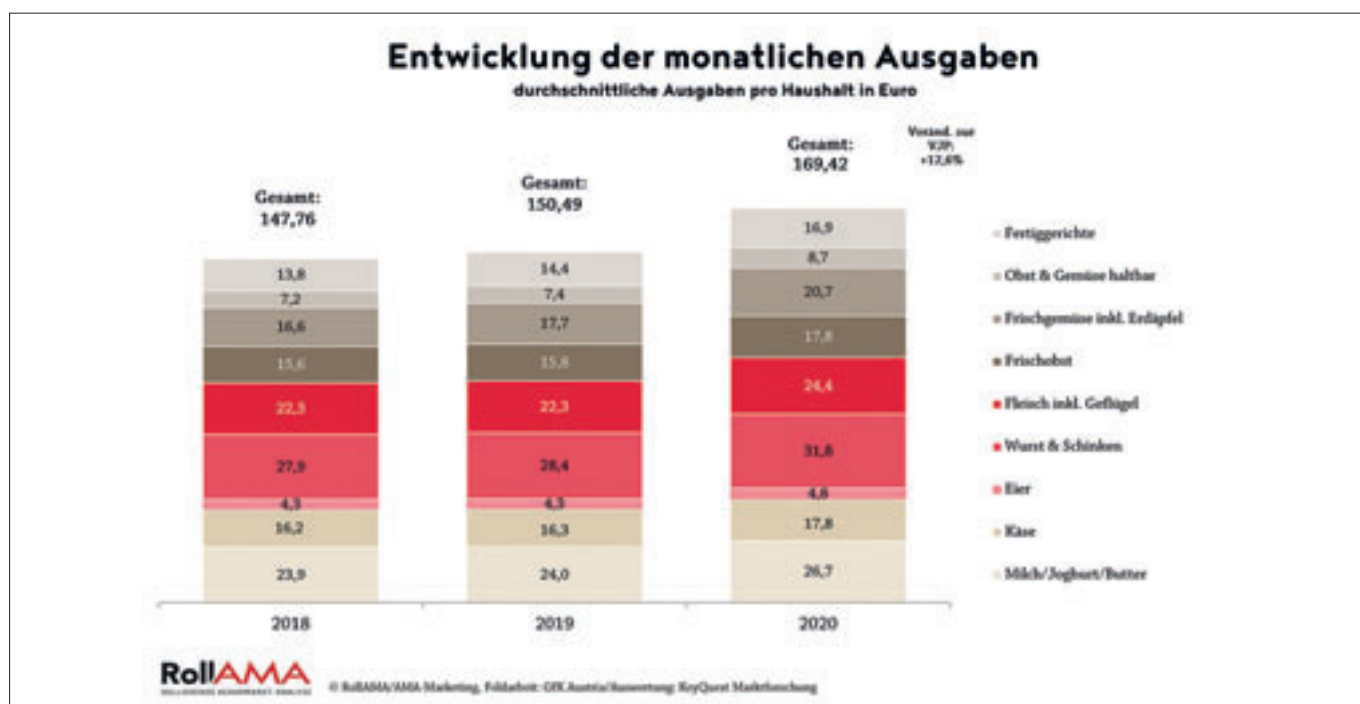
Hygiene: Gekommen, um zu bleiben

Eine Pandemie rückt den Wert früherer Selbstverständlichkeiten ins Bewußtsein vieler Menschen. Ein Drittel der Befragten möchte auch nach der Krise stärker auf Hygiene achten, ein Viertel heimische, regionale Lebensmittel kaufen. Freunde und Familie gewinnen an Bedeutung. Österreich legt als künftige Urlaubsdestination ebenso an Beliebtheit zu wie kleine, regionale Geschäfte. Rund 20 % nehmen sich vor, nach der Krise auf ihre Gesundheit und gesunde Ernährung zu achten sowie Sport zu betreiben.

Die RollAMA

Die RollAMA ist die rollierende Agrarmarktanalyse der AMA-Marketing in Zusammenarbeit mit der GfK und KeyQUEST Marktforschung. Basis ist das GfK-Haushaltspanel. Dabei führen 2.800 österreichische Haushalte Aufzeichnungen über ihre Einkäufe im Lebensmitteleinzelhandel (inkl. Hofer und Lidl). Die RollAMA-Daten umfassen die Warengruppen Fleisch und Geflügel, Wurst, Milch und Milchprodukte, Käse, Obst, Gemüse, Erdäpfel, Eier, Tiefkühlprodukte, Fertiggerichte, aber nicht Brot und Gebäck.

<https://amainfo.at/>



Österreichische CEOs so optimistisch wie nie zuvor

PwC Global CEO Survey 2021 zeigt weltweiten Rekord-Optimismus auf – vier von fünf CEOs in Österreich rechnen mit einem Anstieg des Weltwirtschaftswachstums

Die Zuversicht von CEOs weltweit nimmt wieder stark zu. Ein Jahr nach dem Covid-19 zur weltweiten Pandemie erklärt wurde und eine handfeste Krise auslöste, zeigt die 24. Global CEO Survey von PwC nun ein Rekord-Hoch des Optimismus. 76 % der mehr als 5.000 weltweit befragten CEOs glauben, daß sich das globale Wirtschaftswachstum im Jahr 2021 verbessern wird. Im Vorjahr lag dieser Anteil bei nur 22 %. Mit 79 % sind österreichische CEOs im Vergleich sogar noch um eine Spur optimistischer (Vorjahr: 12 %). An einen Rückgang des Weltwirtschaftswachstums glauben derzeit nur noch 14 % der weltweiten Top-Manager (Vorjahr: 53 %), in Österreich sind es sogar nur mehr 10 % (Vorjahr: 68 %).

„Obwohl die Auswirkungen der Pandemie in unserer Vorjahresstudie noch nicht abzusehen waren, zeigten sich österreichische CEOs damals schon pessimistisch, noch gar nicht wissend, welche Herausforderungen ihnen 2020 bringen würde. Es tut gut zu sehen, daß Vorstände hierzulande nach einem derart schwierigen Jahr wieder neuen Optimismus fassen und an den Aufschwung glauben“, so Peter Perktold, CEO und Senior Partner bei PwC Österreich. „Viele Prognosen sprechen mittlerweile auch für eine solche positive Grundhaltung, die Erholung in Österreich werden wir aber nicht in allen Branchen in gleicher Qualität und Geschwindigkeit sehen.“

Vertrauen österreichischer CEOs ins eigene Umsatzwachstum wächst

Zuversicht äußern CEOs hierzulande auch dann, wenn es um das Umsatzwachstum ihres eigenen Unternehmens geht. Ganze 92 % gaben an, sehr zuversichtlich (40 %) bzw. zuversichtlich (52 %) zu sein, daß ihr Unternehmen 2021 ein Wachstum verzeichnen wird. Damit steigt die Wachstumserwartung österreichischer Unternehmer nicht nur gegenüber dem Vorjahr deutlich an (73 %), sondern überholt im Vergleich auch Nachbarland Deutschland (81 %) sowie den europäischen (83 %) und globalen Durchschnitt (85 %). Beim Dreijahresausblick verdichtet



Foto: PwC Österreich

Peter Perktold, CEO und Senior Partner bei PwC Österreich

sich diese Zuversicht: sogar 95 % der österreichischen CEOs glauben dann an ein Umsatzwachstum ihres Unternehmens – und damit mehr als im europäischen (90 %) und globalen (89 %) Vergleich.

Eine Analyse auf globaler Ebene zeigt jedoch große Unterschiede in der Wachstumserwartung nach Branchen. CEOs aus dem Technologie- bzw. Telekommunikationssektor sind zu 45 % bzw. 43 % „sehr zuversichtlich“, im Jahr 2021 ein Umsatzwachstum in ihrem Unternehmen erzielen zu können. Am wenigsten optimistisch zeigen sich hingegen CEOs weltweit in den Branchen Transport und Logistik (29 %) sowie im Gastgewerbe und Freizeitsektor (27 %).

Deutschland mit Abstand wichtigster Markt für österreichische Unternehmen

Als wichtigsten Wachstumsmarkt für die nächsten zwölf Monate wählen CEOs weltweit erneut die USA an erster Stelle (35 %). Damit konnten sie ihre Führungsposition gegenüber China (28 %) nach einer Annäherung im Jahr 2020 wieder ausbauen (Vergleich 2020: USA 30 %, China 29 %). Für Österreichs CEOs ist mit großem Vorsprung weiterhin unser Nachbarland Deutschland

(76 %) der attraktivste Markt, gefolgt von den USA (36 %) und China (33 %).

Mehr Sorge vor Überregulierung und Cyber-Angriffen als vor Pandemien

Während im internationalen Vergleich Pandemien und Gesundheitskrisen aktuell zu den größten von CEOs wahrgenommenen Bedrohungen zählen (global: 52 %; EU: 45 %; US: 46 %; China: 41 %), scheinen österreichische Top-Manager bereits besser mit der Pandemie umzugehen und zu kalkulieren (14 %). Viel mehr Sorge bereiten hierzulande Überregulierungen (38 %), gefolgt von Cyber-Bedrohungen (26 %), Populismus (21 %) sowie das Fehlen und die Verfügbarkeit wichtiger Schlüsselkompetenzen (21 %).

„Wie unsere Studienergebnisse zeigen, sehen die meisten heimischen CEOs die Auswirkungen der Pandemie nicht mehr als entscheidende Bedrohung für ihr Unternehmenswachstum. Vielmehr steht in Österreich mit der staatlichen Überregulierung traditionellerweise ein bekanntes Thema an der Spitze der größten Herausforderungen. Zudem rückt aber auch die Sorge vor Cyberkriminalität gerade in letzter Zeit immer stärker in den Fokus“, so Peter Perktold.

Wirtschaft

Zunehmend besorgt zeigen sich CEOs auch wegen möglicher Unsicherheiten in der Steuerpolitik sowie der Verbreitung von Falschinformationen (28 %, gegenüber 16 % im Jahr 2020), die zu einem Rückgang des Vertrauens in der Gesellschaft beiträgt.

„CEOs stehen vor zwei grundlegenden Herausforderungen. Einerseits, wie sie Vertrauen bei ihren diversen Stakeholdern aufbauen können, deren Erwartungen an Unternehmen höher sind als je zuvor. Andererseits, wie sie ihre Unternehmen anpassen und nachhaltige Ergebnisse liefern, in einem Umfeld, das sich in rasantem Tempo verändert. Unternehmen, denen das gelingt, werden stärker, widerstandsfähiger und produktiver aus der Pandemie hervorgehen und auch besser in der Lage sein, künftigen Disruptionen standzuhalten“, so Peter Perktold.

Erfolgsfaktor Digitalisierung steigert Investitionsbereitschaft

Die Covid-19-Krise zeigt Auswirkungen auf die langfristigen Investitionen vieler Unternehmen in den kommenden drei Jahren. So möchten 57 % der CEOs in Österreich vermehrt in die digitale Transformation ihres Unternehmens investieren. Dabei liegt Österreich über dem globalen Durchschnitt von 49 %. Als einen der wichtigsten Faktoren für die Zukunftsfähigkeit Österreichs nannten die befragten CEOs zudem eine adäquate digitale Infrastruktur (62 %).

Österreichische CEOs ambivalent in Klimafragen

Für immer mehr CEOs stellt der Klimawandel eine Bedrohung für das eigene Unternehmen dar: 30 % teilen diese Sorge, im Vorjahr waren es noch 24 %. In Österreich sind es unverändert 14 % der CEOs. Dies mag darin begründet liegen, daß der Klimawandel im Vergleich zu anderen Bedrohungen wie der Pandemie, Überregulierung und Cyber-Bedrohungen zu wenig als unmittelbare Bedrohung für das Wachstum wahrgenommen wird.

Ein positiver Trend zeichnet sich ab zur Klimaberichterstattung: Unter österreichischen CEOs sind sich 74 % sicher, daß Unternehmen künftig ihre Auswirkungen auf die Umwelt besser messen müssen – global sind nur 39 % der CEOs dieser Meinung. Gleichzeitig sprechen sich 43 % der befragten CEOs weltweit für eine bessere Berichterstattung über Umwelt- und Klimathemen in ihrem Unternehmen aus, in Österreich sind es sogar 67 %. Während 60 % der CEOs weltweit Klimarisiken noch nicht in ihr strategi-

sches Risikomanagement einbeziehen, ist dies in Österreich zumindest nur bei 31 % der CEOs der Fall. „Obwohl Österreich in vielen Klima-Belangen deutlich vor dem globalen Durchschnitt liegt, planen derzeit nur 19 % der österreichischen CEOs signifikante Investitionen in Nachhaltigkeitsinitiativen (global: 23 %). Hier ist ein negativer Effekt durch die Pandemie zu erkennen, die Prioritäten hierzulande zumindest kurzfristig verschoben hat“, kommentiert Perktold.

Über PwC

Vertrauen in der Gesellschaft aufbauen und wichtige Probleme lösen – das sehen wir bei PwC als unsere Aufgabe. Wir sind ein Netzwerk von Mitgliedsunternehmen in 155 Ländern. Mehr als 284.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erbringen weltweit qualitativ hochwertige Leistungen im Bereich Wirtschaftsprüfung, Steuer- und Rechtsberatung und Unternehmensberatung. ■

<https://www.pwc.at/>

OeNB-Inflationsprognose für 2021

1,7 Prozent höher als im Dezember 2020 – Verbraucherpreisindex bildet Qualitätsänderungen bei Produkten korrekt ab

Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) erwartet in ihrer jüngsten Inflationsprognose für Österreich im Jahr 2021 eine am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) gemessene Inflationsrate von 1,7 %. Trotz verschärfter Anti-Corona-Maßnahmen wurde die aktuelle Prognose gegenüber der Projektion vom Dezember 2020 um 0,3 Prozentpunkte nach oben revidiert. Im Rahmen des Schwerpunktthemas wird die Berücksichtigung von Qualitätsänderungen bei der Erstellung des Verbraucherpreisindex analysiert. An Produktbeispielen zeigt sich, daß die Qualitätsbereinigung der österreichischen Verbraucherpreisindizes keine systematischen Messfehler verursacht.

Anstieg der Inflation auf 1,7 Prozent – leicht höher als zuletzt erwartet

Laut der OeNB-Inflationsprognose vom März 2021 wird die HVPI-Inflationsrate im Jahr 2021 1,7 % betragen. Damit liegt die Projektion um 0,3 Prozentpunkte höher als im Dezember 2020. Verantwortlich dafür sind vor allem die höheren Terminnotierungen für Rohöl. Für die Jahre 2022 und 2023 bleibt die aktuelle Prognose der OeNB bei Inflationsraten von jeweils 1,7 %. Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflationsrate geht von 2,0 % im Jahr 2020 auf 1,4 % im Jahr 2021 deutlich zurück, da sich die aufgrund der Pandemie notwendigen Eindämmungsmaßnahmen vor allem auf Industriegüter ohne Energie und Dienstleistungen inflationsdämpfend auswirken. Mit der wirtschaftlichen Erholung steigt die Kerninflationsrate in den Jahren 2022 und 2023 wieder auf jeweils knapp 2,0 % an.

Die österreichische HVPI-Inflationsrate

ist von 1,8 % im Juli 2020 auf 1,4 % im Februar 2021 zurückgegangen. Im März 2021 betrug die HVPI-Inflationsrate laut Schnellschätzung von Statistik Austria 2,0 %. Gemäß Statistik Austria ist die markante Beschleunigung der Inflationsrate von Februar auf März 2021 vor allem auf einen Anstieg der Rohölpreise zurückzuführen. Die bis Februar 2021 vorliegenden Detailergebnisse zeigen einen deutlichen Rückgang der ohne Energie und Nahrungsmittel berechneten Kerninflationsrate von 2,7 % im Juli 2020 auf 1,6 % im Februar 2021. Aufgrund des zweiten und dritten Lockdowns und den damit einhergehenden Geschäftsschließungen mußte in den letzten Monaten bis zu einem Viertel der im Warenkorb enthaltenen Produktpreise fortgeschrieben werden. Vor allem die zuletzt veröffentlichten Inflationsraten in den Bereichen Gastgewerbe und Beherbergung sowie Freizeit- und Kulturdienstleistungen sind daher mit Vorsicht zu interpretieren.

Veränderung des Inflationsabstandes zwischen Österreich und Deutschland durch Sonderfaktoren bedingt

Im Vorjahr lag die österreichische HVPI-Inflation mit 1,4 % noch um einen Prozentpunkt über der deutschen HVPI-Inflation. Anfang 2021 hat sich der Inflationsabstand aufgrund des drastischen Inflationsanstiegs in Deutschland in die entgegengesetzte Richtung gedreht. Die deutsche Teuerungsrate legte von -0,7 % im Dezember 2020 auf +1,6 % im Jänner 2021 zu, während die österreichische HVPI-Inflation im selben Zeitraum von 1,0 % auf 1,1 Prozent anstieg.

<http://www.oenb.at/>

Zentrum Bad Gasteins kehrt zur Blütezeit zurück

Bauarbeiten am historischen Gebäudeensemble
Straubingerplatz – Fertigstellung 2023

Im Herzen von Bad Gastein haben die Bau- und Renovierungsarbeiten für das historische Gebäudeensemble am Straubingerplatz begonnen – angesichts der langen Vorgeschichte ein historischer Schritt. Es entstehen zwei Hotels im Vier- und Fünfstern-Segment sowie ein Geschäft mit Eventflächen. „Nach den ‚goldenen Zeiten‘ folgte eine lange Phase des Stillstandes. Jetzt geht es wieder bergauf“, so Landeshauptmann Wilfried Haslauer über das grüne Licht für den Umbau des früheren Hotels Straubinger, des ehemaligen Badeschlusses und des alten Postamts.

„Damit wird ein neues Kapitel für das Ortszentrum von Bad Gastein aufgeschlagen. Ein erster großer Schritt wurde mit der Unterzeichnung des Vertrages gemacht, nun folgt mit der Präsentation der Umsetzung der nächste Meilenstein. Ich bin zuversichtlich, daß in absehbarer Zeit am Straubingerplatz



Foto: Land Salzburg / Sophie Huber-Lachner

Landeshauptmann Wilfried Haslauer beim am 24. Februar 2021 Online Informationsgespräch zum Thema „Bad Gasteiner Ortszentrum wird wiederbelebt“.

die ersten Gäste in diesen traditionsreichen Häusern begrüßt werden können“, betont der Landeshauptmann. Das Land Salzburg hatte auf seine Initiative die drei historischen Gebäude 2017 vorübergehend erworben, um sie

nach nur einem Jahr im Herbst 2018 an die Hirmer-Gruppe zu verkaufen, die konkrete Pläne für das Ensemble vorlegte. Diese werden nun nach Vorlage aller Genehmigungen umgesetzt.



Foto: maxsteinbauer.com / Bearbeitung: BWM

Der Kur- und Wintersportort Bad Gastein im Gasteinertal gehört zu den Gemeinden des Nationalparks Hohe Tauern

Zwei Jahre Bauzeit

Nach Abschluß der denkmal-, bau- und gewerbebehördlichen Verfahren liegen nun alle Bescheide vor. Im Frühjahr beginnen nach der bereits angelaufenen Entkernung der Bestandsgebäude die Bauarbeiten für den Zubau sowie die Instandsetzung im Hotel Straubinger. Die Eröffnung des Gebäudeensembles ist für 2023 geplant.

Steinbauer: Optimistisch in die Zukunft

Beim Projekt Straubingerplatz sind sich alle Entscheidungsträger einig. „Sowohl die Beschlüsse in der Gemeindevertretung als auch die Empfehlungen des Gestaltungsbeirates fielen einstimmig. Es gab keine Einwände der Anrainer. Vom Bundesdenkmalamt kam die Ermunterung, „das Ortsbild neu zu denken“. Genau das tun wir“, unterstreicht Bad Gasteins Bürgermeister Gerhard Steinbauer.

2017 als Wendepunkt

Das Hotel Straubinger wurde 1999 aus einer Konkursmasse, das ehemalige Postgebäude und das Badeschloß ein Jahr später vom Bund an Franz Duval verkauft. 2004 erwarb Duval zusätzlich das Haus Austria und das Kongresshaus. „Im Zentrum von Bad Gastein herrschte für rund 20 Jahre Stillstand, der durch den Ankauf durch das Land Salzburg im November 2017 durchbrochen wurde. Es war die Initialzündung für die weitere Entwicklung im Zentrum“, so der Bad Gasteiner Ortschef.

Für die Bad Gasteiner

Kerngedanke der Planungen war, den Straubingerplatz auch für die Bad Gasteiner wieder zu einem Ort der Begegnung zu machen. So werden die Restaurants und Bars der Hotels sowie der Concept Store in der Alten Post auch für externe Gäste zugänglich sein. Daniel Eickworth, Geschäftsführer der Hirmer Immobilien, zu den Bauplänen: „Das Projekt in Bad Gastein liegt uns besonders am Herzen und umso intensiver haben wir uns mit den Plänen für die aufwendige Revitalisierung der Gebäude befaßt. Mit dem nun verabschiedeten Ergebnis sind wir sehr zufrieden und vor allem dankbar für die Unterstützung, die wir vom Land Salzburg erhalten haben.“

Hody: Neubeginn für mondänen Bädertourismus

Die Revitalisierung des Ensembles im Zentrum von Bad Gastein ist für Landeskonservatorin Eva Hody vom Bundesdenkmal-



Foto: Hans Schubert

Das Ensemble Straubingerplatz mit dem 340 Meter abfallenden Gasteiner Wasserfall

amt der Neubeginn für eines der bemerkenswertesten Zeugnisse des mondänen Kurtourismus. „Die drei denkmalgeschützten Gebäude aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg waren durch ihren fortschreitenden Niedergang eine Belastung für das gesamte historische Zentrum des Weltkurortes und eine dauernde Mahnung, welche fatalen Folgen fehlende Nutzung und mangelnde Wartung selbst für baulich intakte Gebäude haben können“, so Hody und sie fügt hinzu: „Das Projekt ermöglicht das Wiederaufleben der drei bedeutenden Baudenkmale und eines der traditionsreichsten touristischen Zentren des Landes.“

Arbeiten mit den Schichten der Vergangenheit

BWM Architekten sind als Generalplaner für Sanierung, Interior Design und Neubau des am pittoresken Gasteiner Wasserfall ge-

legenen Ensembles bestehend aus Hotel Straubinger, Badeschloß und Alte Post zuständig. Die künftigen Hotels, auf Vier-Sterne-Superior- und Fünf-Sterne-Niveau, sollen den Straubingerplatz für Gäste und die lokale Bevölkerung gleichermaßen wieder als beliebten Ortskern etablieren. Das Hotelkonzept des Wiener Architekturbüros, das auf eine lange Liste erfolgreich umgesetzter Hospitality-Projekte zurückblicken kann, ist entsprechend offen angelegt und größer gefaßt als rein die zu gestaltenden 13.000m².

Sensibler Umgang mit denkmalgeschützter Architektur.

Das zwischen 1791 und 1888 erbaute Ensemble Hotel Straubinger, Badeschloß und Alte Post, prägt seit jeher das Zentrum des beliebten Kurortes Bad Gastein und steht unter Denkmalschutz. „Arbeiten mit den Schichten der Vergangenheit“, so lautet das oberste

Wirtschaft

Gestaltungsprinzip von BWM Architekten für die Neugestaltung des Straubingerplatzes. „Unseren planerischen Gedanken geht auch immer eine genaue historische Analyse voran – frei nach Adolf Loos – man kann alles verändern, wenn man weiß, was man verändert“, führt BWM-Architekt Erich Bernard aus. Bei der Revitalisierung der denkmalgeschützten Gebäude ist ein äußerst sensibler Umgang mit der Substanz gefordert. Jegliche Arbeiten erfolgen in Kooperation mit dem Bundesdenkmalamt sowie in Abstimmung mit der Gemeinde. „Für uns ist es wichtig, mit den Spuren zu arbeiten und Schichten der Vergangenheit und nicht gegen sie. Denn von ihnen geht der Charme aus und der besondere Reiz, der alte Gebäude auch so anziehend macht und ihnen einen besonderen Wert verleiht,“ erklärt Bernard weiter.

Rendering: BWM Architekten



Bild oben: Voransicht des Hotel-Ensembles inklusive Zubau

Bild links: Bei der Revitalisierung der denkmalgeschützten Gebäude am Straubingerplatz ist ein äußerst sensibler Umgang mit der Substanz gefordert. Jegliche Arbeiten erfolgen in Kooperation mit dem Bundesdenkmalamt sowie in Abstimmung mit der Gemeinde.

Geboren aus den Facetten der Vergangenheit.

Mit viel Expertise, Behutsamkeit und Herzblut werden die direkt am Wasserfall gelegenen Hotels renoviert und nach Abschluss der Bauphase – geplante Fertigstellung 2023 – unter der Marke der Travel Charme Hotels & Resorts eröffnet. Gemeinsam mit moodley brand identity wurde eine Markenphilosophie für das Ensemble entwickelt. Benannt nach der legendären Gasteiner Familie soll das neue Hotel Straubinger dem ehemaligen Grandhotel eine Hommage erweisen und wird geboren aus den Facetten seiner Vergangenheit, zu neuer Größe erweckt – es besticht durch zurückhaltende Eleganz und eine bewegende Grandezza. Im angrenzenden Badeschloß wird gleichsam die Geschichte zelebriert und mit der Badekultur kokettiert – ein lebendiger, gemeinschaftlicher Ort soll entstehen.

Über das reine Gebäude hinausgedacht ...

BWM Architekten haben ein offenes Hotelkonzept entwickelt, das die Gebäude in ihrer Einzigartigkeit und dennoch als Ensemble berücksichtigt, ebenso wie die Alte Post als offen konzipiertes Haus und den Straubingerplatz an sich. Mitten im Zentrum kann hier ein lebendiger Ortskern – für Gäste wie für die lokale Bevölkerung gleich-



Foto: Hans Schubert

Wirtschaft

ermaßen – etabliert werden. BMW kleiden nicht nur die rund 13.000 m² umfassende Bestandsfläche in ein neues Design, sondern denken weit über das reine Gebäude hinaus und möchten den Straubingerplatz in seiner Gesamtheit mit neuem Leben erfüllen und wieder zu jenem lebendigen Herzstück von Gastein machen, das er einmal war.

Dem Bestand verbunden.

In den nur knapp 50 Zimmern des Hotel Straubinger geht es darum die Geschichte zu bewahren und mit neuen Elementen würdig zu ergänzen. Im Sinne eines „Neuen Luxus“ wird mit besonderen Reizen und der Authentizität des historischen Bestandes gearbeitet, die den Ort einzigartig machen. Die Patina an den historischen Wänden, die Original-Türen und andere erhaltene Bauteile sind wertvolle Spuren, die vorsichtig ergänzt werden, um aktuellen Normen und Anforderungen zu genügen. Die Gesamtkomposition der Farben und des Lichtes im Raum ist inspiriert von Farb- und Lichtimpressionen historischer Ölgemälde, ein ausdrucksstarkes Spiel aus Hell und Dunkel in tiefen kräftigen Tönen ist das Ergebnis. Der Bestand wird größtmöglich erhalten und wirkt als wäre er bis zu einer gedachten ‚Benutzungsline‘ wie in dunkle Ölfarbe getaucht, darüber hinaus bleibt er unangetastet. Die Allgemeinbereiche wie Restaurant und Bar laden in der offen gehaltenen Erdgeschoß-Zone mit dem eindrucksvollen, historischen Saal interne wie externe Gäste ein.

Ein Bad, in dem man auch schlafen kann ...

Das kosmopolitisch ausgerichtete Badeschloß wird final rund 100 Zimmer beheimaten. „Ein Bad, in dem man auch schlafen kann“, so das Konzept für die limitierte Anzahl an Zimmern im Bestandsgebäude. Dies wird in unterschiedlichen Szenarien rund um Badewanne bzw. Dusche umgesetzt und bestimmt derart die Raumatmosphäre – jeder Besuch verspricht ein neues Erlebnis zu werden, vor allem da keines der Zimmer im Bestandsgebäude dem Anderen gleicht. Durch zusätzliche Angebote rund ums Baden wird das eigene Zimmer kurzerhand in ein Private Spa verwandelt.

Wer es gerne geselliger hat, der läßt sich am Rooftop-Spa des neuen Zubaus verwöhnen. Die Zimmer hier bestechen durch ihre Einfachheit und ihren einzigartigen Ausblick, der Gemeinschaftsgedanke, die Community steht im Vordergrund, entsprechend ausgerichtet wurde auch das Angebot. Aber auch hier gibt es das eine oder andere High-



Foto: Hans Schubert

Das neue Hotel Straubinger soll dem ehemaligen Grandhotel eine Hommage erweisen – hier im Bild das ehemalige Foyer.

light, eine Badewanne mit Panoramablick, sozusagen im „Schau“-Fenster.

In der Lobby fließen die einzelnen Bereiche wie Restaurant, Bar oder Kiosk harmonisch ineinander – das entspricht einem zwanglosen Lifestyle, einem inspirierenden Miteinander und ist auf ein aufgeschlossenes Publikum aller Altersgruppen abgestimmt. Die Alte Post im Erdgeschoß ist als Concept Store konzipiert.

In die Landschaft hinausschwimmen ...

Am Straubingerplatz wird nicht nur innen aus-, sondern auch außen zugebaut. Beim Hotel Straubinger wird über dem ursprünglichen Thermal-Bädertrakt auf der Westseite eine neue Pool-Landschaft errichtet, mit Blick über das Gasteiner Tal, in dem man gleichsam „in die Landschaft hinausschwimmen“ kann – mit dem Rauschen des neben gelegenen Wasserfall als Untermalung. Eine ideale Ergänzung zum großzügig geplanten Spa-Bereich.

Der Baukörper im Anschluß an das Haus Straubingerplatz 1 kann in seiner Struktur oberhalb der neuen Poolterrasse nicht erhalten werden und wird entsprechend neu geplant, als leichter Glasvorbau mit vorgesetzter Lamellenfassade in den beiden oberen Geschoßen.

„Durch die großflächige Verglasung ist der Baukörper zum Tal hin geöffnet, den Gästen bietet sich ein freier Blick auf die umliegende Landschaft. Die vorgesetzten Holzlamellen wiederum verhindern unerwünschte Einblicke, sodaß die Intimität der Räume gewährleistet bleibt“, erklärt Markus Kaplan,

BWM Architekten. Ganz nebenbei wird mit dieser Neugestaltung auch die ursprüngliche Fuge zwischen Hotel Straubinger und Haus Straubingerplatz 1 wieder geöffnet, die erst Anfang des 20. Jahrhunderts baulich geschlossen wurde.

Neu erschlossen

Das Badeschloß soll gesamt gut 100 Zimmer beheimaten und erfährt entsprechend eine Erweiterung – ein schlanker Zubau wird hinter dem bestehenden Gebäude, an den Hang gelehnt, errichtet. „Die Fassade wurde als zweischalige, gefärbte Betonkonstruktion geplant. Durch die unterschiedlichen Stärken der Schalen wird ein lebendiges Fassadenbild und ein reliefartiger Charakter erzeugt, welcher sich in die alpine Kulisse eingliedert“, führt BWM Architekt Markus Kaplan aus. Dieses Prinzip wird auch in der unterschiedlichen Ausgestaltung der Fenster weitergeführt – ornamentartige Geländer sowie je ein Fenster pro Einheit setzen in Messing gehalten echte Glanzlichter am sonst felsartigen Baukörper. Als Zierelement über die Fassade hinausragende Außenfenster in den oberen Geschoßen fungieren als Auslage und inszenieren mittels im Fenster platzierter Badewannen das Thema „Badekultur“ auch nach außen. Als sprichwörtlich krönender Abschluß entsteht am Dach ein Infinity-Pool, dessen Einstieg als Glas-Kristall der Kulisse entsprechend würdig in Szene gesetzt wird. ■

<https://salzburg.gv.at/>

<https://www.bad-gastein.at/>

<https://bwm.at/>

Sternenparkregion Oberösterreich

Naturpark Attersee-Traunsee: Bemühungen gegen Lichtverschmutzung bekommen höchstmögliche internationale Auszeichnung – Wichtiger Impuls für den Astrotourismus im Salzkammergut



Foto: Peter Oberramsmayr

Diese faszinierender Aufnahme zeigt das Hölleengebirge und Weißenbach am Attersee (Gemeinde Steinbach am Attersee).

Als erstes Bundesland hat Oberösterreich ein eigenes Meßnetz für die Lichtverschmutzung installiert, eine eigene Leitlinie für den öffentlichen Bereich geschaffen und erstmals wurden in Pilotgemeinden auch konkrete Maßnahmen zur Verringerung der Lichtverschmutzung umgesetzt. Nun ist mit der Zertifizierung durch die Dark-Sky Association des Naturparks Attersee-Traunsee zum ersten offiziellen österreichischen Sternenpark (Dark Sky Park) die Vorreiterrolle Oberösterreichs beim Schutz des Nachthimmels untermauert worden. Ein Sternenpark ist ein Licht- und Landschaftsschutzgebiet, in dem die nächtliche Dunkelheit und die natürliche Nachtlandschaft als Schutzgut gelten und diese vor Lichtverschmutzung bestmöglich geschützt sein sollen. Erreicht wird dies mit ausgeklügelten Licht-Management-Plänen

und teilweiser Umrüstung bei Straßen- und Außenbeleuchtung auf den Sternenparkflächen der fünf Naturpark-Gemeinden Altmünster, Steinbach am Attersee, Weyregg am Attersee, Schörfling am Attersee und Aurach am Hongar.

„Mit der ersten österreichischen Sternenpark-Zertifizierung wird das gemeinsame an einem Strang ziehen von Gemeinden, Naturpark, Universität Wien und Umweltressort des Landes OÖ mit der höchsten Auszeichnung belohnt, wenn es um Bemühungen zum Schutz unseres wunderschönen Nachthimmels geht. Wenn wir die Lichtverschmutzung weiter eindämmen, können wir einen gesunden Lebensraum für Mensch und Tier sowie die eindrucksvolle Nachtlandschaft bestmöglich erhalten. Seit vielen Jahren berät und unterstützt das Land Oberösterreich die Ge-

meinden und sensibilisiert bei einem großen Problem, das vielen nicht oder noch zu wenig bewußt ist. Unser Ziel muß aber sein, daß wir schädliche Licht- und auch Energieverschwendung schrittweise verringern“, so Klimalandesrat Stefan Kaineder, der sich bei den BürgermeisterInnen des Naturparks Attersee-Traunsee und dem Naturpark für das große Engagement bedankt und die Zertifizierung mit einem großen Fest im Sommer oder Herbst feiern möchte.

Der Weg zum ersten Sternenpark Österreichs

Seit 2014 wird der Nachthimmel in Oberösterreich dokumentiert. Das Oö. Lichtmessnetz der Abteilung Umweltschutz erfaßt dabei an 24 Stationen den Helligkeitsverlauf jeder Nacht. Und dabei kam es rasch zu be-

Chronik

eindruckenden Ergebnissen, die wissenschaftlich ausgewertet wurden. Der an die Universitätssternwarte Wien, Institut für Astrophysik in Auftrag gegebene wissenschaftliche Bericht „Langzeitmessungen der Nachthimmelselligkeit und Möglichkeiten für Nachthimmels-Schutzgebiete in Oberösterreich“ kommt im Oktober 2017 zum Schluß, „...daß es in Oberösterreich noch Nachthimmel gibt, die den strengsten Kriterien für ‚Dark Sky Parks‘ auf internationaler Ebene genügen. Diese Gebiete bieten ein einzigartiges Kulturgut für die Menschheit und sollten deshalb unbedingt geschützt werden.“

Die International Dark Sky Association, Zertifizierungsstelle für Sterneparks

Die International Dark Sky Association in Tucson, Arizona, USA wurde 1988 mit dem Ziel des Schutzes der natürlichen Nachthimmel für gegenwärtige und zukünftige Generationen gegründet. Sie ist weltweit für ihre Kampagnen gegen Lichtverschmutzung federführend und steht daher stetig in engem Kontakt mit der Öffentlichkeit, Stadtplanern, Legislativen, Beleuchtungsherstellern, Parks und vielen mehr. Im Jahr 2001 führte die IDA das „International Dark Sky Places“-Programm ein. Dieses nennt unter anderen Dark Sky Parks, jene Kategorie, für die eine Zertifizierung in OÖ angestrebt wurde.

International Dark Sky Park

International Dark Sky Parks sind unter Naturschutz stehende öffentliche oder private Landflächen, die eine bestimmte Dunkelheit erreichen, eine rücksichtsvolle Außenbeleuchtung garantieren und Öffentlichkeitsarbeit für Besucher anbieten. Der Nachthimmel in diesem Gebiet muß folgende Voraussetzungen erfüllen:

- die Milchstraße ist mit dem bloßen Auge leicht erkennbar,
- in der Nähe befinden sich keine künstlichen Lichtquellen, die signifikant aufscheinen und
- jegliche vorhandenen Lichtkuppeln sind nur sehr beschränkt und nahe des Horizonts sichtbar.

Naturpark Attersee-Traunsee mit guten Voraussetzungen

Als aussichtsreichstes Gebiet für einen Sternepark hat sich der Naturpark Attersee-Traunsee gezeigt. Neben der geforderten Nachthimmelsqualität bietet der Naturpark durch das ausgewiesene zusammenhängende Schutzgebiet die Grundvoraussetzungen für einen Sternepark. Um den stark fragmentierten Naturpark wurde eine einhüllende Grenze inklusive dem Gemeindegebiet von Steinbach am Attersee gezogen und ein Sterneparkgebiet von rund 106 km² geschaffen. Die Naturparkgemeinden Altmün-

ster, Aurach am Hongar, Schörfling, Steinbach am Attersee und Weyregg am Attersee unterstützen das vom Land Oberösterreich initiierte Projekt und mit einem im Gemeinderat für verbindlich erklärten Licht-Management-Plan. Dieser legt unter anderem fest, daß

- Kunstlicht in der Nacht nur dort und dann zum Einsatz kommt, wo und wann es nötig ist,
- Außenbeleuchtungen mit über 500 Lumen vollkommen abgeschirmt sind,
- Leuchtmittel eine warmweiße Farbtemperatur von 3.000 Kelvin nicht übersteigen und
- Werbe- und Schilderbeleuchtungen an die Vorgaben der International Dark Sky Association abgestimmt werden.

Erstmalig bei einem Dark Sky Park der IDA ist ein Ortszentrum – in diesem Fall jenes der Gemeinde Steinbach am Attersee – Teil eines Sterneparks. Entscheidend zu diesem Gelingen war die bereits zuvor vom Land Oberösterreich unterstützte Umstellung zur Beleuchtungsmustergemeinde.

Nach umfangreichen Vorarbeiten wurde der Ende November 2020 eingereichte Zertifizierungsantrag nun genehmigt. Der Sternepark Attersee-Traunsee gehört nun zur Gruppe von derzeit 92 Dark Sky Parks weltweit und ist der erste in Österreich.



Foto: Johannes Horvath

Die Gahbergkapelle auf dem Gipfel des steil abfallenden Gahberges in der Gemeinde Weyregg am Attersee im Bezirk Vöcklabruck

Chronik

Aktivitäten, Management und Ausblick

Bereits in Kürze werden Veranstaltungen zum Thema Sternenhimmel und Nachtlandschaft im Sternpark angeboten. Fachliche Unterstützung dazu kommt auch von der Sternwarte Gahberg des Astronomischen Arbeitskreises Salzkammergut, die von Beginn an Projektpartner ist. Das Sternpark-Management übernimmt der Naturpark Attersee-Traunsee.

Neben der Astronomie spürt längst auch die Tierwelt aber auch die Gesundheit von uns Menschen mancherorts die Auswirkungen der zunehmenden Lichtverschmutzung. Der Sternpark Attersee-Traunsee soll zeigen, wie wichtig eine dunkle Nacht für Mensch und Natur ist. Er soll aber auch Anregung für weitere Gebiete sein, die noch über einen dunklen Nachthimmel verfügen und dieses beeindruckende Naturphänomen schützen wollen.

Sternpark-Gemeinde Steinbach am Attersee

Die Bürgermeisterin der Atterseegemeinde Steinbach, Nicole Eder, freut sich über die Zertifizierung zum ersten Sternpark Österreichs und ist motiviert, die zukünftigen Herausforderungen weiterhin aktiv voranzutreiben: „Die Lichtverschmutzung noch weiter zu reduzieren, das ist nun unsere Aufgabe. Für dieses heute noch viel zu wenig beachtete Thema die Speerspitze sein zu dürfen und um möglichst viele Regionen und Gemeinden zum Umdenken und Umrüsten anregen zu können, erfüllt mich mit Freude und Stolz.“

Für den Naturpark Attersee-Traunsee, aber auch für die Tourismusregion Attersee-Attergau und besonders für das Bergsteigerdorf Steinbach am Attersee stellt der Sternpark ein stimmiges Alleinstellungsmerkmal sowie ein sanftes touristisches Angebot für die Gäste dar und bringt touristische Wertschöpfung für die ansässigen Betriebe. „So können wir das Nützliche mit dem Notwendigen verbinden und dem Schutz der Fauna und Flora und allen Bewohnerinnen und Bewohnern unserer Region gerecht werden“, so Bürgermeisterin Eder.

„Es ist hier etwas Großartiges entstanden und mein großer Dank gebührt dem Land OÖ, unserem Landeshauptmann Thomas Stelzer und Landesrat Stefan Kaineder. Aber vor allem den Sternpark-Pionieren Heribert Kaineder und Prof. Thomas Posch, die leider beide zu früh verstorben sind. Ihre Vision eines zertifizierten Lichtschutzgebietes ist nun Realität geworden. Ohne diese bei-



Foto: Naturpark Attersee Traunsee

„Vom Armleuchter zum Nachtschwärmer“ – Naturvermittlung im Naturpark

den Vordenker hätten wir das nie erreicht“, so Eder abschließend.

Sternpark-Gemeinde Altmünster am Traunsee

Auch die Bürgermeisterin der Traunseegemeinde Altmünster, Nationalrätin Elisabeth Feichtinger ist begeistert: „Ich freue mich, daß wir in Altmünster mit der Umsetzung des Sternparks zur Reduzierung der Lichtverschmutzung Vorreiter in Österreich sein konnten. Das ist ein erstes Projekt, bei dem wir ein Zeichen setzen konnten. Wir werden aber auch bei der schrittweisen Umstellung der Straßenbeleuchtung im restlichen Gemeindegebiet auf die Eindämmung der Lichtverschmutzung achten. Es sind alle Gemeinden, die sich die Reduzierung der Lichtemissionen vor Ort gerne ansehen möchten, herzlich eingeladen, unseren Ortsteil Reindlmühl bei Nacht zu besuchen. Der Sternpark ist ein echter Gewinn für unsere Gemeinde.“

Naturpark Attersee-Traunsee

„Wir freuen uns sehr, daß die Region des Naturparks Attersee-Traunsee nun als erster Sternpark Österreichs zertifiziert ist. Das weithin bekannte Sternpark-Motto ‚Carpe diem – protege noctem‘ steht sehr bildlich für die Ausrichtung als Natur- und Sternpark. Am Tag „schützen und nützen, erleben und begreifen“ wir die lebensraum- und artenreiche bäuerliche Kulturlandschaft des Naturparks und in der Nacht bewahren wir durch sorgsame Lichtnutzung die Funktionalität der Nachtnatur. Dafür können wir uns eines tiefen, klaren Blickes in den Sternenhimmel erfreuen“, so der Naturpark-Mana-

ger Clemens Schnaitl, der auch mit dem Angebot an Naturerlebnisführungen wie „vom Armleuchter zum Nachtschwärmer – Licht aus bis zum Ende der Nacht“ mehr Bewusstsein für den Lebensraum Nachtnatur schaffen möchte. „Sehr wichtig ist mir, daß mit diesem Kultur- und Schutzgut sorgsam und verantwortlich umgegangen wird. Daher möchten wir BesucherInnen des Sternparks ersuchen, die Regeln für ein „Respektvolles Miteinander im Sternpark“ einzuhalten“, so Schnaitl abschließend.

Naturpark-Obmann Prof. Hans Mitten-dorfer: „Eine Landschaft mit gepflegten Wiesen, rauschenden Bächen, stillen Wäldern, erhält nun das Zertifikat des dunklen, ungetrübten Nachthimmels. Der Naturpark Attersee-Traunsee wird auch zum Sternpark. Ein Privileg, an dem nicht nur Bewohnerinnen und Bewohner, sondern auch Besucherinnen und Besucher teilhaben können. Eine große Chance und gleichzeitig Herausforderung für die Region. Privilegien, wie z.B. Natur oder Kultur zu genießen, Sportstätten in Reichweite zu haben, beinhalten immer auch Verhaltensregeln. Der Natur- und Sternpark auch, um das Herausragende der Landschaft und des Nachthimmels zu erhalten. Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter der Wiesen und Wälder, sowie den darin lebenden Tieren gebührt entsprechender Respekt.“ Wichtig ist dem Natur- und Sternpark-Verantwortlichen das Einhalten der Verhaltensregeln beim Besuchen des Sternparks, die auch auf der offiziellen Website abrufbar sind. ■

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/>
<https://www.naturpark-attersee-traunsee.at/>
<https://www.darksky.org/>

Lebensformen 2020

Statistik Austria: Ab 65 Jahren lebt jede dritte Person allein

2020 gab es in Österreich 3.988.000 Privathaushalte, darunter 2.346.000 Einfamilien- und 56.000 Mehrfamilienhaushalte. Insgesamt 1.506.000 Personen lebten allein. Weiters wurden auf Basis der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung von Statistik Austria 80.000 Nichtfamilien-Mehrpersonenhaushalte (z. B. Wohngemeinschaften) verzeichnet. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung in Privathaushalten lebten 79,4 % der Bevölkerung im Verband der Kernfamilie, 17,2 % lebten alleine, und 3,4 % wählten andere Formen des Zusammenlebens.

„Der Trend zu Einpersonenhaushalten hält an. Seit Mitte der 1980er-Jahre hat sich die Zahl nahezu verdoppelt. Aktuell leben mehr als 1,5 Millionen Menschen in Österreich allein, das ist mehr als jede sechste Person in Privathaushalten. Höher ist der Anteil der Einpersonenhaushalte unter Älteren: In der Altersgruppe 65+ lebt jede dritte Person allein“, so Statistik-Austria-Generaldirektor Tobias Thomas.

Mehr Haushalte – kleinere Haushaltsgrößen

Zwischen 1985 und 2020 stieg die Zahl der Privathaushalte in Österreich um 42,4 %

von 2.801.000 auf 3.988.000 an. Die Bevölkerung in Privathaushalten nahm in diesem Zeitraum jedoch nur um 17,2 % zu (1985: 7.481.000; 2020: 8.766.000). Somit geht die größere Zahl der Haushalte nur zum Teil auf das Bevölkerungswachstum zurück. Sie ist im Wesentlichen dadurch bedingt, daß sich die Zahl der Einpersonenhaushalte von 768.000 im Jahr 1985 auf 1.506.000 im Jahr 2020 nahezu verdoppelt hat (+96,0 %). Der Anteil der Alleinlebenden an der Bevölkerung in Privathaushalten erhöhte sich im selben Zeitraum von 10,3 % auf 17,2 %. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der Haushaltsgröße wider: Lebten im Jahr 1985 in einem Haushalt noch durchschnittlich 2,67 Personen, waren es 2020 nur noch 2,20 Personen.

Ein Drittel der Personen ab 65 lebt alleine

Über alle Altersgruppen hinweg lebten im Jahr 2020 knapp vier von fünf ÖsterreicherInnen (6.963.000 Personen bzw. 79,4 %) mit einer Partnerin oder einem Partner, als Elternteil oder Kind im Verband der Kernfamilie zusammen. Bei Personen bis zum Alter von 24 Jahren lebten sogar 94,7 % in einer Kernfamilie, wobei die meisten (90,9 %) noch

als Kind mit einem oder beiden Elternteilen zusammenlebten und erst 3,8 % eine eigene Familie gegründet hatten.

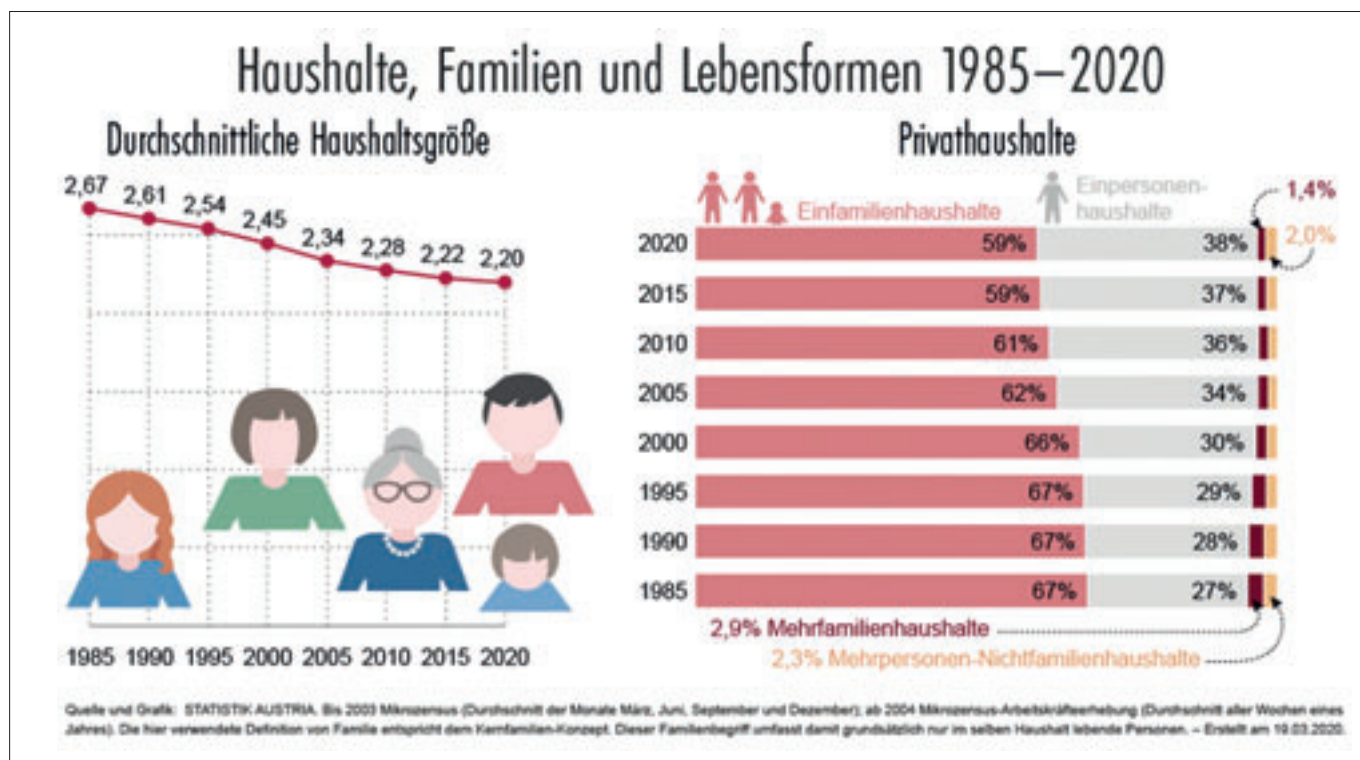
Die Zeit des Zusammenlebens als Elternteil mit Kindern konzentrierte sich vor allem auf die Altersgruppen von 35 bis 54 Jahren. In höherem Alter lebten immer mehr Menschen alleine: Ein Drittel (542.000 bzw. 33,1 %) der Personen ab 65 Jahren wohnte – oft bedingt durch Trennung oder Tod des Partners bzw. der Partnerin – ohne weitere Personen im Haushalt.

Eine (Kern-)Familie im Sinne der Familienstatistik bilden Ehepaare und Lebensgemeinschaften mit oder ohne (im gemeinsamen Haushalt lebenden) Kind(-ern) bzw. Ein-Eltern-Familien.

Kinder sind in der Definition der Familienstatistik alle mit ihren Eltern oder einem Elternteil im selben Haushalt lebenden leiblichen, Stief- oder Adoptivkinder, die ohne eigenen Partner bzw. eigene Partnerin im Haushalt leben und selbst noch keine Kinder haben – ohne Rücksicht auf das Alter.

Bei den hier präsentierten Ergebnissen handelt es sich um Daten aus dem Programm der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung. ■

<https://www.statistik.at/>



Finja als Botschafterin für ihre gefährdeten Artgenossen

Bei Eisbären-Mädchen Finja im Tiergarten Schönbrunn ist immer Action angesagt. Am liebsten planscht sie im Wasser, spielt ausgelassen oder wälzt sich solange im Rindenmulch, bis sie wie ein Schwarzbär aussieht. Für ihre Artgenossen in der Arktis sieht die Situation allerdings traurig aus. Um auf die Gefährdung der Eisbären aufmerksam zu machen, wurde am 27. Februar der Welteisbarentag ins Leben gerufen. „Finja ist eine tolle Botschafterin. Sie sensibilisiert uns für die Bedrohung der natürlichen Lebensräume ihrer Artgenossen in der Wildbahn“, ist Tiergartendirektor Stephan Hering-Hagenbeck überzeugt. „Jeder von uns kann seinen Beitrag dazu leisten, dieser bedrohlichen Entwicklung entgegenzuwirken.“ Viele Tipps wie Müllvermeidung und der sparsame Umgang mit Ressourcen gibt es im Besucherzentrum der Eisbärenwelt.

Durch den Klimawandel schmilzt das Packeis, das die Eisbären zum Jagen benötigen. Nur über das Packeis gelangen sie zu den Atemlöchern der Robben – ihrer Hauptnahrung. Schmilzt das Eis, gibt es auch weniger Nachwuchs. Denn lange Wasserwege trennen die Eisbären dann von einem möglichen



Foto: Schönbrunner Tiergarten / Daniel Zupanc

Finja beim Planschen im Schönbrunner Tiergarten

Partner. Hering-Hagenbeck: „Wir unterstützen die Organisation Polar Bears International dabei, die Lebensweise der Eisbären zu erforschen. Wir finanzieren den GPS-Sender eines Weibchens namens ‚Hope Vienna‘. Erfreulicherweise bewegt sich der Sender

aktuell nicht vom Fleck, weil das Weibchen in einer Schneehöhle ihre Jungen aufzieht. Schon bald wird sie jedoch mit ihrem Nachwuchs die Höhle verlassen, um auf die Jagd zu gehen.“

<https://www.zoovienna.at/>

Neues Buch über Weinbräuche in Österreich erschienen

Ein österreichisches Weinbuch, das von seiner Konzeption her Seltenheitswert hat, ist in der edition lex liszt 12 in Oberwart erschienen. Der Autor geleitet seine LeserInnen auf einer Reise von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart und läßt mit 287 Bildern das vielgestaltige Weinbrauchtum vor dem Auge der Betrachter lebendig werden. Erstmals bietet dieses Werk einen umfassenden Überblick über die Weinbräuche Österreichs in Vergangenheit und Gegenwart. Wie sehr die österreichische Weinwelt seit jeher von einer archaischen Sehnsucht nach Ritualen geprägt ist, wird in 50 Abschnitten eindrucksvoll dargestellt. Der Kulturhistoriker Johann Werfring hat im Zuge seiner Forschungen zahlreiche Quellen ausgewertet, viele Zeitzeugen befragt und nicht wenige Brauchtumsveranstaltungen persönlich vor Ort erkundet.

Das zum Teil im Verborgenen gepflegte Brauchtum birgt überraschende Facetten. Eine Anzahl von Bräuchen, die der Autor im Buch vorstellt, war der Allgemeinheit bislang völlig unbekannt. Die in den ersten Abschnitten vorgestellten Arbeits- und Festbräuche früherer Tage lassen heutige LeserInnen infolge ihrer originalen Ausprägungen staunen und –



© edition lex liszt 12

in nicht wenigen Fällen – auch schmunzeln. Pflanzte man früher in der Gegend südlich von Wien einen neuen Weingarten aus, so war es Sitte, sogar während der Arbeit an die Arbeitskräfte Wein auszuschenken. Den ganzen Tag über floß der Rebensaft in Strömen. Es hieß nämlich, daß „die Reben eingesoffen werden müssen, damit sie gut wachsen und viel tragen“. Auch in dem Weinviertler Ort Matzen gab es bei der Neuanlage eines Weingartens einen glücksverheißenden Brauch:

Dort vergrub man früher in der Ried eine Flasche Wein, die im Erdreich verblieb und nicht wieder ausgegraben wurde.

Rund um die Weinlese, zu deren Auftakt in den Weinorten Freudenschüsse abgefeuert, Fahnen gehißt und Kirchenglocken geläutet wurden, herrschte eine aus heutiger Sicht kaum noch vorstellbare Fröhlichkeit. Verschiedentlich wurden sowohl die Arbeit als auch der Transport des Ernteguts von Musik umrahmt, immer wieder ließen sich vergnügte Juchezzer vernehmen. Nach dem Abschneiden der letzten Traube gab es eine rituelle Verabschiedung aus dem Weingebirge. Die mit allerlei Zierrat aufgeputzte letzte Traubenfuhr wurde sodann mit Ziehharmonikaklängen „heimgespielt“.

Aufgespürt hat der Autor manch ein altes Brauchrelikt, das in einzelnen Weinbauorten aus der Zeit der Großväter und Urgroßmütter ins Handy- und Internetzeitalter herübergerettet wurde. Die akribischen Forschungen, die im Buch durchwegs leseflüssig umgesetzt sind, ermöglichen heutigen Weinbautreibenden auch eine Anknüpfung an frühere Traditionen.

<https://www.lexliszt12.at/>

Concours Mondial du Sauvignon

Top Ergebnisse für die Steirischen WinzerInnen beim Concours 2021 in Brüssel

Ein Jahr vergeht, an dem sich die Steirischen WinzerInnen nicht in die Siegerliste des Concours Mondial du Sauvignon eintragen. Die Verkostung wurde Anfang März in Corona konformer Organisation in Brüssel durchgeführt. Die Ergebnisse wurden am 18. März veröffentlicht. 1.200 Weine wurden zum diesjährigen Concours Mondial du Sauvignon eingereicht. Neben den Silber- und Goldmedaillen vergab der Wettbewerb Trophäen an Weine, die in ihrer Kategorie am höchsten bewertet wurden. Die Steirer holten sich neben zwei dieser Trophäen noch 20 Gold- und 28 Silbermedaillen.

Besonders ist dem Weingut Riegelnegg-Olwitschhof aus der Südsteiermark zu gratulieren: In der Kategorie Tonnellerie Sylvain Trophy (Oakd Sauvignon Revelation) erzielte Roland Riegelnegg mit seinem 2018 Sauvignon Blanc Ried Sernauberg Exzellenz, Südsteiermark DAC, die Trophäe als bester Barrique ausgebauter Sauvignon.

Einen weiteren Sieg für die Steiermark erlangte das Weingut Peter Skoff – Domäne Kranachberg aus der Südsteiermark. In der Kategorie Austria Revelation erzielte Peter Skoff mit seinem 2018 Sauvignon Blanc Ried Kranachberg, Südsteiermark DAC, die Trophäe als bester Sauvignon Österreichs.

Seit 2016 holen die Steirischen WinzerInnen jährlich Titel in die Steiermark:

- 2016 Weingut Muster.gamlitz (Gold Medal Revelation Sauvignon oakd)
- 2017 Weingut Skoff Walter (Denis Dubourdieu Trophäe)
- 2018 Weingut Kodolitsch (Denis Dubourdieu Trophäe) und Weingut Zweytick Ewald (Special Trophy sweet Sauvignon)
- 2019 Weingut Dreisiebner Stammhaus (Gold Revelation Trophy Sauvignon Blanc unoaked)
- 2020 Weingut Kratzer (Austria Revelation)

Warum Sauvignon Blanc?

Auf den steilen Hügeln der Steiermark im Herzen Europas findet der Sauvignon Blanc ideale Bedingungen vor. Knapp 902 Hektar sind in der West- und Südsteiermark sowie im Vulkanland Steiermark inzwischen mit dieser Rebsorte bestockt – eine Steigerung von über 200 Prozent in den vergangenen 15



Foto: Wein Steiermark | Josef Krassnig

v.l.: Kellermeister Roland Riegelnegg (Weingut Olwitschhof, Lage Sernauberg) mit Peter jun. und Markus Skoff (Weingut Peter Skoff, Domäne Kranachberg)



Foto: Wein Steiermark | Flora P.

Jahren. Bei internationalen Sauvignon-Verkostungen landen die feinsten steirischen VertreterInnen immer häufiger auf Spitzenplätzen. Einige der weltweit angesehensten Weinautoren haben die Sauvignon Blancs der Steiermark inzwischen in die Riege der besten trockenen Weißweine der Welt aufgenommen. Nach dem Motto „regional einkaufen“ finden Interessierte auf der Website alle Mitglieder und jene Weinbaubetriebe, bei denen Steirische Weine online bestellt werden können. Die neuen Weine und Siegerweine können online und Ab Hof bei den Winzern gekauft werden.

DAC Herkunftssystem Steiermark

Das DAC Herkunftssystem Steiermark steht für „Wein mit geschützter Herkunft“ und bietet herausragende Weine mit Ursprungsgarantie. Die steirischen DAC-Gebiete Südsteiermark DAC, Vulkanland DAC und Weststeiermark DAC waren die ersten

Gebiete Österreichs, in denen die Handlese der Trauben verpflichtend vorgeschrieben wurden und wo die Orts- und Riedenweine im Vordergrund stehen. Um Reife- und Entwicklungszeit zu garantieren, kommen Gebietsweine ab 1. März, Orts- und Riedenweine ab 1. Mai nach der Ernte auf den Markt. Steirische Weine werden oft in Hanglagen mit extremer Neigung geerntet. Über ein Viertel der Hanglagen weisen zwischen 40 und 70 Prozent Neigung aus, weitere 62 Prozent der Lagen haben über 26 Prozent Neigungswinkel. Das *Terroir der Steiermark* ist *singulär*: Das einmalige Zusammenspiel von Klima, Böden, Lagen und Beschaffenheit der Gegend ermöglicht es den WinzerInnen, unverwechselbare Weine mit ganz eigenem Charakter zu keltern.

Wein Steiermark

Der Verein Wein Steiermark dient der Zielsetzung, Maßnahmen zum Schutz und zur Absatzförderung von Steirischem Wein zu setzen. Der Steirische Wein und das DAC-Herkunftssystem werden im In- und Ausland vermarktet. Derzeit zählt der Verein rund 460 Mitgliedsbetriebe. Die Steirischen WinzerInnen bewirtschafteten aktuell 5.070 ha Weingartenfläche und produzieren 2020 gesamt 238.500 Hektoliter Wein. Damit hält die Steiermark mehr als 10 Prozent der gesamtösterreichischen Weinbaufläche. ■

<https://steiermark.wine/>

Destillata 2021

Siegerschnäpse der internationalen Edelbrand-Meisterschaft gekürt

Foto: Spezialitäten-Brennerei & Whisky Destillerie Liebl GmbH



Gold für die **Spezialitäten-Brennerei & Whisky Destillerie Liebl GmbH** im oberbayerischen Bad Kötzing

Die Prämierung der besten Edelbrenner aus dem In- und Ausland erfolgte heuer bereits zum 18. Mal. Insgesamt beteiligten sich 104 Betriebe aus sieben Nationen an der diesjährigen Edelbrand-Meisterschaft Destillata. Mit ihren Spirituosen stellten sie sich

dem Kräfteressen der Aromen und versuchten, die Destillata-Fachjury von ihren Qualitäten zu überzeugen. Dabei legten die Edelbrenner wieder jede Menge Kreativität an den Tag, denn der Vielfalt an Sorten sind scheinbar keine Grenzen gesetzt.

Der begehrte Titel „Edelbrenner des Jahres“ geht an die Spezialitäten-Brennerei Liebl aus Deutschland. Die Brennerei aus Bad Kötzing im Herzen des Bayrischen Waldes war heuer eine Klasse für sich und holte sich als Bester den Sieg „Edelbrenner des Jahres“ in

Foto: Jigal Fichtner Fotografie



Silber für die **Destillerie Franz Wild GbR** in Gengenbach im Ortenaukreis in Baden-Württemberg

Gastronomie & Kulinarisches

Gold. Auch der „Newcomer des Jahres“ kommt aus Deutschland. Die Schwarzwaldbrennerei Wild aus Gengenbach konnte hier die Jury eindeutig überzeugen und sicherte sich zugleich den Sieg „Edelbrenner des Jahres“ in Silber.

Die Bronzemedaille geht nach Österreich: Hier darf sich die Edelbrand- und Saftmanufaktur Semlitsch Naturprodukte aus Klöchl in der Steiermark über diese Auszeichnung freuen.

Von den Klassikern bis hin zum Trendprodukt Gin war alles zu finden. Österreich war mit 57 Betrieben bei der heurigen Destillata vertreten. Im Bundesländer-Ranking platzierte sich die Steiermark mit 70 Medaillen vor Niederösterreich mit 69 Medaillen. Der dritte Platz beim Medaillenspiegel ging an Tirol mit 63 Medaillen.

Vor allem eines erfreute die Veranstalter: Sogar aus Südamerika nahmen Edelbrenner teil, und so gingen bei der Destillata 2021 selbst Einreichungen aus Brasilien mit ins Rennen und dürfen sich über Auszeichnungen freuen.

Genußrends 2021

Das diesjährige Duell der Aromen hat gezeigt: Neben den klassischen Destillaten von Apfel, Birne, Marille und verschiedenen Beeren scheuen die Brenner nicht davor



Foto: Fotostudio Furgler

Errangen Bronze unter den „Destillieren des Jahres“: Gertrude und Franz Semlitsch

zurück, auch mit außergewöhnlichem Brennmaterial zu experimentieren. Die Edelbrenner setzen damit Jahr für Jahr wertvolle Akzente für die gesamte Branche. Großer Beliebtheit erfreut sich nach wie vor der Megatrend Gin. In der Bar- und Clubkultur ist insbesondere Gin Tonic in aller Munde, der heuer erstmals bei der Destillata verkostet wurde. Ein weiteres Novum war heuer die Bewertung nach dem 100-Punkte-Schema,

das eine noch detailliertere Beurteilung der Spirituosen und bessere Vergleichbarkeit ermöglicht.

Orientierungshilfe bei der Suche nach den besten Spirituosen bietet der Destillata-Online-Guide.

<https://destillata.at>

<https://brennerei-liebl.de/>

<https://www.wild-brennerei.de/>

<https://www.semlitsch-naturprodukte.at/>



Foto: Gerhard Rumpler

Bronze für Semlitsch Naturprodukte – Familie Semlitsch – im steirischen Klöchl, der „Perle des südoststeirischen Weinlands“

Kürbiskernöl-Prämierung 2021

Entgegen den Erwartungen: Corona konnte die Top-Leistungen nicht bremsen

Foto: LK-Stmk / Alexander Danner



v.l.: Präsident Franz Titschenbacher, Landesrat Johann Seitingner, Daniela Lienhart, Franz Labugger (Obmann Gemeinschaft Steirisches Kürbiskernöl g.g.A.), Gertraud Konrad und Paul Kiendler (Sprecher der Ölmüller in der Wirtschaftskammer)

Die aufgrund der Corona-Pandemie erschwerten Voraussetzungen konnten den Run auf den Kürbiskernöl-Qualitätswettbewerb nicht bremsen – im Gegenteil, die Landesprämierung 2021 zeitigte neue Rekorde. Von den 518 (+6) eingereichten Ölen wurden 459 (+31) oder rund 89 Prozent (+ 5 Prozent) ausgezeichnet. Damit wird die Spitze der Top-Leistungen höher und gleichzeitig breiter. Franz Titschenbacher, Präsident der Landwirtschaftskammer (LK) Steiermark: „Die Landesprämierung wird bei den Kürbiskernöl-Produzenten hochgeschätzt. Sie ist ein wesentlicher Impulsgeber dafür, die optimale und bestmögliche Kürbiskernöl-Qualität auf den Betrieben herzustellen. Dazu unterstützt die Landwirtschaftskammer die Produzenten durch gezielte Aus- und Weiterbildung.“

Durch Höherqualifizierung zum Kernölprofi

„Diese Spitzenleistungen sind die Früchte der jahrelangen Qualitätsoffensive der Landwirtschaftskammer für und mit den Kürbiskernöl-Produzenten“, unterstreicht Titschenbacher. Rund 1.300 KernölproduzentenInnen unterziehen sich seit Jahren Spezialschulungen, bei denen wichtige fachspezifische Themen wie Anbau, Sortenversuche Kulturpflege, Ernte, Waschen, Trocknen oder die Lagerung der Kerne umfassend erörtert werden. Zusätzlich ist die Landesprämierung eine wesentliche Qualitätsgarantie.

Landesrat Hans Seitingner hebt den hohen Stellenwert des Steirischen Kürbiskernöls g.g.A. hervor: „Unser Steirisches Kürbiskernöl steht für Genuß in Reinkultur und

höchste Qualität. Das ‚grüne Gold‘ ist ein Aushängeschild für unser Land und unterstreicht den hervorragenden Ruf der steirischen Kulinarik. Weltweit erfreuen sich immer mehr Menschen an dieser besonderen Spezialität. Mit ihrem Fleiß und Engagement sorgen die Bäuerinnen und Bauern dafür, daß die weiß-grüne-Banderole auch in Zukunft höchste Qualität aus der Steiermark sicherstellt.“

Gratulation: 20 Mal in Folge prämiert

Die jährliche Landesprämierung im Frühjahr und das Kürbiskernöl-Championat im Herbst sind besondere Höhepunkte für die Kürbiskernölproduzenten. Heuer führte die 100-köpfige Expertenjury vier Tage lang die sensorischen Tests hinsichtlich Farbe, Geschmack, Reintönigkeit und Konsistenz durch. Danach mußten die Öle auch den Labortest, der die Inhaltsstoffe überprüft, bestehen. Eine besondere Auszeichnung für außergewöhnliche Qualitätsleistungen ist auch die Rangliste der „20 in Folge prämierten Betriebe“. Erstmals aufgestiegen in diese Liga sind drei Kalsdorfer Familienbetriebe: Gertraud und Christian Konrad, Bettina und Friedrich Edelman sowie Erich und Daniela Lienhart.

Franz Labugger, Obmann der Gemeinschaft Steirisches Kürbiskernöl g.g.A., erwartet, daß die Kernlager im kommenden Herbst leer sein werden. „Daher treffen die Kernöl-Produzenten jetzt schon Vorsorge und werden die Anbaufläche schätzungsweise um etwa 15 Prozent ausweiten, um ausreichend Kürbiskernöl auf den Markt zu bringen.“ Das abgelaufene Kürbisbaujahr

2020 bezeichnet er, bezogen auf die Höhe der Kernerträge als durchschnittlich: „Teils waren Hagel und Niederschläge eine Herausforderung.“ Hinsichtlich der Qualität aber war das vergangene Kürbisjahr sehr gut. „Wir konnten eine sehr gute Kernqualität in die Flasche bringen. Das Kernöl des Anbaujahres 2020 ist außergewöhnlich geschmackvoll.“

Paul Kiendler, Sprecher der Ölmühlen in der Wirtschaftskammer erklärte: „Das bevorzugte Exportland aller tätigen Vermarkter ist Deutschland. Im Süden Deutschlands wird bereits gut verkauft, im Norden hingegen versucht man erst richtig Fuß zu fassen. In den Nördlichen EU-Staaten erfreut sich das Kürbiskernöl immer größerer Beliebtheit. Im Süden Europas ist es durch die Dominanz des Olivenöls für das Kürbiskernöl schwieriger zu reüssieren. In Spanien werden die ersten Versuche gemacht, Ölkürbis anzubauen. Wir müssen daher versuchen, auch dort unser „Steirisches Original“ zu verkaufen. In Amerika ist es noch keinem gelungen, größere Mengen abzusetzen. Alle für den Export Verantwortliche arbeiten aber daran. In Asien hingegen sind einige Anbieter sehr erfolgreich vertreten und das Kürbiskernöl ist ein Geheimtipp in der gehobenen Küche.“

Reinhold Zötsch, Geschäftsführer Gemeinschaft Steirisches Kürbiskernöl, sagte: „Trotz erschwelter Bedingungen durch die Covid-Krise erfolgte erstmals eine vollkommene digitalisierte Verkostung. Von der Erfassung und Codierung der eingereichten Öle über die Rückstandsanalyse im Labor, der Verkostung der Öle bis hin zur Erstellung des Prüfberichtes.“

<http://www.stmk.lko.at>

Hugo Portisch ist tot

Der »Geschichtslehrer der Nation« ist am
1. April im Alter von 94 Jahren verstorben.

Der am 19. Feber 1927 in Bratislava geborene Hugo Portisch hat mit seinen Analysen, Dokumentationen und bahnbrechenden Leistungen der Zeitgeschichte wie den ORF-Serien „Österreich I & II“ maßgeblich zu einem differenzierteren Selbstverständnis der Zweiten Republik beigetragen. Das Land und der ORF verlieren einen seiner klügsten Journalisten, Analytiker des Weltgeschehens und einen der vehementesten Proponenten für einen reformierten Rundfunk, ohne den die Institutionalisierung des unabhängigen Journalismus als wichtige demokratiepolitische Kontrollinstanz jahrelang Chimäre geblieben wäre.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen

„Mit Hugo Portisch ist ein herausragender Österreicher von uns gegangen. Er wird eine große Lücke in unserem Land hinterlassen“, sagte der Bundespräsident zum Tod von Hugo Portisch.

„Hugo Portisch war nicht nur Journalist, er war außerdem so etwas wie das ‚Geschichtsbuch‘ Österreichs. Alleine seine Reihen ‚Österreich I und Österreich II‘ haben das Geschichtsverständnis und das Selbstverständnis unseres Landes wesentlich geprägt. Seine Art zu berichten war packend und verständlich, ihm gelang die seltene Kunst, hochkomplexe Zusammenhänge klar und deutlich zu vermitteln. Portisch berichtete nicht einfach nur was war, er ließ Österreich seine Zeitgeschichte spüren“, betonte Van der Bellen.

„Was Hugo Portisch geschafft und geschaffen hat, wird uns allen erhalten bleiben. Er hat das Land, dessen Zeitgeschichte er vermittelte, auch aufgeklärt und damit nachhaltig geprägt“, schloß der Bundespräsident.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

„Hugo Portisch hat die Politik Österreichs und der Welt den Menschen ins Wohnzimmer geliefert“, sagte der Nationalratspräsident. „Er hat Politik so erklärt, daß sie jeder verstanden hat. Er hat komplexe Zusammenhänge so dargelegt, daß man auch klar gewußt hat, woran man ist, daß man abschätzen hat können, wie die Entwicklungen sind, und er hat in vielen Dingen recht



Foto: ORF

Hugo Portisch als Chefkommentator des ORF (1968).

bekommen, auch was die Entwicklung Europas betrifft.“ Es sei ein trauriger Tag für Österreich, einen solchen Mann verloren zu haben. „Er hat damit nicht nur den Journalismus in Österreich geprägt, sondern auch die Politik“, betonte Sobotka. „Österreich wird ihn vermissen. Unsere Gedanken sind bei den Angehörigen von Hugo Portisch.“

Außenminister Alexander Schallenberg

„Als glühender Europäer hat uns Hugo Portisch die Welt ins Wohnzimmer gebracht, der ‚Erklärer der Welt‘, der mit seiner Neugierde und seinem Trieb, hinter die Kulissen zu schauen, alle angesteckt hat. Gebannt saß ich als junger Bub vor dem Fernseher und habe nicht zuletzt durch ihn unsere Geschichte gelernt. Als Journalist hat er einen ganz wesentlichen Beitrag für die Entwicklung der österreichischen Medienlandschaft und eines unabhängigen und kritischen Journa-

lismus geleistet. Anständigkeit, Unbestechlichkeit, kritische Distanz ohne Selbstgefälligkeit, aber auch das Bewußtsein für Grundwerte wie Demokratie, Gewaltentrennung, Meinungsfreiheit, Menschenrechte und die Bedeutung internationaler Zusammenarbeit zeichneten ihn aus. Der Tod von Hugo Portisch hinterlasse eine Lücke, die nicht zu schließen sein werde. „Für all das, was er für unser Land geleistet hat, können wir ihm nicht genug danken. Mein tief empfundenes Beileid gilt seiner Familie und seinen Freunden.“

Bildungsminister Heinz Faßmann

Tief betroffen vom Ableben des ehemaligen Kurier-Chefredakteurs und ORF-Chefkommentator Hugo Portisch zeigte sich der Bildungsminister: „Neben seiner weltberühmten Bücherserie ‚So sah ich ...‘ werden die Fernsehserien „Österreich I“ und „Öster-

Personalia

reich II“ als *magnus opum* von Hugo Portisch uns allen in Erinnerung bleiben. Es gelang Portisch dabei eindrucksvoll, die Geschichte der ersten und der zweiten Republik anschaulich und packend zu erzählen und auch die schwierige historische Frage, wie die große Katastrophe des 20. Jahrhunderts, der Zweite Weltkrieg und der Holocaust, zustande kam und welche Rolle Österreich dabei spielte, zu beantworten. Mit großem Optimismus dokumentierte er auch das Werden der Zweiten Republik, die aus den Kriegstrümmern entstand und die von einer Generation aufgebaut wurde, die sich in der ersten Republik noch mit Waffengewalt bekämpfte. Hugo Portisch ist gegangen, sein Denken und seine Ansichten sind aber geblieben – als Vermächtnis und Mahnung zugleich.“

ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz

„Hugo Portisch war einer der bedeutendsten Journalisten in der Geschichte der Zweiten Republik und eine der prägendsten und wichtigsten Persönlichkeiten in der Geschichte des ORF. Für Millionen Österreicherinnen und Österreicher war er über Jahrzehnte der beste Vermittler von internationalen und historischen Zusammenhängen. Mit den großen Dokumentationsreihen ‚Österreich I & Österreich II‘ setzte er Maßstäbe für die Aufarbeitung der österreichischen Zeitgeschichte. In den letzten Jahren hat er ‚Österreich I & II‘ für ORF III überarbeitet und im Lichte der neuesten historischen Erkenntnisse aktualisiert. Bis zuletzt arbeitete er an einer Dokumentation über sein aktuelles Buch ‚Rußland und wir: Eine Beziehung mit Geschichte und Zukunft‘.“

Als Vater des ORF-Volksbegehrens hat Hugo Portisch die bis heute gültigen Grundlagen eines journalistisch unabhängigen ORF geschaffen und war durch seine Haltung und sein journalistisches Wirken Vorbild für viele Journalistengenerationen. Diese großen Verdienste machen Hugo Portisch unvergessen.“

Hugo Portisch

studierte in Rekordzeit Geschichte, Germanistik, Anglistik und Publizistik. Bereits 1948 begann er als Redaktionsassistent der „Wiener Tageszeitung“, zwei Jahre später wurde er Leiter der Außenpolitik. Nach einer Zwischenstation als Leiter des Österreichischen Informationsdienstes in New York begleitete Portisch in einem kurzen, aber historisch bedeutsamen Zeitraum Bundeskanzler Julius Raab als Pressesprecher bei Staatsbesuchen in den USA.



Foto: ORF

Hugo Portisch berichtet aus Prag (1968)...



Foto: ORF

... und aus Washington – er war immer und überall an den Brennpunkten des Geschehens.

1955 holte ihn Hans Dichand, damals Chefredakteur, als Stellvertreter in den neugegründeten „Kurier“. Nach Dichands Abgang aus der damals größten Tageszeitung wurde Portisch 1958 Chefredakteur.

Portisch war maßgeblicher Unterstützer des erfolgreichen Rundfunkvolksbegehrens 1964, das in die Rundfunkreform unter Generalintendant Gerd Bacher mündete. 1967 wechselte Portisch als Chefkommentator in den ORF. Er wurde eines der Aushängeschilder der Bacher'schen Informationsoffensive. Meilensteine dieser Offensive waren die beiden monumentalen historischen TV-Serien „Österreich I“ und „Österreich II“ von Hugo Portisch und Sepp Riff, die der Aufarbeitung der jungen und jüngsten Geschichte Österreichs galten, insgesamt 43 Folgen, die in vier Büchern gleichnamiger Titel ihren Niederschlag fanden. 2013 brachte er für ORF III eine umfassende Neuauflage beider Dokumentarreihen heraus. Fachkundig unterstützt von Historiker Oliver Rathkolb wurde

in monatelanger Arbeit nicht nur das Bildmaterial qualitativ auf den neuesten Stand gebracht, sondern auch Moderationen neu aufgenommen und inhaltliche Details ergänzt. Herausgebracht als DVD-Editionen wurden die Filme mit Platin bzw. Gold ausgezeichnet.

Ende der 80er-Jahre blickte Portisch – zusammen mit Henry Kissinger – in einer großen, in 32 Ländern ausgestrahlten Dokumentation auf den „Zweiten Weltkrieg“ zurück. Anfang der 90er-Jahre beschäftigte sich Portisch in einem Vierteiler („Hört die Signale“) mit Aufstieg und Fall des Sowjetkommunismus. Auch dieser Mehrteiler wurde 2014 für ORF III anlässlich des 25jährigen Jubiläums des Falls des Eisernen Vorhangs inhaltlich und technisch neu überarbeitet und um aktuelle politische Entwicklungen in Rußland einschließlich der Ukraine Krise ergänzt.

Hugo Portisch widmete sich aber nicht nur der Geschichtsaufarbeitung, wie etwa in der fünfteiligen Reihe „Schauplätze der Zukunft“, in der er sich mit der Zukunft der Ar-

Personalia

beit beschäftigte, seine Hochglanz-Porträts über die Supermächte USA, Rußland und China setzten sich ebenso mit Zukünftigem auseinander – meist vor einem Millionenpublikum. Im „Gedankenjahr 2005“ lieferte er mit der vierteiligen Reihe „Die Zweite Republik – Eine unglaubliche Geschichte“ einen großen Reichweitenerfolg.

Im Zuge des Senderstarts von ORF III nahm Hugo Portisch seine Tätigkeit für den öffentlichen Rundfunk neu auf und gestaltete im Rahmen der „zeit.geschichte“ neben seinen Aufarbeitungen der bereits erwähnten Reihen „Österreich I“, „Österreich II“ und „Hört die Signale“ zahlreiche (mehrteilige) Dokumentationen, die das Geschichtsbeußtsein Österreichs maßgeblich prägten. Darunter die dreiteilige Verfilmung seiner Biografie „Aufregend war es immer“ im Jahr 2017 anlässlich Portischs 90. Geburtstags sowie 2018 die vierteilige ORF-III-Dokumentarreihe „Hugo Portisch – Die Welt und wir“, in der sich der langjährige Chefkomentator des ORF den Großmächten der Weltpolitik – USA, Rußland, China und Europa – widmete und deren politische Entwicklungen in den vergangenen Jahrzehnten rekapitulierte. 2019 ergründete Portisch für ORF III anlässlich der EU-Wahl in einer vierteiligen Doku-reihe „Die Geburt Europas“.

Bis zuletzt arbeitete Portisch für ORF III an einer weiteren, zweiteiligen Dokumentation, die sich, basierend auf seinem im September 2020 veröffentlichten Buch „Rußland und wir“ mit den Verbindungen zwischen Rußland und Österreich beschäftigt und die bewegte Geschichte des Landes mit reichem Wissen und aus persönlichem Erleben darstellt. Die Dokumentation soll unter der Regie von Kurt Mayer posthum fertiggestellt werden und 2021 dem ORF-III-Publikum präsentiert werden.

Für seine journalistischen Leistungen erhielt Portisch als einer von wenigen Journalisten zweimal die Goldene Kamera, zweimal den Fernsehpreis der Österreichischen Volksbildung, dreimal den Fernsehpreis Romy, den Axel-Corti-Volksbildungspreis, den Toleranzpreis des österreichischen Buchhandels, den Österreichischen Staatspreis, den Dr.-Karl-Renner-Preis für Publizistik, den Theodor-Innitzer-Preis für den wissenschaftlichen Film und den Dr.-Karl-Renner-Preis der Stadt Wien in Anerkennung seines Beitrags zur politischen Bildung und kritisch und mediendidaktisch aufbereiteten Zeitgeschichte. 2011 wurde er mit dem Concordia-Publizistikpreis für sein Lebenswerk geehrt. ■

https://de.wikipedia.org/wiki/Hugo_Portisch



Foto: ORF

Hugo Portisch mit Robert Hochner in der „Zeit im Bild“ (1987)



Foto: ORF / Thomas Ramstorfer

Hugo Portisch 2005 in der TV-Serie „Die Zweite Republik – Eine unglaubliche Geschichte“



Foto: ORF / Günther Pichlkostner

ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz im Gespräch mit Hugo Portisch

Walter Prior, Wegbereiter des modernen Burgenlands

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil zeigt sich über das Ableben des früheren Landtagspräsidenten und langjährigen Landtagsabgeordneten Walter Prior „bestürzt und tief betroffen“. Mit Walter Prior verliere das Burgenland eine prägende Persönlichkeit und einen Vollblut-Politiker, den nicht nur sein großer Einsatz für sein Heimatbundesland ausgezeichnet habe, sondern auch seine besondere Menschlichkeit und Geradlinigkeit, so Doskozil am 13. April: „Walter Prior war ein Wegbereiter des modernen Burgenlandes und hat zurecht weit über Partei- und Landesgrenzen hinaus höchste Anerkennung gewonnen. Ohne ihn wäre das Burgenland nicht dort, wo es heute steht. In seinem Handeln ist stets das Wohl des Burgenlands und seiner Mitmenschen im Vordergrund gestanden. Seine Herzlichkeit, seine Dialogfähigkeit und sein Wille zum konstruktiven Miteinander haben ihn ausgezeichnet und werden unvergessen bleiben. Daß er von uns gegangen ist, macht mich sehr traurig. Das ist ein schmerzhafter Verlust für seine Heimatgemeinde Siegendorf, seine sozialdemokratische Gesinnungsgemeinschaft und das Burgenland insgesamt. Meine Anteilnahme und



Foto: Landtag Burgenland / Landtagsdirektion

Landtagspräsident a.D. Walter Prior

mein Mitgefühl gelten in diesen schweren Stunden den Angehörigen Walter Priors.“

Prior wurde 1947 in Siegendorf geboren. Nach dem Besuch der Volksschule, des Bundesrealgymnasiums und einer Baufachschule arbeitete Prior zunächst einige Jahre in der Privatwirtschaft, ehe er 1968 ins Amt der Bur-

genländischen Landesregierung wechselte. Er war von 1977 bis 1997 Mitglied des Gemeinderats von Siegendorf und hatte zwischen 1983 und 1996 das Amt des Bürgermeisters inne. Walter Prior übernahm zwischen 1993 und 2001 auch die Funktion des Präsidenten des Sozialdemokratischen Gemeindevertreterverbandes.

Von 2003 bis 2005 war er Mitglied des Österreich-Konvents und stellvertretendes Mitglied im EU-Ausschuß der Regionen. Ab dem 30. Oktober 1987 vertrat Prior die SPÖ als Abgeordneter im Burgenländischen Landtag, wobei er ab dem 28. Dezember 2000 das Amt des Ersten Landtagspräsidenten ausübte. Als langjähriger Volksgruppensprecher im Landtag erwarb er sich auch bleibende Verdienste um Volksgruppen-Fragen und die kulturelle Vielfalt des Burgenlandes.

Seine politische Karriere beendete Walter Prior nach der Landtagswahl im Burgenland 2010 und schied per 24. Juni 2010 aus dem Burgenländischen Landtag aus. Für seine Verdienste um das Burgenland wurde er mit dem höchsten Ehrenzeichen des Landes, dem Komturkreuz mit Stern, ausgezeichnet. ■

https://de.wikipedia.org/wiki/Walter_Prior

Gratulation an Doppel-Weltmeister und Weltcupsieger Kriechmayr

Doppel-Weltmeister, Oberösterreichs erster Gesamt-Weltcupsieger in einer Einzeldisziplin, mehrere Weltcupsiege und Top-Platzierungen: Es war eine fantastische Saison, die Vincent Kriechmayr eben abgeschlossen hat. Mit einer süßen Gratulation in Form einer feinen Jindrak-Torte und einem symbolischen Geschenk in Form zweier Obstbäume für sein Grundstück in Gramastetten gratulierten Landeshauptmann Thomas Stelzer und Wirtschafts- und Sport-Landesrat Markus Achleitner am 22. März im Linzer Landhaus persönlich dem Ski-Ass: „Die Erfolge dieser Saison sind die Krönung der seit Jahren konstanten Spitzenleistungen, die Vincent Kriechmayr im Skirennsport erbringt. Er ist nicht nur ein Vorbild für viele Kinder und Jugendlichen im Skisport, sondern auch ein unglaublich sympathisches Aushängeschild für das Sportland Oberösterreich.“

Die beiden Goldmedaillen in Abfahrt und Super-G bei der alpinen Ski-WM in Cortina d'Ampezzo sowie der Gewinn der Kristallkugel im Super-G-Weltcup stehen als jüngste Erfolge für die beeindruckende Karriere von Vincent Kriechmayr. Genau 20 Jahre nach Hannes Trinkl 2001 konnte das Sportland



Foto: Land OÖ / Max Mayrhofer

v.l.: Wirtschafts- und Sport-Landesrat Markus Achleitner, Konditormeister Leo Jindrak, Vincent Kriechmayr und Landeshauptmann Thomas Stelzer mit einer Torte zur Gratulation

Oberösterreich damit wiederum über einen Weltmeister im alpinen Skisport – und das gleich doppelt – jubeln. Oberösterreichs Skifans, seine Heimatgemeinde Gramastetten, sein Verein TVN Wels, die Energie AG-Sportfamilie, das Team des Olympiazentrums OÖ, sie alle freuen sich mit dem bodenständigen Spitzensportler mit. So war es auch kein Wunder, daß er 2020 zu Oberösterreichs Sportler des Jahres gekürt wurde – und auch

2021 zum Favoritenkreis zählen wird. Landeshauptmann Thomas Stelzer, Wirtschafts- und Sport-Landesrat Markus Achleitner und Spitzensportler Vincent Kriechmayr haben sich aber auch darauf verständigt, daß es, sobald die Corona-Situation dies zuläßt, auch noch einen großen Empfang und eine gemeinsame Feier mit Fans und Gästen geben wird. ■

https://de.wikipedia.org/wiki/Vincent_Kriechmayr

Ostersonntag 2021

... mit Kardinal Christoph Schönborn im Stephansdom: Ostern ist in erster Linie Begegnung. Es ereignet sich im konkreten Leben, in den »kleinen Siegen des Alltags«

Foto: Erzdiozese Wien / Florian Feuchtnr



Kardinal Christoph Schönborn leitet das Hochamt zum Ostersonntag im Wiener Stephansdom

Kardinal Christoph Schönborn hat am Vormittag des Ostersonntags das feierliche Hochamt zum Osterfest im Wiener Stephansdom gefeiert. Ausgehend von der Begegnung zwischen Maria Magdalena und dem Auferstandenen betonte der Erzbischof, daß der christliche Glaube zuerst eine persönliche Beziehung sei. Die Auferstehung, so der Kardinal wörtlich, sei „eine Beziehung zu dem, der uns mit Namen nennt, ganz persönlich. Das ist das Geheimnis der Auferstehung.“ Für ihn persönlich habe diese Beziehung im Alter von elf Jahren begonnen.

Wenn er sich frage, wie er zu einem bewußten Glauben gekommen sei, dann sei es diese Erfahrung gewesen, daß Christus lebt. „Er lebt. Er spricht mich an.“ Darauf folge, daß das Leben mit dem Auferstandenen täglich neu gelebt werden müsse „es ist nicht einfach fertig da“, so der Kardinal weiter. „Es muß in kleine Schritte übersetzt werden.“ Der Vorgeschmack der endgültigen Auferstehung müsse in „kleinen Hapen verkostet werden“ und dabei zeige sich, „wie sehr Kreuz und Auferstehung untrennbar zusammengehören“.



Foto: Erzdiozese Wien / Florian Feuchtnr

Kardinal Christoph Schönborn beweihräuchert die Osterkerze

Es gehe um „kleine Siege des neuen Lebens über den alten Menschen“, etwa, wenn man dem Impuls zum nachteiligen Reden über eine andere Person bewußt nicht nachgebe, wenn ein chronischer Schmerzpatient immer wieder neue Hoffnung schöpft und wenn es zur echten Begegnung kommt. „Auch das ist Erfahrung des neuen Lebens.“ Es gehe also darum, „die Erfahrung der Auferstehung täglich neu zu übersetzen in kleine Schritte des neuen Lebens, das stärker ist“. Ostern ist keine Theorie, sondern ein Auftrag, diese Erfahrung zu verkünden, ohne die anderen zu überfallen. Der Auftrag des Auferstandenen sei: „Geh zu meinen Brüdern und Schwestern“, schloß der Kardinal.

An den heurigen Osterliturgien im Wiener Stephansdom konnten pandemiebedingt nur 200 Personen teilnehmen. Radio klassik Stephansdom hat alle Gottesdienste des österlichen Triduum direkt aus dem Dom übertragen. Der Wiener Erzbischof hat die feierliche Osternacht geleitet, am Abend stand er zum Abschluß des Hochfestes der Vesper vor.

<https://www.erzdiozese-wien.at/>

Unser Mittelalter! Die erste jüdische Gemeinde in Wien

Neue Dauerausstellung im Jüdischen Museum



Foto: Jüdisches Museum Wien / Uriel Morgensztern

Ansicht der neuen Dauerausstellung im Jüdischen Museum am Wiener Judenplatz

Das Jüdische Museum Wien, ein Museum der Wien Holding, präsentiert seit 15. März im Museum Judenplatz die neue Dauerausstellung „Unser Mittelalter! Die erste jüdische Gemeinde in Wien“. Die umfangreiche neue Ausstellung ermöglicht BesucherInnen, das jüdische Mittelalter zu entdecken und neue Erkenntnisse zum jüdischen Leben in Wien zu gewinnen. Das im Jahr 2000 eröffnete Museum Judenplatz verfügt damit über eine Schau, die neueste Forschungsergebnisse über das jüdische Mittelalter anhand unerwarteter Objekte, mittels neuer Technologien und barrierefrei präsentiert.

Auch die Geschichte der Errichtung des Holocaust-Mahnmals von Rachel Whiteread wird eingehend thematisiert.

Bedeutende jüdische Gemeinde im Mittelalter

Spuren der ersten jüdischen Gemeinde Wiens lassen sich in jene Zeit zurückverfolgen, in der Wien als Herzogsstadt der Babenberger Bedeutung erlangte. Mit einer Erwähnung im Jahr 1194 ist Münzmeister Schlom

der erste urkundlich belegte Jude mit Wohnsitz in Wien. Am Beginn des 13. Jahrhunderts siedelten sich Jüdinnen und Juden rund um den heutigen Judenplatz an, wo sie für rund 200 Jahre gemeinsam und in engem Austausch mit der christlichen Bevölkerung lebten. Die Wiener jüdische Gemeinde entwickelte sich zu einer der bedeutendsten im mittelalterlichen Europa, nicht zuletzt aufgrund zahlreicher einflussreicher Rabbiner – unter ihnen Isaak ben Mose, bekannt als Or Sarua. Ihr jähes Ende fand die Gemeinde durch den Befehl des Herzogs Albrecht V., der die Wiener Jüdinnen und Juden in den Jahren 1420/21 berauben, vertreiben und ermorden ließ.

Einsatz neuester Forschungsergebnisse und Technologien

Aktuelle archäologische und bauhistorische Forschungen sowie neueste Technologien machen sowohl die Ausgrabung der 1421 zerstörten Synagoge als auch die Topografie des jüdischen Viertels erfahrbar. Die Ausstellung gibt Einblicke in das Alltagsleben und erzählt auch von der Geschichte des

Judenplatzes als urbanem Ort. Nach 1421 waren die Spuren jüdischen Lebens an diesem Platz jahrhundertlang kaum mehr im Bewußtsein der Stadt. Erst rund um die Errichtung des Mahnmals für die österreichischen jüdischen Opfer der Schoah wurden die Überreste der Synagoge entdeckt. Nach jahrelangen Debatten wurden diese im Jahr 2000 durch das neu eröffnete Museum Judenplatz zugänglich gemacht.

Das Mittelalter erfahrbar machen

Die neue Dauerausstellung im Museum Judenplatz läßt die BesucherInnen auch am Prozeß des Forschens und Ausstellens teilhaben: Zahlreiche Stationen widmen sich der Frage, mittels welcher Quellen, Forschungsansätze und wissenschaftlichen Disziplinen eine Annäherung an die Vergangenheit möglich ist. Die Beschäftigung mit dem jüdischen Wien des Mittelalters schärft auch den Blick auf heutige gesellschaftliche Zusammenhänge. Das Museum als Ort der Gegenwart macht die Vergangenheit als gleichzeitig fern und mitunter überraschend nah erfahrbar. ■

<http://www.jmw.at/>

Quantenkryptographie

JKU Linz: Neue Methode für abhörsichere Kommunikation

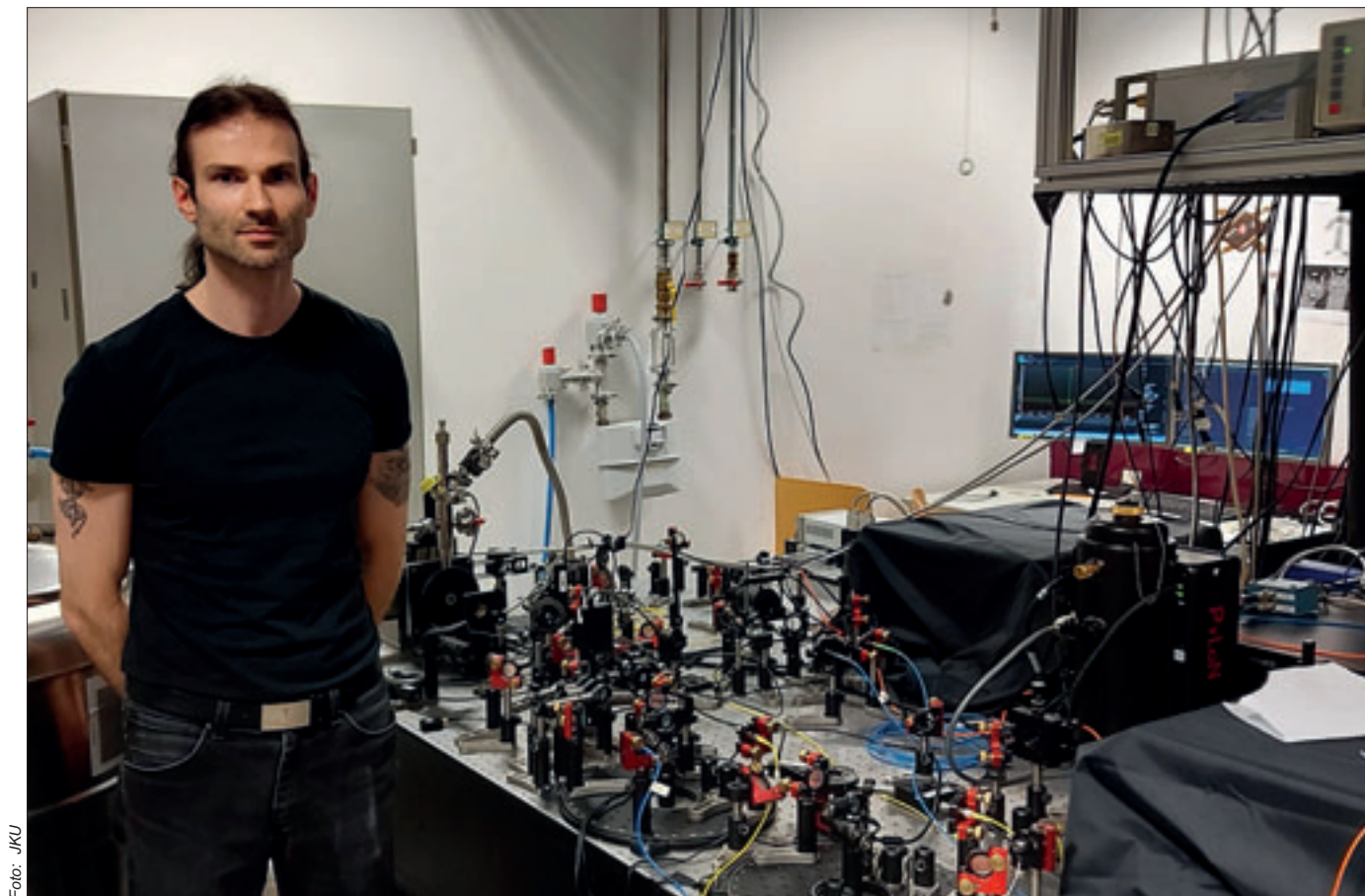


Foto: JKU

JKU-Physiker Christian Schimpf: „Mit der gelungenen Übertragung zwischen Gebäuden ist die technische Machbarkeit nachgewiesen.“

Bankgeschäfte, E-Mails, Handel – die moderne Gesellschaft ist auf virtuellen Informationsaustausch aufgebaut. Genau das macht sie angreifbar und Cyber-Security zu einem wesentlichen Faktor. Quantentechnologie basierend auf Quantenlicht verspricht eine absolut sichere Kommunikation.

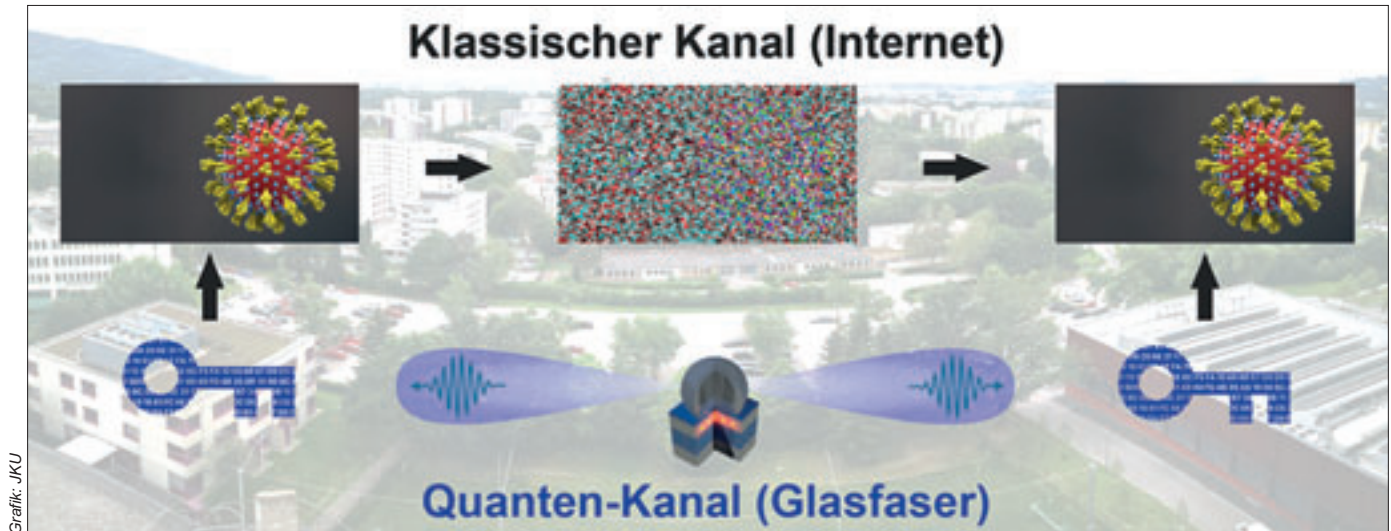
ForscherInnen der Johannes Kepler Universität Linz ist es gemeinsam mit der Uni Wien gelungen, erstmalig eine neuartige Quantenlichtquelle für die Erzeugung von verschränkten Lichtteilchen aus Halbleiternanostrukturen für eine sichere Quantenkommunikation zu demonstrieren. Ein wesentlicher Vorteil dieser Lichtquellen ist die Rauschmut und im Prinzip höher Datenrate gegenüber bisher genutzten Lichtquellen.

Mit 85 Bit pro Sekunde ist die Übertragung zwar noch nicht praxistauglich, aber: „Die Quantenübertragung war nicht nur fehlerfrei – sie kann auch nicht mehr unbemerkt abgehört werden“, erklären die JKU Physiker Christian Schimpf und Prof. Armando



Foto: JKU

Prof. Armando Rastelli (Abteilung für Halbleiterphysik): „Zwar ist noch weitere Forschung notwendig, aber mit unserer Methode sind Übertragungsraten im Bereich von hunderten Megabit pro Sekunde durchaus möglich.“



Grafik: JKU

Durch die Verschränkung der Photonen werden bei beiden Kommunikationspartnern perfekt zufällige und identische digitale Schlüssel erzeugt, die nie über einen öffentlichen Kanal verteilt werden müssen. Falls ein Angreifer während der Erzeugung der Schlüssel versucht, den Vorgang abzuhören, so wird dies unweigerlich durch Störungen sichtbar und der Vorgang wird abgebrochen. Die fertigen Schlüssel werden dann von beiden Partnern verwendet, um Nachrichten perfekt sicher zu verschlüsseln, sie gefahrlos über herkömmliche Kanäle (wie dem Internet) zu versenden, und sie auf der Gegenseite fehlerlos wieder zu entschlüsseln.

Rastelli (Abteilung für Halbleiterphysik). Jeder Versuch würde die Verschränkung zwischen den Photonen stören – und somit auf-fallen, noch ehe die Übertragung stattfindet.

Gelungene Übertragung zwischen Gebäuden

Tatsächlich gelungen ist die Informationsübertragung zwischen dem Physikgebäude der JKU und dem Open Innovation Center des Linz Institute of Technology: „Damit ist die technische Machbarkeit nachgewiesen.“

Anders als bei vorherigen Demonstrationen stammen die Photonen erstmalig aus Halbleiternanostrukturen, sogenannten Quantenpunkten, die aus Materialien ähnlich wie herkömmliche Lichtquellen für die faserbasierte Kommunikation aufgebaut sind. Der Vorteil dieser Methode: „Zwar ist noch weitere Forschung notwendig, aber mit unserer Methode sind Übertragungsraten im Bereich von hunderten Megabit pro Sekunde durch-aus möglich“, ist Rastelli sicher.

Ein weiterer Vorteil besteht in der Qualität der erzeugten Photonen. „Quantenpunkte erzeugen wirklich Photonen in einer Qualität, die bisher genutzte Photonenquellen nicht erreichen“, so Philip Walther. Daher sind diese Art von Quellen nicht nur für die Quantenkommunikation von Interesse, sondern auch für optische Quantencomputer und Quantensimulatoren. Das Paper wurde am 14. April im renommierten Journal „Science Advances“ unter dem Titel „Quantum Cryptography with highly entangled photons from semiconductor quantum dots“ publiziert.



Foto: JKU

Der Science Park der JKU Linz umfaßt mehrere Bauteile und wird ist das hoch-moderne und architektonisch Campus-Zentrum.

EU-Interesse an Forschung

Die Teams aus Linz und Wien sind durch die Partnerschaft in der Lage, ihr Wissen und ihre Erfahrung synergetisch zu kombinieren, um die Quanten-Verschlüsselung weiterzuentwickeln und an weiteren Anwendungen für die Quantenpunkte in den Bereichen Kommunikation, Sicherheit und Informationsverarbeitung zu forschen. Forschung in diesen Bereich wird vom Linz Institute of Technology (LIT) im Rahmen des Projektes

„EQKD-QD – Entanglement-Based Quantum Key Distribution with On-Demand Photons Generated by Semiconductor Quantum Dots“, dem LIT Secure and Correct Systems Lab, die FWF Forschungsgruppe FG5 „Multiphoton Experiments with Semiconductor Quantum Dots“ (geleitet von der JKU und mit PartnerInnen an der Universität Wien und der Universität Innsbruck) sowie der EU unterstützt.

<https://www.jku.at/>

»Dinosaurier-Killer« Krater: Asteroidenstaub gefunden

Ein internationales Forscherteam unter Beteiligung von vier Wissenschaftlern des Naturhistorischen Museums Wien und der Universität Wien berichtet über Entdeckung von Meteoriten-Staub in Bohrproben aus dem Chicxulub-Impaktkraters in Mexiko

Vor 66 Millionen Jahren hat ein katastrophales Massenaussterben das Leben auf der Erde völlig verändert. Mehr als zwei Drittel aller damals lebenden Arten starben aus, unter anderem die Dinosaurier, oder auch die Ammoniten. Die Säugetiere überlebten das Massensterben und hatten nach dem Verschwinden der Saurier eine ökologische Nische. Es gab viele Hypothesen zur Erklärung dieses Massensterbens am Ende der Kreidezeit.

Erste konkrete Hinweis auf eine Erklärung wurde Ende der 1970er-Jahre in Sedimentschichten in der Nähe von Gubbio in Italien und Caravaca in Spanien gefunden, wo eine sehr dünne Schicht aus Tonmineralien die Grenze zwischen der Kreidezeit und dem Paläogen markiert. Vor etwas mehr als 40 Jahren wurden in diesen „Grenzschichten“ ungewöhnlich hohe Konzentrationen von Iridium und anderen sogenannten Platinmetallen gefunden – seltene Metalle, die in relativ hohen Konzentrationen in Meteoriten, aber in sehr geringen Konzentrationen in Gesteinen der Erdoberfläche vorkommen. Diese Tonschicht wurde damit erklärt, daß sie sich aus Staub gebildet hat, der durch den Einschlag und die Verdampfung eines etwa 12 km großen Asteroiden entstanden ist. Dieser Befund wurde in den frühen 1990er-Jahren durch die Entdeckung des etwa 200 km großen Einschlagskraters Chicxulub, der unter der Halbinsel Yucatán in Mexiko begraben liegt, bestätigt.

Jetzt, mehr als 40 Jahre später, haben WissenschaftlerInnen das letzte Beweisstück gefunden, das das globale Massenaussterben mit dem Asteroideneinschlag in Verbindung bringt. Ein internationales Forscherteam um WissenschaftlerInnen der Vrije Universiteit Brussel (Belgien) in Zusammenarbeit mit Wiener ForscherInnen hat die globale Asteroidenstaubschicht bis ins Innere des Chicxulub-Einschlagskraters zurückverfolgt. „Der Kreis ist nun endlich geschlossen“, kommentiert Steven Goderis, Professor für Geochemie an der Vrije Universiteit Brussel und Hauptautor der Studie.



Foto: © The University of Texas at Austin, Jackson School of Geosciences

Hebeboot L/B Myrtle, das zum Bohren des Kerns verwendet wurde.

Im Mai 2016 wurde ein diskontinuierlicher Ring von Hügeln, der das Zentrum der Chicxulub-Einschlagstruktur in Mexiko umgibt, ein sogenannter Peak-Ring, von Teams des International Ocean Discovery Program (IODP) und des International Continental Scientific Drilling Program (ICDP) Expedition 364 erbohrt. Im Team der WissenschaftlerInnen, die die Bohrung und die Klassifizierung der Bohrproben durchgeführt haben, ist Ludovic Ferrière, Kurator der Meteoriten- und Impaktsammlung am Wiener Naturhistorischen Museum. Christian Köberl, Professor für Impaktforschung und Planetare Geologie an der Universität Wien, hat als „Principal Investigator“ des ICDP-Projektteiles und „Co-Investigator“ des IODP-Projektteiles mitgewirkt.

Bei dieser Bohrung wurden ca. 835 Meter Gestein an die Oberfläche gebracht, die eine enorme Menge an neuen Informationen über die Vorgänge in der Kraterregion vor, während und unmittelbar nach dem Asteroideneinschlag lieferten. Details der Ablagerungen in dem Zeitintervall, in dem der Krater von einer dynamischen Umgebung mit zurückkehrendem Ozeanwasser und Tsunami-Wellen zu viel ruhigeren Bedingungen überging, sind im Bohrkern gut dokumentiert. Basierend auf einer umfangreichen geochemischen Analyse dieses Teils des Bohrkerns wurden die höchsten Konzentrationen von Iridium in einem tonreichen Intervall in Sedimenten gefunden, die den inneren Kratering bedecken, direkt unter Kalkstein aus dem frühesten Paläogen.



Foto: J. Lofi / ECORD

Ludovic Ferrière (hinten) bei der Inspektion des untersuchten Bohrkerns in Bremen, Deutschland

„Der Fund der Iridium-Anomalie am ‚Tatort‘, dem Chicxulub-Einschlagskrater, mag für die meisten Österreicherinnen und Österreicher anekdotisch und zeitlich weit weg erscheinen, doch die dünne Tonschicht, die dieses globale Massenaussterben markiert, kommt auch in Österreich vor, nämlich in der Region Gams in der Steiermark. Damals wurde das aus dem Krater geschleuderte, geschmolzene und kondensierte Material im heutigen Österreich abgelagert“, erklärt Ludovic Ferrière.

Da Iridium ein Element ist, das in diesem Zusammenhang aufgrund seiner geringen Konzentrationen ziemlich schwierig zu messen ist, wurden in der neuen Arbeit Ergebnisse von vier unabhängigen Labors aus der ganzen Welt kombiniert. Daran beteiligt waren auch die Geochemiker der Universität Wien, neben Christian Köberl noch Toni Schulz und der Dissertant Jean-Guillaume Feignon. In den Wiener Laboratorien wurden nicht nur

die Konzentration des seltenen Elements Iridium gemessen, sondern auch die Gehalte der anderen Platinmetalle, und die Isotopenverhältnisse des selteneren Platinmetalls Osmium, welche für meteoritische Kontaminationen charakteristisch sind.

„Unsere Messungen konnten eindeutig zeigen, daß innerhalb des Kraters eine Schicht erhalten ist, die Iridium und andere Platinmetalle enthält“, erklärt Christian Köberl von der Universität Wien. „Dieser meteoritische Staub hat sich nach dem Einschlag viele Jahre in der Atmosphäre gehalten, und ist erst einige Jahrzehnte nach dem Einschlagsereignis wieder in den Krater zurückgefallen.“ Damit stellt die atmosphärische Ablagerung des Asteroidenstaubs eine wichtige zeitliche Einschränkung für die Ablagerung des Kratergesteins direkt unter dieser Iridiumschicht dar.

Der Erhalt dieser meteoritischen Staubschicht innerhalb des Kraters bringt den un-

bestreitbaren Beweis, daß der Einschlag und das Aussterben eng miteinander verbunden sind. Die Entdeckung einer solch gut definierten Iridium-Anomalie im Chicxulub-Krater wird zweifellos auch die Forschung zum Kreide-Paläogen-Massenaussterben neu beleben.

Die folgenden Universitäten und Institute waren an der Studie beteiligt: Vrije Universiteit Brussel, University of Padova, Japan Agency for Marine-Earth Science and Technology, Naturhistorisches Museum Wien, Lund University, University of Notre Dame, Université Libre de Bruxelles, Katholieke Universiteit Leuven, Arizona State University, University of Vienna, Universität zu Köln, Ghent University, Utrecht University, Tokyo Institute of Technology, Florida State University, HNU Neu-Ulm University of Applied Sciences, Lunar and Planetary Institute, Durham University, Pennsylvania State University, University of Texas at Austin, Imperial College London, Vrije Universiteit Amsterdam, and University of Alaska Fairbanks. ■

<https://www.nhm-wien.ac.at/>

<https://www.univie.ac.at/>

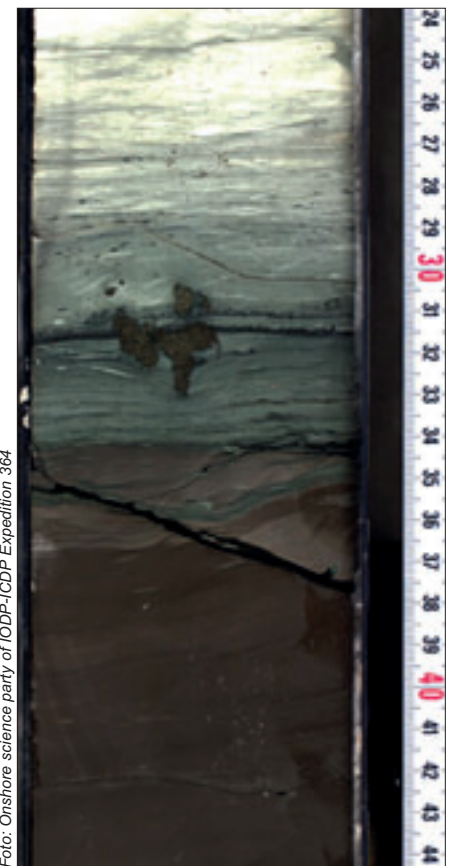


Foto: Onshore science party of IODP-ICDP Expedition 364

Foto des Bohrkerns 40R-1, in dem das Intervall mit den höchsten Iridium-Konzentrationen vorkommt, am Kontakt zwischen dem dunkelbraunen Tonstein und dem graugrünen Mergelstein

Der unverwüstliche Lichtstrahl

TU Wien und Universität Utrecht erzeugen spezielle Lichtwellen, die selbst undurchsichtige Materialien so durchdringen können als wäre das Material gar nicht vorhanden.

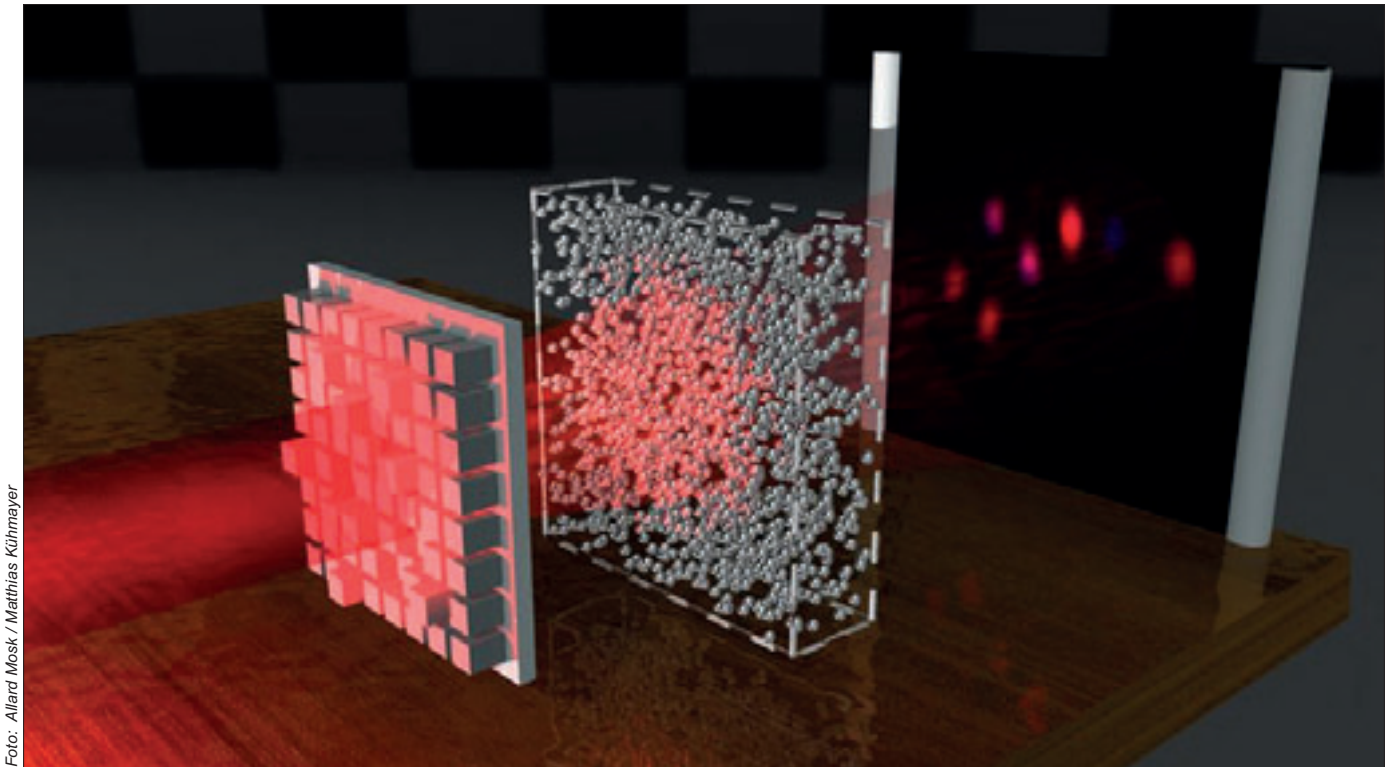


Foto: Allard Mosk / Matthias Kühmayer

Der Lichtstrahl durchdringt ein ungeordnetes Medium und erzeugt am Detektor trotzdem daßelbe Bild als wäre das Medium gar nicht da.

Warum ist Zucker nicht durchsichtig? Weil Licht, das ein Stück Zucker durchdringt, auf hochkomplizierte Weise gestreut, verändert und abgelenkt wird.

Wie ein Forschungsteam der TU Wien und der Universität Utrecht (Niederlande) nun zeigen konnte, gibt es allerdings eine Klasse ganz spezieller Lichtwellen, für die das nicht gilt: Für jedes spezifische ungeordnete Medium – wie etwa das Stück Würfel-Zucker das Sie vielleicht gerade in Ihren Kaffee gegeben haben – lassen sich maßgeschneiderte Lichtstrahlen konstruieren, die von diesem Medium praktisch nicht verändert, sondern nur abgeschwächt werden. Der Lichtstrahl durchdringt das Medium und auf der anderen Seite kommt ein Lichtmuster an, das dieselbe Form hat, als wäre das Medium gar nicht da.

Diese Idee der „streuungsinvarianten Lichtmoden“ läßt sich auch verwenden, um das Innere von Objekten gezielt zu untersuchen. Die Ergebnisse wurden nun im Fachjournal „Nature Photonics“ publiziert.

Astronomisch viele mögliche Wellenformen

Die Wellen auf einer turbulenten Wasseroberfläche können unendlich viele verschiedene Formen annehmen – und auf ähnliche Weise kann man auch Lichtwellen in unzähligen unterschiedlichen Formen herstellen. „Jedes dieser Lichtwellenmuster wird auf ganz bestimmte Weise verändert und abgelenkt, wenn man es durch ein ungeordnetes Medium schickt“, erklärt Prof. Stefan Rotter vom Institut für Theoretische Physik der TU Wien.

Gemeinsam mit seinem Team entwickelt Stefan Rotter mathematische Methoden, um solche Lichtstreuungseffekte zu beschreiben. Die Expertise zur Herstellung und Charakterisierung solch komplexer Lichtfelder wurde vom Team um Prof. Allard Mosk von der Universität Utrecht beigesteuert. „Als lichtstreuendes Medium verwendeten wir eine Schicht aus Zinkoxid – ein undurchsichtiges, weißes Pulver aus völlig zufällig angeordneten Nanopartikeln.“, erläutert Prof. Allard

Mosk, der Leiter der experimentellen Forschungsgruppe.

Zunächst muß man diese Schicht genau charakterisieren. Man durchleuchtet das Zinkoxidpulver mit ganz bestimmten Lichtsignalen und mißt, wie sie dahinter am Detektor ankommen. Daraus kann man dann schließen, wie beliebige andere Wellen von diesem Medium verändert werden – insbesondere kann man ganz gezielt berechnen, welche Wellenmuster von dieser Zinkoxidschicht genau so verändert werden, als wäre überhaupt keine Wellenstreuung in dieser Schicht vorhanden.

„Wie wir zeigen konnten, gibt es eine ganz spezielle Klasse von Lichtwellen, die sogenannten streuungsinvarianten Lichtmoden, die am Detektor genau daßelbe Wellenmuster erzeugen, egal ob die Lichtwelle nur durch Luft geschickt wurde oder ob sie die komplizierte Zinkoxidschicht durchdringen mußte“, sagt Stefan Rotter. „Im Experiment sehen wir, daß durch das Zinkoxid die Form dieser Lichtwellen tatsächlich nicht verän-

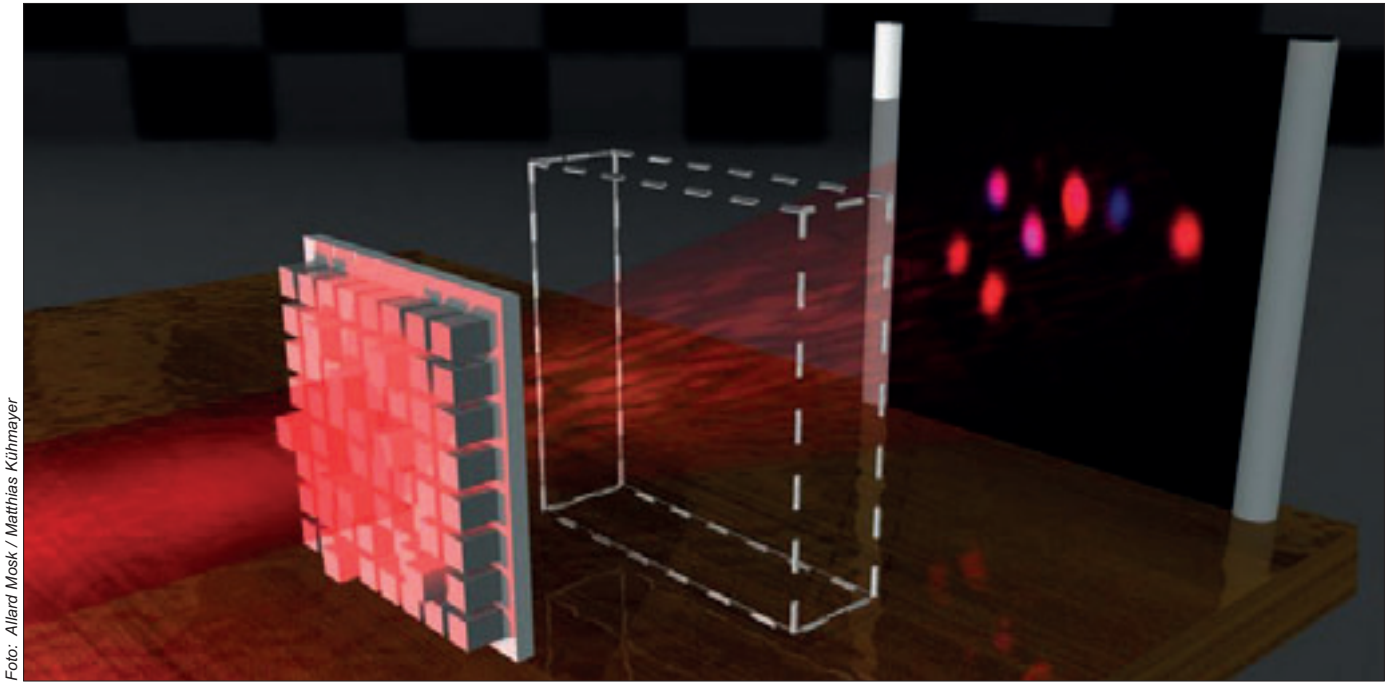


Foto: Allard Mosk / Matthias Kühmayer

Zum Vergleich: Lichtstrahl ohne streuendes Medium

dert wird – sie werden nur insgesamt ein wenig schwächer“, erläutert Allard Mosk.

Ein Sternbild am Lichtdetektor

Auch wenn diese streuungsinvarianten Lichtmoden angesichts der theoretisch unbegrenzten Zahl möglicher Lichtwellen sehr selten sind, kann man trotzdem viele von ihnen finden. Und wenn man verschiedene dieser streuungsinvarianten Lichtmoden richtig kombiniert, erhält man wieder eine streuungsinvariante Wellenform.

„Auf diese Weise kann man sich, zumindest innerhalb gewisser Grenzen, ziemlich frei aussuchen, welches Bild man störungsfrei durch das Objekt schicken möchte“, sagt Jeroen Bosch, der als Doktorand am Experiment arbeitet. „Wir haben uns im Experiment für das Beispiel eines Sternbilds entschieden – den großen Wagen. Und tatsächlich ließ sich eine streuungsinvariante Welle ermitteln, die ein Bild vom großen Wagen zum Detektor schickt – und zwar unabhängig davon, ob die Lichtwelle von der Zinkoxidschicht gestreut wird oder nicht. Für den Detektor sieht der Lichtstrahl in beiden Fällen fast gleich aus.“

Der Blick in die Zelle

Diese Methode, Lichtmuster zu finden, die ein Objekt weitgehend ungestört durchdringen, könnte man auch für bildgebende Verfahren einsetzen. „Im Krankenhaus verwendet man Röntgenstrahlen um in den Kör-

per hineinzusehen – sie haben eine kürzere Wellenlänge und können daher unsere Haut durchdringen. Aber die Art, wie eine Lichtwelle ein Objekt durchdringt, hängt eben nicht nur von der Wellenlänge ab, sondern auch von der Wellenform“, sagt Matthias Kühmayer, der sich im Rahmen seiner Dissertation an der TU Wien mit Computer-Simulationen von Wellenphänomenen beschäftigt. „Wenn man Licht im Inneren eines Objekts an bestimmten Punkten fokussieren will, dann eröffnet unsere Methode ganz neue Möglichkeiten. Wir konnten zeigen, daß sich

auch die Lichtverteilung im Inneren der Zinkoxidschicht gezielt steuern läßt.“ Interessant könnte das etwa für biologische Experimente sein, bei denen man Licht an ganz bestimmten Punkten einbringen möchte, um tief in das Innere von Zellen zu blicken.

Die gemeinsame Publikation des Teams aus den Niederlanden und Österreich zeigt jedenfalls schon jetzt, wie wichtig die internationale Zusammenarbeit zwischen Theorie und Experiment ist, um in diesem Gebiet Fortschritte zu erzielen. ■

<https://www.tuwien.ac.at/>

Neue Werkstoffe aus Holzspänen

Wenn man Baumstämme im Sägewerk verarbeitet, wird ungefähr die Hälfte des Materials zu Sägespänen und Hackenschnitzeln zerkleinert. Die TU Wien und die HS Timber Group, eines der größten holzverarbeitenden Unternehmen Europas, suchen nun gemeinsam nach hochwertigen Anwendungsmöglichkeiten für diese Nebenprodukte. Im Projekt „WoodComp3D“ soll ein Verfahren entwickelt werden, um Holzspäne in ein hochwertiges Biokomposit-Material umzuwandeln.

Dieses holzbasierte Spezialmaterial soll eine große Festigkeit und Tragkraft aufweisen, sodaß es auch im Hausbau zum Einsatz kommen kann. Sogar für die Herstellung paßgenauer Objekte im 3D-Drucker könnte es geeignet sein.

„Der Proof of Concept ist der erste Schritt“, sagt der Bauingenieur Prof. Josef

Füssl von der TU Wien, der das Projekt gemeinsam mit dem Chemieingenieur Prof. Anton Friedl wissenschaftlich leitet. „Zunächst wollen wir zusammen mit der HS Timber Group zeigen, daß diese Vision umsetzbar ist, dann sollen Forschungsfragen folgen.“

„Das spannende an diesem Forschungsprojekt ist, daß damit das große Rätsel der Holzindustrie – Lignin – geknackt werden könnte. Damit könnten Holzspäne nicht nur als Brennstoffe, sondern als innovative Werkstoffe genutzt werden und maßgeschneiderte Konstruktionsmaterialien mit den genau richtigen Produkteigenschaften hergestellt werden – leistungsfähiger als Beton, nachhaltiger als Plastik, formbar wie Polymere“, schildert Hannes Plackner, welcher das Projekt für die HS Timber Group betreut. ■

<https://www.tuwien.ac.at/>

<https://hs.at/>

Sprachmelodie hilft beim Erkennen von Wörtern

Hören wir eine uns fremde Sprache, ist es schwierig zu erkennen, wann ein Wort aufhört und das nächste beginnt.



Grafik: Marie-Therese Pekny

Forschende des Instituts für Anglistik und des Departments für Verhaltens- und Kognitionsbiologie untersuchten, wie die Sprachmelodie das Erkennen von Wortgrenzen beeinflusst – <https://univie.ac.at/>

Dabei kann die Sprachmelodie eine Hilfe sein: WissenschaftlerInnen der Universität Wien haben herausgefunden, daß Wörter in einem kontinuierlichen Sprachfluß gut erkannt werden, wenn die Silbe am Wortende länger ausgesprochen wird als die restlichen Silben des Wortes. Eine ungewohnte Sprachmelodie erschwert hingegen das Erkennen von Wörtern. Die Studie erscheint in „Frontiers in Psychology“.

Viele Menschen erkennen beim Hören einer ihnen unbekannten Fremdsprache nicht, wo ein Wort endet und das nächste beginnt. Vor der gleichen Schwierigkeit stehen Kleinkinder, wenn sie ihre Muttersprache erlernen. Es gibt jedoch verschiedene sprachliche Anhaltspunkte, die Menschen unterbewußt nutzen, um in einem kontinuierlichen Sprachfluß einzelne Wörter wahrzunehmen – dazu gehört auch die Sprachmelodie.

Die Sprachmelodie wird unter anderem durch Tonhöhe, Silbenlänge oder Pausen beeinflusst. Auf welche Art und Weise diese verschiedenen Ausprägungen der Sprachmelodie die Worterkennung beeinflussen, ist jedoch unklar.

ForscherInnen des Instituts für Anglistik und des Departments für Verhaltens- und Kognitionsbiologie der Universität Wien untersuchten, welche Eigenschaften der Sprachmelodie am effektivsten sind, um Grenzen zwischen Wörtern zu erkennen. „Wir wollten wissen, ob Wortgrenzen besser erkannt werden, wenn bestimmte Silben eines Wortes länger, kürzer, höher oder tiefer ausgesprochen werden als die restlichen Silben“, erläutert Theresa Matzinger vom Institut für Anglistik und Department für Kognitionsbiologie.

Dazu spielten die ForscherInnen 360 deutschsprachigen StudienteilnehmerInnen ein kontinuierliches Geplapper in einer erfundenen Kunstsprache vor, in der die jeweils letzte Silbe jedes Wortes entweder länger, kürzer, höher oder tiefer ausgesprochen wurde als die restlichen Silben. Als Kontrolle hörten die TeilnehmerInnen Geplapper mit Pausen zwischen den Wörtern und Geplapper ohne Veränderungen in der Sprachmelodie. Danach mußten sie aus einer Liste von Wörtern jene auswählen, die sie in der Kunstsprache wahrgenommen hatten.

Wörter mit verlängerten Silben am Wortende wurden leicht erkannt

Erwartungsgemäß erkannten die ProbandInnen jene Wörter am leichtesten, die durch Pausen getrennt waren. Interessanterweise wurden jene Wörter mit verlängerter letzter Silbe fast genauso gut extrahiert. „Beim Sprechen ist es einfacher, vor einem Atemzug die Sprachorgane langsam und nicht abrupt zu stoppen, was zu einer Silbenverlängerung am Wortende führt. Im Laufe der Evolution lernten Zuhörende, diese Verlängerungen als Signale für Wortgrenzen zu interpretieren, auch wenn danach kein Atemzug folgt“, erklärt Matzinger dieses Ergebnis.

Eine ungewohnte Sprachmelodie behindert die Worterkennung

Im Gegensatz dazu wurden Wörter mit verkürzter letzter Silbe kaum im Geplapper erkannt, sogar schlechter als jene Wörter ohne veränderte Sprachmelodie. Das bedeutet, daß eine unpassende Sprachmelodie die Worterkennung behindern kann. Veränderungen in der Tonhöhe beeinflussten die Worterkennung hingegen kaum. ■

Stadt und Land

Zwischen Traum & Realität – bis 4. Juli 2021 in der Albertina Wien

Der Blick auf die letzten fünf Jahrhunderte der Landschaftsmalerei führt uns den Wandel menschlicher Identität vor Augen. Mit eigenen Augen sehend, spüren wir, wie sich das Selbstbild des Menschen im Laufe der Generationen verändert hat. Durch die Darstellung der Natur, gibt der Mensch ebenso viel von sich selbst preis. Es ist ein faszinierender Weg der Selbstfindung, eine Suche nach Orientierung, ein wortloser Dialog mit unserer Herkunft und unser aller Geschichte.

Die Albertina öffnet für diese größte Überblicksausstellung über die Geschichte der Landschaftsdarstellung ihre Schatzkammer und zeigt bekannteste Werke neben einzigartigen Arbeiten, die jahrzehntelang nicht gezeigt worden sind. Die BesucherInnen erwartet ein abwechslungsreicher Spaziergang durch über 280 Landschaftsbilder aus fünf Jahrhunderten. Von den Anfängen des autonomen Landschaftsbildes und seiner Bahnbrecher, allen voran Albrecht Dürer, spannt sich der Bogen über Bruegel, Rembrandt und das holländische Goldene Zeitalter, von Stadtpanoramen der Renaissance zu nahsichtigen Veduten, von utopischen Entwürfen arkadischer Landschaften bis zum illusionslosen, realistischen Naturbild im Zeitalter der Industrialisierung, von den Bildern der Erhabenheit und des Sublimen bei Caspar David Friedrich über die Schreckensvisionen und Dystopien bei Alfred Kubin bis zu den Kinderträumen verspielter Natur bei Paul Klee. Schlüsselwerke der romantischen Landschaft und österreichische Aquarellkunst des 19. Jahrhunderts wie Jakob und Rudolf von Alts Wien-Ansichten runden die Ausstellung ab.

Ein neuer Blick auf die Welt

Die ersten Landschaftsbilder der westlichen Kunst entstehen zwar bereits in der Antike: Über Jahrhunderte bis zum Ende des Mittelalters dominiert jedoch der goldene Hintergrund, wie wir ihn von Heiligenbildern kennen. Mit der einsetzenden Renaissance rücken Mensch und Natur in den Mittelpunkt. Bahnbrecher des autonomen Landschaftsbildes und eines neuen Naturalismus ist Albrecht Dürer.

In keinem anderen Land der Welt hat die Landschaftsdarstellung qualitativ und quantitativ einen derart hohen Stellenwert wie in



Adrian Zingg, *Blick durch ein Felsentor auf Schloss Hohnstein in der Sächsischen Schweiz*, 2. Hälfte 18., Beginn 19. Jahrhundert Feder in Schwarz, Pinsel in Grau und Hellbraun, laviert

den Niederlanden des 17. Jahrhunderts, deren einzigartige Kunstblüte nicht umsonst als „Goldenes Zeitalter“ bezeichnet wird. Die protestantische, niederländische Bürgerschicht verlangt nach Bildern für den privaten Gebrauch. Um die immense Nachfrage zu erfüllen, spezialisieren sich Künstler auf unterschiedlichste Themen wie die Darstellung der sich schier unermesslich bis zum Horizont erstreckenden Flachlandschaft, Stadtansichten, Seestücke oder Winterszenen.

Blütezeit in Frankreich

In Frankreich erlebt die Landschaftszeichnung im 17. und 18. Jahrhundert eine besondere Blüte. Doch nicht Paris, sondern

Rom mit seiner südlichen Atmosphäre und den pittoresken antiken Ruinen wird zu einem zentralen Thema der französischen Kunst und zur zweiten Heimat vieler Künstler. Dabei geht es allerdings nicht um Naturtreue, sondern um das Einfangen der atmosphärischen Stimmung; Lichteffekte werden durch Lavierungen unterschiedlicher Dichte erzeugt. Die französische Kunst des 18. Jahrhunderts, die als Rokoko bekannt ist, zelebriert wie keine andere eine übersteigerte Künstlichkeit, die sich auch in den Landschaftsdarstellungen spiegelt. François Boucher, der gefragteste Künstler seiner Zeit, arrangiert topografische Gegebenheiten zu idealisierten Ansichten, die den idyllischen

Naturvorstellungen des Städters entsprechen.

Der Mensch im Spiegel der Natur

Die einsetzende Aufklärung, Naturwissenschaft, Technik und Entdeckungsreisen bringen so gegensätzliche Strömungen wie Klassizismus, Romantik und Realismus hervor. Als Gegenbewegung zum vorangegangenen üppig-verspielten Rokoko prägen klassizistische Ideallandschaften eine puristische Formensprache. Caspar David Friedrich, der Hauptvertreter der Romantik, projiziert in die erhabene Natur melancholische Sehnsucht nach Unendlichkeit. Gleichzeitig spiegeln Vogelschauansichten und Stadtpanoramen das rasche Wachsen der europäischen Metropolen wider; anstelle repräsentativer Veduten treten realistische Landschafts-porträts, die bahnbrechend für die Landschaftsmalerei des 19. Jahrhunderts sind.

Am Vorband zur Moderne

Um die Jahrhundertwende schwankt das geistige Klima zwischen Fortschrittsglaube und Untergangsstimmung. Die schnell voranschreitende Industrialisierung und Urbanisierung wecken die Sehnsucht nach Romantik ebenso wie einen aufkommenden Kulturpessimismus: Pole, die sich in Ludwig Röschs verträumten Kohlezeichnungen oder der dystopischen Welt Alfred Kubins wie-

Bild rechts: Claude Lorrain, Baumgruppe mit ruhendem Hirten, späte 1630er-Jahre, Feder, Pinsel, schwarz und braun laviert

Bild unten: Rembrandt Harmensz van Rijn Die ehemalige Kupfermühle auf der Weesperzijde, späte 1640er-Jahre, Feder und Pinsel in Braun



© Albertina Wien



© Albertina Wien

Kultur



Canaletto, *Die Porta Portello mit dem Brentakanal in Padua*, 1740-1743, Federzeichnung

derfinden. Es kommt auch zu einer Revolution der Kunstgeschichte und einer Neuschaffung des Landschaftsbildes: Kunst wird erstmals vom Prinzip der Naturnachahmung

befreit und unabhängig von dem, was das Auge sieht. Emil Nolde, August Macke und Paul Klee malen durchaus an konkreten Orten, sind aber nicht mehr an deren topografi-

scher oder pittoresker Wiedergabe interessiert, sondern an der Erscheinung des Bildes, an Formen und Farben, welche sich vom Naturvorbild gelöst haben und unvermischt ne-



Jakob Alt, *Blick auf Wien von der Spinnerin am Kreuz*, 1817, Aquarell, Deckfarben



© Albertina Wien

Alfred Kubin, *Schlachthausruine*, 1900, Farbige Tusche laviert und gespritzt, schwarze Tusche, Feder

beneinandergesetzt zu höchster Leuchtkraft steigern. Nicht die sichtbare Landschaft steht im Zentrum, sondern deren expressionistische Interpretation und Neuerfindung in der Abstraktion.

Zwischen Traum & Realität

Das Bild einer Landschaft oder einer Stadt rasch mit dem Smartphone festzuhalten und zu versenden ist heutzutage eine Selbstverständlichkeit. Wenn Reisen in Zeiten einer Pandemie jedoch ganz plötzlich nicht mehr selbstverständlich ist, lenkt dies den Blick auf die eigene Umgebung, aber auch auf die künstlerische Auseinandersetzung mit der Landschaft, deren Darstellung eine spannende Entwicklung erlebt hat.

Die Albertina lädt mit dieser Ausstellung zu einem abwechslungsreichen Spaziergang durch Landschaftsbilder aus fünf Jahrhunderten. Von den Anfängen des autonomen Landschaftsbildes und seiner Bahnbrecher, allen voran Albrecht Dürer, spannt sich der Bogen über Bruegel, Rembrandt und das holländische „Goldene Zeitalter“, von Poussins und Lorrains effektvollen Landschaftsstudien zu barocken Stadtpanoramen. Utopische Entwürfe arkadischer und romantischer

Landschaften treffen auf das illusionslose, realistische Naturbild im Zeitalter der Industrialisierung. Einen Höhepunkt findet der neue Realismus in den virtuosierten Aquarellen von Jakob und Rudolf von Alt. An der Wende zum 20. Jahrhundert steht hingegen nicht

mehr die sichtbare Natur im Zentrum, sondern deren expressionistische Interpretation und Neuerfindung in der Abstraktion. Es erschließen sich dabei ganz unterschiedliche Blickwinkel auf die Landschaft und die vom Menschen in die Natur gebaute Stadt: Fanta-



© Albertina Wien, Sammlung Forberg

August Macke, *Frau mit Krug unter Bäumen*, 1912, Aquarell



© Albertina Wien

Egon Schiele, *Alte Häuser in Krumau*, 1914, Bleistift, Pinsel, Deckfarben auf Japanpapier

stisch, idyllisch, idealisiert, antikisiert, heroisiert oder scheinbar objektiv beschrieben, wird die Natur zur Projektionsfläche des in ihr wirkenden und sie betrachtenden Menschen.

Sämtliche Werke stammen aus der Sammlung der Albertina. Der Großteil wurde vom Sammlungsgründer der Albertina, Herzog Albert von Sachsen-Teschen (1738–1822) erworben, der sich insbesondere für bildhaft ausgeführte, großformatige Landschaftszeichnungen des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts interessierte: Landschaften von Adrian Zingg und dessen Schülern sammelte er sowohl ihrer künstlerischen Qualität wegen als auch in Erinnerung an seine alte Heimat Sachsen. Vor allem in seinen letzten Lebensjahren konzentrierte sich Herzog Albert auf den Erwerb von Landschaften, von denen nun eine hochkarätige Auswahl präsentiert wird.

Die Entdeckung der Landschaft

Raum 1 – 16. Jahrhundert: Dürer, Altdorfer, Bruegel, Tizian)

Die ersten Landschaftsbilder der westlichen Kunst entstehen bereits in der Antike. Nachdem im Mittelalter Goldgrund dominiert, setzt ab der Frührenaissance durch das

wachsende Interesse an der Erforschung und Darstellung des Menschen und seiner Umwelt eine neue Entwicklung ein: Realistische Landschaftselemente, Berge und Städte werden kulissenartig in die Bilder integriert. Bahnbrecher des autonomen Landschaftsbildes und eines neuen Naturalismus ist Albrecht Dürer. In seinem Frühwerk schafft er Landschaftsstudien sowie hochpräzise Stadt- und Architekturbilder, die in seiner Werkstatt als Motivfundus und Vorlagen für Landschaftshintergründe vielfältige Verwendung finden. Aus Dürers Tagebuch vom 5. Mai 1521 stammt auch der erste Beleg des Begriffs „Landschaftsmaler“, gemünzt auf den Niederländer Joachim Patinir (1480–1524).

Zum eigentlichen Bildthema wird Landschaft erstmals bei Albrecht Altdorfer, der seine Bäume wie Porträts ins Zentrum der Darstellung rückt. Zeitgleich verschmilzt der Venezianer Tizian Figuren und Landschaft zu einer stimmungsvollen Bildeinheit. Der Niederländer Pieter Bruegel reist 1552 in Begleitung des befreundeten Kartografen Abraham Ortelius nach Italien und verarbeitet Eindrücke seiner Alpenüberquerung in weitläufigen Panoramen. An die Stelle artifizierender Weltlandschaften tritt ein neues, plausibles Bild der Natur. Als Kupferstiche fin-

den Bruegels Kompositionen weite Verbreitung und dienen mit ihrer neuen Realitätsnähe als Vorbild für zukünftige Künstlergenerationen.

Das Goldene Zeitalter der Landschaft

Raum 2: Niederländer

In keinem anderen Land der Welt hat die Landschaftsdarstellung qualitativ und quantitativ einen derart hohen Stellenwert wie in den Niederlanden des 17. Jahrhunderts, deren einzigartige Kunstblüte nicht umsonst als „Goldenes Zeitalter“ bezeichnet wird. Nach der Unabhängigkeit vom katholischen, von den Habsburgern regierten Süden bilden die vereinten sieben nördlichen Provinzen die erste bürgerliche Republik Westeuropas. Der Stolz auf diesen Status, auf die Vormachtstellung zur See und auf das durch Staudämme dem Meer abgetrotzte Land erweckt großes Interesse an der Landschaft. Es kommt zu einem Aufblühen der Kartografie, für die durch den wachsenden Überseehandel gesteigerter Bedarf besteht. Die protestantische Bürgerschicht verlangt nach Bildern für den privaten Gebrauch. Um die immense Nachfrage zu erfüllen, spezialisieren sich Künstler auf unterschiedlichste Themen wie die Darstellung der sich schier

Kultur

unermesslich bis zum Horizont erstrecken- den Flachlandschaft, Veduten, Seestücke oder Winterszenen. Der Handel in Amsterdam floriert, und niederländische Landschaftsbilder werden in ganz Europa hoch geschätzt. Herzog Albert und seine Gemahlin Marie Christine residieren 1781– 1792 als Statthalter der Österreichischen Niederlande in Schloß Laeken bei Brüssel und nutzen die geografische Nähe für den Erwerb zahlloser Zeichnungen und Druckgrafiken. Zu den Höhepunkten zählen dabei zweifellos die Werke Rembrandts. Sie reichen vom Realismus schlichter Skizzenbuchblätter mit Motiven aus der Umgebung Amsterdams bis zu für den Verkauf bestimmten Radierungen mit dramatisch inszenierten imaginären Landschaften.

Lagunenzauber und fantastische Architektur

Raum 3, Italien: Canaletto, Tironi, de' Barbari, Pannini

Seit der Renaissance ist die Kavaliersreise („Grand Tour“), auf der europäische Kunstmetropolen besucht und Sammlungen

besichtigt werden, selbstverständlicher Bestandteil adeliger Bildung. 1776 unternimmt auch Herzog Albert, der Gründer der Albertina, mit seiner Gemahlin Erzherzogin Marie Christine eine mehrmonatige Italienreise, von der sie nicht nur vielfältige Eindrücke, sondern auch eine Fülle von Kunstwerken mit nach Hause nehmen. Veduten wie die gezeigten Ansichten von Venedig und der umliegenden Inseln sind damals beliebte Souvenirs.

Wie kaum ein anderer führt Giovanni Antonio Canal, genannt Canaletto, die venezianische Vedutenmalerei zur Perfektion. Seine vermutlich mithilfe einer Camera obscura erstellten Zeichnungen vereinen eine modern anmutende, nüchterne Sachlichkeit und Wirklichkeitstreue mit einem großen Feingefühl für atmosphärische Wirkung. Zu den bedeutendsten Vedutenmalern Roms gehört Giovanni Paolo Pannini: Neben topografischen Ansichten von Plätzen, Monumenten und Galerien schafft er malerische Ruinenbilder, die im 18. Jahrhundert beispielsweise dem Franzosen Hubert Robert als Vorbild dienen und europaweit bewundert werden.

Das Licht des Südens

RAUM 3 Franzosen – Poussin, Lorrain

In Frankreich erlebt die Landschaftszeichnung im 17. und 18. Jahrhundert eine besondere Blüte. Doch nicht Paris, sondern Rom mit seiner südlichen Atmosphäre und den pittoresken antiken Ruinen wird zu einem zentralen Thema der französischen Kunst und zur zweiten Heimat vieler Künstler. Nicolas Poussin und Claude Lorrain zeichnen die römische Campagna mit ihren sanften Hügeln und lieblichen Flusstälern. Dabei geht es allerdings nicht um Naturtreue, sondern um das Einfangen der atmosphärischen Stimmung; Lichteffekte werden durch Lavierungen unterschiedlicher Dichte erzeugt. Solche Studien dienen als Formenrepertoire, die bei Bedarf in Gemälden, Radierungen oder andere Zeichnungen integriert werden.

Kunstvolle Natur

Raum 4 Franzosen II: Boucher, Fragonard, Pillement, Hubert Robert

Die französische Kunst des 18. Jahrhunderts, die als Rokoko bekannt ist, zelebriert wie keine andere eine übersteigerte Künst-



© Albertina Wien

Emil Nolde, Die Wintersonne, 1908, Tempera und Aquarell auf Bütten



Paul Klee, Landgut bei Fryburg, 1915, Aquarell und Goldfarbe auf Papier auf Karton

lichkeit, die sich auch in den Landschaftsdarstellungen spiegelt. François Boucher, der gefragteste Künstler seiner Zeit, arrangiert topografische Gegebenheiten zu idealisierten Ansichten, die den idyllischen Naturvorstellungen des Städtlers entsprechen und dem Betrachter auch die Möglichkeit geben, einzelne architektonische Elemente zu identifizieren. Kunstvolle Natürlichkeit charakterisiert ebenso die stimmungsvollen Flußlandschaften von Jean-Baptiste Pillement, der sich an niederländischen Vorbildern schult. Auch Jean-Honoré Fragonard ist ein großer Bewunderer Rembrandts und führt die laivierte Pinselzeichnung zu einem neuen

Höhepunkt. Seine lichtflirrenden Ansichten von Rom sind hoch geschätzt, gehört doch die „Grand Tour“, eine Besichtigungsreise durch Italien, zum festen Bestandteil adeliger Bildung. Für Hubert Robert bilden die realen antiken Baudenkmäler den Ausgangspunkt für fantasievolle Architektur- und Ruinenlandschaften, die er theatralisch-dekorativ ausgestaltet.

Natur im Wandel

Raum 5: Klassizismus, Romantik, Realismus

Mit dem Zeitalter der Aufklärung entwickelt sich eine neue Sicht auf die Welt. For-

schungsreisen, Naturwissenschaften und technische Neuerungen ermöglichen neue Erkenntnisse, die Städte wachsen kontinuierlich. Dies spiegelt sich auch in der Kunst des 18. und frühen 19. Jahrhunderts, die zwischen den beiden Polen des Ideals und der Naturnachahmung pendelt und so gegensätzliche Strömungen wie Klassizismus, Romantik und Realismus vereint.

Als Gegenbewegung zum vorangegangenen üppig-verspielten Rokoko prägen klassizistische Ideallandschaften eine puristische Formensprache, die an klassische Vorbilder des 17. Jahrhunderts, insbesondere Nicolas Poussin und Claude Lorrain, anschließt.

Kultur

Friedvolle Utopien und antike Themen in perfekt ausgewogenen Kompositionen folgen der viel zitierten Maxime des Kunstschriftstellers Johann Joachim Winckelmann (1717–1768) von „edler Einfalt und stiller Größe“.

Caspar David Friedrich, der Hauptvertreter der Romantik, projiziert in die erhabene Natur melancholische Sehnsucht nach Unendlichkeit. Vogelschauansichten und Stadtpanoramen spiegeln hingegen das rasche Wachsen der europäischen Metropolen; anstelle repräsentativer Veduten treten realistische Landschaftsporträts, die bahnbrechend für die Landschaftsmalerei des 19. Jahrhunderts sind.

Wie kein anderer Sammlungsbereich ist jener der „modernen“ Meister des 18. und frühen 19. Jahrhunderts von der Sammlerpersönlichkeit Herzog Albrechts geprägt, der sich in den beiden letzten Jahrzehnten seines Lebens zunehmend auf den Erwerb zeitgenössischer Künstler konzentriert. Dem Zeitgeschmack entsprechend sammelt er – wie schon im Bereich der alten Meister – vor allem bildhaft ausgearbeitete Zeichnungen. Sorgfältig laviert oder koloriert, wirken diese großformatigen Blätter wie Gemälde. Sie werden von vornherein nicht als Entwürfe und Skizzen verstanden, sondern als »Bild auf Papier«.

Der Blick auf die Wirklichkeit

Raum 6 spätes 18. JH. & 19. JH.: C. Schütz, Jakob und Rudolf von Alts, Menzel

Die unbestechlich realistische Landschaftsdarstellung steht dem gegenwartsfernen Pathos des Klassizismus ebenso fremd gegenüber wie der romantischen Träumerei: Akribische Beobachtung, souveräne Raumkonstruktion und virtuose Beschreibung des Lichts und der Atmosphäre sind die Qualitäten des speziell in Wien beheimateten Realismus des späten 18. und des 19. Jahrhunderts. Nabsichtige Darstellungen des Stadtbildes lösen Panoramen und Vogelschauansichten ab. Die aquarellierten Wienansichten von Carl Schütz, die als kolorierte Stiche verbreitet werden, tragen zu einer Neubelebung der Aquarellmalerei bei und bedienen die steigende Nachfrage nach Ansichten attraktiver Orte. Joseph Rebell's sonnendurchflutete Bilder zählen zu den ersten dieser neuen naturnahen und zugleich malerischen, atmosphärischen Abbilder der Wirklichkeit.

Der neue Realismus erreicht seinen Höhepunkt in den virtuosierten Aquarellen Jakob Alts und seines Sohnes Rudolf, die in Wien und auf Reisen entstehen. Rudolf von Alts

Werke bestechen durch ihre Präzision und ihren sorgfältigen Detailreichtum. Es ist ein programmatischer, registrierender Realismus, der die Wirklichkeit getreu darstellen möchte, die Schattenseiten des Lebens wie Elend und Armut allerdings ausblendet. Auch weil das Aquarellieren en plein air, also im Freien vor dem Motiv, bei Regen nicht möglich ist, herrscht stets eine Schönwetter-Atmosphäre. Dabei gelingt es dem Künstler, die wechselnden Lichtverhältnisse des Freilichts und dessen Wirkung auf Natur und Architektur treffend einzufangen.

Aufbruch in die Moderne

Raum 7: 20. JH.: Wien 1900 – Impressionisten & Van Gogh – Farbholzschnitte – Ludwig Rösch – Kubin – Feininger – Nolde – Macke – Klee

An der Wende zum 20. Jahrhundert ist Wien eine florierende Metropole mit rund zwei Millionen Einwohnern. Die Hauptstadt des Habsburgerreichs ist ein Schmelztiegel der Nationen und eine Hochburg der Künste und Wissenschaften. Die Künstlervereinigung Secession bricht mit dem Historismus der Ringstraßenzeit und wird zur Keimzelle des Wiener Jugendstils. Im Ausstellungshaus am Naschmarkt präsentiert man neben eigenen Arbeiten auch internationale Künstler wie die französischen Impressionisten und Vincent van Gogh, um das Publikum an die Moderne heranzuführen. Der Farbholzschnitt erlebt eine neue Blüte: Die Betonung von Umrißlinien, die vom Japonismus inspirierte

Stilisierung und Verflachung der Motive sowie das Spiel mit Farbkontrasten entsprechen dem neuen Formenideal des Jugendstils.

Das kulturelle und geistige Klima schwankt jedoch zwischen Fortschrittsglaube und Untergangsstimmung. Je schneller Technik, Industrialisierung und Urbanisierung voranschreiten, desto deutlicher wächst die Sehnsucht nach Romantik und Irrationalem. Diese Pole spiegeln sich in Ludwig Röschs verträumten Kohlezeichnungen und der dystopischen Welt Alfred Kubins sowie in den zersplitterten skurrilen Stadtbildern Lyonel Feiningers.

Im frühen 20. Jahrhundert kommt es zu einer Revolution der Kunstgeschichte und damit auch zu einer Neuerschaffung des Landschaftsbildes: Kunst wird erstmals vom Prinzip der Naturnachahmung befreit und unabhängig von dem, was das Auge sieht. Emil Nolde, August Macke und Paul Klee malen durchaus an konkreten Orten, sind aber nicht mehr an deren topografischer oder pittoresker Wiedergabe interessiert, sondern an der Erscheinung des Bildes, an Formen und Farben, welche sich vom Naturvorbild gelöst haben und unvermischt nebeneinandergesetzt zu höchster Leuchtkraft steigern. Ab nun steht nicht mehr die sichtbare Landschaft im Zentrum, sondern deren expressionistische Interpretation und Neuerfindung in der Abstraktion. ■

<https://www.albertina.at/>



Foto: Österreich Journal / Michael Mössner

Von Deutschwestungarn ins Burgenland

»Geschichte einer Region 1848–1921« – Sonderausstellung auf Burg Güssing von 29. April bis 30. Oktober 2021 sowie März bis Oktober 2022



Foto: Pixabay / Ratfink1973

Auf einem längst erloschenem Vulkankegel thront die 1157 als Wehranlage errichtete älteste Burg des Burgenlandes.

Im Jahr 2021 feiert das Burgenland seine 100-jährige Zugehörigkeit zur Republik Österreich. Dieses historische und bedeutende Ereignis gibt Anlaß, sich mit der eigenen Geschichte und Identität auseinanderzusetzen. Die Sonderausstellung „Von Deutschwestungarn ins Burgenland“ auf Burg Güssing stellt die Jahrzehnte von 1848 bis zur so genannten Landnahme durch die Republik Österreich im Jahr 1921 in den Mittelpunkt. Die Geschichte dieser Jahre wird mit zahlreichen, noch nie veröffentlichten Fotografien, historischen Filmdokumenten aus österreichischen und ungarischen Archiven, durch authentische Lebensgeschichten sowie zahlreiche private Erinnerungsstücke erzählt.

Vor 100 Jahren war das heutige Burgenland noch ein Teil Ungarns und hat zuvor nie eine geschlossene politische oder admini-



© Burgenländisches Landesarchiv, Fotosammlung

Ein Symbol der Industrialisierung Deutschwestungarns, Zuckerfabrik Hirm, vor 1904/05

Kultur

strative Einheit dargestellt. Umgangssprachlich wurde die Region Deutschwestungarn bezeichnet und umfaßte im Wesentlichen die größtenteils von Deutschen und Kroaten besiedelten Teile der Komitate Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg.

Die Themenpalette der Sonderausstellung reicht von den revolutionären Ereignissen 1848, dem österreichisch-ungarischen Ausgleich, von den Anfängen der Arbeiterbewegung mit einhergehender Industrialisierung der Region, bis hin zur Schul- und Magyarisierungspolitik einer sich verändernden Gesellschaft. Am Ende dieser Epoche stand mit dem Ersten Weltkrieg die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ und der Zusammenbruch der Monarchie. Österreich und Ungarn sollten von diesem Zeitpunkt an getrennte Wege gehen.

Zeitreise durch die Region

Die historische Zeitreise durch die Region beginnt mit dem Revolutionsjahr 1848, welche die Befreiung der „burgenländischen“ Bauern vom Untertanentum brachte. Die ersehnten bürgerlichen Freiheiten und eine ungarische staatliche Souveränität blieben jedoch verwehrt. Mit dem so genannten „Ausgleich von 1867“ erhielt Ungarn eine größere politische Eigenständigkeit zugestanden. Verbindendes Element der beiden Reichshälften war das Haus Habsburg mit der Figur von Franz Joseph I., der als österreichischer Kaiser bzw. als ungarischer König fast 70 Jahre regierte.

Industrialisierungswelle

Der westungarische Grenzraum war ein eher agrarisch strukturiertes Gebiet mit wenigen Städten und Industrieanlagen. Einen wesentlichen Ansatzpunkt zur industriellen Aktivierung des heutigen Burgenlandes boten die vorhandenen Bodenschätze. Aber erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts setzte, bedingt durch den Eisenbahnbau und technische Innovationen, eine Industrialisierungswelle ein. Die Volkszählung des Jahres 1910 ergab, daß 59,4 Prozent der damaligen westungarischen Wohnbevölkerung im Land- und Forstwirtschaftssektor beschäftigt waren, aber schon immerhin 24,8 Prozent in Industrie und Gewerbe.

Mit zunehmender Industrialisierung ging auch die Entstehung einer Arbeiterbewegung einher. Die Arbeiterbewegung Westungarns war maßgeblich von den Entwicklungen in Wien und Niederösterreich beeinflusst. Arbeitskräfte, die in der westungarischen Landwirtschaft keine Anstellung fanden, absor-



© Sammlung Martin Uebelher, Oberwart

Schülerinnen und Lehrpersonal der Evangelischen Schule in Oberwart, 8. April 1897

bierte die wachsende Industrie Wiens und des Wiener Beckens.

»Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs«

Diese Wanderarbeiter können als Träger der burgenländischen Arbeiterbewegung bezeichnet werden. Zu Ostern 1874 fand in Neudörfel der Gründungsparteitag der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs“ statt, an dessen Zustandekommen die westungarische Bewegung aber wenig Anteil hatte. Der vermutlich erste Streik im Burgenland fand 1885 in Siegendorf statt, als die Patzenhofer'schen Meierhofarbeiter eine bessere Entlohnung forderten. Im Jahr 1889 streikten die Zuckerfabrikarbeiter von Siegen-

dorf, und am 1. Mai 1890 legten die Arbeiter der neugegründeten Jutefabrik in Neufeld ihre Arbeit nieder. Aus dem 1892 gegründeten Arbeiterbildungsverein entstand 1893 in Ödenburg die erste Sozialdemokratische Parteiorganisation Deutschwestungarns.

Schulwesen

Mit dem Ausgleich von 1867 beschränkten die beiden Reichshälften endgültig unterschiedliche Pfade in der Schul- und Bildungspolitik. Das ungarische Volksschulwesen wurde im Jahr 1868 neu geregelt. Der Staat hatte aber über alle Trägerformen die Schulaufsicht, doch aufgrund des Übergewichtes an katholischen Gemeindeschulen gewann die Kirche einen dominierenden Ein-



© Burgenländisches Landesarchiv, Fotosammlung

Eröffnung der (heute eingestellten) Bahnlinie Güssing–Körmend in Güssing, 1899



Bewaffnete Freischärler vor der Martin-Kaserne Eisenstadt, 1921

fluß auf das Bildungssystem Deutschwestungarns. Im Jahr 1900 gab es 365 Volksschulen, sieben Bürgerschulen, ein Gymnasium, ein k.u.k. Kadetteninstitut und eine Lehrerbildungsanstalt, sodaß man festhalten kann, daß das Bildungssystem Deutschwestungarns gut entwickelt war.

Während die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts eine liberale Minderheitenpolitik mit sich brachte, wurde die ab den 1890er-Jahren verstärkte spürbare Assimilations- bzw. Magyarisierungspolitik von Deutschen und Kroaten als besonders belastend empfunden. Einen neuen Höhepunkt des magyarischen Nationalismus bildete das Schulgesetz von 1907, mit dem die staatliche Kontrolle und der Unterricht in ungarischer Sprache auch auf die nicht staatlichen Gemeinde- und Konfessionsschulen ausgedehnt wurde.

Fortschritt mit Schattenseiten

Das 19. Jahrhundert zeichnete sich auch durch einen enormen Modernisierungsschub aus. Neue Techniken eroberten den Alltag der Menschen (Eisenbahn, Elektrifizierung, Telefon- und Telegrafennetz, Automobil). Die Welt begann mobil zu werden, jedoch hatte der Fortschritt auch seine Schattenseiten. Tägliche Arbeitszeiten von 12 bis 16 Stunden waren keine Seltenheit und Kinderarbeit ein weit verbreitetes Übel. Kinder arbeiteten als schlechtbezahlte, rechtlose Hilfskräfte auf den Meierhöfen, in den Fabriken und Manufakturen.

Die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts

Am Ende dieser Epoche stand mit dem Ersten Weltkrieg die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ und der Zusammenbruch der Monarchie. Die traurige Bilanz des Ersten

Weltkrieges: Etwa 8.000 Burgenländer sind im Krieg gefallen. Die Auswirkung auf die Bevölkerung war aber weit tiefgreifender. 20.000 Burgenländer kamen als Invaliden vom Krieg zurück und waren auf die Betreuung innerhalb des Familienverbandes angewiesen. 5.000 Burgenländerinnen wurden zu Kriegswitwen und rund 12.000 Kinder wuchsen ohne Vater auf.

Die europäische Großmacht Österreich-Ungarn zerfiel in einzelne Nationalstaaten mit neuen, meist strittigen Grenzverläufen. Die nur kurz währende kommunistische Räterepublik in Ungarn brachte den drei westlichen Komitaten des „Gaus Deutsch-Westungarn“ die lang ersehnte Autonomie. Amtssitz wurde Ödenburg. Dem „Gaurat“ durften nur Vertreter der deutschen Volksgruppe angehören; in Schulen und Amtsbauten wurde Deutsch wieder zugelassen

und zur Pflege des kulturellen Lebens der „Deutsche Kulturbund“ gegründet. In Deutschwestungarn wurde das System größtenteils von sozialdemokratischen Funktionären getragen. Durch die zunehmend chaotischer werdende Entwicklung der Räterepublik wandten sich schließlich immer mehr dem Gedanken des Anschlusses an Österreich zu, eine Transformation der Autonomie- in eine Anschlussbewegung war die Folge.

Die Republik Österreich entstand auf Grundlage der Verträge von St. Germain (1919) und Trianon (1920), und es waren auch diese Verträge, welche die Angliederung Deutschwestungarns als eigenständiges Bundesland an die Republik Österreich ermöglichten.

Kriegsähnliche Zustände

Am Ende einer viele Jahrhunderte dauernden Allianz zwischen Österreich und Ungarn standen kriegsähnliche Zustände, in denen sich vom ungarischen Staat unterstützte Freiwilligenverbände und österreichische Gendarmerie, Zollwache und Bundesheer gegenüberstanden und die 89 Todesopfer forderten. Dieser Blick auf die Entstehungsgeschichte des Burgenlandes zeigt, daß es nicht so selbstverständlich war, ein neues Bundesland von Österreich zu werden.

Die Sonderausstellung kann in mehreren Räumen der Burg Güssing ab 29. April bis Oktober 2021 sowie von März bis Oktober 2022 besichtigt werden und ist ein gemeinsames Projekt des Landes Burgenland, der Stiftung Burg Güssing und des Savaria-Museums Szombathely.

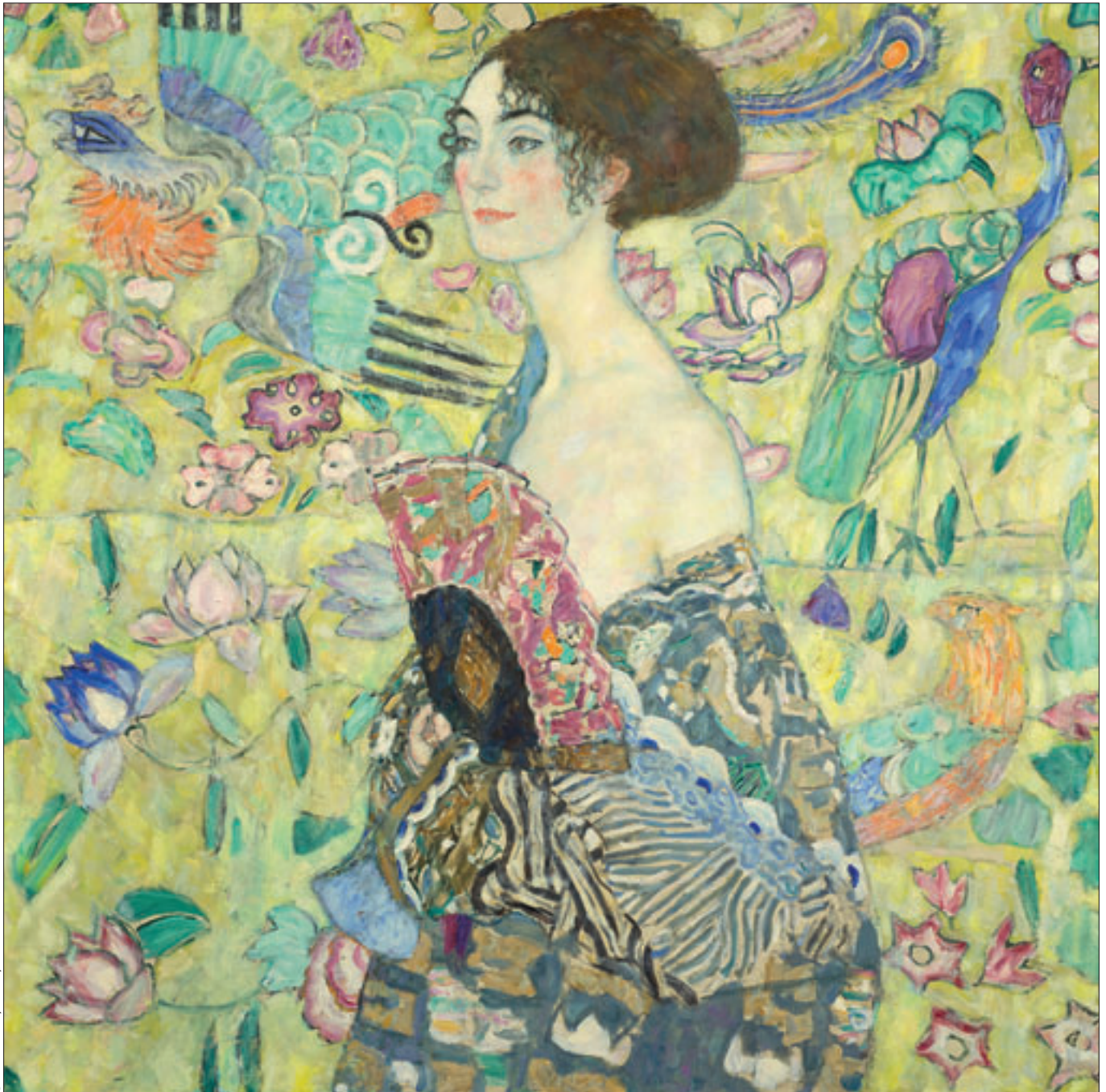
<https://www.burgenland.at/vondeutschwestungarn>



Einzug berittener österreichischer Gendarmetruppen auf der Hauptstraße in Eisenstadt, 1921

Dame mit Fächer

Klimts letzte Werke im Oberen Belvedere bis 13. Februar 2022



© Belvedere, Wien, Foto: Markus Guschelbauer

Gustav Klimt, *Dame mit Fächer*, 1917-18; Leihgabe aus Privatbesitz

Den Kopf erhoben, mit selbstsicherem Blick: So begegnet uns Gustav Klimts geheimnisvolle Dame mit Fächer im Belvedere – seit einhundert Jahren erstmals wieder in Wien zu sehen. Das letzte Porträt aus der Hand des Künstlers zeigt eindrucksvoll, wie stark und eigenständig auch seine finale Schaffensphase ist. So nimmt Klimt expressive Elemente der „Jungen Wilden“ seiner

Zeit auf, bleibt aber gleichzeitig dem eigenen Stil treu. In einer Sonderausstellung widmet sich das Belvedere diesem letzten Aufbruch der Malerikone.

Generaldirektorin Stella Rolzig: „Letzte Werke eines Künstlers umgibt immer eine besondere Aura. So auch Dame mit Fächer und Die Braut. Die beiden mutmaßlich letzten Gemälde, an die Klimt vor seinem Tod Hand

angelegt hat, nach mehr als einem Jahrhundert wieder vereint zu sehen macht diese Ausstellung zum Must-See des Frühjahrs.“

Das Porträt Dame mit Fächer entstand im Laufe des Jahres 1917. Als Klimt am 11. Jänner 1918 einen Schlaganfall erlitt, an dessen Folgen er am 6. Februar starb, war das Bild beinahe fertiggestellt. Es handelt sich nicht um ein Auftragswerk, sondern um eine



© ONB/Wien Bildarchiv 94884-E / Foto: Moritz Nähr

Gustav Klimts Arbeitsraum im Atelier Feldmühlgasse 11, Wien 13, mit den (unvollendeten) Gemälden *Die Braut* und *Dame mit Fächer*, 1918

Variation von Klimts Lieblingsthema der „schönen Wienerin“.

Klimts letzte Werke

Wohl kurz nach Gustav Klimts Tod im Jahr 1918 entstand in seinem Atelier eine Fotografie. Darauf abgebildet sind zwei Gemälde auf je einer Staffelei: *Dame mit Fächer* und *Die Braut*. Während *Die Braut* sich bereits seit 1971 als Leihgabe im Belvedere befindet, war *Dame mit Fächer* zuletzt im Jahr 1920 in Wien ausgestellt und seit 1994 nicht mehr öffentlich zu sehen. Ebenjene beiden Gemälde werden nun, nach über einhundert Jahren, erstmals wieder zusammen präsentiert.

Gemeinsam mit einer Auswahl weiterer unvollendeter Werke repräsentieren diese späten ikonischen Gemälde die letzte Entwicklung in Gustav Klimts künstlerischem Schaffen. Die darin ersichtlichen Arbeitsstufen geben Einblick in den Entstehungsprozess. Der Stil des Spätwerks ist Klimts Antwort auf die Konfrontation mit dem Schaf-

fen von Künstlern wie van Gogh, Matisse, Gauguin und den jungen Expressionisten. Er greift Elemente wie die starke Leuchtkraft

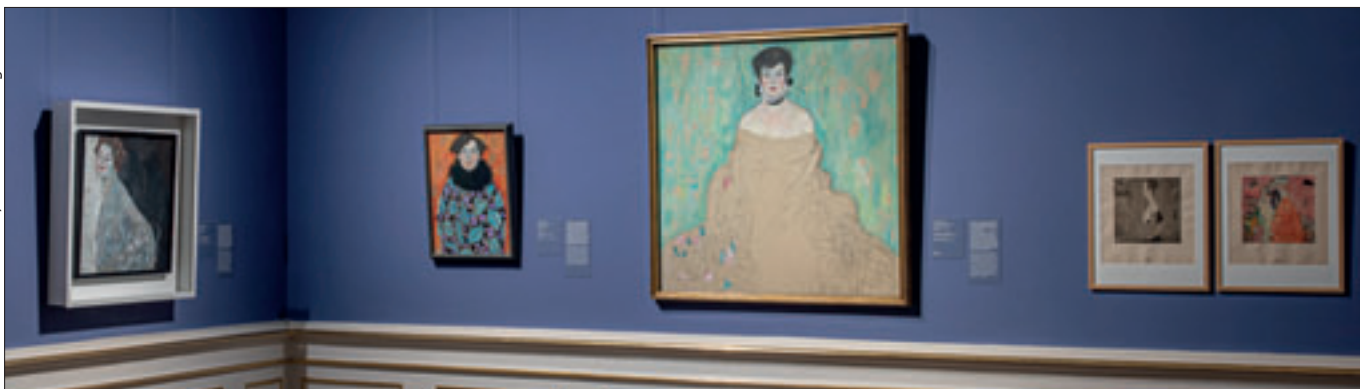
der Farben und den offenen, skizzenhaften Pinselstrich auf und erzeugt dadurch eine expressive Ausdrucksform.



Foto: Belvedere Wien / Sandra Zanzinger

v.l.: Staatssekretärin Andrea Mayer (Mitte), Generaldirektorin Stella Rollig und Kurator Markus Fellinger vor dem kurz zuvor aufgehängten Gemälde „*Dame mit Fächer*“

Foto: Belvedere Wien / Sandro Zanzinger



Ausstellungsansicht Dame mit Fächer. Gustav Klimts letzte Werke

Obwohl der Künstler in seinen letzten Gemälden auf den Einsatz von Blattmetall verzichtete, blieb er der formalen Errungenschaft seiner Goldenen Periode treu: der Neuinterpretation des Tafelbildes als materielles Objekt im Sinne eines kostbaren Schmuckstücks. In seinem Spätwerk versucht Klimt, diesen Eindruck weniger durch die Anmutung kunsthandwerklicher Gestaltung zu erreichen. Vielmehr sucht er nun auf dieser Grundlage eine expressivere Bildsprache, die eine emotionale, positive und weltbejahende Haltung vermittelt.

Kurator Markus Fellinger: „Es überrascht, daß ein Gemälde von so lichter Farbigkeit und knisternder Erotik von einem zurückgezogen lebenden Melancholiker gemalt wurde. Klimt betrieb die Malerei aber als Heilmittel gegen die Widrigkeiten des Lebens. Daß er mitten im Ersten Weltkrieg solche Bilder malte, wurde und wird häufig als dekadent empfunden. Klimt sah seine Aufgabe aber nicht in einer Kritik der Verhältnisse, sondern darin, der düsteren Wirklichkeit eine Vision der schönen Dinge des Lebens entgegenzusetzen: Farben, Harmonie, Liebe, Erotik.“

Der erste Teil der Schau zeigt Dame mit Fächer im Kontext der späten, unvollendeten Gemälde von Gustav Klimt. Zu sehen sind unter anderem Die Braut, Amalie Zuckerkandl, Adam und Eva und Dame in Weiß. Ab Oktober wird die Ausstellung adaptiert und um eine weitere Komponente ergänzt: Das neue Kapitel beleuchtet Klimts Affinität zu ostasiatischen Kunststilen und zeigt auf, wie sich diese im Werk widerspiegeln. Dame mit Fächer. Gustav Klimts letzte Werke macht den Aufbruch des Malers in eine neue Schaffensphase kurz vor seinem Tod nachvollziehbar.

Provenienz der Dame mit Fächer

Dame mit Fächer wurde im Jahr 1920 als Leihgabe des Industriellen Erwin Böhler in

der Kunstschau in Wien ausgestellt. Noch im selben Jahr wurde es zu seinem Bruder Heinrich Böhler in die Schweiz gebracht, wo es bis in die 1960er-Jahre im Besitz der Familie verblieb.

Zeitweilig im Bestand der Sammlung Rudolf Leopolds, befand sich das Bild seitdem in unterschiedlichem Privatbesitz. Es wurde 1981 in Tokio und 1992 in Krakau öffentlich gezeigt.

Als Leihgabe wird es nun im Oberen Belvedere im Rahmen einer zweiteiligen Sonderausstellung präsentiert.

Biografie des Künstlers

1862 Gustav Klimt wird am 14. Juli in Baumgarten bei Wien als erster Sohn des selbstständigen Graveurs Ernst Klimt sen. geboren.

1876-83 Klimt studiert an der Wiener Kunstgewerbeschule. Um 1880 begründet er eine Arbeitsgemeinschaft mit seinem jüngeren Bruder Ernst und Franz Matsch, die bis 1892 alle großen Aufträge gemeinsam ausführt. Erste selbstständige Aufträge für Wand- und Deckenbilder, sowie für Martin Gerlach's Allegorien und Embleme.

1886-88 Deckenbilder im Stiegenhaus des Burgtheaters.

1890-91 Zwickelbilder im Stiegenhaus des Kunsthistorischen Museums.

1892 Tod von Klimts Vater und seinem Bruder Ernst; Beginn einer mehrjährigen Lebenskrise.

1894 Auftrag für die Deckenbilder in der Aula der Universität (Fakultätsbilder), gemeinsam mit Franz Matsch; in der Folge langsame Auflösung der Kooperation mit Matsch.

1897 Klimt ist Gründungsmitglied und erster Präsident der Vereinigung bildender Künstler Wiens, Secession. Er entwickelt sich zum kompromisslosen Avantgardisten.

1898 Klimt verbringt erstmals die Sommerfrische im Salzkammergut, mit der Familie seiner engen Freundin Emilie Flöge.

1899 Geburt von Klimts ersten Kindern Gustav Ucicky und Gustav Zimmermann.

1900 Beginn der Kontroversen um die Fakultätsbilder. Goldmedaille der Pariser Weltausstellung für das Fakultätsbild Philosophie. Klimt experimentiert erstmals mit dem Einsatz von Blattgold in der 1901 fertiggestellten Judith.

1902 Beethovenausstellung in der Secession. Klimt hat dafür im Jahr zuvor den Beethovenfries gemalt.

1905 Nach längeren Kontroversen Austritt der Klimt-Gruppe aus der Secession.

1908 Die Klimt-Gruppe organisiert die Kunstschau. Klimt zeigt erstmals das Gemälde Der Kuss, das vom österreichischen Staat für die Moderne Galerie im Belvedere angekauft wird.

1909 Die Klimt-Gruppe organisiert die Internationale Kunstschau. Längere Reise nach Paris, Madrid und Toledo. Klimt wendet sich von der Verwendung von Blattmetall in seinen Gemälden ab und entwickelt in den nächsten Jahren den farbenfrohen Stil seines Spätwerks.

1911 Vollendung von Klimts Mosaikfries für das Palais Stoclet in Brüssel. Klimt bezieht sein abgelegenes Gartenatelier in der Feldmühlgasse 11 in Wien-Hietzing. Beginn des Rückzugs aus dem öffentlichen Leben. Klimt stellt seine Gemälde nur noch im Ausland aus.

1914 Beginn des Ersten Weltkriegs.

1918 Am 11. Jänner erleidet Klimt einen Schlaganfall. In der Folge entwickelt er eine Lungenentzündung, an der er am 6. Februar verstirbt. ■

<https://www.belvedere.at/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Gustav_Klimt

Große »Steiermark Schau«

Drei Standorte in Graz – das Museum für Geschichte, das Volkskundemuseum und das Kunsthaus – sowie ein mobiler Ausstellungspavillon laden 31. Oktober zur Auseinandersetzung mit dem »Steirischen« ein.



Foto: Universalmuseum Joanneum / J. J. Kucek

Die Ausstellungsansicht zu „was war“ im Museum für Geschichte zeigt zum Beispiel ein Modell der Basilika von Mariazell

Die vier Ausstellungen – und ein mobiler Ausstellungspavillon in Wien – spannen einen Bogen von der Vergangenheit über die Gegenwart in die Zukunft und zeigen anhand von Beiträgen aus Kunst, Geschichte, Natur, Wissenschaft, Technik und Forschung einen umfangreichen Blick auf die Vielfalt der Steiermark.

Die „Steiermark Schau“ nimmt gesellschaftliche Fragen zur Geschichte, Gegenwart und Zukunft auf und bereitet sie aus der Perspektive von Kunst und Kultur auf. Drei Museen des Universalmuseums Joanneum – das Museum für Geschichte, das Volkskundemuseum und das Kunsthaus Graz – setzen sich in ihren Ausstellungen zur „Steiermark Schau“ mit der steirischen Geschichte und gesellschaftlichen Entwicklungen auseinander. Mit dem 800 Quadratmeter großen mobilen Pavillon wird ein Ort geschaffen, der

die Ausstellung des Landes auch unmittelbar in die steirischen Regionen bringt.

Museum für Geschichte

Dem Wechselspiel von Mensch und Natur ist der Beitrag des Museums für Geschichte zur „Steiermark Schau“ 2021 unter dem Titel was war gewidmet. Im Zentrum stehen der Raum und die Menschen: Die naturräumlichen Gegebenheiten der Steiermark haben seit Anbeginn das Leben der hier ansässigen Menschen bestimmt. Diese haben umgekehrt immer schon versucht, die Natur zu ihrem Vorteil zu gestalten und zu verändern.

Volkskundemuseum

Mit dem Titel wie es ist markiert das Volkskundemuseum den Ausgangspunkt seiner neuen Ausstellung. Es unternimmt eine

Vermessung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation sowie kultureller Ausdrucksformen und verknüpft diese mit dem Selbstverständnis und den Selbstbildern einer mitteleuropäischen Region, die sich auch als Tourismusdestination äußerster Beliebtheit erfreut. In den Fokus rücken Menschen, die in der Steiermark leben, sich hier aufhalten oder mit dem Land auf andere Art und Weise verbunden sind.

Kunsthaus Graz

Die Ausstellung „was sein wird“ im Kunsthaus Graz widmet sich den Spuren des Zukünftigen im Hier und Jetzt. Aus dem Aktuellen wird Mögliches, Unmögliches, werden ferne oder nicht allzu ferne Entwicklungen erfahrbar gemacht, die eine Gemeinschaft der Zukunft multidimensional formen können: Über lokale Initiativen, wissen-

Foto: Universalmuseum Joanneum / J. J. Kucek



Ausstellungsansicht zu „wie es ist“ im Volkskundemuseum

schaftliche Forschungen und künstlerische Arbeiten widmet sich die Ausstellung den brennenden Fragen rund um die Klimakrise, die Digitalisierung oder die Verteilung von Ressourcen. Die Ausstellung was sein wird zeigt also nicht die eine ferne Utopie oder den einen möglichen Entwurf für eine Ideal-

gesellschaft. Sie skizziert Zukünfte. Im Plural.

Der Pavillon an fünf Schauplätzen

Der mobile Pavillon, als Expositur der neuen großen Ausstellung des Landes, wird in Wien und an vier Schauplätzen in der

Steiermark Station machen. In einer monumentalen Video-Rauminstallation auf einer Fläche von 800 m² wird unter dem Titel „wer wir sind“ eine Gegenwartsanalyse zur Steiermark ausschließlich in bewegten Bildern gezeigt.

<https://www.steiermarkschau.at/>

Foto: Universalmuseum Joanneum / J. J. Kucek

Das „Innenleben“ des 800 m² großen mobile Pavillon, der an vier Standorten zum Einsatz kommen wird.

Auf die Plätze, fertig, los!

Anpfiff für das »Jahrhundert des Sports« im Museum Niederösterreich

Nach Beendigung des Lockdowns in Niederösterreich wird die neue Sonderausstellung im Haus der Geschichte in der Kulturstadt St. Pölten zu sehen sein. „I wer' narrisch! Das Jahrhundert des Sports“ ist die Geschichte von faszinierenden Persönlichkeiten und Wunderteams, von spektakulären Siegen und fatalen Niederlagen.

„Das Haus der Geschichte in St. Pölten steht seit 2017 für Qualität in der Geschichtsvermittlung“, erklärt Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner. „Nach international vielbeachteten Ausstellungen ist dem Museum Niederösterreich mit dieser Schau ein faszinierender Streifzug durch ein zentrales Thema der Freizeitgeschichte gelungen. Viele niederösterreichische Persönlichkeiten, wie die Torfrau des österreichischen Frauen-Nationalteams und derzeitige England-Legionärin Manuela Zinsberger, die zweifache Ski-Olympiasiegerin Michaela Dorfmeister oder der ehemalige 63fache Fußball Nationalteamspieler Toni Pfeffer sind in dieser Ausstellung prominent vertreten.“

Der Zeitpunkt der Eröffnung der Ausstellung war gemeinsam mit den Öffnungsschritten für den Jugendsport geplant, doch machte Corona einen Strich durch die Rechnung (für Öffnungen war aber zum Zeitpunkt des Erscheins dieser ÖJ-Ausgabe, für Anfang Mai in Aussicht gestellt). Sport-Landesrat Jochen Danning. „Denn auch dieses Projekt wird viele Menschen und speziell Kinder und Jugendliche für Sport zu begeistern und sie damit einladen, die zahlreichen Angebote des Sportlandes Niederösterreichs zu nützen. Besonders freut es mich, daß die Ausstellung die Vielfalt des Sports vom Fußball bis zur Leichtathletik und vom Bobfahren bis zum Cricket zeigt.“ Zahlreiche interaktive Stationen bietet die Schau. Einige laden ein, selbst körperlich aktiv zu werden wie ein Skisimulator, eine Slackline oder eine neuartige Kombination aus Basketballspiel und „Vier gewinnt“.

In einer Moderatorenbox können sich die BesucherInnen als RadioreporterInnen versuchen. Diese Stationen entstanden in enger Kooperation mit dem Sportland Niederösterreich.

„Die Ausstellung beleuchtet mit faszinierenden Objekten wie der Olympia-Goldmedaille von Franz Klammer, einem Fahrrad



Foto: Hans Punz APA picturedesk.com

Fussball Frauen-EM EURO 2017 Frankreich gegen Österreich



Foto: Museum Niederösterreich / Daniel Hinterramskogler

Ein Blick in die Ausstellung „I wer' narrisch! Das Jahrhundert des Sports“

von Roland Königshofer oder dem Medikamentenkoffer von Alfred Kain die vielen Aspekte einer Leidenschaft“, erklärt Christian Rapp, wissenschaftlicher Leiter des Hauses der Geschichte. „Wir zeigen zum einen die spannende Entwicklung des Sports von einem elitären Freizeitvergnügen durch vermehrte Freizeit und neue Medien zu einem Massenphänomen. Wir sprechen gleichzeitig ganz bewußt kritische Themen wie den politischen Mißbrauch von Sport, Sexismus, Homophobie, Antisemitismus und Doping an.“

Fußball-Legende Toni Pfeffer, Karatekämpferin Funda Celo, Para-Schwimmer Andreas Onea und Skilengende Michaela Dorfmeister sind BotschafterInnen der Ausstellung, die von Bernhard Hachleitner, gemeinsam mit Christian Rapp und dem wissenschaftlichen Team des Hauses kuratiert wurde.

Die Ausstellung „I wer' narrisch! Das Jahrhundert des Sports“ ist bis 9. Jänner 2022 im Haus der Geschichte im Museum Niederösterreich in St. Pölten zu sehen. ■

<https://www.museumnoe.at/>

Eine Reise in die Welt der Klänge im Haus der Musik

Science Center und Virtual Reality Experience – Von der Entstehung über die Ausbreitung bis hin zur Bearbeitung von Klängen

Nach einem Relaunch anlässlich des 20jährigen Bestehens des Klangmuseums erstrahlt seit Jänner 2020 eine ganze Museumsetage im Haus der Musik, einem Museum der Wien Holding, voller neuer Stationen: „Sonotopia“. Die gesamte zweite Etage präsentiert auf einzigartige Weise die Welt der Klänge: von der Entstehung eines Klanges über die Ausbreitung hin zur Bearbeitung von Klängen.

Neue Klangexperimente und eine gänzlich neues Klanglabor ermöglichen es BesucherInnen in noch nie gesehener Art und Weise, einen Klang zu formen und diesen spielerisch zu personalisieren. Hier entsteht ein visuell-akustisches, kollektives Gesamtkunstwerk, das garantiert staunen lässt.

Origin

Klänge und Geräusche sind ständige Begleiter unseres Lebens. Hören Sie genau hin, wenn Sie durch diesen Raum schreiten und entdecken Sie, woraus die einzelnen Klänge bestehen. Oftmals zeigen Geräusche mit gänzlich unterschiedlichem Ursprung eine beachtliche klangliche Nähe.

Physics of Sound

Hier erfahren sie alles über den Schall. Das Wellenrohr visualisiert die Ausbreitung von Schallwellen. Bei Phenomena kann man an sechs verschiedenen Terminals faszinierende Klangphänomene kennen lernen. Außerdem kann hier das menschliche Gehör bis ins kleinste Detail erforscht werden.

Das Zookonzert von Marko Simsa

Eine interaktive musikalische Abenteuerreise für Kinder. Das auf Marko Simsas Kinderbuch basierende „Zookonzert“ ist speziell für unsere jungen BesucherInnen geschaffen und nimmt diese mit auf eine interaktive und musikalische Abenteuerreise. Es wartet ein spannendes Mitmach-Märchen für neugierige Entdecker.

»Sonotopia« Universe & Lab

Ein einzigartiges Klang-Universum füllt den gesamten Raum. Die Wesen und For-



Foto: Haus der Musik / Inge Prader

Das Haus der Musik in der Seilerstätte in Wiens Innenstadt

men, die sich hier bewegen, werden Clong genannt. Diese einzigartigen klanglichen Gestalten harmonisieren visuell und akustisch miteinander, und werden von allen Besucherinnen und Besuchern Anhand neuester Virtual Reality Techniken erschaffen. Im direkt angrenzenden VR Sonotopia Lab erstellen und formen Sie Ihr eigenes, unverkennbares Klangwesen ganz nach Ihrer Vorstellung und

erwecken es anschließend visuell und akustisch zum Leben.

Auf Rieseninstrumenten die Arten der Klangerzeugung erleben

Im Instrumentarium werden die grundlegenden Prinzipien der Klangerzeugung anschaulich gemacht. Originale Orgelpfeifen (Aeolophon), eine riesige Trommel (Mem-

Kultur

branophon), ein überdimensionales Saiteninstrument (Chordophon) und Xylophonplatten an der Decke (Idiophon) zeigen die Funktionsweise der unterschiedlichen Klangzeuger. Angreifen, tasten und fühlen ist hier natürlich ausdrücklich erwünscht.

Das Haus der Musik

Wien wird als Welthauptstadt der Musik bezeichnet, oder, um Ingeborg Bachmann zu zitieren: „Einige unserer Städte werden von anderen ausgezeichnet und Musikstädte genannt. Man muß sich darunter Städte vorstellen, in denen die viele dort erklangene Musik Architektur geworden ist...“

„Musik und Architektur“ umschreibt auch das Haus der Musik in der Wiener Innenstadt auf treffende Weise. Es ist kein Museum im klassischen Sinne, sondern eine Erlebniswelt, die überraschende Zugänge zur Musik und zu Klangwelten ebenso vermittelt wie die Geschichte und Tradition der Wiener Musik mit ihren großen Meistern, ihren Dirigenten und Komponisten. Ein wichtiger Bestandteil davon ist das „Museum der Wiener Philharmoniker“, das die Geschichte und aktuelle Aktivitäten eines der berühmtesten Klangkörper der Welt erzählt.

Anstatt eines passiven Zugangs verbindet das einzigartige Museumskonzept, mit dem das Klangmuseum in den 20 Jahren seines Bestehens zu einem der weltweit führenden Musik-Erlebnismuseen avancierte, Interaktion und spielerisches Erleben: Mit Klangexperimenten, interaktiven Musikinstallationen und multimedialer Wissensvermittlung werden die Museumsgäste eingeladen, die Welt der Klänge auf unterhaltsame und einnehmende Weise selbst zu entdecken und die eigene Kreativität zu entfalten.

Mission Statement

„Wien war immer schon eine Stadt, in der mit Musik auf neue Weise umgegangen wurde und wo Menschen keine Scheu hatten, unkonventionelle Zugänge zu finden“, so Direktor Simon K. Posch: „Wir wollen mit dem Haus der Musik dem Charakter Wiens als Vorreiterin in Sachen Musik entsprechen und daher innovative Wege beschreiten, den BesucherInnen zu neuen Erfahrungen zu verhelfen und von der klassischen Musikvermittlung bewußt abweichen. Als Erlebnismuseum ist es ein Ort lebendiger Auseinandersetzung, der spielerisch neue Zugänge zur Musik eröffnet. Unser Ziel ist die Vermittlung von Verständnis, Aufgeschlossenheit und Begeisterung im Umgang mit Musik.“



Foto: PID / Hanna Pribitzer

„Sonotopia“: Eine Reise in die Welt der Klänge im Haus der Musik



Foto: PID / Hanna Pribitzer

Maestro Zubin Mehta übernahm nach der Eröffnung die Ehrenpräsidentschaft für das Haus der Musik. „Was ihn dazu bewegte, ist die fröhliche und direkte Präsentation der Inhalte, die Menschen mit den unterschiedlichsten Musik Geschmacksrichtungen zusammen und ins Gespräch bringt, Interesse weckt und Vorurteile gegenüber der Auseinandersetzung mit musikwissenschaftlichen Themen abbaut“, so Posch weiter. „Ein Team von anerkannten Musikexperten, Designern, Toningenieuren und Ausstellungskuratoren hat zusammengearbeitet, um diese Vision zu realisieren, eine Welt zu errichten, die jene unkonventionelle Hinführung zur Musik erlaubt, die von Anfang an vorgesehen war.“

Ganz besonders wichtig sei – neben den historischen Elementen – dabei das Wechselspiel zwischen natürlicher und elektronischer Klangerzeugung, zwischen Analogem

und Digitalem. „Die interaktiven Installationen sind auch heute wesentlicher Bestandteil des Angebotes, das von Jung und Alt gleichermaßen mit Begeisterung angenommen wird“, erklärt der HdM-Direktor. Besonders freut es ihn, daß das interaktive Klangmuseum auch international immer wieder als Referenzprojekt herangezogen wird. „So ist das Haus der Musik auch Lizenzgeber und Partner des ‚Casade la Música de Viena en Puebla‘, das am 13. Jänner 2015 in Puebla in der Nähe von Mexico City eröffnet wurde. Mit den selben Installationen und der selben grundlegenden Idee und Intention wie im Wiener Klangmuseum und einem regen bilateralen Austausch zwischen Österreich und Mexiko“, so Posch.

<https://www.hausdermusik.com/>

Video-Sammlung auf Youtube:

<https://www.youtube.com/user/wienerhausdermusik>